

Schriften der  
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt

# Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive

Ausgewählte Analysen sozialer  
und wirtschaftlicher Effekte

Herausgegeben von

Eike Emrich

Wolfgang Meyer

Luitpold Rampeltshammer



*universaar*

Universitätsverlag des Saarlandes  
Saarland University Press  
Presses Universitaires de la Sarre



## Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes

Die zentrale Aufgabe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes besteht in der Generierung von arbeitsweltorientiertem Wissen und der gegenseitigen Zusammenführung von Wissensbeständen in Wissenschaft und Arbeitswelt mit dem Ziel einer nachhaltigen Kooperation zum Nutzen aller Kooperationspartner/innen. Kooperationspartner/innen sind die Universität des Saarlandes, der Deutsche Gewerkschaftsbund Saar, die Arbeitskammer des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt liegen in den Themenfeldern Mitbestimmung und Partizipation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Globalisierung und ihre Auswirkungen, sektoraler Wandel und grenzüberschreitendes Arbeiten.

Mit dieser Publikationsreihe sollen die Ergebnisse der Forschungsprojekte, die im Rahmen der oder in Zusammenarbeit mit der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt durchgeführt wurden, einem breiteren Publikum zur Verfügung gestellt werden.

Eike Emrich, Wolfgang Meyer, Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.)

# Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive

Ausgewählte Analysen sozialer  
und wirtschaftlicher Effekte



*universaar*

Universitätsverlag des Saarlandes  
Saarland University Press  
Presses Universitaires de la Sarre



© 2013 *universaar*  
Universitätsverlag des Saarlandes  
Saarland University Press  
Presses Universitaires de la Sarre



Postfach 151150, 66041 Saarbrücken

ISBN 978-3-86223-121-8 gedruckte Ausgabe  
ISBN 978-3-86223-122-5 Online-Ausgabe  
URN urn:nbn:de:bsz:291-universaar-1053

Buchprojektbetreuung KoWA: Olga Haubrachs  
Projektbetreuung *universaar*: Susanne Alt, Matthias Müller

Satz: Olga Haubrachs, Deborah Simon  
Umschlaggestaltung: Julian Wichert

Gedruckt auf säurefreiem Papier von Monsenstein & Vannerdat

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

# Inhalt

Vorwort.....	9
I. Einleitung.....	11
<i>Wolfgang Meyer und Eike Emrich</i>	
II. Universitäten als ökonomische Standortfaktoren – Ein Überblick .....	17
<i>Freya Gassmann, Wolfgang Meyer, Eike Emrich, Jessica Knoll und Nadine Staub-Ney</i>	
III. Die qualitativen und quantitativen Datenerhebungsmethoden im Projekt.....	57
<b>Regionalökonomische Bedeutung der Universität des Saarlandes .....</b>	<b>69</b>
<i>Eike Emrich, Adrian Müller, Wolfgang Meyer und Freya Gassmann</i>	
IV. Saarländische Bildungsinvestitionen und regionalökonomische Effekte der Universität des Saarlandes .....	71
<i>Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer</i>	
V. Die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation saarländischer Studierender: Bildungsinvestitionen und Konsumverhalten der Studierenden. ....	103
<i>Nadine Staub-Ney, Jessica Knoll, Adrian Kalb, Konstantin Herrmann, Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer</i>	
VI. Die Universität und ihre Studenten aus Sicht von Wirtschaft, Industrie und Politik – Ergebnisse qualitativer Interviews .....	135
<i>Ashok Kaul, Marcus Hagedorn und Manuel Schieler</i>	
VII. Mikroökonomische Analyse des Eintritts in den Arbeitsmarkt.....	179

**Gesellschaftliche Bedeutung der Universität für das Saarland ..... 205**

*Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer*

VIII. Bedingungen des Kommens und Bleibens der Studierenden  
der Universität..... 207

*Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer*

IX. Der Einfluss der Bildungsherkunft auf die Studierenden ..... 241

*Wolfgang Meyer, Eike Emrich und Freya Gassmann*

X. Lohnen sich Universitäten? Zusammenfassung und Ausblick ..... 265

Die Autorinnen/die Autoren..... 303





## Vorwort

Im Februar 2011 beschloss die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) der Universität des Saarlandes in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes (AK) – unterstützt durch ihren Beirat und ihre Ständige Kommission - die Ausschreibung eines Forschungsprojektes mit dem Titel „Die Hochschulen im Saarland als ökonomischer Faktor“. Die Arbeitskammer des Saarlandes und die Kooperationsstelle für Wissenschaft und Arbeitswelt sowie ihr Beirat und ihre Ständige Kommission haben unseren Forschungsantrag positiv beschieden und uns so die Durchführung des gesamten Projekts und der einzelnen Teilprojekte ermöglicht.

Alle auf umfangreichen empirischen Untersuchungen basierenden Beiträge in diesem Sammelband sind so auf Grundlage der Ausschreibung und mit der subsidiären finanziellen Unterstützung der Arbeitskammer entstanden. Zum Zeitpunkt der Projektvergabe konnte dabei noch niemand ahnen, dass die Präsentation der Ergebnisse in einen Zeitraum fallen würde, in dem auch der Wissenschaftsrat im Auftrag der Landesregierung die Universität des Saarlandes evaluieren würde.

Empirische Sozialforschung bedarf der Daten und deshalb zahlreicher Auskunftspersonen sowie der Möglichkeit, auf vorhandene Daten zurückgreifen zu dürfen. Deshalb danken wir ganz besonders den zahlreichen Teilnehmern unserer qualitativen und quantitativen Befragungen. Dazu zählen Vertreter aus saarländischen Unternehmen, Verbänden und der Landespolitik sowie, nicht zu vergessen, die zahlreichen Studierenden der Universität des Saarlandes, ohne deren Auskunftsbereitschaft die Studie nicht möglich gewesen wäre. Die Verwaltung der Universität des Saarlandes hat dabei unser Forschungsvorhaben auf seine Verträglichkeit mit den geltenden Datenschutzlinien hin schnell geprüft und uns wirksam mit der Bereitstellung von E-Mail-Adressen der Studierenden unterstützt.

Für die redaktionelle Betreuung des Buches möchten wir uns vor allem bei Olga Haubrichs, Kooperationsstelle für Wissenschaft und Arbeitswelt, und bei Matthias Müller und Susanne Alt, Universitätsverlag des Saarlandes, bedanken. Unterstützt wurden sie durch Deborah Simon (Setzung des Buches) sowie Julian Wichert (Gestaltung des Umschlags), auch ihnen gilt unser Dank.

Die Untersuchung der Hochschulen im Saarland als ökonomischer Faktor gliederte sich in drei Teilprojekte, die im Dezember 2011 mit ihrer Arbeit begannen und jeweils spezifische Fragestellungen verfolgten.

Antragsteller und damit Projektkoordinator waren Prof. Eike Emrich (Lehrstuhl für Sportökonomie und Sportsoziologie an der Universität des Saarlandes) und Prof. Reinhard Stockmann (Centrum für Evaluation der Universität des Saarlandes), der im Laufe der täglichen Projektarbeit wesentlich durch PD Dr. Wolfgang Meyer (stellvertretender Leiter und Bereichskoordinator Umwelt und Arbeitsmarkt am Centrum für Evaluation an der Universität des Saarlandes) vertreten wurde. Beide wurden in ihrer Forschungsarbeit äußerst wirkungsvoll von Freya Gassmann (wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt und am Centrum für Evaluation) unterstützt.

Von dieser Gruppe wurden u. a. die regionale und soziale Herkunft, studiums- und universitätsbezogene Einstellungen und Haltungen, Bleibeabsichten, Einnahmen und Ausgaben der Studierenden untersucht und zusammenfassend der soziökonomische Einfluss von Studierenden und Universität auf das Saarland geschätzt.

Das Teilprojekt unter der Leitung von Prof. Ashok Kaul (Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität des Saarlandes) untersuchte unter der Mitarbeit von Prof. Marcus Hagedorn (University of Oslo) und Manuel Schieler (wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität des Saarlandes) den Eintritt der Absolventen der Universität des Saarlandes in den Arbeitsmarkt.

Die Projektgruppe um Prof. Gerd Waschbusch (Direktor am Institut für Banken und Mittelstandsfinanzierung e.V., Universität des Saarlandes) unter der Mitarbeit der beiden Geschäftsführerinnen am Institut für Banken und Mittelstandsfinanzierung e.V. Dr. Nadine Staub-Ney und Dr. Jessica Knoll, untersuchten die Bedeutung von Studierenden für die konjunkturelle Entwicklung des Saarlandes. Sie stimmten sich dabei hervorragend mit der Projektkoordination ab, so dass qualitative und quantitative Vorgehensweisen optimal vernetzt werden konnten.

Die Beiträge in diesem Band sind das Ergebnis dieser Teilprojekte und beleuchten - durch ausgewählte Analysen der sozialen und wirtschaftlichen Effekte - die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomische Perspektive.

Saarbrücken, im August 2013

Eike Emrich, Wolfgang Meyer und Luitpold Rampeltshammer

## I. Einleitung

Das Forschungsprojekt „Die Hochschulen im Saarland als ökonomischer Faktor“ wurde im Februar 2011 von der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) der Universität des Saarlandes in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes (AK), unterstützt durch ihren Beirat und ihre Ständige Kommission, ausgeschrieben. Der vorliegende Sammelband stellt das Ergebnis der im Rahmen dieses Projekts ermöglichten Forschungsarbeit dar. Als deren Resultat konnten wir eine Fülle empirischer Befunde ermitteln, die wir sorgfältig ausgewertet, dargestellt und interpretiert haben und die Auftraggebern, Universität und Landespolitik hilfreiche Einsichten in bisher nicht bekannte Ergebnisse und Zusammenhänge liefern mögen.

Der Logik unserer Vorgehensweise in der Projektarbeit folgend haben wir den vorliegenden Sammelband inhaltlich wie folgt strukturiert:

Wolfgang Meyer und Eike Emrich stellen in einem grundsätzlichen Überblick in Kapitel II die sozio-ökonomische Bedeutung von Universitäten sowohl als Wissensproduzent wie auch als Betrieb für umliegende Regionen dar. Dazu diskutieren sie neben dem Beitrag von Universitäten als Innovations- und endogener Wachstumsfaktor zahlreiche Studien zu sozioökonomischen Effekten von Hochschulen sowohl im nationalen als auch regionalen Kontext, wobei sie besonderes Augenmerk auf solche Studien legen, die den angrenzenden rheinland-pfälzischen Raum betreffen. Die Befunde der diskutierten Studien werden hinsichtlich ihrer methodischen Grundlagen und hinsichtlich ihrer Relevanz für das Saarland kritisch reflektiert.

Freya Gassmann, Wolfgang Meyer, Eike Emrich, Jessica Knoll und Nadine Staub-Ney erläutern in Kapitel III einige allgemeine methodische und methodologische Grundsätze qualitativer und quantitativer Sozialforschung, auf denen die methodenpluralistische Studie aufgebaut ist. Danach erläutern die Autoren das Design der Studie und die im Projekt erhobenen qualitativen und quantitativen Befragungsdaten, auf denen ein Großteil der Analysen in diesem Buch beruht. Es wird berichtet, welche Informationen mit Hilfe welcher Instrumente erhoben wurden. Dazu werden die Inhalte des Leitfadens für die Experteninterviews mit Vertretern aus Politik und der saarländischen Wirtschaft, der standardisierte Fragebogen für die Befragungen in der Saarbrücker Innenstadt und in den Unternehmen im Science Park, der Leitfaden für die Experteninterview mit den Studierenden und der Fragebogen für das Onlinesurvey zur Befragung der Studierenden enthalten waren, detailliert dargestellt. Neben der Beschreibung der Instrumente wird jeweils auch auf die Auswahl der befragten



Personen eingegangen. Auf eine ausführliche Vorstellung eingesetzter statistischer Verfahren wird in diesem „Methodenkapitel“ verzichtet. Aufgrund des Charakters des Buches als Sammelband werden diese Aspekte in ausgewählter Form in den einzelnen Teilbeiträgen in aller Kürze angesprochen. Damit verdeutlichen wir, dass diesem Sammelband eine grundlegend abgestimmte, arbeitsteilige Vorgehensweise zugrunde liegt, die den Vorgehensweise der einzelnen Forschungsgruppen einerseits eine gemeinsame Struktur bot, andererseits aber sollten eben diese Gruppen in ihren konkreten Auswertungen ein möglichst hohes Maß an Freiheit haben.

Nach diesen einleitenden Kapiteln folgt sodann in den Kapiteln IV bis VII die Darstellung sehr differenzierter, aber sowohl in öffentlichen Diskussionen als auch im politischen und wirtschaftlichen Raum immer wieder angesprochener Facetten der regionalökonomischen Bedeutung der Universität des Saarlandes.

In Kapitel IV stellen die Autoren Eike Emrich, Adrian Müller, Wolfgang Meyer und Freya Gassmann eine makroökonomische Analyse zur Entwicklung und Struktur saarländischer Bildungsinvestitionen und den regionalökonomischen Effekten der Universität des Saarlandes vor. Dazu werden zunächst die Bildungsinvestitionen des Landes mit den internationalen und nationalen Bildungsausgaben verglichen. Dabei gehen die Autoren auf die Einnahme der Universität, also die Landeszuwendungen, die Drittmittel und sonstige Einnahmen der Universität über die Jahre ein und betrachten dann die Seite der Ausgaben durch die Abbildung der Kosten von Studierenden und der Personalkosten pro Studierendem. Die Autoren beschäftigen sich schließlich im darauffolgenden Teilkapitel mit den ökonomischen Effekten, die durch das Betreiben der Universität für das Land entstehen, wobei sie die direkten saarlandbezogenen steuerlichen Effekte durch Lohnsteuer, Umsatzeffekte durch Studierende und durch Mitarbeiter der Universität nebst Effekten durch Betriebsausgaben betrachten und diese in einer zweiten Runde für ausgewählte An-Institute wiederholen. Dabei kommen sowohl die multiplikatorbezogene als auch die auf die Bruttowertschöpfung bezogene Bewertung der Effekte zum Einsatz.

Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer setzen sich in Kapitel V eingebettet in einige grundsätzliche Überlegungen zur Humankapitaltheorie mit der wirtschaftlichen Lage und der Beschäftigungssituation saarländischer Studierender auseinander. Dazu wird betrachtet, in welcher Art und Weise die Studierenden am Arbeitsmarkt durch nebenberufliche Tätigkeiten und Praktika partizipieren und wie sie so in ihre Erwerbserfahrung, also ihr spezifisches Humankapital, investieren. Danach wird die wirtschaftliche Lage der Studierenden im Detail untersucht. Hier ist von Belang, wie viel Geld den Studierenden aus welchen Quellen zur Verfügung steht und wofür sie dieses ausgeben. Die

Autoren untersuchen durch eine explorative Datenanalyse welche Faktoren sich positiv auf das Finanzverhalten auswirken.

In Kapitel VI stellen die Autoren Nadine Staub-Ney, Jessica Knoll, Adrian Kalb, Konstantin Herrmann, Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer die Universität und ihre Studierenden aus Sicht von Wirtschaft, Industrie und Politik, anhand der Auswertung von vornehmlich qualitativen sowie einigen quantitativen Befragungsdaten dar. Zunächst wird dabei die zugeschriebene Funktion der Universität als Betrieb zur „Produktion geeigneter Arbeitskräfte“ untersucht, hier werden zum einen die Angaben der Befragten zu Inhalten des Studiums, Kompetenzen der Absolventen, Praktika und Nebenjobs und zum anderen die Vorstellungen der saarländischen Wirtschaft vom idealen Absolventen ausgewertet. Danach skizzieren die Autoren die Bedeutung der Universität des Saarlandes für die Region aus Sicht der Experten, wobei neben dem Studierenden als Arbeitskraft, die Wahrnehmung und das Image der Universität des Saarlandes zur Sprache kommen. Bevor die Autoren die Antworten der Befragten zum Image des Saarlandes auswerten, werden die quantitativen Ergebnisse der Erhebung in der Saarbrücker Innenstadt und im Science Park zum Thema „Studierende als Wirtschaftsfaktor“ vorgestellt.

Ashok Kaul, Marcus Hagedorn und Manuel Schieler stellen in Kapitel VII die Ergebnisse ihres Teilprojekts zur mikroökonomischen Evaluation des Eintritts saarländischer Absolventen in den Arbeitsmarkt vor. Die Autoren veranlassten hierzu die Zusammenführung der Absolventendaten der Universität des Saarlandes mit den integrierten Erwerbsbiografien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die Autoren stellen in ihrem Beitrag die Form der ersten Berufstätigkeit der Absolventen der Universität des Saarlandes dar und geben an, wie viel Zeit im Mittel verging, bis die Absolventen ihre erste sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufnehmen konnten. Die erste Tätigkeit der Absolventen wird dann in Hinblick auf den erzielten Lohn, den Ort der Tätigkeit (unterteilt nach der Herkunft der Absolventen) und deren Zusammenhang analysiert.

Nach Betrachtung der regionalökonomischen Bedeutung der Universität des Saarlandes in den genannten Teilkapiteln wird nachfolgend der Fokus der Betrachtung stärker auf deren gesellschaftliche Bedeutung gerichtet. In Kapitel VIII untersuchen Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer die Bedingungen des Kommens und Bleibens der Studierenden der Universität des Saarlandes. Die Autoren zeigen zunächst die Auswirkungen des demographischen Wandels für das Saarland auf und machen dann die demographische Bedeutung der Universität des Saarlandes deutlich. Dazu wird zunächst untersucht, wo Personen studieren, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland erworben haben (Abstromanalyse) und woher die Studierenden

der UdS kommen, d.h. wo sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (Zustromanalyse). Danach stellen die Autoren die Ergebnisse zu den Motiven zur Wahl Saarbrückens als Studienort vor und zeigen, wie die Studierenden ihr Studium an der Universität des Saarlandes bewerten. Danach analysieren die Autoren die fördernden und hemmenden Bedingungen des Verbleibs von Absolventen im Saarland.

Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer stellen dann den Einfluss der Bildungsherkunft auf die Studierenden in Kapitel IX dar und betten diese in ein theoretisches Konzept der sozialen Vererbung von kulturellem Kapital ein. Insbesondere werden die für Deutschland seit langem bekannten Wirkungen sozialer Ungleichheit auf den Zugang zum Studium, Studienverlauf und Studienerfolg für die Studierenden der UdS untersucht. Dazu wird der Zusammenhang der Bildungsherkunft der Eltern auf unterschiedliche mit dem Studium verbundene Eigenschaften der Studierenden betrachtet. Die Autoren stellen die Unterschiede in Bezug auf die Herkunft und Studienfachwahl dar und bilden dann den Zusammenhang zwischen saarländischer Herkunft und Bildungsherkunft der Studierenden ab und zeigen in welcher Form sich die Bildungsherkunft auf die Erwerbstätigkeit der Studierenden auswirkt. Der Zusammenhang des institutionalisierten Kulturkapitals der Eltern auf die Einschätzung des Studiums der Studierenden als aktuell und vor allem zukunftsbezogen lohnende Investition wird von den Autoren danach betrachtet.

Abschließend fassen Wolfgang Meyer, Eike Emrich und Freya Gassmann nochmals die zentralen Befunde dieses Buchs zusammen und diskutieren die Frage, ob und inwieweit sich Investitionen in Universitäten lohnen. In einem weiteren Schritt thematisieren sie das komplizierte und aufgrund des demographischen Wandels immer schwieriger werdende Verhältnis zwischen dem kleinsten deutschen Flächenland und seiner einzigen Landesuniversität. Es stellt sich hier nicht nur die Frage, ob sich ein schrumpfendes Land mit deutlich weniger als einer Million Einwohnern langfristig eine Universität überhaupt leisten kann – es ergibt sich hieraus quasi zwangsläufig ebenfalls die fundamentale und für das saarländische Selbstverständnis schmerzhafteste Frage, ob eine politische Einheit, die zentrale und für die Region dringend benötigte Investitionen nicht mehr tätigen kann, unbedingt am Leben erhalten werden muss und nicht lieber auf den Status des Bundeslandes als auf eine funktionsfähige und im internationalen Wettbewerb gut aufgestellte Universität verzichtet werden sollte. Einige Projektionen bezüglich der langfristigen Konsequenzen des demographischen Wandels für Land und Universität können hier wertvolle Erkenntnisse bieten. Schließlich kann und darf sich dieses Buch auch nicht der aktuellen politischen Diskussion verschließen. Deshalb versuchen die Autoren

zum Schluss auf Grundlage der vorgestellten Berechnungen eine Abschätzung der Kosten, die dem Saarland bei seinen selbstaufgelegten und mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungsbemühungen kurz- und mittelfristig entstehen, wenn sich diese wie gegenwärtig geplant in weiteren Kürzungen des Universitätshaushalts niederschlagen. Nur wer Kosten und Nutzen zusammen im Blick behält, kann letztlich verantwortungsvolle Entscheidungen zum Wohle der regionalen Entwicklung und damit zum Wohle der dort lebenden Menschen treffen.

Dieses Buch möchte hierzu einen wichtigen Beitrag liefern.



**Wolfgang Meyer und Eike Emrich**

## **II. Universitäten als ökonomische Standortfaktoren – Ein Überblick**

### **1 Zur Einführung**

Dieses Kapitel gibt erstens einen Überblick über die ökonomischen Effekte und Besonderheiten der Produktion von Wissen, welches in der endogenen volkswirtschaftlichen Wachstumstheorie zu den großen Treibern von Wachstum gezählt und zuweilen mit Information verwechselt wird.

Danach werden zweitens vorliegende Studien über sozioökonomische Effekte von Hochschulen im angrenzenden rheinland-pfälzischen Raum und im nationalen Kontext hinsichtlich ihrer methodischen Vorgehensweise und empirischen Ergebnisse vorgestellt. Sie sind auch für die im weiteren Verlauf durchgeführten Analysen der Universität des Saarlandes von Bedeutung, erlauben sie doch eine mehr oder minder systematische Vergleichsperspektive. Die Darstellung verfolgt dementsprechend nicht unbedingt das Ziel der Vollständigkeit und Zusammenfassung der Studien, sondern möchte einige zentrale, für die eigenen Forschungsarbeiten relevante Aspekte herausarbeiten. Der dritte Abschnitt stellt die verschiedenen regionalökonomischen Untersuchungen zu den Hochschulen in Deutschland vor und gibt einen Überblick zu den bearbeiteten Fragestellungen und Hintergründen der wichtigsten dieser Studien. Dabei erfolgt eine Ordnung der Studien nach bedeutenden Selektionskriterien (Vergleichbarkeit der Regionen mit dem Saarland, Bezug auf Universitäten und/oder Fachhochschulen, Ähnlichkeit der Fragestellungen mit denjenigen der vorliegenden Studie).

Im vierten Abschnitt wird auf einige methodische Implikationen und Modellannahmen der Untersuchungen näher eingegangen und dabei versucht, einige Grundprobleme und die in den Studien vorgeschlagenen Lösungen herauszuarbeiten. Speziell die Konsequenzen, die sich aus diesen methodischen Fragen ergeben und die potentiellen Einwände gegen eine solche Vorgehensweise werden näher erörtert. Daraus lassen sich Schlussfolgerungen für die eigenen Vorgehensweisen ableiten, die in den späteren Kapiteln des Buchs wieder aufzugreifen sind.

Die zentralen Befunde der Studien sind dann im darauf folgenden Abschnitt aufgelistet und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf die Situation

an der Universität des Saarlandes (im folg. UdS) bewertet. Dabei geht es primär um den sozioökonomischen Nutzen von Universitäten auf einer ersten Inzidenzstufe, welche den direkten und zumeist von den Bundesländern zu erbringenden steuerfinanzierten Zuwendungen an die Universitäten gegenüber zu stellen sind. Weitgehend ausgeklammert werden indirekte weiche Effekte (wie z.B. der Imagegewinn einer Region) und die langfristigen wirtschaftlichen Folgen der getätigten Investitionen (speziell der Mehrwert akademischer Ausbildungen für die Individuen und für die Privatwirtschaft in der Region) sowie die bundesländerübergreifenden Effekte, die ja bereits einleitend im Rahmen volkswirtschaftlicher Wachstumstheorien bundesländerübergreifend diskutiert werden.

Diese sicher nicht zu vernachlässigenden Wirkungen von Hochschulen müssen in einem umfassenderen Kontext betrachtet werden, was in diesem Buch nur bedingt geschehen kann. Es ist bereits eine Folgestudie in Vorbereitung, welche sich speziell mit den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkteffekten beschäftigt wird. Allerdings wird in einem eigenen Kapitel untersucht, welche Wanderungsbewegungen Absolventen der Universität des Saarlandes im bundesdeutschen Arbeitsmarkt unternehmen und welche Einkommensdifferenzen als wesentliche Antriebsquelle für die arbeitsmarktspezifische Arbeitsmigration dabei zu beobachten sind (Kapitel VII).

Ohne Zweifel besitzt für Universitäten in Grenzregionen die transnationale europäische Perspektive eine besondere Bedeutung und muss neben dem nationalen Kontext berücksichtigt werden. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen einer kleinräumlichen Sichtweise, die sich auf die unmittelbare Grenzregionen in Nachbarschaft zur betrachteten Hochschule bezieht (im Saarland also die Großregion und die im Verbund der „Universität der Großregion“ zusammengeschlossenen Universitäten in Belgien, Frankreich, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland), einer europäischen, speziell auf die EU gerichteten Sicht, und einer globalen, für die im internationalen Wettbewerb stehenden Universitäten besonders relevanten Perspektive. Hier erfolgt eine Konzentration auf die globale und EU-Ebene, deren Daten in einem späteren Kapitel vorgestellt werden (Kapitel IV). Eine ausführliche Darstellung der Großregion und den aus der Koexistenz und Kooperation der Hochschulen in der „Universität der Großregion“ resultierenden Effekte ist für die Folgestudie geplant und deshalb in diesem Band weitgehend ausgeklammert worden.

## **2 Wissensproduktion aus ökonomischer Sicht**

Wendet man gängige ökonomische Überlegungen auf die Produktion von Wissen an, dann ergeben sich drei Aspekte, mit denen sich die besondere Bedeutung von Wissensproduktion und der Institution Universität, in der sie stattfindet, legitimieren lässt. Zunächst einmal ist Wissen eine schier unerschöpfliche Quelle künftigen Wachstums. So musste etwa in der Vergangenheit zwar eine Erfindung sogar mehrfach stattfinden, bevor die Zeit reif für ihre Verwendung war. Man denke beispielsweise nur an den langen Zeitraum zwischen den Studien Zuses und ihrer Verwertung in Form der Produktion von Computern bis hin zur massenhaften Vermarktung von Personalcomputern und Laptops usw. in der Gegenwart oder man denke an die Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Fahrzeugtechnologie, der Flugzeugtechnologie, der Raketentechnik usw.. Die ungewöhnlich langen zeitlichen Differenzen zwischen Wissensproduktion und ihrer ökonomische Verwertung erschweren zwar ihre empirische Prüfung, aber analytisch zeigen sich die einschlägigen Modelle in ihrer heuristischen Perspektive hier sehr einheitlich (vgl. Romer 1994, 3-22; Acemoglu 2008; Aghion & Howitt 2009; Barro & Sala-I-Martin, 2003).

Dass die auf Wissen basierende Entwicklung und massenhafte Produktion von Technologie als Sachdominanz in Sozialstrukturen wiederum erheblichen Einfluss auf das soziale Leben haben, sei nur am Rande erwähnt (man denke nur an die Veränderung der Verhaltensstandards in der Kommunikation durch Handy und E-Mail).

Auf Basis des wissenschaftsintern produzierten Wissens und seiner Effekte entfalten sich mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche endogene Wachstumseffekte in Volkswirtschaften, die mit gängigen Wachstumstheorien kompatibel erläutert werden können. Welche Spill-Over-Effekte im Kontext neuen Wissens, das nicht selten mit bloßer Information gleichgesetzt wird, auftreten, hängt dabei mit dem jeweiligen nationalen räumlichen, institutionellen und kulturellen Umfeld eng zusammen.

Weiterhin hat in Universitäten produziert Wissen ungeachtet der Möglichkeiten seiner zeitlich begrenzten patentrechtlichen Schützung den Charakter eines öffentlichen Gutes, der dadurch gestützt wird, dass die Publikation der Befunde in einer Scientific Community erfolgt und nach intersubjektiv prüfbar Kriterien bewertet wird, die zu den Standards der universitären Wissenschaft gehören. Selbst wenn patentrechtlich ein zeitweiliger Schutz realisiert wird, können andere Wissenschaftler an den Patentschriften und an eventuellen Publikation anknüpfen und eine eigenständige Weiterentwicklung betreiben, zumal an Universitäten keine Geheimforschung wie in der Rüstungsforschung des militärisch industriellen Komplexes erfolgt.



Konkurrenz im Konsum oder eine Übernutzung wie bei Gemeingütern ist bei Wissen als Produkt universitärer Forschung gemeinhin nicht zu befürchten, üblicherweise sind öffentliche Güter nicht effizient zu produzieren. Für die universitäre Wissenschaft mit ihrem Typus des institutionell verankerten, traditionsgemäß auf intrinsische Belohnung und normative Selbstverpflichtung ausgerichteten Forschers gelingt jedoch eine effiziente Produktion dieses öffentlichen Gutes aufgrund der institutionell in der Universität verankerten Regeln in erstaunlichem Maße. Die institutionellen Voraussetzungen dieser Effizienz hat insbesondere Robert K. Merton (1957, 1969) wiederholt herausgearbeitet. Demnach ist es das vorrangigste Ziel eines Wissenschaftlers, eine Entdeckung als erster zu machen und dies auch entsprechend in Form einer Publikation zu kommunizieren.

Die Besonderheiten der Konkurrenz im Geistigen wurden von Karl Mannheim (1929) schon früh in einen allgemeinen Transformationskontext eingeordnet, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: 1) Die Ausbildung einer sogenannten Weltwirtschaft, also das weltweite Ausbreiten einer interessegeleiteten grenzüberschreitenden Marktvergesellschaftung. 2) Prozesse der Annäherung und Gegeneinanderstellung, also eine Steigerung von Konkurrenz bei zunehmenden Zusammenwachsen der Weltwirtschaft, mit der, so könnte man ergänzen, notwendigerweise Komplexität und Geschwindigkeit von Entscheidungsprozessen zunehmen und 3) das Eindringen des Okzidents in den Orient, der zwangsläufig mit einer steigenden Konkurrenz um Wissen einhergeht.

Mit der originären Publikation von Erkenntnissen bleibt der Wissenschaftler als derjenige, der die Konkurrenz im geistigen zu bestreiten hat, lebenslang als Inhaber des Positionsgutes ein verstetigter temporärer Monopolist im Sinne Schumpeters. Die daraus folgende Reputation ist die Währung, in der Wissenschaftler bezahlt werden, wobei sich im Nachgang häufig spezifische pfadabhängige Selbstverstärkungsprozesse zeigen, die Merton mit dem Begriff des Matthäuseffektes erfasst (vgl. Merton 1968, 1988). Der Outcome wissenschaftlich produktiver Tätigkeit von Wissenschaftlern in der Institution Universität ist auf einer ersten Stufe ungeachtet der Probleme ihrer Qualitätsbeurteilung in Form der Publikationen und der angemeldeten Patente zu messen. Damit wird gleichzeitig die Ausweitung der Konkurrenz vom Individuum auf die kollektive Ebene der Universität und darüber hinaus der Nation möglich.

Die Konkurrenz um neues Wissen und damit um Wissenschaftler ist aufgrund seiner wachstumsfördernden ökonomischen Effekte weltweit stark angewachsen. Investitionen in der Physik wie etwa der Teilchenbeschleuniger in Genf, der milliardenteure Investitionen voraussetzt, oder etwa die Investitionen

in extrem teure Elektronenmikroskope, in astronomische Observatorien usw., um nur einige Beispiel zu nennen, belegen nachdrücklich die derzeit getätigten Investitionen im Rahmen dieser Konkurrenz.

Dabei ähnelt aufgrund des Effektes der Serendipität, also des zufälligen Entdeckens wichtiger Erkenntnisse, die häufig extrem hohe Investition in Forschung, insbesondere in naturwissenschaftliche, im weiteren Sinn einer Mischung von Glücksspiel und Systemtipp mit Berechenbarkeit. Diese Investitionen nicht zu tätigen, würde jedoch bedeuten, dass man aus dem Rennen um neues, wachstumsförderndes Wissen ausscheiden würde. Wissenschaftsförderung ist und bleibt somit ein investives Risiko (zu Serendipität allgemein vgl. Merton & Barber, 2004; für die medizinische Forschung vgl. Meyers 2007). Dazu kommt, dass es sich bei Forschungsaktivitäten um im Ergebnis sehr von einzelnen Sonder- und Höchstbegabungen abhängige Forschungsleistungen handelt, die aufgrund der erwartbaren Normalverteilung von Forschungsbegabungen nicht beliebig vermehrbar sind.

Wissenschaftliches Wissen hat dabei aber nicht nur nationale Effekte auf Volkswirtschaften, sondern auch Effekte am Ort der Produktion, den Universitäten und in ihren Regionen. Die Messung dieser Wirkungen haben sich regionalökonomische Studien zur Aufgabe gemacht.

### **3 Regionalökonomische Studien in Deutschland**

Die regionalökonomische Forschung zu Universitäten und Hochschulen kann im deutschsprachigen Raum mittlerweile auf eine fast fünfzigjährige Geschichte zurückschauen und eine aktualisierte Zusammenstellung ergibt mittlerweile Studien für 40 Hochschulräume in Deutschland, Österreich und der Schweiz (vgl. Tabelle 2.2.1). Für einige wenige liegen mittlerweile sogar Untersuchungen zu verschiedenen Zeitpunkten vor, wobei insbesondere die Studien über einen Zeitraum von dreißig Jahre zur TU Kaiserslautern für das Saarland als Referenz interessant sind, da es sich um benachbarte Regionen handelt.

**Tab. 1: Übersicht: regionalökonomische Studien in Deutschland.**

Ort	Hochschule	Jahr	Autoren
Aachen	TH Aachen	1977	Brösse & Emde
Augsburg	Universität Augsburg	1990	Pfaff & Becker
Bamberg	Universität Bamberg	2010	Nowak
Basel	Universität Basel	2007	Haisch & Schneider-Sliwa
Bayreuth	Universität Bayreuth	1979	Wahl, Meier & Weber
Berlin	Hochschulen in Berlin	1997	Geppert & Vesper
	Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Berlin	2001	Baumgartner & Seidel
	Hochschulen in Berlin	2013	Pavel
Bremen	Universität Bremen	1992	Schäfer & Leithäuser
	Universität Bremen	1998	Miller & Schäfer
	Hochschulen und Institute Bremens	1999	Pfähler et al.
Bielefeld	Universität Bielefeld	1996	Niermann
Chemnitz	TU Chemnitz	1998	Jurczek
Darmstadt	TH Darmstadt	1978	Knepel & Poser
	TU Darmstadt	2012	Mathes
Flensburg	Universität Flensburg	2007	Leusing
Frankfurt	J.W. Goethe Universität Frankfurt	2002	Bathelt & Schamp
Freiberg	TU Bergakademie Freiberg	1999	Höppner, Brezinski & Seidelmann
Freiburg	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	1995	Drude
Gießen	Justus-Liebig-Universität Gießen	1977	Leib
	Justus-Liebig-Universität Gießen	1982	Giese, Aberle & Kaufmann
Göttingen	Universität Göttingen	1966	Woll
	Universität Göttingen	1976	Baer
Greifswald	Universität Greifswald	1998	Hecht
Halle	Universität und Forschungseinrichtungen in Halle, Merseburg und Wittenberg	2002	Franz, Rosenfeld & Roth
	Martin-Luther-Universität Halle	2002	Glorius & Schultz
Hamburg	Universitäten und Forschungseinrichtungen in Hamburg	1997	Pfähler et al.
	Universität Hamburg	1997	Clermont
Heidelberg	Universität Heidelberg	1981	Gormsen
Ilmenau	TU Ilmenau	1996	Voigt
Jena	FH Jena; Friedrich-Schiller Universität; Universitätsklinikum; Studentenwerk Jena-Weimar <sup>1</sup>	2009	Krähmer & Stoetzer
Kaiserslautern	TU Kaiserslautern <sup>2</sup>	1978	Engelbrech, Küppers & Sonntag
	TU Kaiserslautern	1978	Ganser
	TU Kaiserslautern	1998	Feser & Flieger
	TU Kaiserslautern <sup>3</sup>	2005	Spehl u.a.
Kassel	Universität GH Kassel	1999	Blume & Fromm
		2000	

Ort	Hochschule	Jahr	Autoren
	Universität GH Kassel	2011	Beckenbach, Daskalakis & Hofmann
Konstanz	Universität Konstanz	1979	Fürst
	Universität Konstanz	1995	Oser & Schröder
Krefeld/Mönchengladbach	FH Niederrhein	2001	Hamm & Wenke
Lüneburg	Universität Lüneburg	1999	Pimat
Luzern	Universität Luzern	2006	Strauf & Behrendt
	Universität Luzern	2010	Strauf
Magdeburg	Otto-von-Guericke-Universität; FH Magdeburg-Stendal	2003,a	Rosner & Weimann
Mainz	Universität Mainz <sup>4</sup>	2005	Spehl u.a.
München	Universität München	1997	Bauer
Münster	Hochschulen in Münster	1979	Willauschus
Oldenburg	Universität Oldenburg	1984	Scheele & Schmidt
	FH Ostfriesland	1984	Haude
Osnabrück	Universität Osnabrück	1977	Eickholtz & Rathje
Passau	Universität Passau	1990	Kleinhenz
	Universität Passau	2011	Moosmüller
Potsdam	Universität Potsdam	1999	Gloede, Schirmag & Schöler
	Universität und Forschungseinrichtungen in Potsdam	2006	Knappe
Regensburg	Universität Regensburg	1997	Oberhofer
	Universität Regensburg	2000	Beißinger u.a.
Rostock	Universität Rostock	1996	Knödler & Tivig
	Universität und Fachhochschulen in Mecklenburg-Vorpommern	1999	Bandelin; Bandelin u.a.
Saarbrücken	Universität des Saarlandes <sup>5</sup>	1978	Engelbrech, Küppers & Sonntag
Sachsen-Anhalt	FH Anhalt, FH Harz	2005	Assenmacher, Leßmann & Wehrt
Siegen	Universität GH Siegen	1988	Clapham & Grote
Stuttgart	Universität Stuttgart	1976	Becker, Heinemann-Knoch & Weber
	Universität Stuttgart	1996	Bürgel, Binder & Schultheiß
Trier	Universität Trier	1998	Benson
	Universität Trier <sup>6</sup>	2005	Spehl u.a.
Wien	Universität Wien	2012	Musil

Quelle: Blume & Fromm 1999; Glorius & Schultz 2002; Stoetzer & Krämer 2007; eigene Ergänzungen

<sup>1</sup> getrennt für jede der Einrichtungen bewertet

<sup>2</sup> gemeinsam mit Saarbrücken

<sup>3</sup> mit Mainz u. Trier

<sup>4</sup> mit TU Kaiserslautern u. Trier

<sup>5</sup> mit TU Kaiserslautern

<sup>6</sup> mit TU Kaiserslautern u. Mainz

Auffällig ist, dass überwiegend Universitäten aus strukturschwachen Randgebieten zum Ziel der Untersuchungen geworden sind. Zu vermuten ist, dass strukturschwache Randgebiete erhebliche wirtschaftliche Schwächen aufweisen und deshalb Universitäten als „partieller Wirtschaftsmotor“ dort intensiv untersucht werden, um die entsprechenden Investitionen zu legitimieren. So liegen beispielsweise im Einwohner stärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen nur Informationen für die Fachhochschulen am Niederrhein und die an der Peripherie liegenden Universitäten in Aachen und Bielefeld vor. Auch in Bayern beziehen sich die Studien auf strukturschwache Gebiete wie Regensburg, Passau, Bayreuth und Bamberg, während z.B. die Universitäten in Nürnberg und Erlangen bisher noch nicht untersucht worden sind. Dementsprechend sind die meisten der vorliegenden Studien bezüglich der Größe der untersuchten Hochschulen wie auch der regionalen Lage durchaus mit der Universität des Saarlandes zu vergleichen – selbst wenn sie in deutlich größeren und finanzstärkeren Bundesländern angesiedelt sind.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich allerdings die Situation fast aller Universitäten von derjenigen der Landesuniversität im Saarland: In der Regel geht es um die Zuweisung von zentralen Mitteln an bestimmte Regionen innerhalb eines Bundeslandes und damit um die Aufteilung der für Hochschulen zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den einzelnen Teilgebieten und den dort angesiedelten Universitäten. Im kleinen Saarland stehen dagegen die vom Land für universitäre Zwecke bereitgestellten Mittel ausschließlich der UdS zur Verfügung. Nach diesem Kriterium ist lediglich die Situation in Bremen vergleichbar, da selbst die anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg auf ihrem Gebiet mehrere Universitäten unterhalten.

Das Saarland selbst wird nur in einer älteren Studie mit berücksichtigt (Engelbrech, Küppers & Sonntag 1978), auf deren Ergebnisse selbstverständlich eingegangen wird. Hinzukommen wie bereits erwähnt mehrere Studien zur Bedeutung der TU Kaiserslautern, an denen sich auch Entwicklungstendenzen ablesen lassen (Ganser 1978, Feser & Flieger 1998, Spehl u.a. 2005). Dies ist insbesondere deshalb interessant, weil die TU Kaiserslautern in diesem Zeitraum einen rasanten Aufstieg vollzogen hat. Hier steht die Frage im Vordergrund, inwieweit die vom Bundesland Rheinland-Pfalz getätigten Investitionen in der Westpfalz zu einer positiven Entwicklung der Region beigetragen haben oder nicht. Diesbezüglich lassen sich weiterhin noch Vergleiche mit der Region Trier anstellen, da die dortige Universität nicht nur in die komparativ angelegte Rheinland-Pfalz Studie von 2005 einbezogen war, sondern zusätzlich noch Ergebnisse für 1998 vorliegen (Benson 1998).

Angesichts der vergleichsweise weiten Entfernung zwischen den Universitäten und der relativ klaren regionalen Abgrenzung ihrer Einflussbereiche

stellen sich regionalökonomische Analysen in der Westpfalz und im Saarland einfacher dar als in vielen anderen Räumen der Bundesrepublik. So sind z.B. die Effekte der vier Berliner Hochschulen für die Stadt Berlin kaum zu differenzieren (vgl. zu Berliner Universitäten aktuell Pavel 2013) und im erweiterten Rhein-Main-Gebiet liegen sechs Universitäten in drei verschiedenen Bundesländern dicht und verkehrstechnisch gut erreichbar beieinander und werden bundesländerübergreifend von Studenten gewählt, was separate, über die Stadt hinausgehende Regionalanalysen erschwert. Der räumliche Bezug der Studien und die dabei erfasste Zahl von Hochschulen variieren deshalb zwischen den Studien stark.

Sechs Studien haben einen engeren Horizont und bewerten den Effekt einer Hochschule exklusiv auf die Stadt, in der sie angesiedelt sind. Das andere Extrem stellen sieben Studien dar, die sich auf eine Gruppe von Hochschulen z.T. an unterschiedlichen Standorten beziehen und diese hinsichtlich ihres räumlichen Einflusses entweder vergleichen oder den Einfluss auf ganze Bundesländer oder Großregionen untersuchen. Mit Blick auf die hier interessierenden Fragestellungen – Wirkungen einer Universität auf einen deutlich vom Einflussgebiet anderer Universitäten abgrenzbaren strukturschwachen Raum – sind diese Studien (mit Ausnahme der vergleichenden Rheinland-Pfalz-Studie) von geringerer Relevanz.

Neben den räumlichen Kriterien kommen bei der Auswahl der im Folgenden näher betrachteten Studien auch inhaltliche (Ähnlichkeit der Fragestellungen, Universitätsbezug, Größe der Universität) und zeitliche (Aktualität der Studie) zum Tragen. Aus diesem Grund werden folgende Studien primär in die Betrachtungen mit einbezogen:

- Beckenbach, Daskalakis, & Hofmann (2011) – Universität GH Kassel/Nordhessen
- Blume & Fromm (1999; 2000) – Universität GH Kassel/Nordhessen (wobei hier auch zusammenfassende Bewertungen der bundesdeutschen regionalökonomischen Hochschulstudien enthalten sind)
- Glorius & Schultz (2002) – Martin-Luther-Universität Halle/Mitteldeutschland (ebenfalls mit einer vergleichenden Übersicht zu anderen Studien)
- Moosmüller (2011) – Universität Passau/Passauer Land
- Nowak (2010) – Universität Bamberg/Oberfranken

Hinzu kommen die bereits oben erwähnten Studien zu den rheinland-pfälzischen Universitäten in Kaiserslautern und Trier, wobei die letzte Untersuchung auch die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz mit erfasst. Darüber hinaus werden die übergreifenden Studien von Stoetzer & Krähmer (2007) und Rosner & Weimann (2003, 2003a) in den weiteren Darstellungen ausführlicher berücksichtigt.

#### 4 Methodische Grundprobleme regionalökonomischer Studien

Bereits in den vorangegangenen Ausführungen wurde deutlich, dass regionalökonomische Studien sich mit einer Reihe methodischer Probleme auseinandersetzen müssen. Die angesprochenen Schwierigkeiten betreffen die regionale Abgrenzung und die Attribution der Wirkungen auf eine bestimmte Universität bzw. Fachhochschule. In dieser Hinsicht sind in der Tat die Analysen im Saarland einfacher durchzuführen: mit dem Saarland als eigenständigem Bundesland liegt ein politisch (und damit auch bezüglich der verfügbaren Daten) eindeutig abgegrenztes Gebiet vor, welches nur dem Einfluss einer zentralen Landesuniversität unterliegt. Die beiden nächsten Universitäten in Rheinland-Pfalz liegen 70 (Kaiserslautern) bzw. 100 (Trier) Kilometer von Saarbrücken entfernt und sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln jeweils in ca. einer Stunde erreichbar. Alle weiteren Universitäten in Deutschland (auch die nächstgelegenen in Koblenz-Landau, Mainz und Mannheim) liegen bereits außerhalb der üblichen Pendlerentfernungen und selbst bei einem Studium in Kaiserslautern oder Trier dürften die meisten saarländischen Schulabsolventen zumindest mittelfristig einen Ortswechsel in Betracht ziehen.

Räumliche Abgrenzungsprobleme ökonomischer Wirkungen ergeben sich lediglich an den Grenzen des Saarlandes, wobei hier speziell der Saarpfalz-Kreis betroffen ist: der Universitätscampus in Homburg mit der dort angesiedelten medizinischen Fakultät liegt nahe der Landesgrenze und erbringt darüber hinaus auch wesentliche medizinische Versorgungsleistungen für den angrenzenden rheinland-pfälzischen Raum. Die pfälzische Stadt Zweibrücken mit ihrem Umland profitiert sicherlich ebenfalls von diesem Standort. Im Vergleich zu den dicht besiedelten Ballungsgebieten an Rhein, Main, Neckar und Ruhr handelt es sich hierbei aber um vernachlässigbare Größen.

Dies gilt leider nicht für weitere methodische Probleme, die mit den regionalökonomischen Untersuchungen verbunden sind und für die im Kontext der Saarlandstudie ebenfalls Lösungen zu finden sind. Stoetzer & Krähmer (2007: 8ff.) nennen drei konzeptionelle Grundprobleme, die zunächst zu lösen sind:

- 1) Definition des Untersuchungsgegenstandes und dessen Abgrenzung in institutioneller, zeitlicher und räumlicher Hinsicht
- 2) Datenbeschaffung für die Untersuchung von Nachfrageeffekten
- 3) Referenzsituation zur Ermittlung regionaler Einkommens- und Arbeitsplatzeffekte

Während die räumliche Abgrenzung für die UdS wie beschrieben vergleichsweise unproblematisch ist, gilt dies für die institutionelle Abgrenzung nicht. Zur Erfassung aller hochschulbedingten Nachfragewirkungen müssen „alle Einrichtungen und Personen einbezogen werden, die ursächlich mit der

Existenz der Hochschule verbunden sind“ (Stoetzer & Krämer 2007:9). Hierzu sind der UdS zahlreiche Einrichtungen zu zählen, die mit ihr engverbunden und zum größten Teil aus den Aktivitäten der Hochschule hervorgegangen sind. Von besonderer Bedeutung sind dabei die beiden Max-Planck-Institute (MPI für Informatik und MPI für Softwaresysteme), die beiden Fraunhofer-Institute (IzFP – Fraunhofer-Institut für zerstörungsfreie Prüfverfahren und IBMT – Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik), das Leibniz-Institut für neue Materialien (INM), das Leibniz-Zentrum für Informatik Schloss Dagstuhl, das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS), das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) und das Korea Institute for Science and Technology Europe (KIST), die alle ohne die Nachbarschaft zu und Kooperation mit der UdS undenkbar wären. Hinzu kommen eine Reihe kleinerer Forschungseinrichtungen wie z.B. das Centrum für Evaluation (CEval), die in erheblichem Umfang zum Drittmittelaufkommen der Universität beitragen (vgl. hierzu für die Universitäten in Berlin Pavel 2013, 14 f.).

Viele dieser Einrichtungen arbeiten als selbständige Organisationen oder Firmen und sind dementsprechend nicht dem Universitätshaushalt unmittelbar zugeordnet, haben aber aufgrund der getätigten Investitionen und des dort beschäftigten Personals erhebliche wirtschaftliche Effekte im Saarland. Allerdings muss ihr Einfluss geschätzt werden, da genaue Angaben zu den einzelnen Haushalten fehlen (vgl. Kapitel IV).

Darüber hinaus sind weitere, mittelbar mit der UdS verbundene Einrichtungen zu berücksichtigen. Hier geht es vor allem um Universitätskliniken, die entsprechend eines allgemeinen Konsenses in praktisch allen Studien aufgenommen werden. Die Argumentation ist hier, dass Universitätskliniken aufgrund der Existenz einer medizinischen Fakultät an der UdS errichtet wurden und enge personelle Verflechtungen zwischen der medizinischen Fakultät und den Kliniken bestehen, was gemeinhin bei allen ökonomischen Analysen zu erheblichen Kostenabgrenzungsproblemen zwischen Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits führt. Dies gilt selbstverständlich auch für das saarländische Universitätsklinikum (vgl. [www.uniklinikum-saarland.de](http://www.uniklinikum-saarland.de); zur Behandlung des Universitätsklinikum bei den eigenen Berechnungen siehe Kapitel IV).

Schwieriger ist z.B. die Bedeutung des Sportwissenschaftlichen Instituts (SWI) für den Olympia-Stützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland ([www.olympia-stuetzpunkt.org/](http://www.olympia-stuetzpunkt.org/)) einzuschätzen. Die enge Verbindung zwischen Universität und Spitzensport hat in der Vergangenheit die saarländische Sportentwicklung stark befördert und es scheint undenkbar, dass von Land, Bund und



organisiertem Sport getragene Einrichtungen zur Spitzensportförderung ohne begleitende Flankierung durch Forschung und Lehre auf akademischem Niveau im Saarland weiterbestehen könnten. Eine ähnliche feste institutionelle Verknüpfung wie zwischen Universitätsklinikum und medizinischer Fakultät besteht allerdings nicht, weshalb die Effekte des Olympiastützpunktes nicht in die Auswertungen einbezogen werden.

Neben diesen primär forschungsorientierten Einrichtungen, die gerade deshalb sehr stark von der Existenz einer Universität abhängig sind, gibt es eine Reihe weitere durch die UdS direkt oder indirekt initiierte Serviceeinrichtungen, von der nicht nur diese selbst, sondern auch andere Personen oder Organisationen profitieren. So kommen z.B. an vielen Universitäten dem Studentenwerk, dem Rechenzentrum und der Universitätsbibliothek weiterführende Aufgaben und Pflichten zu. Im Saarland ist die Universitätsbibliothek zugleich auch Landesbibliothek (SULB – Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek) und ein Wegfall der Universität samt dem dort zur Verfügung stehenden Bibliothekshaushalt hätte sicher schwerwiegende Folgen für die Weiterführung einer reinen Landesbibliothek. Ähnliches gilt auch für das Rechenzentrum, welches seit 2011 als Hochschul-IT-Informationszentrum (HIZ) für sämtliche saarländische Hochschulen zuständig ist und speziell dank der an der Universität vorhandenen IT-Kompetenz ein wichtiger Dienstleister im Saarland ist. Eine klare Zuweisung der Effekte des HIZ an die Universität ist allerdings wegen der Zusammenlegung der IT-Zentren nicht mehr möglich.

Nicht nur Rechenzentrum und Bibliothek, sondern viele weitere Einrichtungen der Universität erbringen zusätzliche Serviceleistungen für das Land, die bei einer Betrachtung des Nutzens der UdS zu berücksichtigen wären. So wird z.B. der Botanische Garten der UdS von Schulen genutzt, die in Eigenverantwortung kaum ein solches Angebot aufrecht erhalten könnten. Dementsprechend ist die Einbeziehung von Einrichtungen und genaue Bestimmung des Nutzens der UdS als einziger Landesuniversität für die saarländische Bevölkerung aufgrund der komplexen Nutzenverschränkungen besonders schwierig – im Unterschied zu anderen Bundesländern können Aufgaben nicht zwischen Universitäten und nur eingeschränkt zwischen Universität und Fachhochschulen aufgeteilt werden und für das Land bedeutet das Streichen von Dienstleistungen an der UdS zugleich den Wegfall dieser Leistungen für die gesamte Region. Eine Schließung des Botanischen Gartens z.B. würde dazu führen, dass entweder saarländische Schulklassen z. B. nach Rheinland-Pfalz reisen müssen (mit allen damit verbundenen bürokratischen Hindernissen) oder eben auf eine praxisbezogene Ausbildung in Biologie verzichtet werden muss. Beides wäre ohne Zweifel ein klarer Standortnachteil gegenüber anderen Regionen in Deutschland, die solche Angebote problemlos bereitstellen können.

Generell wird in der vorliegenden Studie eine konservative Linie verfolgt, die eher zu einer Unter- denn zu einer Überschätzung des regionalen Nutzens der Universität führt. Dementsprechend werden bei der Ermittlung des Nutzens lediglich die direkt auf die Universität zurückzuführenden Effekte berücksichtigt und indirekte, z.T. mit den saarländischen Fachhochschulen oder anderen Einrichtungen geteilte Wirkungen sowie aus sonstigen Gründen hinsichtlich der Zuweisung an die Universität unklare Effekte eher weggelassen (vgl. dazu ausführlich Kapitel IV).

Unstrittig ist bei den regionalökonomischen Studien zum Nutzen von Universitäten und Hochschulen die Berücksichtigung der Konsumausgaben von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal sowie der Studierenden für die Untersuchungen. In all diesen Fällen ist eindeutig, dass ohne die UdS und ihre Studenten sowie wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter der entsprechende Nutzen entfallen würde. Allerdings beziehen die Studien ohne Ausnahme die Opportunitätskosten nicht in das Kalkül mit ein: für die Studierenden ist z.B. davon auszugehen, dass beim Wegfall eines Faches (oder gar der gesamten Universität) nicht alle abwandern würden, sondern sich zumindest einige aus regionaler Verbundenheit im Saarland eine Alternative suchen würden. Ebenso wenig werden die den Familien der Region durch den Weggang studierender Kinder zusätzlich entstehenden Kosten (z.B. Pendel- und/oder Wohnkosten in einer anderen Region) in das Kalkül potentieller Opportunitätskosten bei Wegfall der UdS aufgenommen. Die im Rahmen dieser Studie erhobenen Daten lassen allerdings zumindest einige rudimentäre Abschätzungen dieser Größen zu (vgl. dazu Kapitel VIII).

Damit sind allerdings die Schwierigkeiten in der Zuweisung der Konsumausgaben von Universitätsbeschäftigten und Studierenden keineswegs überwunden. Letztlich bedarf es hier detaillierter Befragungsdaten, die Einnahmen und Ausgaben der Haushalte erheben sowie diese der Hochschulregion zuweisen können. In der Praxis ist eine ebenso präzise Messung wie auf der Ausgabenseite allerdings unmöglich: hierzu müssten von Mitarbeitern und Studierenden exakte Haushaltsbücher geführt werden, die den strengen Kriterien der Rechnungsprüfung öffentlicher Haushalte genügen. Letztlich bleiben alle Studien hier auf mehr oder weniger genaue Abschätzungen der regionalen Konsumausgaben angewiesen, wobei besonders bei den Studierenden diese Abschätzungen schwierig sind (vgl. dazu Kapitel V).

Insbesondere für das nicht-wissenschaftliche Personal scheinen dagegen die Datenprobleme weniger ausgeprägt als in anderen Hochschulregionen: aufgrund der Größe und regionalen Abgrenzung gegenüber anderen Räumen kann davon ausgegangen werden, dass der Konsum praktisch ausschließlich im Saarland erfolgt (von Tankfahrten nach Luxemburg oder Urlaubsreisen

einmal abgesehen). Die hier vorgenommene Verwendung von Schätzern auf Basis der Daten anderer Studien führt dementsprechend wiederum eher zu einer Unter- denn Überschätzung des regionalen Effektes (vgl. Kapitel IV).

Lediglich beim wissenschaftlichen Personal – und hier speziell bei den Professoren – ist eine Einschätzung generell schwierig. Aufgrund der fehlenden Residenzpflicht für Hochschullehrer leben einige außerhalb des Saarlands und deren Konsumausgaben fließen dementsprechend nicht ins Saarland zurück. Hier erscheint die Nutzung der Erfahrungswerte (z.T. aus Erhebungen gewonnen) einen ausreichend präzisen Schätzer darzustellen.

Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern ist angesichts der vertraglichen Befristungen eines Teils von einer hohen Fluktuation und dementsprechend schnellen Veränderungen der Werte auszugehen und somit von einer hohen Stromgröße, was sich allerdings nicht auf die aggregierten Konsumausgaben dieser Gruppierung im Saarland auswirken dürfte (es kommt höchstens zu einer geringfügigen Steigerung durch mit Zu- und Wegzug verbundene Mobilitätskosten). Engelbrech, Küppers & Sonntag (1978: 95) zeigen folgende Wohnsituation des Personals der UdS für das wissenschaftliches Personal auf: Bis 2 km Entfernung wohnen 30 %, bis 5 km 68 % und mehr als 15 km Entfernung zwischen Wohnort und UdS weisen 18 % auf. Analog dazu sieht die Situation beim nicht-wissenschaftlichen Personal wie folgt aus: bis 2 km: 11 %, bis 5 km: 38 %, mehr als 15 km: 43 %. Insgesamt können 73 % der wissenschaftlichen Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz in weniger als 15 Min. erreichen. Damit ist auch hier eine eher überdurchschnittliche Wirkung für die Region aus diesen Konsumausgaben zu erwarten.

In einer Längsschnittperspektive kommt den vorhandenen Planstellen im Mittelbau aber eine weitere Bedeutung zu: sie stellen wichtige Einstiege in wissenschaftliche Karrieren dar und dienen als „Sprungbrett“ in die saarländische Wirtschaft oder in Verwaltungen und Behörden (vgl. hierzu Kapitel VII), insbesondere ist das Verhältnis befristeter zu unbefristeter Stellen im „akademischen Mittelbau“ von besonderem Interesse. (vgl. Kapitel IV).

Dies sind nur einige Beispiele für Datenerhebungsprobleme, die im Rahmen von regionalökonomischen Hochschuluntersuchungen gelöst werden müssen. Die für die Saarlandstudie getroffenen Entscheidungen und die eingesetzten Methoden werden später detailliert vorgestellt (vgl. Kapitel III). An dieser Stelle sei lediglich erwähnt, dass eine perfekte Datenbasis unerreichbar ist und immer Kompromisse geschlossen werden müssen. Dementsprechend ist eine Diskussion der Analysemöglichkeiten und –grenzen des vorhandenen Datenmaterials unbedingt notwendig.

Stoetzer & Krämer (2007: 15ff.) weisen schließlich darauf hin, dass eine realistische Bewertung der Handlungsoptionen die Opportunitätskosten von Hochschulen mit berücksichtigen müsse und dieses in den meisten regionalökonomischen Studien nicht geschieht. Die Berechnungen gehen in der Regel davon aus, dass durch den Wegfall der Hochschule auch der Nutzen vollständig entfällt, die ersparten Investitionsmittel aber keinerlei Kompensation durch Reallokation eingesetzter Ressourcen an anderer Stelle erbringen. Diese Annahme ist auf Länderebene unrealistisch: „Soweit ein Land eine Hochschule an einem Standort etablieren möchte, steht sie vor der Frage, ob die Landesmittel nicht für eine Art von Ausgaben (bspw. Kindergärten, Verwaltungseinrichtungen, Altstadtsanierungen) besser angelegt wären“ (Stoetzer & Krämer 2007: 16). Mit Blick auf das Saarland ist hierzu allerdings anzumerken, dass eine Verlegung der Hochschulfunktionen innerhalb des Landes keine Alternative darstellt und die Schließung der UdS gleichbedeutend mit dem Wegfall des akademischen Lehr- und Forschungsangebot wäre. In dieser Hinsicht unterscheidet sich wie bereits erwähnt das Saarland von allen anderen Bundesländern (außer Bremen). Dementsprechend ist die Schließung der UdS ungeachtet der Schließungskosten einschließlich des späteren gebäudlichen Erhaltungsaufwandes aufgrund des Verlustes dieser zentralen Funktion und ihrer fehlenden Substituierbarkeit keine innerhalb der Landesregierung diskutierte realistische Option.

Der von Stoetzer & Krämer (2007) vorgeschlagene Weg einer Differentialanalyse, in der die Ausgabewirkungen für die jeweilige Hochschule in Relation zu alternativen Mittelverwendungen und somit deren Nutzen, also die volkswirtschaftlicher Effizienz, betrachtet werden, ist grundsätzlich auch für das Saarland die bessere methodische Lösung. Allerdings sind die Hürden für die Alternativen sehr hoch: Wie bereits angesprochen sind die je nach zugrunde gelegten Modell zu schätzenden zusätzlichen Wertschöpfungseffekte der Universität sehr hoch (siehe Kapitel IV) und zusätzlich treten kaum zu kompensierende positive demographische Effekte auf (siehe Kapitel VIII), die sich besonders stark in einem Land wie dem Saarland auswirken sollten, welches von demographischen Veränderungen besonders stark betroffen ist. Engelbrech, Küppers & Sonntag stellen schon 1978 (1978: 58) in ihrem Fazit fest, „die wichtigste Funktion der Hochschule für die Regionen mit Entwicklungsproblemen liegt darin, die Abwanderung der Studenten, die dort ihren Heimatwohnsitz haben, zu verhindern.“ Angesichts der zunehmenden Konkurrenz um junge Arbeitskräfte ist die UdS eine unabdingbare Voraussetzung, um als Pull-Faktor junge Studierende anzuziehen und sie abhängig von der Gehaltsstruktur (vgl. Kapitel V) und dem Image (vgl. Kapitel VIII) im saarländischen Arbeitsmarkt zu binden (vgl. Zimmermann 1973: 223).

Aktuell ist im Saarland keine Umverteilung der für die Universität gewidmeten Landesmitteln auf andere Haushaltsposten geplant, sondern eine die Budgetrestriktionen verschärfende, an der gesetzlich verankerten Schuldenbremse ausgerichtete Haushaltskonsolidierung, die üblicherweise aus politischer Opportunität heraus, wenn überhaupt, nach der Rasenmähermethode durchgeführt wird und deren langfristigen Wirkungen bisher niemand umfassend bewertet und mit den kurzfristigen negativen Effekten in Bezug gesetzt hat. Welche Auswirkungen die derzeit diskutierten Kürzungen des Universitätshaushalts auf das Saarland vermutlich haben, wird abschließend diskutiert (siehe Kapitel X).

## **5 Zentrale Befunde ausgewählter Studien**

Hochschulregionen profitieren in vielfältiger Weise von ihrer akademischen Infrastruktur und nicht in allen Bereichen ist es möglich, diese Effekte direkt monetär zu bewerten. Viele Effekte treten peridienübergreifend erst mittel- und langfristig auf und sind nur schwer direkt den Aktivitäten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen zuzuweisen.

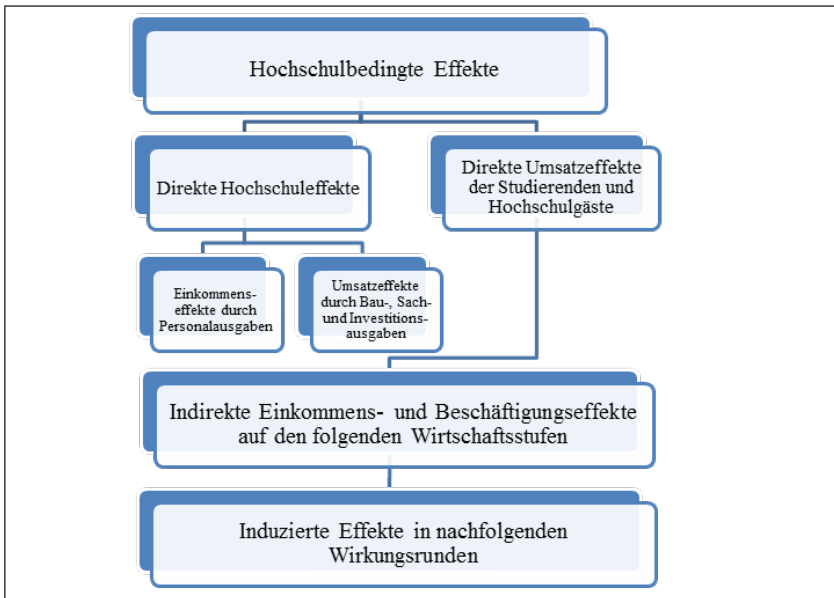
Zu unterscheiden sind direkte Effekte, die sich durch die Existenz der Hochschule, die Beschäftigung von wissenschaftlichen wie nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die Anwesenheit von Studierenden und die Bau- und Investitionstätigkeiten der Universitäten und ihrer Forschungs- und Lehrinrichtungen ergeben. So erhält das Saarland zum einen direkten Rückfluss aus den Einnahmen der Einkommenssteuer, die jeder Arbeitnehmer und auch Personengesellschaften bezahlen und die anteilig an die Länder gehen (42,5 %). Darüber hinaus partizipiert das Saarland anteilig an der Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer (50,4 %) und erhält Mittel aus der Körperschaftsteuer, die Kapitalgesellschaften auf ihre Gewinne zahlen. Weiterhin kommen die problematisch zu schätzenden Beschäftigungseffekte der Vergabe von Aufträgen an saarländische Unternehmen usw. – kurzum: die beschäftigungsinduzierende Wirkung von Investitionen in Bau- und Erhaltungsaufwand.

Darüber hinaus entstehen auch indirekte Wirkungen, beispielsweise durch die Bildung von Humankapital (und dessen Bereitstellung für den regionalen Arbeitsmarkt, vgl. Kapitel VII), die Gründung neuer Unternehmen, den Wissens- und Technologietransfer zwischen Universität und Region sowie den hierdurch bedingten Produktivitäts- und Wissensfortschritt und damit verbesserte Konkurrenzfähigkeit im Markt bis hin zu temporären Monopolsituationen in privaten Unternehmen und etwa eine mögliche Qualitätssteigerung bei staatlichen Dienstleistungen. Diese Effekte können wiederum ihrerseits Investitionen innerhalb der Regionen anstoßen, die sich nicht mittelbar auf die Forschungs- und Lehrleistungen der UdS beziehen, sondern z.B. auch die

Existenz von Kneipen, Bäckereien oder Boutiquen durch den Konsum von Studierenden und Universitätsbeschäftigten sichern helfen.

Vielfach handelt es sich hierbei außerdem um einen Wissenstransfer von außen in die Region, der nicht in allen Fällen direkt an Personen gebunden ist, sondern beispielsweise vermittelt über Publikationen, Tagungsauftritten, Werbeveranstaltungen u.ä. als positiver Imageeffekt oder in anderer, kaum fassbarer Wirkungen für die Region auftreten kann (vgl. Grafik 2.4.1 als Überblick zu den verschiedenen Effektarten). Auch die Berufung international ausgewiesener Spitzenforscher an die UdS gehört in dieses Feld des Wissenstrfers von außen.

**Abb. 1: Zusammensetzung der hochschulbedingten Effekte**



Quelle: Stoetzer & Krämer (2007: 19)

Die Befunde der verschiedenen Studien variieren wie bereits beschrieben entsprechend der eingesetzten Methoden und Annahmen z.T. erheblich voneinander. Ein Beispiel: zu den gut erfassbaren Größen einer Universität gehört das dort beschäftigte Personal. Trotzdem schwanken die verwendeten Zahlen bedingt durch die unterschiedlichen Konzepte erheblich. Manche beziehen nur die Effekte der durch Drittmittel finanzierten Stellen (als Surplus in einer Differentialrechnung) ein, andere begrenzen ihre Berechnungen regionaler

Effekte auf die wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Wohnsitz in der Hochschulregion haben. In manchen Fällen wird das Personal von Kliniken, Instituten und nur mittelbar verbundenen Stellen mit eingerechnet, in anderen beschränken sich die Kalkulationen ausschließlich auf das über den Universitätshaushalt finanzierte Personal. Manche kalkulieren auf Basis von Stellen, andere rechnen diese in Vollzeitäquivalenzen um.

Stoetzer & Krämer (2007: 24) kommen bei ihrem Überblick zur Forschung über regionalökonomische Wirkungen von Hochschulen zu dem Ergebnis, dass im Durchschnitt ca. 75 % der gesamten Personalausgaben einer Hochschule in der Region wirksam werden. Die Spanne reicht dabei von 65 % (Bielefeld) bis 91 % (Rostock) und lässt sich nicht primär aus regionalen Gegebenheiten erklären. Ähnliches gilt auch für die hier in die Betrachtung einbezogenen Studien, deren berichtete Ergebnisse zwischen 66 % (Halle) und 78 % (Kassel) schwanken. Für die rheinland-pfälzischen Hochschulen kommen Spehl u.a. (2005:XXVI) insgesamt auf einen Wert von über 81 %, wobei die Anteile für die TU Kaiserslautern (84 %) und die Universität Trier (88 %) noch etwas höher liegen. Generell lässt sich sagen, dass bedingt durch die zusätzlichen Drittmiteinnahmen der Universitäten die von den Ländern getätigten Personalausgaben vollständig der Hochschulregion und über den Konsum der lokalen Wirtschaft zugutekommen. In absoluten Zahlen sind das zwischen 1999 und 2003 für Kaiserslautern jährlich 34 Mio. EUR und für Trier 29 Mio. EUR. Hinzu kommen in beiden Fällen nochmals mehr als 10 Mio. EUR über die Beschäftigten der Fachhochschulen und der ortsansässigen Forschungsinstitute (zu den entsprechenden Zahlen für das Saarland siehe Kapitel IV).

Daneben entstehen Umsatzeffekte, die sich aus den Bau-, Sach- und Investitionsausgaben der Hochschulen ergeben. Auch diese Mittel stammen in der Regel weitgehend aus dem Etat der Bundesländer, häufig jedoch in Co-Finanzierung mit EU-, Bundes- und Kommunalen Mitteln. Eine Ermittlung des genauen Anteils der in der Region verbleibenden Anteilen ist zwar prinzipiell möglich, angesichts des hohen Aufwands – es müssten alle Belege regionalen Lieferanten zugeordnet werden – basieren die Daten der Studien hier jedoch häufig auf Stichproben oder mehr oder weniger groben Schätzungen. Die rheinland-pfälzische Studie konnte dank der an fast allen Hochschulen verwendeten Buchungssoftware Auswertungen der Belege auf Basis von Postleitzahlen vornehmen und dementsprechend eine sehr gute Grundlage für die regionale Zuweisung der Bau-, Sach- und Investitionsausgaben erstellen (vgl. Spehl u.a. 2005: 36ff.). Insbesondere bei den stark technisch ausgerichteten Hochschulen (wie der TU Kaiserslautern) sind die auf die Region entfallenden



Anteile der vergleichsweise hohen Investitionsausgaben eher gering (in Kaiserslautern zu damaligen Zeitpunkt gerade einmal 9 %). Von den Bau- und Sachmittelausgaben profitiert die Region allerdings deutlich stärker, so dass insgesamt etwa ein Drittel der Investitionen durch die TU Kaiserslautern in der Region verbleiben (32,5 %). Für die Universität Trier sieht die Situation angesichts der stärker sozial- und geisteswissenschaftlichen Ausrichtung vollständig anders aus: hier sind die absoluten Investitionsausgaben erheblich niedriger (1,2 Mio. gegenüber 4,5 Mio. EUR), der regionale Anteil dagegen wesentlich höher (42,4 %). Auch in Trier dominieren die Sachmittelausgaben, was den Gesamtanteil der in der Region verbleibenden Mittel weiter erhöht (insgesamt 45,7 %). Im Verlauf der Jahre 1999 bis 2003 flossen hierdurch den Unternehmen der Trierer Hochschulregion im Durchschnitt jährlich 11 Mio. EUR aus dem Universitätsetat zu und fast noch einmal der gleiche Betrag aus den Fachhochschulen und universitätsnahen Instituten. In Kaiserslautern sehen diese Zahlen – trotz der insgesamt höheren Ausgaben – für die Region fast identisch aus.

Während bei allen diesen Posten mit alternativen Mittelverwendungen argumentiert werden könnte, für die dann allerdings ähnliche oder sogar bessere Renditen erst noch belegt werden müssten, gilt dies für die wichtigste Personengruppe, die Studierenden, nicht – sie befinden sich primär aufgrund der Studier- und Qualifizierungsmöglichkeiten in der Region und ohne die Universitäten würde sicherlich die überwiegende Mehrheit in andere Regionen zur Aufnahme eines Studiums abwandern – wenn sie nicht Karrierechancen, Arbeitsplatzsicherheit und langfristige Einkommenschancen der Liebe zur Heimat unterordnen. Dies gilt allerdings nur für die bereits in der Region lebenden Studienanfänger, für die auch eine Aufnahme nicht akademischer Ausbildungen in der Region eine (allerdings wenig attraktive) Alternative wären: für alle anderen stellt die Hochschule das einzige Migrationsmotiv dar und eine Zuwanderung bei fehlender Studienmöglichkeit kann ausgeschlossen werden.

Die Ergebnisse der rheinland-pfälzischen Studie verweisen zudem noch auf einen mittelfristigen Effekt am Ende des Studiums: „Der Wettbewerb [zwischen den Regionen – WM/EE] um die besten Köpfe entscheidet sich im Wesentlichen direkt nach dem Studium“ (Spehl u.a. 2007:60). Eine Region ohne Hochschule hat dementsprechend im sich angesichts des demographischen Wandels verschärfenden Wettstreit um die knapper werdende Zahl hochqualifizierter Kräfte in der Bundesrepublik ausgesprochen schlechte Ausgangsbedingungen. Eine weitere Reduzierung der Studienplätze im Saarland würde somit zu erheblichen Abwanderungen insbesondere in die nahegelegenen rheinland-pfälzischen Regionen führen (vgl. hierzu Kapitel VIII) und mittelfristig die



von der Wirtschaft bereits heute beklagten Standortnachteile des Saarlandes verschärfen (vgl. hierzu Kapitel VI). Zudem fällt damit der Zustrom junger studierwilliger Menschen ins Saarland aus und damit die Möglichkeit der Bindung von nicht saarländischen Absolventen nach Studienabschluss. Welche erhöhten Suchkosten das für die saarländischen Unternehmen bedeutete, deren Position im Wettbewerb um kluge, qualifizierte junge Köpfe sich damit deutlich verschlechterte, kann nur spekuliert werden.

Der ökonomische Nutzen von Studierenden für eine Region beginnt jedoch nicht erst mit dem Ende des Studiums: insbesondere in den traditionellen Universitätsstädten (Heidelberg, Tübingen, Freiburg, Göttingen usw.) stellen die Studierende einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar und sie bereichern obendrein die kulturelle Vielfalt der Region durch ihre Ideen und ihr Engagement. Der alleinige Blick auf den Konsum und die hierdurch indizierten wirtschaftlichen Effekte in der Region ist dementsprechend stark verkürzt und gibt bestenfalls einen Ausschnitt des regionalen Nutzens von Studierenden wieder.

Dessen ungeachtet sind schon die studentisch verursachten Nachfrageeffekte eindrucksvoll und schlagen in Abhängigkeit von der Studierendenzahl, dem regionalen Einzugsgebiet der Universität, der Aufenthaltsdauer der Studierenden in der Region sowie den z.T. recht erheblich variierenden Konsumstilen der Studierenden unterschiedlich stark zu Buche. Die meisten Studien beziehen sich bei der Bewertung dieser Effekte auf die Daten der Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks (DSW) bzw. deren regionalen Sonderauswertungen (vgl. Middendorf et al. 2012). Für das kleine Saarland ist allerdings die empirische Basis dieser Erhebung sehr schmal, weswegen eine eigene Befragung der Studierenden vorgezogen wurde (vgl. zu den Ergebnissen Kapitel V).

Angesichts der Heterogenität von Studierendenpopulationen, Einkommensquellen, Konsumstilen usw. überrascht es nicht, dass die Studien vergleichsweise stärker abweichende Ergebnisse als bei den anderen bisher angesprochenen Kalkulationen aufweisen. Unstrittig ist allerdings, dass ein Großteil der Konsumausgaben von Studierenden in der Hochschulregion verbleibt. Stoetzer & Krämer (2007: 29f.) berichten bei ihrer vergleichenden Betrachtung von einem mittleren Anteil von ca. 70 % der Studenteneinkommen, die in der Region verausgabt werden. Der niedrigste Wert wurde – angesichts der Nähe Berlins wenig überraschend – in Potsdam festgestellt (51 %), der höchste im relativ abgelegenen Kassel (82 %).

Die rheinland-pfälzische Studie von 2005 verwendet die Daten der 16. und 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zur Schätzung der Studentenausgaben ohne hierbei zwischen den einzelnen Regionen zu diffe-

renzieren. Berechnungsgrundlage stellt dagegen eine Typologisierung der Studierenden in „Regionalstudenten“ (welche das ganze Jahr in der Region leben und hier sämtliche Ausgaben tätigen), „Elternwohner“ (welche ebenfalls alle Ausgaben in der Region tätigen, aber bei ihren Eltern wohnen und deshalb deutlich geringere Ausgaben haben), „Einpendler“ (welche nur in der Vorlesungszeit in der Region sind und hier einen geringen Anteil an Konsumausgaben tätigen) und „Auswärtige“ (welche acht Monate in der Region sind, aber über eine Wohnung vor Ort verfügen) dar (vgl. Spehl u.a. 2005: 30ff.). Werden diese Schätzer zum Vergleich in Prozentangaben umgerechnet, so ergibt sich für die TU Kaiserslautern ein Wert von 73 % und für die Universität Trier ein Anteil von 78 % der studentischen Einkommen, die in der Region verausgabt werden.

Das Gesamtvolumen dieses regionalen Konsums ist primär von der Studierendenzahl abhängig und schwankt bei den hier als Vergleich gewählten Studien von 58 Mio. EUR in der Region Kaiserslautern (der von den Studierendenzahlen gesehen kleinsten Universität und zudem mit einem hohen Anteil von Fernstudenten) und 139 Mio. EUR in der Region Kassel (wobei die Universität GH Kassel mit annähernd 20.000 Studierenden am ehesten von der Größenordnung mit der Universität des Saarlandes vergleichbar ist). Für die andere Nachbaruniversität in Trier ergaben sich vor etwa zehn Jahren Werte von 86 Mio. EUR, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, dass auch dort die Studierendenzahlen damals wesentlich geringer als heute gewesen sind (TU Kaiserslautern: damals 8.423, heute 12.545; Universität Trier: damals 11.505, heute 13.905 Studierende; zum Vergleich: an der Universität des Saarlandes waren 2003 15.454 Studierende immatrikuliert, gegenwärtig sind es 18.592).

Werden die beschriebenen direkten Effekte aus dem Konsum von Beschäftigten und Studierenden sowie die Sachmittelausgaben der Universitäten addiert, so ergeben sich für die ausgewählten Vergleichsuniversitäten Werte zwischen 110 und 258 Mio. EUR (vgl. Tabelle 2.4.1). Diese vergleichsweise große Streuung der direkten Regionaleffekte erklärt sich durch die unterschiedlichen Studierenden- und Mitarbeiterzahlen der Hochschulen und deren spezifische fachliche Ausrichtungen. Pro Studierenden ergibt sich hierdurch eine Wertschöpfung von 10-15.000 EUR, die unmittelbar der Hochschulregion zugutekommt – wobei die Regionen tendenziell von größeren Universitäten nicht nur absolut, sondern auch relativ bezogen auf die Wertschöpfung pro Studierenden stärker profitieren.

**Tab. 2: Zusammenstellung direkter Regionaleffekte ausgewählter Universitäten**

Universität	Jahr	Studierende	Beschäftigte	Beschäft. Nettoeinkommen	Konsum Studierende	Sachausgaben	Insgesamt
				Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Uni Saarland	1978	11.833	3.012	19	28	7	69*
TU Kaiserslautern	2007	8.423	1.725	41	58	11	110
Uni Trier	2007	11.505	1.287	40	86	11	137
Uni GH Kassel	2000	17.987	2.489	66	139	53	258
ML Uni Halle	2002	14.051	2.318	46	60	24	130
Uni Passau	2011	9.177	1.305	13	62	35	110
Uni Bamberg	2010	8.964	KA	KA	65	KA	KA

Quelle: eigene Zusammenstellung; Preise zum Erhebungszeitpunkt (umgerechnet in Euro)

\* bei einer jährlichen Inflation von etwa 2 % ergibt sich ein Betrag von 118 Mio. EUR nach heutigen Preisen

Die historischen Daten aus dem Jahr 1978 für die UdS weisen – wenn eine moderate (und damit eher zu gering angesetzte) Preissteigerung von 2 % vermutet wird – einen Wert von ca. 118 Mio. EUR (Wert zu damaligen Preisen: 139 Mio. DM) aus. Für die zu dieser Zeit noch sehr kleine TU Kaiserslautern (666 Beschäftigte und 1.919 Studierende) ergab sich entsprechend ein deutlich geringerer regionaler Effekt (33 Mio. DM, entspricht heute ca. 28 Mio. EUR). Daraus lässt sich grob eine Bruttowertschöpfung von 14.590 EUR (Kaiserslautern) bzw. 11.747 EUR (Saarbrücken) je Studierendem nach heutigen Preisen schätzen. Hinzu kommt ein Beschäftigungseffekt von 3.886 (Saarbrücken) bzw. 883 (Kaiserslautern) Arbeitsplätzen in der Region (für Details der Berechnungen siehe Engelbrech, Küppers & Sonntag 1978: 130ff.).

Zu diesen direkten Wertschöpfungseffekten kommen zusätzlich indirekte Effekte, die durch Investitionen angestoßen werden. In der keynsianischen Wirtschaftstheorie (Keynes 1936) stellen diese nachfrageinduzierten Wirtschaftsanstöße die zentrale Schubkraft für die weitere Entwicklung dar und sie werden durch sogenannte „Multiplikatoren“ abgebildet. Wie diese Multiplikatoreneffekte aber genau zu berechnen sind, ist in der Ökonomie durchaus nicht unumstritten. Dies gilt umso mehr, wenn es um die Übertragung des Konzepts auf Regionen geht. Gemäß Spehl u.a. (2005:47ff.) sind die wichtigsten Einflussfaktoren auf die Berechnung des Multiplikatoreneffekts in den regional-ökonomischen Studien zu Hochschulwirkungen folgende:

- *Die marginale Sparquote (s)*: die plausible Annahme, dass nicht alle Einkommen von Studierenden, Mitarbeitern und Professuren konsumiert werden, führt zu der Frage, wie auf Grundlage vorhandener Informationen die Sparquote möglichst realitätsnahe berechnet werden könnte und so die eigentlich interessierende marginale Konsumquote  $c$  zu extrahieren ist. Allerdings wird hier vollständig der bei einer Reihe von Studierenden vorhandene umgekehrte Effekt übersehen: es gibt Studierende, die ihr Studium zumindest teilweise aus früher gebildeten Rücklagen (oder Rücklagen anderer in Form z.B. von Erbschaften) finanzieren. Dieser Konsum von Sparguthaben müsste gegen gerechnet werden.
- *Die Importquote (m)*: da nicht alle in der Region konsumierten Güter auch dort produziert und hierzu ausschließlich regionale Vorleistungen verwendet werden, sind auf regionaler Ebene – also nicht nur nationale, sondern auch regionale Grenzen überschreitende – Güter- und Dienstleistungstransfers zu bewerten. Nur selten kommen allerdings in den Studien umfangreiche regionale Input-Output-Rechnungen zum Einsatz. Für das Saarland als Bundesland sind solche Berechnungen allerdings prinzipiell eher als in anderen Hochschulregionen zu realisieren.
- *Steuerquoten (direkt  $t$  und indirekt  $i$ )*: sowohl die erzielten Einkommen als auch die konsumierten Güter werden in unterschiedlichem Umfang und mit unterschiedlichem (teilweisen) Rückfluss in die Region besteuert. Einige Studien bemühen sich darum, diese Effekte mit zu berücksichtigen.
- *Transferzahlungen (u)*: wenn sich die regionalen Einkommen erhöhen, so gehen einige staatliche Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld zurück und durch die Zahlung von Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung erhöhen sich zudem die Transfers aus der Region. Diesen negativen Transfers stehen aber eventuell auch positive Transferzahlungen (z.B. Bafög) in die Region entgegen. Ob und wie diese Effekte berücksichtigt werden, differiert ebenfalls zwischen den Studien.

Aus diesen Komponenten ergibt sich folgende allgemeine Berechnungsformel für den Multiplikationseffekt:  $k = \frac{1}{1-c(1-i)(1-m)(1-t-u)}$  (Spehl u.a. 2005: 48). Die unterschiedliche Behandlung der einzelnen Komponenten in einigen ausgewählten Studien sind in Tabelle 2.4.2 zusammengestellt.

**Tab. 3: Berechnung der Multiplikatoreffekte in regionalökonomischen Studien**

Region	Multiplikator	Studie	Berechnung
Land Baden-Württemberg	1,49	Oser & Schroeder 1995	Komplexer Einkommensmultiplikator, Verwendung des Landesmultiplikators (m=26 %)
Berlin	1,35	Baumgartner & Seidel 2001	Komplexer Einkommensmultiplikator, Berechnung von m (=50,7 %) aus der EVS
	2,0	Pavel 2013	Schätzung auf der Grundlage von Input-Output-Tabellen des Bundes
Bremen	2,19	Schaefer & Leit-häusser 1992	Komplexer Einkommensmultiplikator inklusive Steuern und Transferzahlungen
Hamburg	1,03 bis 1,09	Clermont 1997; Pfähler u.a 1997	Komplexer Umsatzmultiplikator inklusive Steuern- und Transferzahlungen, Importquoten aus Luxemburg (m=70 %) und englischen Städten (m=90 %)
Region Nordhessen	1,53	Blume & Fromm 2000	Sektorenübergreifender Umsatzmultiplikator
Region Ostwestfalen	1,23	Niermann & Niermann 2000	Arbeitsplatzmultiplikator auf Basis von Input-Outputrechnungen
Hochschulregionen in Mecklenburg-Vorpommern	1,1	Bandelin, Braun & Hosa 1999	Multiplikator ermittelt aus dem Vergleich von Referenzstudien
Hochschulregion Regensburg	1,43	Beissinger u.a. 2000; Haupt 2000	Multiplikatoren auf der Basis von Input-Output-Rechnungen
Hochschulregionen Saarbrücken und Kaiserslautern	k.A.	Engelbrech, Küppers & Sonntag 1978	Komplexer Einkommensmultiplikator auf Basis von Input-Output-Rechnungen (Kreisebene)
Land Sachsen-Anhalt	1,499	Franz u.a. 2002	Komplexer Umsatzmultiplikator für das Land mit m=55 %
Land Sachsen-Anhalt	1,3	Rosner & Weimann 2003	Nachfragemultiplikator
Land Rheinland-Pfalz	1,63	Spehl u.a. 2005; 2007	Komplexer Einkommensmultiplikator auf Basis landesweiter Input-Output-Rechnungen (m=57 %)
Hochschulregionen Rheinland-Pfalz (inkl. Kaiserslautern und Trier)	1,37	Spehl u.a. 2005; 2007	Komplexer Einkommensmultiplikator, korrigiert um einheitliche Schätzung aus den Erfahrungen der Bau-, Sach- und Investitionsausgaben (m=70 %); keine regionale Differenzierung

Quelle : Spehl u.a. (2005: 52); eigene Ergänzungen

Aufgrund der Multiplikatoreffekte ergeben sich zusätzliche finanzielle Gewinne und erhebliche Wirtschaftsanschübe in den Hochschulregionen. Für das benachbarte Rheinland-Pfalz bedeutete dies vor zehn Jahren einen Umsatz von insgesamt 1,5 Mrd. EUR (knapp 1 Mrd. EUR direkte und eine halbe Mrd. indirekte Effekte), aus denen eine Bruttowertschöpfung von fast 900 Mio. EUR resultierte (Spehl u.a. 2005: 75ff.). Für die beiden Hochschulregionen Kaiserslautern bzw. Trier beträgt der gesamte regionale Umsatzeffekt durch die Fachhochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen 190 bzw. 210 Mio. EUR, einschließlich indirekter Effekte in Höhe von 52 bzw. 59 Mio. EUR. Die Wertschöpfung ist mit ca. 130 Mio. EUR in beiden Regionen nahezu identisch (Spehl u.a. 2005: 105ff. bzw. 174ff.). Die geringere Wertschöpfung bei höherem Umsatz in Trier ergibt sich aus der niedrigeren Anzahl von Forschungsinstituten.

Diesen Zahlen sind natürlich die vom Land eingesetzten Mittel in einer abschließenden Bilanz entgegenzustellen. Für Rheinland-Pfalz wurden im Durchschnitt in den Jahren 1999 bis 2003 jährlich rd. 560 Mio. EUR für die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes ausgegeben. Dem steht ein fast dreifacher Umsatzeffekt und eine 1,6 fache Bruttowertschöpfung gegenüber, d.h. aus jedem Euro Investitionsmittel haben sich für das Land 1,58 EUR Bruttowertschöpfung ergeben. Hinzu kommt ein direkter Beschäftigungseffekt von knapp 9.000 Vollzeitbeschäftigten sowie weiteren 9.500 bis 11.000 Vollzeitbeschäftigten durch indirekte und Folgewirkungen.

Hervorzuheben ist dabei, dass etwa die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung für das Land durch studentischen Konsum verursacht wird (ähnliche Ergebnisse finden sich auch für andere Bundesländer, vgl. z.B. Rosner & Weimann 2003:46, die sogar von Anteilen von über 80 % berichten). „Die Besonderheit des Einkommens der Studierenden liegt darin, dass diese Mittelflüsse zum weitaus größten Teil (abgesehen von 9,4 Mio. € BAföG-Zahlungen des Landes) nicht aus dem Landeshaushalt kommen, sondern durch die Existenz der untersuchten Einrichtungen zusätzlich attrahiert werden. Dies zeichnet Hochschulen und Forschungseinrichtungen gegenüber zahlreichen anderen möglichen Mittelverwendungen des Landes aus und übersteigt die relativ gesehen großen Abflüsse bei Hochschulinvestitionen aus Landesmitteln in absoluten Zahlen um ein Vielfaches“ (Spehl u.a. 2005: 79). Hinzuzufügen ist dem noch, dass ein Großteil der Einnahmen der Studierenden ebenfalls im Land entstehen (sei es durch die Erwerbstätigkeit der Studierenden selbst oder durch deren Eltern) und diese Mittel auf diesem Weg im Land gehalten werden können (vgl. Kapitel V). Die hohen Mittelabflüsse relativieren sich auf diesem Weg indirekt wieder.

Für die einzelnen Hochschulregionen stellen sich die Ergebnisse bedingt durch die Spezifika der Hochschulen und der regionalen Wirtschaftsstruktur etwas anders als auf Landesebene dar. Für Kaiserslautern ist das Verhältnis von Mitteleinsatz und Wertschöpfungseffekt durchschnittlich: „Hierfür dürfte der hohe Anteil an technikorientierten Fächern verantwortlich sein, der für vergleichsweise wenige Studierende hohe Ausstattungsinvestitionen erforderlich macht. Da die Studierenden den größten Effekt auf das regionale Einkommen auslösen, überlagert deren vergleichsweise geringe Zahl die bei technischen Hochschulen höhere Einwerbung von Drittmitteln um ein Vielfaches.“ (Spehl u.a. 2005: 109). Aus den 110 Mio. EUR, die Rheinland-Pfalz im untersuchten Zeitraum jährlich für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Kaiserslautern bereitstellt, entstehen laut Spehl u.a. (2005) für die Region eine Bruttowertschöpfung von 136 Mio. EUR oder anders ausgedrückt: jeder investierte Euro bedeutet für die Region eine Bruttowertschöpfung von 1,22 EUR. Dies führt zu einem Beschäftigungseffekt von 3.304 Arbeitsplätzen in der Region. Etwa drei Viertel dieser Effekte sind auf die TU Kaiserslautern zurückzuführen.

In der stärker auf sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge ausgerichteten Hochschulregion Trier sieht die Situation etwas anders aus. Hier investiert das Land mit 94 Mio. EUR deutlich weniger Mittel, die aber angesichts der höheren Studierendenzahlen und des größeren Regionalanteils zu einer fast ebenso hohen Bruttowertschöpfung im Raum Trier führen (131 Mio. EUR). Pro Euro Landesmittel ergibt sich dadurch eine Bruttowertschöpfung von 1,40 EUR. „Das Verhältnis von Mitteleinsatz und Wertschöpfungseffekt ist im rheinland-pfalzweiten Vergleich sehr günstig. Hierfür ist neben der Größe der Hochschule wohl der hohe Anteil an wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Fächern verantwortlich, der bei geringem Mitteleinsatz viele Studierende an die Region bindet. Dieser Effekt überlagert die höhere Einwerbung von Drittmitteln bei technisch ausgerichteten Hochschulen um ein Vielfaches.“ (Spehl u.a. 2005: 178). Allerdings ist im Vergleich zu Kaiserslautern der Beschäftigungseffekt für die Region etwas niedriger (2.990 Vollzeit Arbeitsplätze) und das Verhältnis von Umsatz zu Bruttowertschöpfung schlechter.

Es ist allerdings keineswegs so, dass Investitionen in technische Bereiche sich für die Region mehr lohnen als in nicht-technische Studienfächer. Letztlich führen höhere Studierendenzahlen in preiswerteren Studiengängen zu einer besseren (kurzfristigen) Rendite als die vergleichsweise teureren und in ihrer regionalen Bedeutung weniger ausgeprägten technischen Studiengänge. Aus regionaler Sicht lohnt sich also besonders Investition in Studienplätzen, die zu einer Belebung der lokalen Wirtschaft führen. Umgekehrt gilt aber auch, dass der demographische Wandel und der erwartete Rückgang der

Studierendenzahlen nicht primär Einsparungen für den Landeshaushalt bedeuten, sondern sich überproportional negativ in einem Rückgang der Wirtschaftskraft in den Hochschulregionen niederschlagen wird (vgl. zu den Folgen des demographischen Wandels Gärtner 2010). Einen ähnlichen Effekt erzeugt natürlich auch der Abbau von Studienplätzen in der betroffenen Hochschulregion.

Diese Schlussfolgerungen ist allerdings nur mit der Einschränkung auf die Bilanz der unmittelbaren „Leistungserstellung“, nicht jedoch unter Berücksichtigung der mittel- und langfristig wirksamen „Leistungsabgabe“ der Hochschulen gültig. Die Bilanz fällt – wie eine Folgestudie für Rheinland-Pfalz zeigt (Spehl u.a. 2007) – mittelfristig dann etwas besser für die technischen Fächer aus, wobei allerdings nicht alle positiven Wirkungen sich innerhalb der Region entfalten. So ist z.B. der regionale Effekt von Hochschulen generell auf Patentanmeldungen eher gering und dabei bei den Fachhochschulen etwas höher als bei den Universitäten, deren Forschungsergebnisse häufig eine größere überregionale Bedeutung besitzen.

Auch beim Gründungsgeschehen sind die regionalen Wirkungen nicht primär von Technologien abhängig: in Rheinland-Pfalz hatten vor fünf Jahren die Mitarbeiter und Absolventen der Jahrgänge 1996 bis 2005 insgesamt 5.700 Existenzgründungen mit etwa 10.000 Beschäftigten angemeldet. Die überwiegende Zahl davon waren Freiberufler (4.000), was in einigen Fächern (z.B. Medizin, Jura, Wirtschaftswissenschaften) naheliegt. Die stärker wissenschafts- und technologieorientierten Spin-offs haben zwar in der Regel bessere Wachstumschancen, sind aber auf der anderen Seite auch zahlenmäßig eher begrenzt (450 zum Erhebungszeitpunkt). Ein eindeutig quantifizierbarer positiver und die beschriebenen Vorteile hoher Studierendenzahlen überkompensierender Effekt konnte nicht belegt werden.

Generell sind aber auch die mittelfristigen Effekte nicht zu unterschätzen. So zeigt die Studie einen positiven Einfluss des Wissenskaptals auf das Wachstum im Land: eine Erhöhung des Wissenskaptals führte zu einer Steigerung der Bruttowertschöpfung um 0,3 % oder anders ausgedrückt: die Investition von einem Euro in Wissenskaptal führt drei Jahre später zu einer Bruttowertschöpfung von 1,38 EUR (Spehl u.a. 2007: 60ff.). Aus regionaler Sicht bestätigt die Studie die dezentrale Hochschulentwicklungspolitik des Landes, von der vor allem auch die dem Saarland am nächsten gelegenen Hochschulregionen profitiert haben und ihre Attraktivität deutlich steigern konnten: „Die starke regionale Verankerung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den Regionen Kaiserslautern, Trier und Landau und deren erhebliche regionalwirtschaftliche Bedeutung kann als Beleg dafür angesehen werden, dass die früheren wissenschafts-, bildungs- und



strukturpolitisch motivierten Entscheidungen, abseits des Ballungsraums Rhein-Main in wissenschaftliche Infrastruktur zu investieren, Früchte tragen“ (Spehl u.a. 2007: 62).

## 6 Schlussfolgerungen für die Untersuchung der Universität des Saarlandes

Der Überblick zum Stand der Forschung zu sozioökonomischen Wirkungen von Universitäten in den Regionen, in denen sie angesiedelt sind, hat dreierlei Arten von Erkenntnissen für die weiteren Untersuchungen in diesem Band erbracht.

Aus einer *theoretischen Perspektive* ist festzuhalten, dass die an Universitäten stattfindende Produktion von Wissen durch einige Spezifika gekennzeichnet ist. Ökonomisch gesehen stellt Wissen die *Basis von Wirtschaftswachstum* dar und ohne die regelmäßige Mehrung vorhandenen Wissens kann es entsprechende Anstöße nicht geben. Zu klären ist, welche dieser Impulse sich auf regionaler Ebene entfalten (können) und inwieweit eine Region sich wirtschaftlich erfolgreich entwickeln kann ohne selbst Wissen in ausreichendem Umfang zu produzieren.

Das an Universitäten produzierte Wissen ist nämlich ein *öffentliches Gut*, welches in Konkurrenz zwischen Wissenschaftlern regional erzeugt wird. Dementsprechend steht es prinzipiell allen Menschen offen und kann global genutzt werden. Auf der anderen Seite entsteht aber regional ein Wissensvorsprung, der sich in einem Wettbewerbsvorteil niederschlagen kann. Die Innovationsfähigkeit einer Universität ist dementsprechend eine Grundvoraussetzung für Wachstumsimpulse und sollte deshalb jenseits der unmittelbaren Verwertbarkeit universitärer Forschung auf den Märkten im Fokus der Betrachtungen stehen.

Letztlich ist die Investition in Wissensproduktion ein „*Glücksspiel*“ mit ungewissem Ausgang, d.h. viele der Aufwendungen führen nicht zum Erfolg – weder im Wissenschaftssystem mit seiner Entlohnung in Form von Reputation und globaler Anerkennung im Wirtschaftssystem durch erfolgreiche Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen. Auf der anderen Seite kennzeichnet aber auf regionaler Ebene eine besondere Eigenschaft dieses „*Glücksspiel*“: der geleistete Einsatz geht nicht verloren sondern erbringt im Gegenteil unabhängig vom Erfolg der Wissensproduktion eine ordentliche Rendite für die Region.

Dies ist das zentrale Ergebnis regionalökonomischer Studien und aus einer *inhaltlichen Perspektive* der wichtigste Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen: es stellt sich die Frage, inwieweit die positiven Ergebnisse in

mehr als vierzig Regionen Deutschlands so auch für das Saarland gelten und wie diese Effekte im Vergleich einzuordnen sind. Zu unterscheiden sind hierbei *direkte Effekte*, die durch Investitionen und Betriebskosten der Universität sowie den Konsum der Studierenden und der an der Universität beschäftigten Mitarbeiter auftreten. Nicht alle dieser direkten Wirkungen werden in der Region wirksam und es gibt hier – abhängig von den Räumen, aber auch von den Berechnungskonzepten – erhebliche Unterschiede. Im Durchschnitt bleiben etwa drei Viertel dieser Gelder in der Region, wobei die für Kaiserslautern und Trier ausgewiesenen Werte sogar noch etwas höher liegen. Dabei überschreiten bereits die direkten Effekte die Landesinvestitionen deutlich.

Zusätzlich sind *indirekte Effekte* hinzuzurechnen, die sich als Folge aus den Ausgaben und Investitionen mittelbar ergeben. Solche nachfrageindizierten *Multiplikatoreffekte* treten theoretisch in unendlich vielen Schleifen auf, wobei die Effekte jedoch immer geringer werden und deshalb nur begrenzt in den Kalkulationen berücksichtigt werden. Häufig wird ein Multiplikatoreffekt auf Landes- oder sogar Bundesebene berechnet und dann für regionale Untersuchungen eingesetzt. Die unterschiedlichen Berechnungsverfahren sowie die mehr oder weniger eingeschränkten Möglichkeiten, valide Daten als Grundlage zu verwenden, führen zu sehr unterschiedlichen Multiplikatorenwerten. Im Durchschnitt ergibt sich ein Wert knapp unter 1,5, wobei die in den Studien ausgewiesenen Werte sich in der Regel zwischen 1 und 2 bewegen. Für Rheinland-Pfalz wurde beispielsweise ein Wert von 1,63 und für die beiden Hochschulregionen Kaiserslautern und Trier ein Wert von 1,37 berechnet. Es ist zu vermuten, dass der Multiplikatoreffekt im Saarland ähnlich ist.

Werden alle Daten in einer *Bilanz* zusammengeführt, so ergibt sich eine *Bruttowertschöpfung* der Universitäten, die in Rheinland-Pfalz zwischen 1,20 und 1,60 EUR pro investierten Euro beträgt. Hinzu kommt noch ein zeitlich versetzter Effekt von ca. 1,38 EUR. Bei keiner der vorliegenden Untersuchungen liegt die Bruttowertschöpfung unter den investierten Mitteln, d.h. Universitäten lohnen sich für ihre Heimatregionen.

Viele der berichteten Werte lassen sich nur mit großem Aufwand und in vielen Fällen sogar überhaupt nicht exakt berechnen. Aus einer *methodischen Perspektive* ist festzuhalten, dass alle regionalökonomischen Studien auf mehr oder weniger plausible Schätzungen zurückgreifen müssen und dabei mit drei Arten methodischer Schwierigkeiten konfrontiert sind. Zum ersten muss eine genau *Ein- und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes* in institutioneller, zeitlicher und räumlicher Hinsicht erfolgen. Während die regionale Abgrenzung im Saarland vergleichsweise weniger problematisch ist, stellt die institutionelle Grenzziehung an einer Landesuniversität mit

vergleichsweise vielen unabhängig agierenden Forschungsinstituten eine besondere Herausforderung dar. Bereits die Universitätsbibliothek dient z.B. auch als Landesbibliothek und übernimmt dadurch zusätzliche Aufgaben und Pflichten.

Die zweite Schwierigkeit, mit der regionalökonomische Studien zu Universitäten konfrontiert sind, betrifft die *Datenbeschaffung* für die Untersuchung von Nachfrageeffekten. Hier besteht die besondere Herausforderung nicht nur in den Grundlagen zur Berechnung direkter und indirekter Effekte, sondern auch in der *regionalen Attribution* der Effekte. Die bisher durchgeführten Studien unterscheiden sich in der Vorgehensweise und den sich daraus ergebenden Konsequenzen erheblich voneinander, eine allgemeingültige Standardvorgehensweise hat sich noch nicht etablieren können. Dementsprechend sind die Dokumentation der Entscheidungen, die bei der Datenerhebung und –auswertung getroffen wurden sowie die Darstellung der damit verbundenen Implikationen von zentraler Bedeutung. Letztlich handelt es sich immer um Schätzungen, die fehlerbehaftet sind und in ihren Resultaten von den verwendeten Annahmen abhängig sind.

Die dritte Herausforderung stellt die Festlegung einer *Referenzsituation* zur Ermittlung der regionalen Einkommens- und Arbeitsplatzeffekte dar. In der Regel werden bei den regionalökonomischen Analysen zu Hochschulwirkungen die *Abwesenheit einer Universität* als Grundlage verwendet und die Opportunitätskosten schlicht ignoriert. Für das Saarland ist dabei festzuhalten, dass die derzeitigen Spardiskussionen nicht von Alternativinvestitionen der eingesparten Mittel ausgehen (bei Kürzungen also keine unmittelbar wirksamen Opportunitätskosten entstehen) und zumindest mittelfristig der Wegfall der Universität für ein schrumpfendes Bundesland mit immer kleiner werdendem Budget zu einer ernsthaften Option werden könnte.

Trotzdem ist eine Schließung der UdS nicht als realistische Annahme für aktuelle Untersuchungen anzusehen. Dementsprechend sind analysetechnisch gesehen bessere Alternativen Differentialanalysen, welche in Form von *Szenarien* auf der Grundlage gegebener Annahmen eine Risikoabschätzung vorlegen und die ökonomischen Effekte als Folge dieser Entscheidungen darstellen. Solche Analysen sind aber aufgrund wenig fundierter Annahmen und der Vielzahl derzeit diskutierter Varianten nur begrenzt und in ersten Ansätzen im Rahmen dieses Bandes realisierbar.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, die beschriebenen Herausforderungen perfekt zu bearbeiten und optimale Lösungen für alle offenen Fragen zu finden. Ziel der Studie ist es allerdings, diese Schwierigkeiten transparent zu machen und die Entscheidungen für bestimmte Lösungswege fachlich möglichst überzeugend zu rechtfertigen. Hierzu gehört vor allem eine Offenlegung der Datenbasis und der methodischen Vorgehensweise, die im nächsten Kapitel ausführlich erfolgen wird.

## Literatur

- Acemoglu, D. (2008): Introduction to modern economic growth. Princeton University Press, New Jersey.
- Aghion, P. & Howitt, Peter W. (2009): Economics of Growth, MIT-Press, Cambridge/MA.
- Akerlof, George A. (1976). "The Economies of easte and of the Rat Race and Other Woeful Tales". In Quarterly Journal of Economics, 90, 599-617.
- Assenmacher, M.; Leßmann, G. & Wehrt, K. (2004): Regionale Entwicklungsimpulse von Hochschulen – Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH), Harzer Hochschultexte, Wernigerode.
- Baer, P. (1976): Die ökonomische Bedeutung der Universität Göttingen für Göttingen und Umgebung. In: Neues Archiv für Niedersachsen, 25, S. 305-314.
- Bandelin, J. (1999): Der Beitrag der Universitäten und Fachhochschulen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforshung 13, Rostock: Universität Rostock.
- Bandelin, J.; Braun, G. & Hosa, E. (1999): Der Beitrag der Universitäten und Fachhochschulen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg Vorpommern, Rostock.
- Barro, Robert J. & Sala-i-Martin, X. (2003): Economic Growth. MIT-Press, Cambridge/MA.
- Bathelt, H. & Schamp, E.W. (2002): Die Universität in der Region – Ökonomische Wirkungen der Johan Wolfgang Goethe-Universität in der Rhein-Main-Region. Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften: Frankfurt.
- Bauer, E.M. (1997): Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor- Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte – dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München, Kallmünz/Regensburg.

- Baumgartner, H.J. & Seidel, B. (2001): Berliner Ausgaben für Wissenschaft und Forschung: Kräftige Impulse für die Stadt. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wochenbericht des DIW Berlin 39/01.
- Beckenbach, F.; Daskalakis, M. & Hofmann, D. (2011): Die ökonomische Bedeutung der Universität Kassel für die Region Nordhessen. In: 40 Jahre Universität Kassel, Kassel University Press: Kassel, S. 22-25.
- Becker, R.; Heinemann-Knoch, M. & Weber, R. (1976): Zur Rolle einer Universität in Stadt und Region. Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor. Mobilität von Hochschulabsolventen, Verhalten von Hochschulangehörigen im Reproduktionsbereich. In: Texte und Daten zur Hochschulplanung, Stuttgart: Verlag Dokumentation.
- Beißinger, T.; Büsse, O. & Möller, J. (2000): Die Wechselbeziehung von Universität und Wirtschaft in einer dynamischen Region - eine Untersuchung am Beispiel der Universität Regensburg, in: Braun, G. und Voigt, E. (Hrsg.): Regionale Innovationspotentiale von Universitäten (=Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung), Heft 15, S. 41-65.
- Benson, L. (1998): Regionalwirtschaftliche Effekte der Universität Trier – Eine Untersuchung der Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft während der Leistungserstellungsphase (Materialien zur Planung, Bd. 6), Trier.
- Blume, L. & Fromm, O. (1999): Regionale Ausgabeneffekte von Hochschulen. In: Raumforschung und Raumordnung 57 Jg., H. 5/6, S. 418-431.
- Blume, L. & Fromm, O. (2000): Regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen – Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel. In: Hübner, H. (Hrsg.): Kassler Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 11: Wiesbaden.
- Breakthroughs. New York: Arcade Publishing.
- Brösse, U. & Emde, J. (1977): Die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Ausgaben der Technischen Hochschule Aachen. In: Informationen zur Raumentwicklung 3-4, S. 283-291.
- Bürgel, H.D.; Binder, M. & Schultheiß, R. (1996): Die Universität Stuttgart als Wirtschaftsfaktor für die Region, Stuttgart.
- Clapman, R. & Grote, B. (1988): Beiträge der Universität – Gesamthochschule Siegen für die Wirtschaft der Region. Diskussionsbeiträge zu Ökonomie des technischen Fortschritts z, Siegen.

- Clermont, C. (1997): Regionalwirtschaftliche Effekte von Wissenschaftseinrichtungen – Theorie, Messkonzepte und Ergebnisse für Hamburg (Europäische Hochschulschriften – Reihe V: Volks- und Betriebswirtschaft Vol. 2180), Frankfurt.
- DeStatis – Statistisches Bundesamt (2013): Bildung und Kultur. Finanzen der Hochschulen 2011. Fachserie 11, Reihe 4.5, Wiesbaden: DeStatis.
- Drude, M. (1995): Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Wirtschaftsfaktor für die Region, Freiburg.
- Eickholtz, G. & Rathje, D. (1977): Die Ausgaben der Hochschuleinrichtungen und ihrer Studierenden in Osnabrück – eine empirische Untersuchung, Osnabrück.
- Emrich, E. & Fröhlich, M. (2010). Universität in Deutschland zwischen Institution und Organisation. Reflexionen zur Idee der Universität und ihrer betrieblichen Ausgestaltung. In *sozialersinn* 11, 1, 125-144.
- Emrich, E. & Pierdzioch, C. (2011) Im Biotop der Wissenschaft. Das PARK-Modell der Makroökonomie. Saarbrücken 2011. Online verfügbar unter: <http://universaar.uni-saarland.de/monographien/volltexte/2011/86/>
- Engelbrech, G.; Küppers, G. & Sonntag, J. (1978): Regionale Wirkungen von Hochschulen. Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bd. 25: Bonn.
- Feser, H.D. & Flieger, W. (1998): Regionalökonomische Wirkungen der Universität Kaiserslautern. Arbeitspapiere zu Hochschulfragen und Hochschulcontrolling H. 12, Kaiserslautern.
- Franz, P.; Rosenfeld, M.T.W. & Roth, D. (2002): Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle, Diskussionspapier N3. 163, Institut für Wirtschaftsforschung: Halle.
- Fürst, D. (1979): Die Universität als Wirtschaftsfaktor einer Region. Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität Konstanz für die Bodenseeregion. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 16/61, S. 50-59.
- Ganser, K. (1978): Die regionale Bedeutung einer neu gegründeten Hochschule. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): *Wirkungsanalysen und Erfolgskontrolle in der Raumplanung*. Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 154, Hannover, S. 135-151.

- Gärtner, M.A. (2010): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Hochschullandschaft in Deutschland, Arbeitspapiere zur Regionalentwicklung Bd. 7, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern: Kaiserslautern.
- Geppert, K. & Vesper, D. (1997): Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Berliner Hochschulen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Berlin.
- Giese, E.; Aberle, G. & Kaufmann, L. (1982): Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Hochschulregion. Fallstudie Justus-Liebig-Universität Gießen, Bd. II: Die ökonomischen Verflechtungen zwischen Universität und Region: Gießen.
- Gloede, K. & Schoeler, K. (1999): Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf Stadt und Umland. Gesellschaft für Regionalforschung Seminarbericht 41, S. 55-83.
- Gloede, K., Schirmag, T. & Schoeler, K. (1999): Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region, Frankfurt.
- Glorius, B. & Schultz, A. (2002): Die Martin-Luther Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor. Hallesche Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeographie, H. 1: Halle.
- Gormsen, E. (1981): Heidelberg und der Rhein-Neckar-Raum. In: Fricke, W. & Gormsen, E. (Hrsg.): Sammlung sozial- und stadtgeographischer Studien, Heidelberg: Geographisches Institut der Universität.
- Haisch, T. & Schneider-Sliwa, R. (2007): Regionalwirtschaftliche und steuerliche Effekte der Universität Basel. Basler Stadt- und Regionalforschung, Band 29, Basel.
- Hamm, R. & Wenke, M. (2001): Regionalwirtschaftliche Effekte der Fachhochschule Niederrhein – Nachfrage- und angebotsseitige Impulse, Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft, Schriften und Materialien zur Regionalforschung H. 10, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, Essen.
- Haude, G. (1984): Regionaleffekte von Fachhochschulen. Eine Untersuchung über die möglichen und tatsächlichen Beiträge von Fachhochschulen zur regionalen Entwicklung, Beiträge des Instituts für Verwaltungsforschung und Regionalwissenschaft, Bd. 1, Universität Oldenburg: Oldenburg.
- Haupt, H. (2000): Regionaler Wirtschaftsfaktor Universität, Regensburg, in: Braun, G. und Voigt, E. (Hrsg.): Regionale Innovationspotentiale von Universitäten (=Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung), Heft 15, S. 67-84.

- Hecht, M. (1998): Innovationspotentiale in der Region: die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald. In: Braun, G. & Voigt, E. (Hrsg.): Regionale Innovationspotentiale von Universitäten. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung, Heft 15, S. 135-150.
- Höppner, Th.; Brezinski, H. & Seidelmann, P. (1999): Die TU Bergakademie Freiberg als Wirtschafts- und Standortfaktor, Arbeitspapier 11 der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften (2.).
- Jurczek, P. (1998): Regionalwirksamkeit der Technischen Universität Chemnitz. TU Chemnitz, Philosophische Fakultät (Hrsg.): Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, H. 32: Chemnitz.
- Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.
- Kleinhenz, G. (1990): Die Universität – Auswirkungen auf die Stadt Passau und das Umland, Passau.
- Knappe, S. (2006): Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam. Eine empirische Analyse wissenschaftsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte. In: Institut für Geographie der Universität Potsdam (Hrsg.), *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, Bd. 40.
- Knepel, H. & Poser, G. (1978): Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Technischen Hochschule Darmstadt. Analyse der Sachmittel und Personalausgaben. THD Schriftenreihe Wissenschaft und Technik 13: Darmstadt.
- Knödler, R. & Tivig, T. (1996): Die Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor, Thünen-Reihe angewandter Volkswirtschaftstheorie, Arbeitspapier Nr. 3, Rostock.
- Krähmer, C. & Stoetzer, M.W. (2009): Die Nachfrageeffekte der Hochschulen in Jena. Eine Regionalökonomische Analyse der Einkommens- und Beschäftigungswirkungen, Universität Jena: Jena.
- La Rock, J. D. (2012) – Higher Education: A good long-term investment? <http://oecdeducationtoday.blogspot.de/2012/06/higher-education-good-long-term.html>
- Leib, J. (1977): Der kommunal- und regionalwirtschaftliche Einfluss der Universität am Beispiel Gießen und Nord-Hessen. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 3-4: Bonn.



- Leusing, B. (2007): Hochschulen als Standortfaktor. Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg, Discussion Paper Nr. 15, Universität Flensburg: Flensburg.
- Mannheim, Karl (1929). Zur Problematik der Soziologie in Deutschland. In Neue Schweizer Rundschau vom 22 November, 820-829.
- Mathes, A. (2012): Wirtschaftsstandort TU Darmstadt. Die ökonomische Bedeutung der TU Darmstadt, Berlin: DIW Econ.
- Mendolicchio, C & Rhein, T. (2012): Wo sich Bildung für Frauen mehr lohnt als für Männer, IAB-Kurzbericht, 5/2012.
- Merton, Robert K. (1957). Priorities in Scientific Discoveries: A Chapter in the Sociology of Science. *American Sociological Review* 22:635-659.
- Merton, Robert K. (1968). The Matthew Effect in Science. *Science* 159:56-63.
- Merton, Robert K. (1969). Behavior Patterns of Scientists. *American Scientist* 57:1-23.
- Merton, Robert K. (1988). The Matthew Effect in Science, II: Cumulative Advantage and the Symbolism of Intellectual Property. *Isis* 79:606-623.
- Merton, Robert K. & Barber, Elinor (2004). The Travels and Adventures os Serendipity. A Study in Sociological Semantics and the Sociology of Science. Princeton University Press: Princeton.
- Meyers, Morton A. (2007). Happy Accidents: Serendipity in Modern Medical Breakthroughs., New York US: Arcade Publishing, Inc., 76.
- Middendorff, E.; Apolinarski, B.; Poskowsky, J.; Kandulla, M. & Netz, N. (2012): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung, Bmbf: Bonn.
- Miller, J. & Schaefer, H. (1998): Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen. In: Institut für Konjunktur- und Strukturforchung (Hrsg.), Schriftenreihe des Instituts für Konjunktur- und Strukturforchung: Bremen.
- Moosmüller, G. (2011): Wertschöpfungsanalyse Universität Passau – Direkte und indirekte regionale Wertschöpfungseffekte durch die Konsumausgaben der Mitarbeiterinnen und Studierenden der Universität Passau, Centrum für Marktforschung Universität Passau: Passau.
- Musil, R. (2012): Universität und Stadt: Die Wertschöpfungseffekte der Universität Wien für die Stadt Wien, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften: Wien.

- Niermann, S. & Niermann, U. (2000): Die Universität als Wirtschaftsfaktor, in: Braun, G.; Voigt, E.: Regionale Innovationspotentiale von Universitäten, Rostock (Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung Heft 15), S. 85-104.
- Niermann, U. (1996): Wirtschaftsfaktor Universität – Eine Input-Output-orientierte Analyse am Beispiel der Universität Bielefeld. In: Frohn, J. (Hrsg.): Empirische Wirtschaftsordnung und Ökonometrie, Bd. 2, Münster.
- Nowak, C. (2010): Die ökonomische Bedeutung der Universität. Eine exemplarische Darstellung anhand der Ausgaben Bamberger Studierender. In: uni.vers 14, S. 51-54.
- Oberhofer, W. (1997): Die Universität als Wirtschaftsfaktor. In: Möller, J. & Oberhofer, W. (Hrsg.): Universität und Region: Studium, Struktur, Standort, Regensburg, S. 95-132.
- OECD (2013): Bildung auf einen Blick 2013. OECD-Indikatoren, Paris/Berlin: W.Bertelsmann Verlag.
- Oser, U. & Schröder, E. (1995): Die Universität Konstanz als Wirtschaftsfaktor für die Region. Center for International Labour Economics: Konstanz.
- Pavel, F. (2013): Berliner Universitäten als Wirtschaftsfaktor. Die regional-ökonomischen Effekte der Berliner Universitäten, Berlin: DIW Econ.
- Pfaff, M. & Becker, W. (1990): Universität und Wirtschaftsstruktur: Zur Kommunal- und Regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Universität Augsburg, Projektbericht, Augsburg.
- Pfähler, W.; Bönte, W.; Gabriel, C. & Kettner, A. (1999): Wirtschaftsfaktor Bildung und Wissenschaft – Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Bremen, Frankfurt a.M. et al.
- Pfähler, W.; Clermont, C.; Gabriel, C. & Hofmann, U. (1997): Bildung und Wissenschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hamburger Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Baden-Baden.
- Pimat, A. (1999): Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Lüneburg. Diplomarbeit, Lüneburg.
- Romer, Paul (1994). The Origins of Endogenous Growth. *Journal of Economic Perspectives* 8:3-22.

- Rosner, U. & Weimann, J. (2003): Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil I: Direkte monetäre Effekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Magdeburg.
- Rosner, U. & Weimann, J. (2003a): Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil II: Fiskalische Humankapital- und Kapazitätseffekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Magdeburg.
- Schaefer, H. & Leithäuser, G. (1992): Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen für die Region. Institut für Konjunktur und Strukturforchung der Universität Bremen: Bremen.
- Scheele, U. & Schmidt, H. (1984): Regionale Wirkungen der Universität Oldenburg für die Region. In: Webler, W.D (Hrsg.): Hochschule und Region – Wechselwirkungen, Weinheim/Basel, S. 77-94.
- Spehl, H.; Feser, H.D.; Schulze, P.M. u.a. (2005): Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch Bau und Betrieb der Einrichtungen (TAURUS-Institut an der Universität Trier, Lehrstuhl VWL und Wirtschaftspolitik I TU Kaiserslautern und Institut für Statistik und Ökonometrie Johannes-Gutenberg-Universität Mainz), Universität Trier: Trier.
- Spehl, H.; Feser, H.D.; Schulze, P.M. u.a. (2007): Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Phase II: Effekte wissenschaftlicher Einrichtungen auf Humankapital, Gründungen, Wissens- und Technologietransfer sowie Wachstum und Innovation (TAURUS-Institut an der Universität Trier, Lehrstuhl VWL und Wirtschaftspolitik I TU Kaiserslautern und Institut für Statistik und Ökonometrie Johannes-Gutenberg-Universität Mainz), Universität Trier: Trier.
- Statistisches Bundesamt (2013): Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2013, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stedan, P. & Bornemann, H. (2007): Endbericht „Regionalökonomische Auswirkungen des Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen“. Studie im Auftrag des GVSt, Prognos Institut: Berlin/Bremen.

- Stoetzer, M.W. & Krähmer, C. (2007): Regionale Nachfrageeffekte der Hochschulen – Methodische Probleme und Ergebnisse empirischer Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland. Jenaer Beiträge zur Wirtschaftsforschung H. 6, FH Jena Fachbereich Betriebswirtschaft: Jena.
- Strauf, S. & Behrendt, H. (2006): Regionalwirtschaftliche Effekte der Hochschulen im Kanton Luzern, Universität St. Gallen: St. Gallen.
- Strauf, S. (2010): Regionalwirtschaftliche Effekte der Hochschule Luzern für die Zentralschweizer Kantone (Kurzgutachten), Universität: St. Gallen.
- Voigt, E. (1996): Die Universität als Wirtschaftsfaktor am Beispiel der TU Ilmenau – Eine regionalökonomische Analyse. In: Raumforschung und Raumordnung Bd. 54/H. 4, S. 283-289.
- Wahl v., D.; Maier, J. & Weber, J. (1979): Zur Raumwirksamkeit der Universität Bayreuth: Auswirkungen einer staatlichen Rauminvestition im peripher gelegenen, sogenannten ländlichen Raum, Bayreuth, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung: Universität Bayreuth.
- Willauschus, A. (1979): Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Hochschulen und Stadt. Eine empirische Analyse am Beispiel der Stadt Münster und ihren Hochschulen, Baden.
- Woll, A. (1966): Die wirtschaftliche und fiskalische Bedeutung der Universität für die Stadt. Gießen: W.Schmitz Verlag (Schriften der Justus-Liebig-Universität, Bd. 5).
- Zimmermann, H. unter Mitarbeit von Klaus Anderseck; Kurt Reding und Amrei Zimmermann (1973). Regionale Präferenzen, Wohnortorientierung und Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer als Determinanten der Regionalpolitik. Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung. Bonn.



**Freya Gassmann, Wolfgang Meyer, Eike Emrich, Jessica Knoll  
und Nadine Staub-Ney**

### **III. Die qualitativen und quantitativen Datenerhebungsmethoden im Projekt**

#### **1 Einleitung<sup>1</sup>**

Über die von der Arbeitskammer des Saarlandes (AK) finanzierte Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) wurde ein Forschungsprojekt zur Untersuchung der Universität des Saarlandes (UdS) als ökonomischer Standortfaktor in Auftrag gegeben. Die Arbeit am Projekt begann nach der Auftragserteilung im Dezember 2011 und lässt sich in mehrere Phasen aufteilen.

Nachfolgend werden in einem ersten Schritt einige allgemeine Grundsätze qualitativer und quantitativer Sozialforschung angerissen, auf denen unsere methodenpluralistische Studie aufbaut. Danach wird kurz das Design der Studie sowohl für die Unternehmensbefragung sowie für die Studierendenbefragung skizziert, die beide jeweils einen qualitativen und einen quantitativen Zugang wählen. Hier wird im Wesentlichen nur die Methodik der beiden zentralen Bereiche skizziert, nämlich der qualitativen und quantitativen Befragungen, die den Kernpunkt der vorliegenden Studie ausmachen. Weiter zum Einsatz kommende Methoden wie z. B. die Dokumentenanalyse, die bei der Untersuchung der regionalökonomischen Effekte genutzt wurde, werden in der gebotenen Kürze in den jeweiligen Kapiteln erläutert (vgl. Kapitel IV und Kapitel V). Gleiches gilt auch für die Zusammenführung prozessorientierter Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Universität des Saarlandes in einem Teilprojekt (vgl. Kapitel VII).

#### **2 Methodologische und methodische Aspekte qualitativer und quantitativer Befragungen**

Gemäß des zentralen Anliegens von Max Weber will die sozialwissenschaftliche Forschung, unter der sowohl die Soziologie als auch die Volkswirtschaftslehre subsummiert werden können, soziales, das heißt subjektiv sinnhaft am

---

1 Für methodische Fragen zum Teilprojekt von Kaul et. al. siehe Kapitel VII.

Verhalten anderer ausgerichtetes Handeln von Menschen beschreiben, deutend verstehen und in seinen Abläufen und Wirkungen ursächlich erklären und damit prognostizieren (vgl. Weber, [1921] 1980: 9-13). Weber ([1921] 1980: 2) schreibt zur Bedeutung dieses hermeneutischen Zugangs, dass man nicht Cäsar zu sein brauche, um Cäsar zu verstehen, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die volle Nacherlebbarkeit „für die Evidenz des Verstehens wichtig [ist; der Verf.], nicht aber absolute Bedingung der Sinndeutung. Verstehbare und nicht verstehbare Bestandteile eines Vorgangs sind oft untermischt und verbunden“ (ebd.). Sicherlich strebt auch die qualitative Forschung nach dem Augenschein nach Unbezweifelbaren, also nach Evidenz; sie hat aber stets die Differenz zwischen Verstehen und Sinndeutung zu berücksichtigen, aus der jener große Auslegungs- und Deutungsspielraum qualitativer Forschung zwangsläufig entsteht. Der Forscher ist somit darauf angewiesen, wenn er diesen Auslegungs- und Deutungsspielraum handhabbar machen bzw. einengen will, sorgfältig zwischen einer Evidenz zu unterscheiden, die „entweder: [a]rationalen (und alsdann entweder logischen oder mathematischen), oder: [b] einführend nacherlebenden (emotionalen, künstlerisch-rezeptiven) Charakters“ ist (ebd.). Rational evident kann auf dem Gebiet des Handelns nur und ausschließlich das in seinem gemeinten Sinnzusammenhang restlos und durchsichtig intellektuell Verstandene sein (ebd.).

Daran anknüpfend, hat sich die Forschergruppe entschlossen, in einem ersten Zugang mit Hilfe mündlicher Befragungen die subjektive Sicht der Befragten zu ermitteln und somit Verstehbarkeit und die unterschiedlichen Formen von Sinndeutung auf eine empirische Basis zu stellen. Schnell, Hill und Esser (2008: 323) unterscheiden systematisch in die nachfolgend dargestellten Formen der mündlichen Befragung (Tabelle 1):

**Tab. 1: Formen der mündlichen Befragung (Schnell, Hill & Esser, 2008: 323)**

Strukturierungsgrad der Interviewsituation	Einzelbefragung
Niedrig	Experteninterviews; explorative Interviews
Mittel	Leitfadengespräche
Hoch	Einzelinterviews

Leitfadengesprächen bzw. -interviews werden weiterhin abhängig vom Strukturierungsgrad unterschieden in das fokussierte, halbstandardisierte und problemzentrierte Interview und das sogenannte Experteninterview. Im Leitfaden, der dem üblicherweise mittels persönlichen Gespräches (von Angesicht zu Angesicht oder zuweilen auch telefonisch) geführten Interview zugrunde liegt, soll der Ablauf der Kommunikation zwischen Interviewer und Interviewtem

grob strukturiert werden. Selbst im Rahmen von narrativen oder fokussierten Interviews ist ein Mindestmaß an Struktur notwendig (Sedlmeier und Renkewitz, 2008: 91). Im Rahmen qualitativer Interviews gelten ebenfalls methodische Regeln, von denen hier nur einige genannt seien (vgl. z.B. Gläser und Laudel 2010: 111ff.). So sollten leicht zu beantwortende, eine freundliche Atmosphäre begünstigende Fragen am Anfang und Ende des Interviews gestellt werden; am Anfang mit der Funktion des Eisbrechers und am Ende mit der Funktion, das Interview in einer entspannten Atmosphäre zu beenden und keine unangenehmen Erinnerungen zu hinterlassen. Überflüssige Fragen und Wiederholungen sind zu vermeiden, es sei denn, sie dienen zur Konsistenzprüfung des Antwortverhaltens. Die Formulierung der Fragen ist adressatengerecht zu gestalten und im Schwierigkeitsgrad dem Bildungsniveau des Befragten angepasst zu formulieren. Generell ist dabei auf die sprachlich angemessene Form der Frage und die Vermeidung von suggestiven und stereotypen Formulierungen zu achten und stets aufgrund der Tatsache, dass es sich beim Interview um eine spezifische soziale Situation handelt, das grundlegende Problem sozialer Erwünschtheit im Antwortverhalten zu berücksichtigen.

Bei der Anwendung quantitativer Befragungsmethoden wird den Befragten ein standardisierter Schlüsselreiz in Form einer standardisierten schriftlichen Frage dargeboten. Damit erweisen sich schriftlich standardisierte Verfahren notwendigerweise als hoch strukturiert (Mummendey 1987). Dies ist sicherlich ein in hohem Maß ökonomisches Verfahren, das jedoch gleichzeitig eine gewisse Asymmetrie zwischen Frager, standardisierter Frage und Befragtem produziert. Der Befragte kann nur innerhalb der Antwortvorgaben wählen und seine durchaus mögliche, variierende Sichtweise kann, wenn überhaupt, nur unter der Kategorie „Sonstiges“ oder in einer offenen Schlussfrage erfasst werden.

Bei schriftlichen Befragungen ist ein möglichst umfassender, verzerrungsfreier Rücklauf besonders wichtig, wenn die Vermutung besteht, dass sich antwortende Probanden von nicht antwortenden Probanden in wichtigen Punkten unterscheiden („systematische Verzerrung“), wobei das Thema der Untersuchung in diesem Kontext sicherlich eine bedeutende Rolle spielt (Bortz & Döring, 2006). Insofern erweisen sich insbesondere die adäquate Information der Befragten, aber auch die Anreize in Form von Gewinnspielen usw. als durchaus geeignete Verfahren zur Erhöhung der Rücklaufquote (zur Wirkung unterschiedlicher materieller Anreize z.B. in Form von Kinogutscheinen in postalischen Befragungen (vgl. Berger 2006).



### 3 Qualitative und quantitative Befragungen von Unternehmern und Studierenden<sup>2</sup>

Zunächst wurden im Vorfeld etliche Fragestellungen teils bezogen auf aktuelle Forschungsergebnisse, teils offen, unter den Projektverantwortlichen diskutiert und gesammelt. Als erstes Zwischenergebnis wurde beschlossen, im Sinne des Methodenpluralismus das Forschungsfeld explorativ zu öffnen und neben den Studierenden der UdS auch Experten aus der Politik, den Verbänden und im Saarland ansässigen Unternehmen zu befragen.

Zu diesem Zweck wurde zunächst ein qualitativer Leitfaden für die Expertengespräche mit Vertretern aus Politik, Verbänden und Wirtschaft erstellt. Mit Hilfe dieses Instruments wurden dann acht Experten befragt. Nach einer ersten Sichtung der transkribierten Interviews sind weitere 19 Experten aus diesem Umfeld interviewt worden. Darüber hinaus erfolgte mit Vertretern von Unternehmen in der Saarbrücker Innenstadt und Unternehmen aus dem Starterzentrum bzw. dem Science Park an der Universität des Saarlandes eine quantitative Befragung. Parallel dazu wurden qualitative Leitfadeninterviews mit Studierenden geführt, da gerade aufgrund der komplexen Abfrage der Einnahmen und Ausgaben der Studierenden Erfahrungswerte gesammelt werden mussten, um die groß angelegte quantitative Befragung aller Studierenden der UdS vorzubereiten. Im Folgenden werden nun die einzelnen Auswahlprozesse der Befragten erläutert und die Inhalte der einzelnen Instrumente wiedergegeben.

#### 3.1 Qualitative Unternehmensbefragung

Die ersten qualitativen Interviews mit Vertretern aus der Politik, der Wirtschaft und den Verbänden wurden bereits im Januar 2012 geführt. Die Auswahl der Unternehmen fand gezielt mittels einer von der IHK Saarland zur Verfügung gestellten Liste aller Unternehmen des Saarlandes statt. Da es hauptsächlich um die Studierenden und Absolventen der UdS gehen sollte, wurden fast ausschließlich solche saarländischen Unternehmen als Ansprechpartner ausgewählt, bei denen aufgrund ihrer Innovationsorientierung und ihres Spezialisierungsgrads vermutlich (viele) Akademiker beschäftigt sind. Die Kontaktierung der Unternehmen fand sowohl schriftlich über E-Mail als auch telefonisch statt. Zunächst wurden acht Interviews durchgeführt und nach einer ersten Sichtung des Materials weitere 19 Experten interviewt. Die von geschulten Interviewern durchgeführten Interviews, wurden mit der Zustimmung der Befragten auf Tonband aufgezeichnet und danach unter Wahrung der Anonymität transkribiert. Insgesamt dauerten die Leitfadeninterviews jeweils zwischen 45 und 90 Minuten.

---

2 Zu methodischen Aspekten des Teilprojektes von Kaul et. al. siehe Kapitel VII.

Inhaltlich gestaltete sich das Interview wie folgt: Nach einer kurzen Einführung in die Studie wurden die Experten gebeten, zu ihrer Funktion in dem jeweiligen Unternehmen, dem Verband bzw. der politischen Partei oder der Mitgliedschaft in den jeweiligen Ausschüssen im Saarländischen Landtag Auskunft zu geben. Danach wurden die Personen zu den Erwartungen der Institution, die sie vertreten, an die Universität gefragt sowie dazu, welchen Blickwinkel diese auf die Universität hat. Die Frage welche Leistung die UdS für die Region erbringt, knüpft daran an. Die Vertreter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sind dann um eine Stellungnahme zur Beschäftigung von Studierenden der UdS in saarländischen Unternehmen und zu den Erwartungen der Unternehmen an die Studierenden gebeten worden. Das Thema „Absolventen der UdS“ nahm ebenfalls einen großen Teil des Interviews ein, u.a. war hierbei von Interesse, ob es bestimmte Fachrichtungen gibt, die verstärkt von Seiten der Unternehmen nachgefragt werden und welche Kriterien die Unternehmen bei der Einstellung von Hochschulabsolventen verwenden. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls diskutiert, wie die Auswirkungen des Bologna-Prozesses einzuschätzen sind und worin Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der HTW, der ASW und der UdS gesehen werden. Wie in Leitfadeninterviews üblich, wurde darauf geachtet, dass alle Themen im Gespräch besprochen und ausreichend behandelt wurden, dabei ging man individuell auf den Befragten und seinen natürlichen Redefluss ein.

Die Interviews wurden mittels eines Tools zur computergestützten qualitativen Datenanalyse (MAXQDA) inhaltsanalytisch ausgewertet. Dazu wurde nach dem ersten Lesen ein Codierungsbaum erstellt und danach wurden die Interviews von zwei Personen kodiert und die Interkoderreliabilität ermittelt.

### **3.2 Quantitative Befragung der Unternehmen in der Saarbrücker Innenstadt**

Die Auswahl der 37 kleineren Unternehmen in der Saarbrücker Innenstadt und 13 Unternehmen aus dem Starterzentrum an der Universität des Saarlandes erfolgte willkürlich. Insgesamt wurden in einem Zeitraum von zwei Wochen 22 Befragungen im Einzelhandel, elf in der Gastronomie und vier Befragungen im Dienstleistungsbereich durchgeführt. Die Unternehmen in der Innenstadt und im Starterzentrum wurden in erster Linie zur Wahrnehmung und Bedeutung der Studierenden als Konsumenten und Arbeitskraft für ihr Unternehmen mittels eines kurzen standardisierten Fragebogens befragt. Von Interesse war dabei u.a. ob die Unternehmen während des Semesters oder der Semesterferien einen verstärkten Konsum wahrnehmen können. Des Weiteren waren im Fragebogen Fragen zur Beschäftigung von Studierenden und den Gründen hierfür enthalten. Hinzu kamen eine Reihe eher allgemeiner Fragen wie z.B. zu

den Einschätzungen der Unternehmen zur Studentenfreundlichkeit der Stadt Saarbrücken, welche Auswirkungen eine Verkleinerung bzw. ein Wegfall der Hochschulen für die Geschäfte und Gaststätten in der Saarbrücker Innenstadt hätte etc. Ein weiterer Fragenblock beschäftigte sich mit der Rolle der Studierenden als Konsumenten und betraf u.a. spezielle Angebote für Studierende und Ideen zur Erhöhung der Nachfrage von Studierenden.

### **3.3 Qualitative Studierendenbefragung**

Im Vorfeld der groß angelegten quantitativen Befragung aller Studierenden der UdS wurden 20 qualitative Leitfadeninterviews mit Studierenden aus unterschiedlichen Fachbereichen geführt. Die Studierenden wurden teilweise durch direkte Ansprache und durch Aushänge für ein Leitfadeninterview gewonnen, die Studierenden erhielten nach ihrer Teilnahme als Incentive jeweils zwei Kinokarten. Bei der Auswahl wurde im Sinne einer Quotenauswahl darauf geachtet, dass gewisse Merkmale – wie Geschlecht, Alter, Semesterzahl, Fachrichtung, Herkunftsort (Saarländer oder Nicht-Saarländer) und ob sie pendeln oder nicht – in etwa nach der Verteilung in der Grundgesamtheit streuen – soweit das natürlich bei der geringen (im Sinne der Minimierung des Stichprobenfehlers) Anzahl an Personen möglich war. Die Befragungen wurden von eigens dafür geschulten Interviewern durchgeführt und auf Tonband aufgezeichnet und abschließend unter der Wahrung der Anonymität transkribiert. Da die Erkenntnisse aus diesen Interviews in erster Linie der Erstellung des quantitativen Fragebogens dienten, wurden nur vereinzelt Fragestellungen mittels MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Studierenden wurden u.a. zu ihrem Studium, dem Fach, das sie studieren, und der Art des Studien-Abschlusses befragt. Von besonderer Bedeutung war die Frage nach dem Grund für die Wahl der UdS für ihr Studium und nach der Zufriedenheit mit diesem. Neben Fragen zu ihrer Wohnsituation wurden die Studierenden detailliert zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt, sie wurden gebeten, die einzelnen Posten mit der jeweiligen Summe aufzuzählen. Abschließend wurden grundlegende sozio-demographische Daten zur Einordnung des Gesagten erbeten.

### **3.4 Quantitative Studierendenbefragung**

#### **3.4.1 Inhalt und Ablauf der Befragung**

Im Zeitraum von Juli bis Oktober 2012 wurden alle im Sommersemester immatrikulierten Studierenden der UdS zu einer Onlinebefragung eingeladen und insgesamt zweimal an die Befragung erinnert. Der insgesamt lange Befragungszeitraum ergab sich, um zu verhindern, dass die Befragung nur während der Semesterferien stattfand. Zur Erhöhung der Responserate wurden die

Studierenden unter einem eigens für sie erstellten Zugangsschlüssel anonym jeweils sowohl über ihre E-Mail Adresse der Universität als auch über alle im Studierendensekretariat hinterlegten privaten E-Mail-Adressen angeschrieben. Als Anreiz wurden untern allen Teilnehmern insgesamt 500 Kinokarten verlost.

Die Studierenden wurden durch einen sehr umfangreichen Fragebogen zu ihrem derzeitigen Studium, und warum sie sich gerade für ein Studium an der UdS entschieden haben, befragt. Neben Fragen zu ihrer Wohnsituation und ihren Mobilitäts-Gepflogenheiten wurden die Studierenden gebeten, Angaben zu machen, zu ihren beruflichen Tätigkeiten, wie sie diese gefunden haben und wie sich diese mit ihrem Studium und ihrer Freizeit vereinbaren lassen. Auch in der quantitativen Befragung lag das Augenmerk auf den Einnahmen und den Ausgaben der Studierenden, die nach Einzelposten und Ortsgebundenheit dieser erhoben wurden. Um die Angaben der Unternehmen in den qualitativen Leitfadeninterviews zu triangulieren, wurden die Studierenden nach ihren Berufserfahrungen durch Praktika und Nebentätigkeiten befragt. Vor den abschließenden üblichen sozio-demographischen Fragen wurden die Studierenden gebeten, Angaben zur ihrer Bleibeabsicht nach dem Studium zu machen.

### 3.4.2 Stichprobe, Rücklauf und Vergleich mit der Grundgesamtheit

Im Sinne einer Vollerhebung wurden alle im Sommersemester 2012 immatrikulierten 17.026 Studierenden zu der Befragung eingeladen, von denen rund 11 % an der Befragung teilnahmen. Die Rücklaufquote ist eher niedrig, liegt aber noch im Rahmen anderer Studierendenbefragungen. Um die hierdurch entstandenen möglichen Verzerrungen im Datensatz zu erkennen, wurden Kennzahlen, für die die Verteilung in der Grundgesamtheit bekannt ist, mit den Anteilswerten im erhobenen Datensatz verglichen (siehe Tabelle 1 und 2).

**Tab. 2: Vergleich gewisser Kennzahlen der Daten der Studierenden im Datensatz mit der Grundgesamtheit.**

	Studierende der UdS (Stand SS 2012)		Befragung Studierende	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
<b>Gesamt</b>	17.026	100,00 %	1.813	100,00 %
<b>männlich</b>	8.238	48,38 %	673	37,12 %
<b>weiblich</b>	8.788	51,62 %	1.140	62,88 %
<b>HZB im Saarland</b>	8.621	50,63 %	1.087	59,17 %
<b>Neuzugänge an der UdS</b>	739	4,34 %	84	4,75 %

Der Anteil der Männer unter den Studierenden ist wie in grundsätzlich fast allen vergleichbaren Befragungen etwas unterrepräsentiert und unterscheidet sich hier um etwa zehn Prozentpunkte. Insgesamt haben etwas mehr Studierende, die aus dem Saarland stammen, an der Befragung teilgenommen, allerdings sind hier die Unterschiede geringer als aufgrund der Erhebungszeit über die Semesterferien hinweg zu erwarten war. Die Neuzugänge dagegen werden nahezu identisch abgebildet.

Insgesamt sind diese Unterschiede also im Rahmen des erwartbaren und können bei Hochrechnungen durch entsprechende Gewichtungen ausgeglichen werden.

**Tab. 3: Vergleich der Fakultätszugehörigkeit der Studiengänge der Studierenden im Datensatz mit der Grundgesamtheit.**

Fakultät	Studierende der UdS (Stand SS 2012)		Befragung Studierende	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
<b>Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät</b>	5265	27,90 %	550	23,02 %
<b>Medizinische Fakultät</b>	2042	10,82 %	287	12,01 %
<b>Philosophische Fakultät I</b>	1852	9,82 %	212	8,87 %
<b>Philosophische Fakultät II</b>	3462	18,35 %	508	21,26 %
<b>Philosophische Fakultät III</b>	1689	8,95 %	260	10,88 %
<b>Naturwissenschaftlich-technische F. I</b>	2000	10,60 %	188	7,87 %
<b>Naturwissenschaftlich-technische F. II</b>	8930	4,73 %	85	3,56 %
<b>Naturwissenschaftlich-technische F. III</b>	1665	8,82 %	192	8,03 %
<b>Sonstige</b>	-	-	107	4,15 %
<b>Gesamt</b>	18868	100 %	2389	100 %

Mit der Grundgesamtheit abgleichbar ist auch die Fakultätszugehörigkeit der Studierenden, wobei sich hier keine bedeutsamen Unterschiede finden lassen. Studierende der Philosophischen Fakultät I (Geschichte und Kulturwissenschaften) sind leicht über- und Studierende der Naturwissenschaftlich-technischen Fakultät I (Mathematik und Informatik) leicht unterrepräsentiert. Dementsprechend ist festzuhalten, dass die durch die Onlinebefragung gesammelten Daten trotz der geringen Stichprobengröße die Grundgesamtheit der Studierenden an der UdS – gemessen an bekannten Randverteilungsdaten – recht gut abbilden kann. Zum Ausgleich zu vermutender Verzerrungen wurden für die Analysen in Kapitel V zur wirtschaftlichen Lage der Studierenden, die Angaben zu den Einnahmen und Ausgaben mit einem eigens erstellten Anpassungsgewicht gewichtet.

## **4 Fazit**

Dem Projekt stand somit für seine empirischen Analysen ein äußerst umfangreiches Material an Primärdaten zur Verfügung, welches durch zahlreiche Sekundärdaten ergänzt wurde. Insgesamt wurden drei Gruppen, deren Informationen, Meinungen und Einschätzungen für die Fragestellungen des Projekts relevant erschienen, nach den Methoden der Sozialwissenschaften befragt: zum einen wurden die Vertreter aus den Verbänden, aus saarländischen Unternehmen sowie aus der Politik in qualitativen leitfadengestützten Experteninterviews interviewt, zweitens wurden die Unternehmen in der Saarbrücker Innenstadt und aus dem Science Park, die ebenfalls über die Studierenden als Konsumenten und Arbeitskräfte Auskunft geben konnten, durch eine standardisierte Befragung (Fragebogen) um ihre Aussagen gebeten. Die dritte Gruppe, die Studierenden, wurde sowohl qualitativ durch leitfadengestützte Experteninterviews und quantitativ durch eine Onlineerhebung befragt. Die Auswertungen der qualitativen und quantitativen Daten der ersten und zweiten Befragungsgruppe finden sich in Kapitel VI dieses Buches. Für die Analysen der wirtschaftlichen Lage der Studierenden wurden sowohl die quantitativen und qualitativen Befragungsdaten genutzt (vgl. Kapitel V). Die Ergebnisse aus der quantitativen Studierendenbefragung der Studierenden befinden sich in Kapitel VIII (Bleibeabsicht) und Kapitel IX (Effekte der Bildungsherkunft).

## Literatur

- Berger, F. (2006). Zur Wirkung unterschiedlicher materieller Incentives in postalischen Befragungen. Ein Literaturbericht. ZUMA-Nachrichten, 58 (30), 81-100.
- Bortz, J. & Döring, N. (2006). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (4., überarbeitete Auflage). Heidelberg: Springer.
- Gläser, J. & Laudel, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag. Scheuch, E. K. (1973). Das Interview in der Sozialforschung. In König, R. (Hrsg.). Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd 2, Erster Teil (S. 66-190). Stuttgart: Enke Verlag.
- Schnell, R.; Hill, P. B. & Esser, E. (2008). Methoden der empirischen Sozialforschung (8., unveränderte Auflage). München & Wien: Oldenbourg Verlag.
- Sedlmeier, P. & Renkewitz, F. (2008). Forschungsmethoden und Statistik in der Psychologie. München: Pearson Studium.
- Mummendey, H. D. (1987). Die Fragebogen-Methode. Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe.
- Weber, M. (1980 [1921]). Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Auflage. Tübingen: Mohr.







# **Regionalökonomische Bedeutung der Universität des Saarlandes**



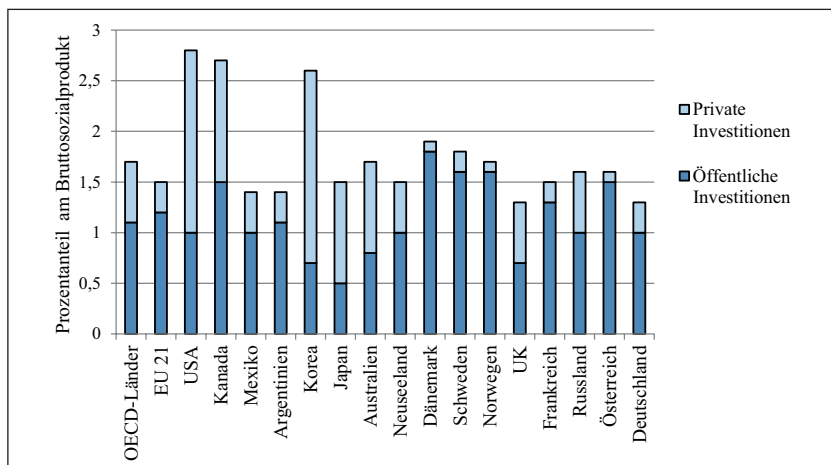
Eike Emrich, Adrian Müller, Wolfgang Meyer und Freya Gassmann

## IV. Saarländische Bildungsinvestitionen und regional-ökonomische Effekte der Universität des Saarlandes

### 1 Einleitung

Angesichts der in Kapitel II beschriebenen ökonomischen und vor allem auch regionalpolitischen Bedeutung von Universitäten, Fachhochschulen und überwiegend universitären Forschungseinrichtungen kann es nicht überraschen, dass viele Länder der Erde einen erheblichen Anteil ihres Bruttonationalproduktes in den Auf- und Ausbau von Universitäten investieren. Im Durchschnitt beträgt der Anteil des Bruttonationalproduktes, welcher für höhere Bildung aufgewendet wurde, in den OECD-Ländern 1,7 % und in der EU (21 Staaten) im Jahr 2010 1,5 %. In Europa gibt es dabei ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Während die skandinavischen Länder weit mehr als 1,5 % in den tertiären Bildungssektor investieren, fallen die Investitionen in Osteuropa (Polen, Slowakei) und in Südeuropa (Italien, Spanien) mit etwa 1 % deutlich niedriger aus. Deutschland (1,38 %) befindet sich zurzeit ungefähr auf einem Niveau mit Spanien und bleibt damit hinter dem EU-Durchschnitt der 21 EU-Staaten zurück (1,5 %) (Abbildung 1).

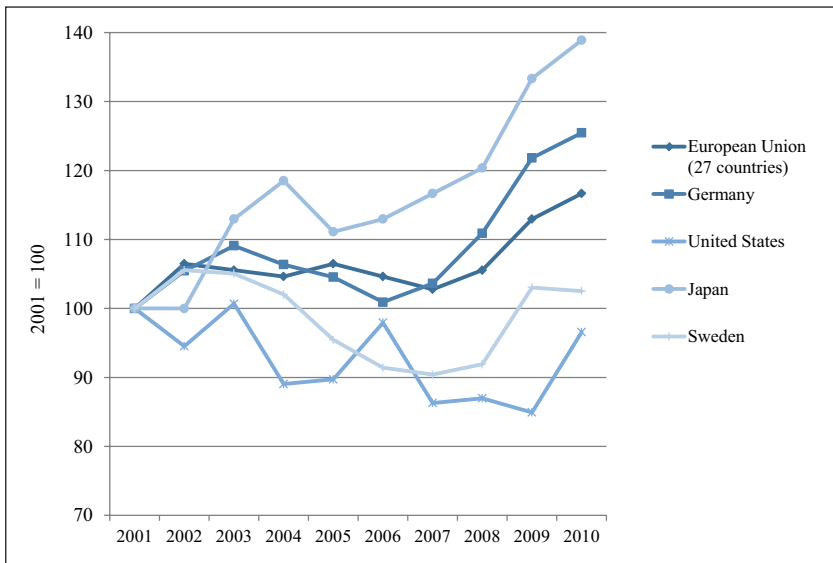
**Abb. 1: Öffentliche und private Investitionen in Hochschulen 2010**



Quelle: OECD (2013: 236).

Die größten Unterschiede zwischen den Ländern entstehen durch die Differenz zwischen staatlichen und privaten Investitionen (zum Anteil privater und öffentlicher Mittel in der deutschen Hochschulfinanzierung vgl. Timmermann 2012: 523). Während in den skandinavischen Ländern, Frankreich und Österreich vor allem der Staat für die Hochschulen zuständig ist, dominieren in Asien, Nordamerika, Ozeanien und zunehmend auch Russland private Investitionen. Deutschland verliert gegenüber den führenden Nationen vor allem vorrangig aufgrund der niedrigen Privatinvestitionen an Boden, woran auch die vergleichsweise positive, den Rückstand verkleinernde Entwicklung im zurückliegenden Jahrzehnt nur wenig verändert hat (Abbildung 2).

**Abb. 2: Relative Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen 2001-2010**



Quelle: EUROSTAT

Deutschland gehört damit trotz der erkennbaren Verbesserungen im letzten Jahrzehnt immer noch zu den Ländern mit vergleichsweise geringen Investitionen in höhere Bildung, obwohl die Rendite ausgesprochen hoch ist und politisch die Notwendigkeit entsprechender Investitionen immer wieder betont wird. Im OECD-Durchschnitt ergibt eine Kosten-Nutzen-Analyse im Verhältnis von Public Benefits zu Public Costs der öffentlichen Investitionen 2007 in langfristiger Perspektive einen positiven Überschuss in Höhe von

mehr als 90.000 EUR pro Person. Deutschland ist nach den USA das Land mit der höchsten Rendite für die öffentliche Hand und erbringt einen Überschuss von fast 170.000 EUR bezogen auf die staatlichen Investitionen in Bildung. La Rock (2012<sup>1</sup>) schreibt in diesem Zusammenhang bezüglich des individuellen Effekts auf Ebene der OECD-Länder: “For example, the long-term economic advantage of having a tertiary degree instead of an upper secondary degree, minus the associated costs, is over USD 175.000 for a man and just over USD 110.000 for a woman, on average across OECD countries”. Ähnlich positive Ergebnisse weisen auch wissenschaftliche Studien aus Deutschland auf (vgl. z.B. Mendolicchio & Rhein 2012).

## **2 Das Saarland und seine Bildungsinvestitionen im nationalen und internationalen Vergleich**

Die UdS ist gewissermaßen das „Fenster des Saarlandes zur Welt“ und ein wichtiger Anziehungspunkt für Studenten und Akademiker aus der ganzen Welt. Durch Kooperationen mit insgesamt 280 Partnerhochschulen weltweit sowie die Teilnahme an zahlreichen internationalen Studienprogrammen zur internationalen Vernetzung erfüllt die UdS diese Funktion und entwickelt auf diesem Weg für die saarländische Wirtschaft mittelfristig erhebliches Sozialkapital. Auch innerhalb Deutschlands hat die UdS erhebliche Attraktionskraft. Seit 2000 liegt mit Ausnahmen der Jahre 2003, 2008 und 2009 (49 %, 49 %, 44 %) der Anteil von Studenten der UdS, die von außerhalb des Saarlandes kommen, stabil bei mindestens 50 % (vgl. Jahresbericht der Universität des Saarlandes 2012: 35).

Das Saarland weist jedoch erhebliche Unterschiede im Bereich der Bildungsinvestitionen sowohl verglichen mit seinen direkten Nachbarn als auch verglichen mit den anderen Bundesländern auf (2008 betrug das Ausgaben-niveau bezogen auf die westdeutschen Flächenländer 92 %, vgl. PWC 2011: 21). Lediglich Brandenburg unterschreitet gegenwärtig noch die relativen Bildungsausgaben des Saarlandes (Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2012). Insofern verwundert es auch nicht, dass das Saarland mit einer Quote von nur 8,3 % an hochqualifizierten Einwohnern auf Platz 14 zwischen dem nachfolgenden Rheinland-Pfalz (8,1 %) und dem davor liegenden Niedersachsen (8,6 %) zu finden ist.<sup>2</sup>

---

1 <http://oecdeducationtoday.blogspot.de/2012/06/higher-education-good-long-term.html>

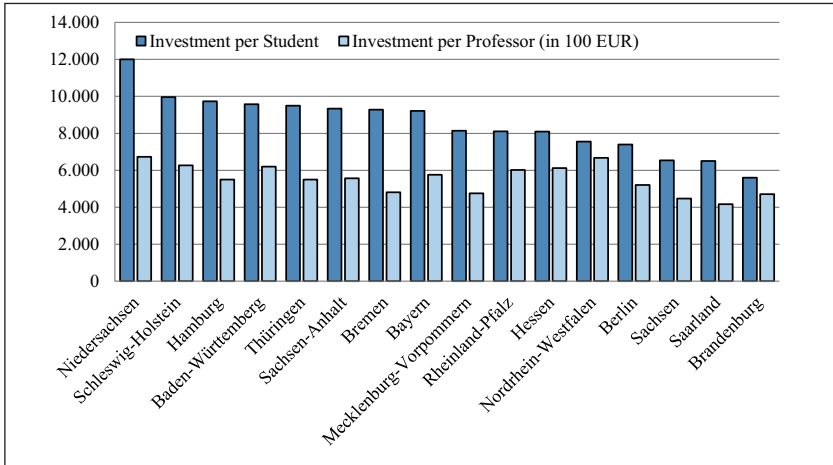
2 Neue soziale Marktwirtschaft. [www.bundeslaenderranking.de/charts/hochqualifizierte\\_best.gif](http://www.bundeslaenderranking.de/charts/hochqualifizierte_best.gif)

Langfristig besteht durchaus das endogen verursachte Risiko einer zurückgehenden Dynamik der Wirtschaft, da zwei wichtige Innovationsmotoren, nämlich sowohl Humankapital insgesamt (siehe zur Akademikerquote des Saarlandes Kapitel IX) als auch junge Arbeitskräfte fehlen, um den Bestand an Arbeitskräften im Saarland fortlaufend mit hochqualifizierten Kräften zu ergänzen. Die Alternative einer stärkeren Entwicklung spezifischen Humankapitals bei älteren Arbeitnehmern kann dabei einen Kompensationseffekt haben, ist aber auch keineswegs kostenneutral und bietet nur eine zeitlich begrenzte Lösung. Hier könnte die UdS zu einer Intensivierung der Qualifizierungs- und Weiterbildungsfunktion für bereits im Beruf stehende Menschen vermehrt genutzt werden, allerdings aufgrund der Personalintensität solcher Qualifizierungsbestrebungen sicher nicht kostenneutral. Zuwanderung wäre ebenfalls nur dann eine Alternative, wenn das Humankapital der Zuwanderer bereits bei Einwanderung hoch entwickelt wäre. Hier ist allerdings zu erwarten, dass Zuwanderer mit hohem Humankapital nicht zuletzt wegen des ermittelten Einkommensgefälles (s. Kapitel VII) eher in andere Regionen abwandern.

Auch bezüglich der Investitionen in Forschung und Entwicklung hat das Saarland im europäischen Vergleich beträchtliche Differenzen, die auf einen erheblichen Nachholbedarf hindeuten: im Durchschnitt wurden 2009 hierfür knapp 558 Mio. EUR in den NUTS II-Regionen (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik der EU) ausgegeben, wobei der Wert für das Saarland (347 Mio. EUR) deutlich unter diesem Mittelwert liegt. Der bundesdeutsche Durchschnittswert auf Regionalebene übertrifft sogar den EU-Wert bei Weitem (817 Mio. EUR), so dass der Abstand für das Saarland auf nationaler Ebene noch größer wird. Auch in der Großregion schneidet das Saarland zwar gegenüber Trier (270 Mio. EUR) und Lothringen (299 Mio. EUR) etwas besser, gegenüber der Wallonie (514 Mio. EUR), Rheinland-Pfalz insgesamt (534 Mio. EUR) und Luxemburg (1.257 Mio. EUR) aber deutlich schlechter ab (Daten: Eurostat; vgl. auch Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2012).

Schließlich fällt auch der Vergleich zwischen den Bundesländern bezüglich der Investitionen in die jeweils landeseigenen Hochschulen für das Saarland höchst ungünstig aus. Welche Vergleichsgröße auch verwendet wird (pro Einwohner, pro Professor oder pro Studierenden; vgl. auch die nachfolgenden Ausführungen unter Abschnitt 3), das Saarland gehört immer zu den Bundesländern mit geringen Investitionen und steht meistens sogar ganz am Ende (vgl. Abbildung 3; vgl. auch Kapitel IV).

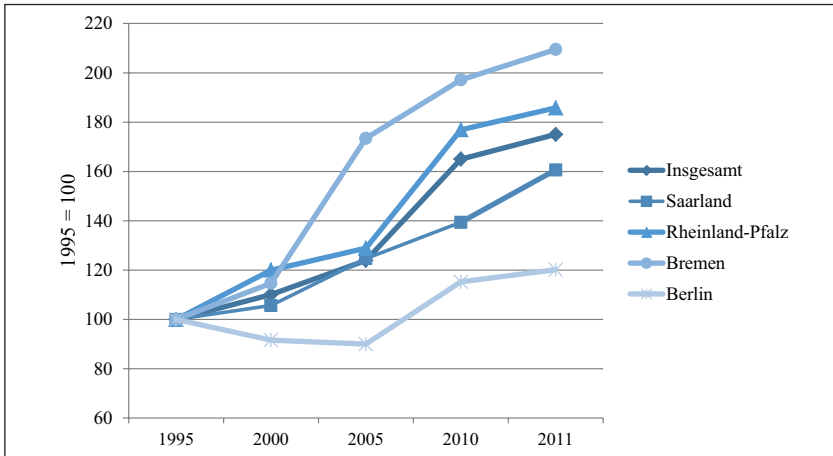
**Abb. 3: Hochschulinvestitionen der Bundesländer pro Student und pro Professor**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2013): Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2013: 36 ff.

Deutlich wird auch, dass sich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und zu den meisten anderen Bundesländern (insbesondere dem Nachbarland Rheinland-Pfalz) die Investitionen des Saarlandes in die Hochschulen vor allem im zurückliegenden Jahrzehnt weniger stark entwickelt haben (Abbildung 4).

**Abb. 4: Relative Entwicklung der Hochschulausgaben in Deutschland 1995-2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 4.5 (DeStatis 2013).



Es sind auch keine Anzeichen dafür erkennbar, dass die Aufholbemühungen einsetzen würden. Die im Regierungsprogramm des Saarlandes CDU: Unser Saarland von morgen, Regierungsprogramm 2012-2017) angesprochenen Maßnahmen der Etablierung eines mit Weiterbildungsträgern zu entwickelnden Master-Studiengang „Automotive Manager“ sowie die Absicht, zu prüfen, ob die Angebote von Universität und HTW im Bereich der Ingenieurausbildung in einer hochschulübergreifenden gemeinsamen Struktur („School of Engineering“) gebündelt werden können, sind angesichts der wahrscheinlichen Überschätzung des künftigen Ingenieursbedarfes (vgl. Brenke 2012) nicht überzeugend.<sup>3</sup> Sowohl im Regierungsprogramm der CDU als auch im Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode im Saarland von 2012 bis 2017 wird eine angestrebte Kooperation zwischen der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement (DHfPG) und dem Sportwissenschaftlichen Institut der Universität (SWI) sowie die Forderung nach weniger Studienabbrechern der UdS bei gleichzeitig erleichtertem Studienzugang für Studenten ohne Abitur (ebd.: 15) thematisiert. Diese Maßnahmen sind wohl aufgrund ihrer Punktualität nicht geeignet, die grundlegenden Defizite des Saarlandes im Vergleich zu anderen Bundesländern in einem größer angelegten Konzept zu kompensieren, da sie an keiner Stelle die nach einschlägigen Kennziffern relative Unterfinanzierung im Bereich der Hochschulen thematisieren. Die notwendigen Erkenntnisse für ein übergreifendes Konzept werden wohl eher von der Erstellung eines externen Gutachtens durch den Wissenschaftsrat erwartet. Wörtlich heißt es im Regierungsprogramm der CDU für den Zeitraum 2012 bis 2017 (CDU Saar 2012: 16): „Demografischer Wandel und Haushaltsnotlage erfordern, die derzeitigen Strukturen unserer Hochschullandschaft zu evaluieren.“

---

3 Brenke (2012: 1) schreibt dazu zusammenfassend: „Zwar ist das Durchschnittsalter der beschäftigten Ingenieure in der letzten Dekade etwas gestiegen, es liegt aber weit unter dem vom VDI angegebenen Wert. Entsprechend wird der mittelfristige Ersatzbedarf viel geringer ausfallen. Im Schnitt sind die Ingenieure sogar etwas jünger als andere erwerbstätige Akademiker, und der Anteil der älteren Beschäftigten ist im Vergleich zu anderen Berufsgruppen nicht überdurchschnittlich hoch. Da zum einen der Ersatzbedarf an Ingenieuren zumindest in diesem Jahrzehnt nicht außergewöhnlich groß ausfallen dürfte, und es zum anderen gegenwärtig einen Run auf ingenieurwissenschaftliche Studienplätze gibt, ist eher ein Überangebot als eine Knappheit an solchen Fachkräften zu erwarten.“ Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet in seinen Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen für die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe einen Angebotsüberhang, während vor allem in Gesundheits- und Sozialberufen ein deutlicher Nachfrageüberschuss besteht. Sogar bei den geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufen besteht ein höherer Ersatzbedarf als bei den Ingenieuren (Zika u.a. 2012: 6f.).

Auf der Basis eines Strukturgutachtens des Wissenschaftsrates sollen Entwicklungspotenziale, Effizienzreserven und Kooperationsoptionen (untereinander sowie zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen) analysiert werden; einschließen soll das Gutachten auch eine Betrachtung der staatlichen Steuerungsinstrumente.“

Zusammenfassend lässt sich also aufgrund der bisherigen Forschungslage sagen, dass das Saarland bezüglich der Investitionen in Hochschulen sowohl im Vergleich mit der Bundesrepublik als auch im Vergleich mit Europa zurückbleibt. Das Saarland läuft nicht zuletzt deshalb Gefahr, den Anschluss an andere Wirtschaftsregionen zu verlieren, weil die landespolitischen Überlegungen zum Umgang mit diesem Problem bisher wenig entwickelt sind, eher im Bereich punktueller und unverbunden gedachter Überlegungen im Hochschulbereich verbleiben, dem Diktat der Haushaltskonsolidierung unterworfen werden und man sich letztlich dringend benötigten Impulse und Konzepte zur Lösung der Probleme des Landes von einem externen Gutachten erhofft.

### **3 Die Finanzierung der Universität des Saarlandes im Vergleich mehrerer Messzeitpunkte unter Berücksichtigung von Landesmitteln, Drittmitteln und sonstigen Einnahmen**

Nachfolgend wollen wir aufgrund eigener Daten die skizzierte Forschungslage überprüfen und Einnahmen- und Ausgaben der UdS näher beschreiben. Grundlage für diese Berechnungen sind die Jahresberichte der Universität des Saarlandes, soweit vorhanden. Für weiter zurückliegende Jahre werden die Gewinn- und Verlustrechnungen dieser Jahre herangezogen. Für Zeitpunkte, in denen man weder auf das eine noch auf das andere zurückgreifen konnte, werden die Daten aus den darauffolgenden Jahren gewonnen, denn diese Berichte beinhalteten im Rückblick Vergleichswerte. Zwar bemühten wir uns, auch die Daten für diese Jahre vollständig zu erhalten, doch unsere Anfragen blieben unbeantwortet. Am Ende schätzten wir für 2000 bis 2003 die Verteilung der Ausgaben, sowie die sonstigen Einnahmen von 2000, 2001 und 2005. Um direkt miteinander vergleichen zu können, zinsen wir diese mit der jährlichen Inflationsrate bis zum Jahr 2012 auf. Als Zinsrate verwendeten wir den auf das Jahr gemittelten EZB-Leitzins. Die prozentualen Ausgaben des Landes sind den jeweiligen Jahreshaushalten des Saarlandes entnommen. Die Studentenzahl wurde dem aktuellen Jahresbericht der UdS (2012) entnommen. Für Jahre, in denen die Studierendenzahlen nicht angegeben waren, unterstellten wir, da ausreichend Informationen zu anderen Zeitpunkten vorhanden waren, eine lineare Entwicklung, was eine adäquate Schätzung darstellen dürfte.

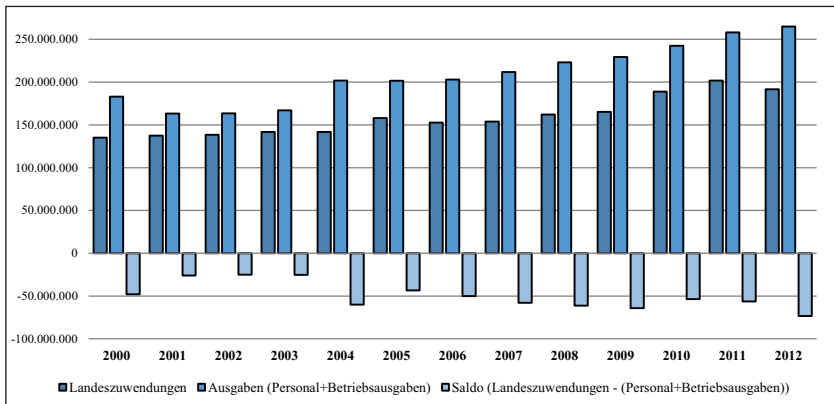
Das zentrale methodische Problem für unser Vorhaben sei noch einmal in Erinnerung gerufen. Stoetzer & Krähmer (2007: 8ff.) nennen drei konzeptionelle Grundprobleme, die zunächst zu lösen sind, nämlich 1) die Definition des Untersuchungsgegenstandes und dessen Abgrenzung in institutioneller, zeitlicher und räumlicher Hinsicht, 2) die Datenbeschaffung für die Untersuchung von Nachfrageeffekten und 3) die Referenzsituation zur Ermittlung regionaler Einkommens- und Arbeitsplatzeffekte. Dies berücksichtigend gehen wir nachfolgend wie folgt vor.

1. Wir skizzieren die Finanzierungspraxis des Saarlandes gegenüber der UdS im Vergleich der Jahre 2000 bis 2012 und berechnen zahlreiche Finanzierungskennziffern, die einen bundesweiten Vergleich und die Analyse der Entwicklung über den genannten Zeitraum ermöglichen. Besonderes Augenmerk widmen wir der zunehmenden Einengung haushaltlicher „Bewegungsfreiheit“ der UdS durch steigende Personalkosten und deren Relation zu den Gesamtkosten. Wir berechnen unter Berücksichtigung der Inflationsrate die Kosten des Saarlandes pro Studierenden und die Kosten, die für jeden Einwohner rechnerisch für die UdS anfallen. Dabei beachten wir auch die variablen, im Betrachtungszeitraum abnehmenden Einwohnerzahlen und widmen dem Kostendeckungsanteil der Landeszuwendungen an den Kosten pro Studienplatz Aufmerksamkeit.
2. Bei näherer Betrachtung der Ausgaben für Hochschulen auf Länderebene existieren zwei unterschiedliche Auffassungen. Einerseits werden die für die Hochschulen getätigten öffentlichen Ausgaben über die Grundmittel gemessen. Darunter werden jene Hochschulausgaben verstanden, die der Träger den Hochschulen aus eigenen Mitteln (im Saarland also Mittel aus Landeseinnahmen) für laufende Zwecke zur Verfügung stellt (Timmermann 2012: 519 ff.).<sup>4</sup> Abbildung 5 ist zu entnehmen, wie sich die Finanzierung der UdS bei solcher Betrachtung der grundmittelbezogenen Finanzierung über die Jahre 2000 bis 2012 darstellt. So zeigt die Differenz zwischen Landesmitteln und den Ausgaben für laufende Zwecke der UdS für das Jahr 2012 einen deutlichen Anstieg.

---

4 „Sie werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z.B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinahmen subtrahiert werden. Die laufenden Grundmittel enthalten keine Investitionsausgaben und keine Zusetzungen für die Altersversorgung und die Krankenbehandlung des verbeamteten Hochschulpersonals.“ (Timmermann 2012: 519).

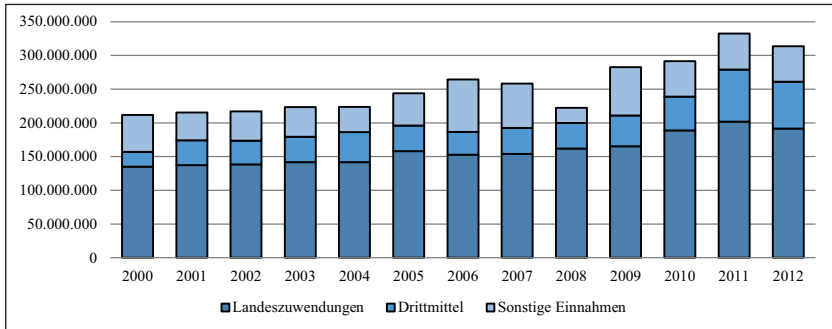
**Abb. 5: Grundmittelbezogene Relation von Landeszuwendungen zu Ausgaben (Personalausgaben, Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, sächliche Verwaltungsausgaben)**



3. Andererseits ist eine solche Abgrenzung in anderen Ländern nicht üblich. Deshalb wird nachfolgend die von der OECD präferierte Sichtweise bevorzugt und die Einnahmensituation der UdS inklusive Drittmittel und sonstigen Einnahmen zur Analyse herangezogen.

Die Universität des Saarlandes finanziert sich wie alle staatlichen Universitäten in Deutschland zu großen Teilen aus Landesmitteln. Die sonstigen Einnahmen weisen in den Jahren 2005, 2006 und 2007 einen wohl durch Einführung von Studiengebühren bedingten Anstieg aus, dessen Rückgang nach 2008 im Jahr 2010 und 2011 durch einen Anstieg der Landesmittel sowie auch der Drittmittel in 2011 kompensiert wird, während der 2012 deutlich zurückgehende Anteil an Landesmitteln in keiner Form aufgefangen werden konnte (Abbildung 6).

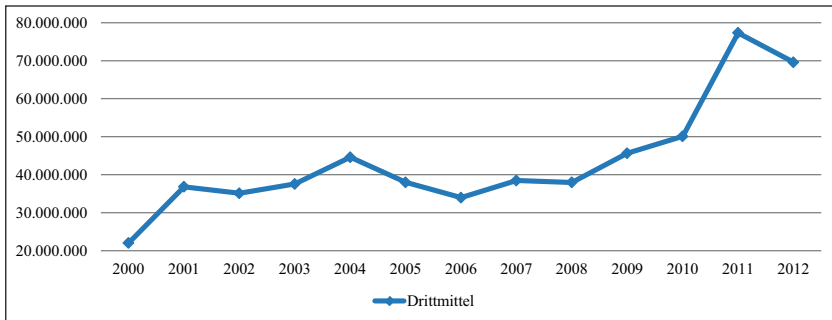
**Abb. 6: Einnahmen der Universität des Saarlandes vom Jahre 2000 bis zum Jahr 2012**



Quelle: Jahresberichte der Universität des Saarlandes von 2000 bis 2012

Dazu kommt der für die Planbarkeit der Einnahmen problematische Sachverhalt, dass Drittmittel in ihrer Höhe extrem variabel sind, so dass ihr Anteil am Haushalt starken Schwankungen über die Zeit ausgesetzt ist (Abbildung 7).

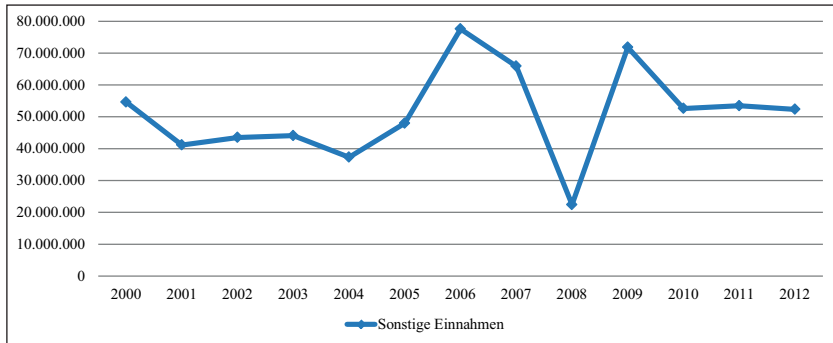
**Abb. 7: Entwicklung des Drittmittelaufkommens der Universität des Saarlandes von 2000 bis 2012**



Während Pavel (2013: 2) in einer der aktuellsten Studien zu wirtschaftlichen Effekten am Beispiel der Berliner Universitäten einen Anstieg der Ausgaben des ebenfalls finanziell sehr belasteten Landes Berlin von 1,157 Milliarden Euro im Jahr 2009 um zehn Prozent auf 1,271 Milliarden Euro im Jahr 2011 feststellt, lässt sich ein vergleichbarer Anstieg für die UdS nicht beobachten. Stattdessen stellt man folgende Unterschiede bzw. Besonderheiten fest:

- Trotz steigender Studierendenzahlen (Jahresbericht der Universität des Saarlandes 2012: 36) sinken die Einnahmen der UdS vom Jahr 2011 zum Jahr 2012.
- Der Anteil an Drittmitteln ist im Fall der UdS hoch und betrug im Zeitraum von 2000 bis 2012 im Minimum rd. 22 Mio (im Jahr 2000) und maximal 77,3 Mio. (im Jahr 2011). Prozentual liegen die Dittmittel im Vergleich etwas niedriger als diejenigen der Berliner Universitäten (Pavel 2013: 4, 6, 21), was sich bei Berücksichtigung der höheren sonstigen Einnahmen der UdS allerdings relativiert. Die Drittmittel stammen fast ausschließlich von außerhalb des Saarlandes (der saarländische Steueranteil an den Drittmitteln ist gering), tragen aber zur Wertschöpfung im Saarland bei (Abbildung 7).
- Sonstige Einnahmen (Abbildung 8) machen einen weit größeren Anteil an Einnahmen aus, als es vergleichsweise etwa in den Berliner Universitäten der Fall ist (Pavel 2013). Der Anteil betrug im Zeitraum von 2000 bis 2012 maximal 29 % (im Jahr 2006) (hierbei ist der Zeitraum gut zu erkennen, in dem Studiengebühren zu entrichten waren).

**Abb. 8: Entwicklung der sonstigen Einnahmen der Universität des Saarlandes von 2000 bis 2012**

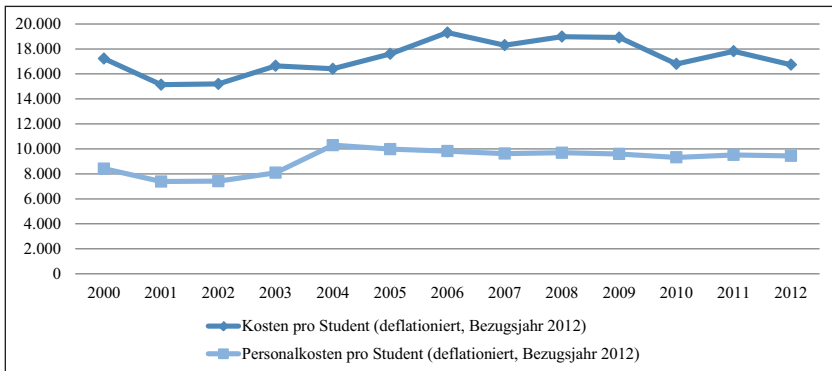


Interessant ist die Umrechnung auf Kosten pro Studierenden. Dieser Wert hat im Jahr 2012 preisbereinigt das Niveau von 2000 erreicht. Der Verlauf der Kosten pro Student über die Jahre 2000 bis 2012 zeigt, dass im Jahr 2008 die Ausgaben pro Studierenden mit 18.985 Euro pro Jahr am höchsten waren. Diesen Wert angenommen, würden der UdS mit der heutigen Studierendenzahl im Jahr 2012 knapp 40 Mio. Euro fehlen, andersherum formuliert kann man feststellen, dass die UdS eine erhebliche Einsparung kompensieren musste (Abbildung 9).

Diese Einsparungen werden gewöhnlich für eine befristete Zeit durch individuelle Anstrengungen überkompensiert. Dabei ist es umso bemerkenswerter, dass diese Einsparung gleichzeitig in einen Zeitraum fiel, in dem politisch gewollte Anpassungen an neue modularisierte Abschlüsse von der UdS zu leisten waren. Die Differenzierung der Studienabschlüsse hat bedingt durch die damit verknüpften Transaktionskosten (Abstimmungs-, Such-, Verhandlungskosten usw.) Skaleneffekte, wie sie im Rahmen steigender Studentenzahlen in einigen Bereichen vorbehaltlich sprungfixer Kosten möglich wären, wahrscheinlich verhindert. So sind Seminare bis zu einer gewissen Grenze mit einer höheren Zahl an Studenten möglich, ab einer gewissen Grenze braucht man jedoch, entsprechende Nachfrage vorausgesetzt, ein zweites Seminarangebot. Auch Vorlesungen sind selbst bei Verwendung von EDV-Hilfe z. B. in Form von E-Learning nicht völlig grenzkostenfrei. Ab einer gewissen Zahl von Hörern ist etwa der damit verknüpfte Korrekturaufwand für Klausuren usw. nicht mehr zu leisten und muss durch weitere personalintensive Angebote kompensiert werden, wenn man nicht ausschließlich auf standardisierte Multiple Choice Verfahren zurückgreifen will usw.

Tatsächlich sind die Personalausgaben pro Student seit 2004 rückläufig (Abbildung 9), was deutlich auf die beschriebene, nicht weiter dehnbare Kapazität von Lehrveranstaltungen hinweist.

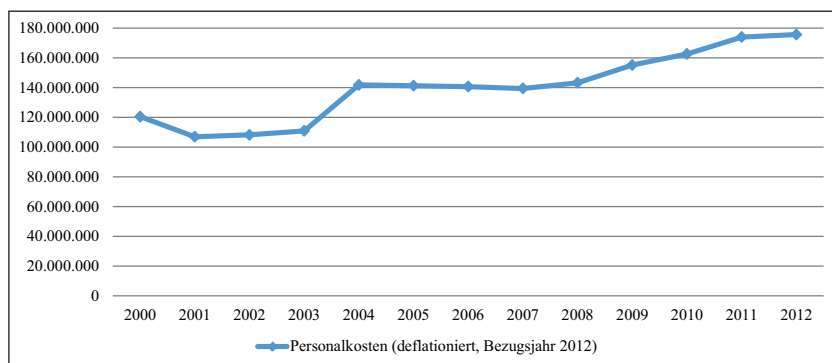
**Abb. 9: Kosten und Personalausgaben der Universität des Saarlandes in den Jahren 2000 bis 2012**



Quelle: Jahresberichte der Universität für die Kosten. Die Studierendenzahlen sind aus dem aktuellen Jahresbericht 2012.

Im Vergleich dazu steigen die Personalkosten der UdS preisbereinigt seit dem Jahr 2003 bis 2004 deutlich an, verbleiben dann bis 2007 auf stabilem Niveau und entwickeln sich seitdem kontinuierlich nach oben mit einem klar erkennbaren Rückgang des Kostenanstiegs von 2011 zu 2012 (Abbildung 10). Damit wird klar, dass die UdS in ihren Einsparbemühungen bei den Personalkosten mittlerweile deutliche Grenzen hat.

**Abb. 10: Personalausgaben in der Universität des Saarlandes in Mio. Euro einschließlich der drittmittelfinanzierten Stellen**



Quelle: Jahresberichte der Universität des Saarlandes 2000 bis 2012).

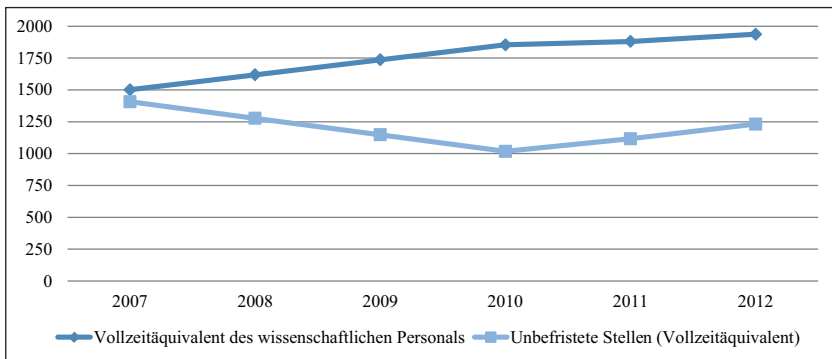
Im Zeitraum von 2007 bis 2012 hat sich der Anteil von zeitlich befristeten Stellen gegenüber nicht befristeten Stellen im wissenschaftlichen Personal zu Ungunsten der unbefristeten Stellen verschoben (Abbildung 11; zur Entwicklung der Nominal- und Reallöhne in Deutschland vgl. Statista 2013, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152761/umfrage/entwicklung-der-loehne-in-deutschland/>). Die UdS kompensiert somit die Unsicherheit in ihrer Finanzierung, die sowohl durch in der Höhe stets unsichere Drittmittel und sonstige Einnahmen (etwa durch den in der Laufzeit begrenzten Bildungspakt) als auch durch variable Zuwendung des Landes bedingt ist, durch die Möglichkeit, innerhalb überschaubarer Zeiträume auf der Personalseite in begrenztem Umfang durch Stellenreduzierung bzw. Nichtverlängerung von Verträgen reagieren zu können. Diese Möglichkeit trifft somit vornehmlich jene wissenschaftlichen Mitarbeiter, aus deren Kreis sich in der nächsten Periode die künftigen Professoren rekrutieren. Damit erhöht sich der soziale und wirtschaftliche Druck auf den wissenschaftlichen Nachwuchs noch weiter und die Bereitschaft qualifizierter Absolventen, den Weg einer durchaus riskanten wissenschaftlichen Karriere einzuschlagen, dürfte abnehmen.



Die Relation befristeter zu unbefristeten Stellen im Bereich des Personals (Abbildung 11), hier betrachtet vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2012, zeigt deutlich den zunehmenden Anteil befristeter Stellen bis zum Jahr 2011 und dann eine etwa gleichbleibende Differenz. Insofern wird hier die künftige Knappheit von qualifizierten Professoren transintentional, also unbeabsichtigterweise, erzeugt.

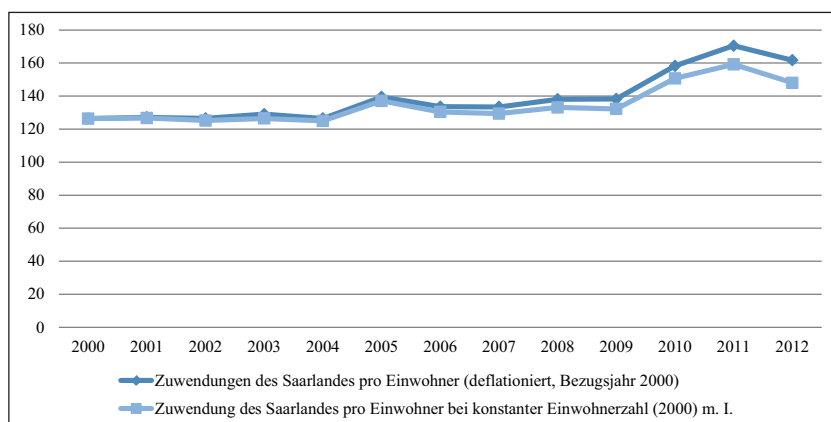
Wird die Finanzknappheit, die sich im Übergang von 2011 zu 2012 zeigt, in Zukunft noch stärker, genügt die durch das Personalmanagement der UdS in Form befristeter Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter gezeigte Flexibilität nicht mehr und neben den Einsparungen durch Auslaufen befristeter Verträge müssen dann weitere Einsparungen im Personalbereich vorgenommen werden. Dies führt im Nachgang entweder zu einer höheren Belastung des verblieben Personals in Form von Mehrbelastung durch die Lehre und dadurch zu einer Verringerung der Zeit für Forschung, was sich wiederum in einer schlechteren Wettbewerbsposition der UdS im universitären bundesweiten Vergleich auswirken würde oder zu einer Schließung ganzer Fachbereiche. Sollte es dazu kommen, enthielte dies gleichzeitig einen Anreiz für zahlreiche Professoren, sich verstärkt um Rufe nach außerhalb zu bemühen, um bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden. Im Sinne eines pfadabhängigen Kaskadeneffektes käme es dann zur potentiellen Gefahr personaler Verluste, in der Folge zu Reputationsschädigungen und Attraktivitätssenkungen der UdS und letztlich zu einem nicht intendierten negativen Matthäuseffekt im Sinne einer Abwärts-spirale nach unten.

**Abb. 11: Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter vom Jahr 2001 bis 2012**



Die rechnerische Umlage der universitären Kosten pro Kopf der saarländischen Wohnbevölkerung zeigt angesichts einer zurückgehenden Wohnbevölkerung bis zum Jahr 2011 langsam steigende Kosten. Nach 2011 sinken die Kosten pro Studienplatz pro Saarländer jedoch, was bedeutet, dass die Universität des Saarlandes nun schneller sparen muss als das Saarland schrumpft. Verglichen mit den Zuwendungen des Saarlandes pro Einwohner bei konstanter Einwohnerzahl (2000) erkennt man, wie stark das Saarland im Beobachtungszeitraum geschrumpft ist (Abbildung 12). Von 2000 bis 2012 schrumpfte die Bevölkerung um ca. 8,5 %. Im selben Zeitraum jedoch stieg die Zahl der Studierenden an der Universität des Saarlandes um ca. 10 %.<sup>5</sup>

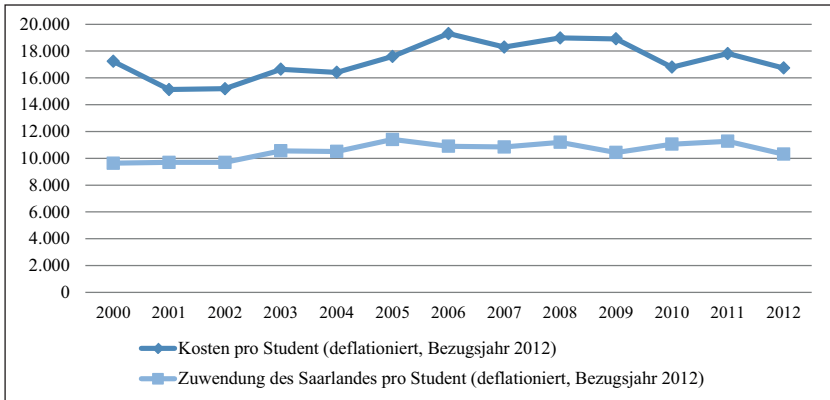
**Abb. 12: Zuwendungen des Saarlandes pro Einwohner ohne und mit Inflationsausgleich**



Quelle: Jahresberichte 2000 bis 2012 für die Kosten. Bevölkerungszahl des Saarlandes: statistisches Amt Saarbrücken

Die Relation von preisbereinigten Kosten pro Student an der UdS, bezogen auf den vom Saarland finanzierten Anteil an diesen Kosten, ist Abbildung 13 zu entnehmen. Demnach verlaufen die deflationierten Kosten pro Student für das Saarland leicht steigend bis zum Jahr 2007, erreichen dann mit leichten Schwankungen eine Plateauphase, die mit einem leichten Einbruch im Jahre 2009 insgesamt bis zum Jahre 2011 reicht und sinken zum Jahr 2012 deutlich (vgl. Timmermann 2012: 522).

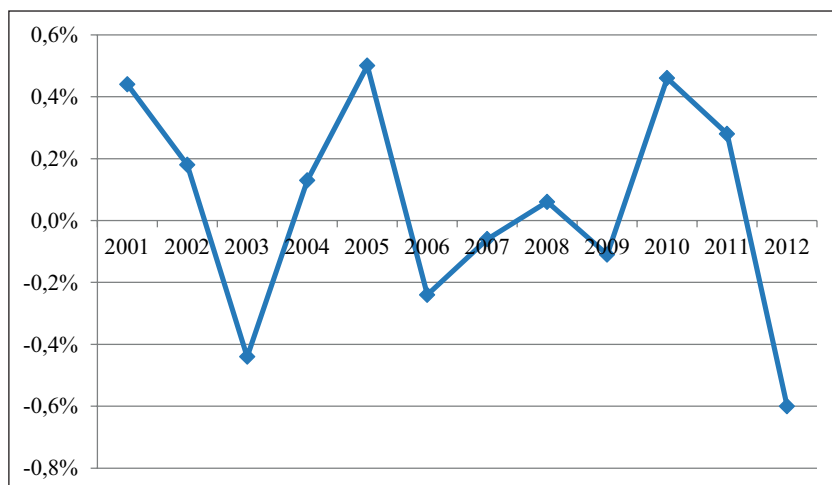
5 Dass die Nutzung von Pullfaktoren der UdS zur Anwerbung nicht saarländischer Studenten ins Saarland insgesamt eine existenzielle Angelegenheit für das Saarland ist, wird in Kapitel VIII diskutiert.

**Abb. 13: Kosten pro Student und Zuwendungen des Saarlandes pro Student**

Quelle: Jahresberichte der Universität des Saarlandes 2000 bis 2012

Im Mittel zahlt das Saarland im Jahr ca. 5 % seiner Einnahmen an die UdS (Haushalte des Landes von 2000 bis 2012). Die Ausschläge über bzw. unter diesen 5 % sind in Abbildung 14 dargestellt. Lediglich im Jahre 2003 kam es zu einem deutlichen Unterschreiten dieser 5 %-Marke, ebenso aktuell im Jahre 2012. Der Rückgang vom Jahre 2011 auf das Jahr 2012 betrug minus 0,6 %, bezogen auf den 5 %-Anteil an den Landeseinnahmen. Daraus resultiert eine Einsparung von ca. 10 Mio. Euro oder eine Kürzung des Haushaltes der Universität von ca. 3,3 %.

**Abb. 14: Jährliche prozentuale Auf- und Abwüchse in den Ausgaben des Landes für die Universität des Saarlandes. Referenzwert: 5 % Anteil an den Landesmitteln**



Quelle: Haushalte des Landes 2000 bis 2012

Alle Daten zusammengenommen ergibt sich folgendes Bild: Die Universität des Saarlandes hat steigende Studentenzahlen, die kostenmäßig von einer abnehmenden Zahl von Saarländern getragen werden müssen, wobei sich in jüngerer Vergangenheit (von 2011 bis 2012) ein überproportionales Sparen zeigt. Der Anteil der Landeszuwendungen an den Kosten pro Student zeigt nach einer längeren Plateauphase deutliche Rückgangstendenzen, die parallel zu sinkenden Kosten pro Student verlaufen. Durch Elastizität in den Veranstaltungen und Mehrbelastungen des vorhandenen Personals wird dies phasenweise begrenzt möglich. Berücksichtigt man dabei die Wirkung der Inflation auf die Kosten pro Student, hat die UdS erstaunliche Einsparleistungen erbringen müssen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht weiter gesteigert werden können, ohne mittelfristig zu Qualitätseinbußen und Wettbewerbsnachteilen etwa gegenüber angrenzenden rheinland-pfälzischen Universitäten zu führen.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Zu den Anteilen der Saarländer unter den Studierenden der umliegenden rheinland-pfälzischen Universitäten siehe Kapitel VIII.

## **4 Ökonomische Effekte durch das Betreiben der Universität des Saarlandes**

Insgesamt sind zwei Verfahren in der Literatur zur Berechnung ökonomischer Effekte zu finden, erstens die Multiplikatoranalyse und zweitens die Input-Output-Analyse. Mit Hilfe der Multiplikatoranalyse werden Umsatz-, Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte bestimmt, mit Hilfe der Input-Output-Analyse werden Umsatz-, Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte für einzelne Wirtschaftssektoren untersucht (vgl. Pavel 2013: 19ff.). Im Forschungsprojekt Hochschule und Region (Spehl, Feser, Schulze et. al. 2005) in Rheinland-Pfalz wurden die Multiplikatoranalyse und die Input-Output-Analyse zur Untersuchung der wirtschaftlichen Effekte der Universitäten in Rheinland-Pfalz angewandt und in der Tendenz übereinstimmende, wenn auch in der absoluten Größenordnung abweichende Effekte herausgearbeitet.

Für die hier vorliegende Studie haben wir uns aufgrund der schon ermittelten empirischen Befunde zum studentischen Konsum (siehe Kapitel V) sowie der leicht zugänglichen Jahresberichte der UdS für die Multiplikatoranalyse entschieden. Im Rahmen einer Multiplikatoranalyse werden die Gesamtumsatzeffekte der UdS basierend auf den ermittelten Werten der ersten Runde durch Addition der Folgeeffekte berechnet. Theoretisch ergibt sich so eine unendliche Folgekette an weiteren indirekten Effekten. Sie entsteht durch permanente Wiederverausgabung der in der ersten Runde ermittelten Umsätze. Diesen theoretisch unendlichen Wiederverausgabungsketten steht jedoch faktisch mit jeder neuen Verausgabungsrunde eine Reduzierung der erneut verausgabten Mittel entgegen. So enthält etwa das von einem Mitarbeiter der UdS angeschaffte Automobil einen Motor, der in Ungarn und eine Karosserie, die in Finnland produziert wurde usw. Dadurch werden dem Wiederverwertungskreislauf mit jeder neuen Runde Mittel entzogen, so dass auch mit jeder neuen Runde kleinere Ergebnisse entstehen. Die theoretisch unendlich langen Wirkungsketten sind also keineswegs im ökonomischen Effekt unendlich, sondern weisen einen Grenzwert auf, der für das Bundesland Rheinland Pfalz in verschiedenen Studien zwischen im Mittel 1,37 (für die einzelnen Regionen) und 1,63 (für das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz) lag. Das Verhältnis zwischen der Summe aller direkten und indirekten Effekten und den in den Prozess eingegeben Umsätzen heißt in diesem Zusammenhang Multiplikator und dieser besagt, dass aus einem in der ersten Runde eingesetzten Euro am Ende aller Wirkungsketten etwa 1,63 Euro werden.<sup>7</sup>

---

7 Vgl. Forschungsgruppe Hochschule und Region (2005).

Zunächst werden nachfolgend die direkten Effekte bestimmt. Dies sind die regional wirksamen Ausgaben der Studierenden, der im Saarland wirksame Anteil von Bau-, Sach- und Investitionsausgaben der UdS sowie der regional wirksame Konsum, der von den im Saarland lebenden Personal der UdS abhängt und damit vom Gesamteinkommen und der Sparquote des Personals der UdS beeinflusst wird. Daran anknüpfend gehen wir wie folgt vor:

- Wir beziffern in einer ersten Schätzung den direkten Return durch die dem Saarland zufließende Einkommenssteuer.
- Im zweiten Schritt errechnen wir den konsumbedingten Effekt durch Studierende der UdS.
- In einer dritten Schätzung bestimmen wir die durch das Personal der UdS induzierten Umsatzeffekte.
- In einer vierten Runde schätzen wir auch die Effekte durch Investitionen und andere Ausgaben der UdS.

In einer zweiten Schätzungsrunde wiederholen wir dieses Vorgehen für die An-Institute der UdS, für die wir entsprechende Haushaltsdaten zur Verfügung haben. Ohne die Existenz der UdS wären diese Institute mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht im Saarland zu finden.<sup>8</sup> Diese Einrichtungen sind zwar nicht dem Universitätshaushalt unmittelbar zugeordnet, haben aber aufgrund der getätigten Investitionen und des dort beschäftigten Personals erhebliche wirtschaftliche Effekte im Saarland.

Die Universitätskliniken werden nicht direkt in die ökonomische Analyse eingebunden. Die Kostenabgrenzungsprobleme zwischen Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits wären im Rahmen dieser Studie zu problematisch. Insofern ist die medizinische Fakultät als Teil der UdS in die Analyse eingebunden, nicht jedoch das Universitätsklinikum.

Nicht weiter verfolgt werden die weiteren Beschäftigungseffekte der UdS für den saarländischen Arbeitsmarkt, die durch die Umsatzeffekte ausgelöst werden. Hier stehen die Umsatzeffekte im Vordergrund.

---

8 Im Einzelnen sind dies die beiden Max-Planck-Institute (MPI für Informatik und MPI für Softwaresysteme), die beiden Fraunhofer-Institute (IzFP – Fraunhofer-Institut für zerstörungsfreie Prüfverfahren und IBMT – Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik), das Leibniz-Institut für neue Materialien (INM), das Leibniz-Zentrum für Informatik Schloss Dagstuhl, das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS), das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) und das Korea Institute for Science and Technology Europe (KIST) (vgl. hierzu für die Universitäten in Berlin Pavel 2013, 14 f.).

#### **4.1 Landesbezogener Lohnsteueranteil an Personalausgaben der Universität des Saarlandes und konsumbedingte Effekte durch Studierende und Personal der Universität des Saarlandes auf regionaler Ebene**

Zunächst wird der für das Saarland steuerwirksame Anteil an den Personalausgaben der Universität geschätzt. Selbst mit einem durchschnittlichen Lohnsteueranteil von nur 9,64 %<sup>9</sup> verringert dieser direkte steuerliche Rückfluss, in dem die personalwirksamen Drittmittel bereits berücksichtigt sind, die jährlichen Kosten des Saarlandes am Haushalt der Universität aufgrund direkt gezahlter Lohnsteuern von Mitarbeitern mit Wohnsitz im Saarland um rd. 13 Mio. Euro.

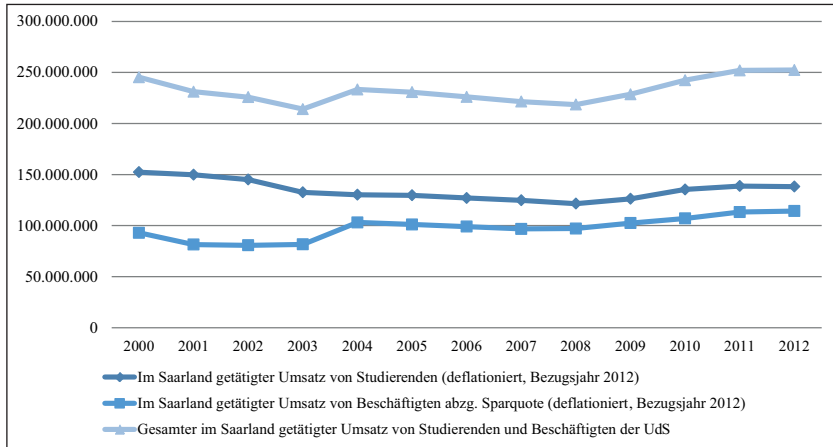
Für die Schätzung der Umsatzeffekte durch Konsum von Studierenden und Beschäftigten im Saarland gehen wir von folgenden Annahmen aus:

- 1) 2012 hatte ein Studierender nach unseren Daten im Durchschnitt Kosten von 794 Euro pro Monat (vgl. Kapitel V; hier wurde der ungewichtete Mittelwert verrechnet; vgl. Deutsches Studentenwerk 2012).
- 2) 78 % des studentischen Konsums werden nach unseren Annahmen im Saarland getätigt. Dabei lehnen wir uns an den bereits 1978 von Engelbrech, Küppers und Sonntag für die Universitäten Trier, Kaiserslautern und UdS ermittelten Werten an. Weitere Vergleichswerte als Referenzrahmen wurden bereits in Kapitel V diskutiert und bestätigen unsere Annahme.
- 3) Für die Beschäftigten der UdS gehen wir konservativ von einer Sparquote von 10 % aus und nehmen an, dass ca. 80 % der Konsumausgaben der Mitarbeiter im Saarland getätigt werden (vgl. Engelbrech, Küppers & Sonntag 1978; zur Sparquote im Jahr 2006 vgl. Klär & Slacalek, 2006, im Jahr 2000 betrug die Sparquote der Deutschen 9,4 % im Minimum, im Maximum 11,5 % im Jahre 2008. Im Jahr 2012 lag sie bei 10,3 %, Statista 2013).

---

9 Quelle: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61772/einkommensteueranteile>

**Abb. 15: Im Saarland getätigter Konsum von Studenten und Beschäftigten der Universität des Saarlandes**



Quelle: Jahresberichte der Universität des Saarlandes, eigene Berechnungen, vgl. 19. und 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes 2010 und 2013

Die beiden summierten Umsatzeffekte durch Studierende und Mitarbeiter der UdS betragen rd. 250 Mio. jährlich (vgl. Abbildung 15 und Abbildung 6).

#### 4.2 Ökonomische Effekte durch Betriebsausgaben der Universität des Saarlandes

Zusätzlich tätigt die UdS jedes Jahr Betriebsausgaben in Höhe von knapp 9 % ihrer Gesamtkosten (Jahresbericht der Universität des Saarlandes 2012). Wir gehen in Anlehnung an Engelbrech, Küppers & Sonntag (1978) davon aus, dass 64 % dieser Umsätze im Saarland getätigt werden. Diese Umsätze bringen noch einmal (auf das Jahr 2012 gerechnet) 14 bis 19 Mio. Euro zusätzlich zu den positiven Effekten der Studierenden und Beschäftigten.

Dazu kommen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Dabei gehen wir davon aus, dass Beratungskosten sowie Reisekosten und Kosten für Gastdozenten nicht im Saarland bleiben. Daraus resultiert, dass wir auf der Basis der Jahre 2011 und 2012 ca. 17,6 % der Gesamtkosten der UdS als landesinterne Kosten behandeln können, die für die Instandhaltung von Gebäuden, Müllentsorgung, Mieten und Pachten, Kommunikation u. ä. anfallen. Mit den 14 bis 19 Mio. aus den Betriebsausgaben zusammen ergibt dies einen summierten Umsatzgesamteffekt zwischen 37 Mio. und 56 Mio. pro Jahr.



Die gesamten saarlandbezogenen Umsatzeffekte durch den Betrieb der UdS werden in Tabelle 1 einer Multiplikatoranalyse unterzogen.

**Tab. 1. Schätzung der regionalökonomischen Umsatzeffekte der UdS auf der ersten Stufe und nach Multiplikatoranalyse**

<b>Ökonomische Umsatzeffekte der UdS für das Saarland</b>	<b>Summe der ökonomischen Umsatzeffekte auf der ersten Stufe</b>	<b>Summe der ökonomischen Umsatzeffekte unter Berücksichtigung eines Multiplikatoreffektes von 1,63</b>
Lohnsteuereffekt	Annahmen: 9,4 % Lohnsteuer, 80 Prozent der Mitarbeiter der UdS leben im Saarland.	~ 13 Mio. (Basis: 2012)
Umsatzeffekte durch studentischen Konsum	~ 140 Mio.	~ 228 Mio.
Umsatzeffekt durch Mitarbeiter der Universität minus Sparquote von 10 %	~ 110 Mio.	~ 179 Mio.
Umsatzeffekte aus Betriebsausgaben	zwischen 37 und 56 Mio.	~ 60,3 Mio.

Das ergibt in der Summe unter Ausblendung der direkten steuerlichen Rückflüsse (Lohnsteuer in Höhe von rd. 13 Mio.) rd. 467 Mio. Umsatzeffekte (studentischer Konsum, Betriebsausgaben der UdS, im Saarland verausgabte Mittel des Personals der UdS) nach der Multiplikatoranalyse - einen Multiplikatoreffekt analog zum gesamten Rheinland-Pfalz von 1,63 angenommen (zu Multiplikatoreffekten vgl. auch Kapitel II).

Der Multiplikatoreffekt der Regionen in Rheinland-Pfalz beträgt allerdings nicht 1,63, sondern im Mittel 1,37, was damit erklärt werden kann, „dass die Summe der regionalen direkten Effekte für die fünf Hochschulregionen kleiner ist als die direkten Effekte auf Landesebene. Dies liegt an den je nach räumlicher Betrachtungseinheit unterschiedlichen Abflüssen aus der Region. Bspw. ist der Kauf von Laborausstattung in Mainz durch die FH Koblenz auf der regionalen Ebene ein Import, auf der Landesebene jedoch ein direkter Effekt. Höhere Importe verringern zudem den Multiplikator. Unter den angepassten regionalen Parametern ergibt sich ein Multiplikator von 1,37 (Forschungsprojekt Hochschule und Region (Spehl, Feser, Schulze et. al. 2005: 19). Angesichts der Tatsache, dass es im Fall des Saarlandes um eine Region handelt, die von ihrer Struktur her eher an Trier oder Kaiserslautern liegt als an dem Gesamtwert von Rheinland-Pfalz, werden deshalb jeweils beide Multiplikatoreffekte berechnet.

### 4.3 Ökonomische Effekte durch universitätsnahe Einrichtungen

Zusätzlich zur UdS, deren Umsatzeffekte oben beziffert wurden, existieren eine Reihe von An-Instituten in teilweise staatlicher, teilweise privater Trägerschaft. Es ist insofern analog zu anderen Untersuchungen der ökonomischen Effekte von Universitäten davon auszugehen, dass die Ausgaben dieser „An-Institute“ nicht im Saarland getätigt würden, wenn es die UdS nicht gäbe. Relevante An-Institute bzw. im Umfeld der UdS angesiedelte wissenschaftliche Einrichtungen im Saarland sind:<sup>10</sup>

- Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik IBMT
- Fraunhofer-Institut für Zerstörungsfreie Prüfverfahren IZFP
- Kompetenzzentrum Informatik
- Kontaktstelle für Wissens- und Technologietransfer KWT
- Leibnitz-Institut für neue Materialien INM
- Max-Planck-Institut für Informatik MPI Informatik
- Max-Planck-Institut für Softwaresysteme MPI Softwaresysteme
- Science Park Saar an der Universität des Saarlandes

Der Umsatz der drei größten „An-Institute“ im Saarland (Tabelle 2a) betrug 2011 zusammen rd. 40.4 Mio. Euro. Die exemplarisch herangezogene Kostenverteilung der Fraunhofer Institute in der Fraunhofer Gesellschaft, die aus dem Jahresbericht entnommen werden kann, gliedert sich wie in Tabelle 2a dargestellt und wird für die drei Institute im Umfeld der UdS, für die wir Haushaltsdaten ermitteln konnten, ebenfalls angenommen (Tabelle 2b). Es sind dies das Leibnitz Institut INM, Max Planck Institut, und das Fraunhofer Institut.

**Tab. 2 a: Entwicklung der Personal-, Sachkosten- und Investitionsquote laut Jahresbericht der Fraunhofer-Gesellschaft von 2008 bis 2012**

	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Personalkostenquote</b>	48 %	48 %	50 %	48 %	50 %
<b>Sachaufwandsquote</b>	34 %	29 %	29 %	30 %	30 %
<b>Investitionsquote</b>	18 %	23 %	21 %	22 %	20 %

Quelle: <http://www.fraunhofer.de/de/publikationen/fraunhofer-jahresbericht-2012/bericht-des-vorstands/kennzahlen.html>

<sup>10</sup> Quelle: [http://www.saarbruecken.de/de/bildung/wissenschaftliche\\_institute](http://www.saarbruecken.de/de/bildung/wissenschaftliche_institute)

**Tab. 2b: Jährlicher Aufwand in Mio. der drei größten An-Institute der Universität des Saarlandes**

Institute im Umfeld der UdS	Aufwand in Mio. Euro
Leibnitz Institut INM	18.121 <sup>11</sup>
Max Planck Institut	10,5 <sup>12</sup>
Fraunhofer Institut	11.82 <sup>13</sup>

Für eine Schätzung der Effekte unterstellen wir im Fall der drei An-Institute, für die wir den jährlichen Aufwand ermitteln konnten, die Kostenstruktur der Fraunhofer Gesellschaft insgesamt aus dem Jahre 2011 und betrachten die Umsatzeffekte der einzelnen Kostenpositionen analog zur UdS, jedoch ohne studentischen Konsum. Zusammen ergibt das noch einmal ca. 33 Mio. Euro an zusätzlich im Saarland getätigten direkten Umsatzeffekten (Sachaufwands- und Investitionsquote) sowie indirekten Umsatzeffekten (im Saarland getätigter Konsum durch Mitarbeiter minus Sparquote).

Unter Berücksichtigung eines Multiplikatoreffektes von 1,37 analog zu den in Rheinland-Pfalz untersuchten Regionen (s. oben) ergibt dies einen Wert von rd. 45,20 Mio. Bei einem Multiplikatoreffekt von 1,63 beträgt der direkte und indirekte Umsatzeffekt rd. 53,80 Mio. Zusammen mit den ökonomischen Effekten durch die UdS ergibt dies in Summe einen Umsatzeffekt von insgesamt 448 Mio. bei einem Multiplikationsfaktor von 1,37 und einen Wert von 541,80 Mio. bei einem Multiplikationsfaktor von 1,63.

Unabhängig davon ergeben die direkten Rückflüsse an das Saarland aus der Lohnsteuer der Beschäftigten der An-Institute (angenommen mit im Mittel 9,4 %) für das Jahr 2012 auf der Basis einer Summe von rd. 13,2 Mio. im Saarland konsumierter Einkommen der Mitarbeiter der An-Institute, wovon 9,6 % an das Saarland fließen, rd. 1,3 Mio.

---

11 Quelle: Jahresbericht Leibnitz Institut INM 2011

12 Quelle: Jahresbericht Max-Planck-Institut Report 2011

13 Quelle: Jahresbericht Fraunhofer Institut 2012

**Tab. 3: Summe der direkten und indirekten Umsatzeffekte der Universität des Saarlandes und der drei größten An-Institute nach Multiplikatoreffekt**

Effektverursacher	Summe der ökonomischen Umsatzeffekte auf der ersten Stufe	Summe der ökonomischen Umsatzeffekte unter Berücksichtigung eines Multiplikatoreffektes von 1,63 und 1,37
	Annahmen: 80 % der Mitarbeiter der An-Institute haben ihren Wohnsitz im Saarland, Personalquote der Institute: 50 %.	
Lohnsteuerrückfluss an das Saarland	Durch die Mitarbeiter der UdS: Durch die Mitarbeiter der drei größten An-Institute:	~ 13 Mio. ~ 1,3 Mio.
Universität des Saarlandes	mindestens 287 Mio.	~ 476 Mio. (bei Multiplikator 1,63) ~ 393 Mio. (bei Multiplikator 1,37)
Die drei größten An-Institute in Umgebung der Universität des Saarlandes	~ 33 Mio.	~ 55,80 Mio. (bei Multiplikator 1,63) ~ 45,20 Mio. (bei Multiplikator 1,37)
Summe	~ 327 Mio.	~ 531,80 Mio. (bei Multiplikator 1,63) ~ 438,00 Mio. (bei Multiplikator 1,37)

Insgesamt ergibt sich daraus für das Saarland, dass einer Zuwendung des Landes an die UdS im Jahr 2012 von rd. 191,60 Mio. am Ende aller Runden ein Umsatzeffekt von im Minimum rd. 438 Mio. (Multiplikatoreffekt 1,37) und im Maximum von rd. 531 Mio. (Multiplikatoreffekt: 1,63) gegenübersteht.

Auf eine detaillierte Berechnung der Bruttowertschöpfung auf der Basis der Input-Output-Tabellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder, die die innerhalb eines abgegrenzten Wirtschaftsgebietes erbrachten und in Marktpreisen ausgedrückten wirtschaftliche Leistung (Produktionswert abzüglich Vorleistungen) der einzelnen Wirtschaftszweige erfassen müsste, haben wir hier verzichtet. Stattdessen wagen wir einen sehr einfach gehaltenen Vergleich, der sich der in Rheinland-Pfalz gewonnen Kennziffern bedient. Bei aller Problematik eines sehr einfachen Vergleiches nehmen wir analog zur Studie des Forschungsprojektes Hochschule und Region (Spehl, Feser, Schulze et. al. 2005) in Rheinland-Pfalz die dort für Rheinland-Pfalz ermittelte Bruttowertschöpfungsquote über alle Sektoren und Wirkungsrunden hinweg von 42 % auch für das Saarland an.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Der regionenspezifische Multiplikatoreffekt liegt im Mittel der Regionen bei 1,37, für das gesamte Rheinland-Pfalz jedoch bei 1,63.

Unter Addition der Bruttowertschöpfung der Beschäftigten von UdS und der drei größten An-Instituten ergäbe dies als erste, durchaus mit Unsicherheit behaftete Schätzung, eine Bruttowertschöpfung von rd. 165 Mio. durch Umsatzeffekte plus Effekte in Höhe von rd. 120 Mio. durch direkte Einkommenseffekte der Mitarbeiter (110 Mio. Effekte durch Mitarbeiter der UdS sowie 13,2 Mio. Effekte durch Mitarbeiter der An-Institute im Saarland), also einen Gesamtwert von rd. 298 Mio. bei einem Multiplikatoreffekt von 1,37. Bei Annahme eines Multiplikatoreffektes von 1,63 ergäbe sich eine Bruttowertschöpfung von rd. 346 Mio.

Auf dieser Basis geschätzt, betrüge die Bruttowertschöpfung pro eingesetztem Euro für das Saarland rd. 1,6 Euro bei einem Multiplikatoreffekt von 1,37 und 1,8 Euro bei einem Multiplikatoreffekt von 1,63. Bedenkt man dabei, dass nur die drei größten An-Institute berücksichtigt werden konnten, ergibt sich eine hohe Vergleichbarkeit mit den für Rheinland-Pfalz ermittelten Effekten. Für Rheinland-Pfalz ergäbe sich rechnerisch im Vergleich von Umsatzeffekten der Hochschulen zu eingesetzten Landesmitteln (898 Mio. Euro Umsatzeffekte zu 567 Mio. Landesmitteln, Multiplikatoreffekt für das gesamte Rheinland-Pfalz: 1,63) ebenfalls ein Wert von rd. 1,6 Euro für jeden eingesetzten Euro (ebd.: 16 f.). Die Relation würde sich für Rheinland-Pfalz bei einem angesetzten Multiplikatoreffekt von 1,37 auf 1 Euro zu rd. 1,5 Euro<sup>15</sup> verändern.<sup>16</sup> Die berichteten Berliner Effekte liegen mit 2 Euro Wertschöpfung pro eingesetzten Euro höher und etwas näher an den Werten für die UdS (vgl. Pavel 2013).

---

15 988 Mio. Umsatzeffekte in Rheinland-Pfalz durch die Hochschulen mal einen Multiplikatoreffekt von 1,37 ergibt rd. 1354 Mio. und daraus resultierend 568 Mio. Bruttowertschöpfung aus Umsätzen plus 273 Mio. aus Einkommenseffekten, also zusammen 841 Mio. Diesen 841 Mio. stehen Landesmittel in Höhe von 567 Mio. gegenüber. Dies ergibt eine Relation von 1 verausgabten Euro zu rd. 1,5 Euro Wertschöpfung (vgl. Forschungsprojekt Hochschule und Region (Spehl, Feser, Schulze et. al. 2005: 4 -8, 8-10).

16 Folgt man dem Forschungsprojekt Hochschule und Region (Spehl, Feser, Schulze et. al. 2005: 16), dann scheinen in Rheinland-Pfalz diejenigen Standorte besonders gut abzuschneiden und einen höheren Multiplikatoreffekt zu erreichen, „die im Vergleich zum Mitteleinsatz über hohe Studierendenzahlen verfügen. Dies liegt daran, dass durch die Ausgaben der Studierenden die größten regionalwirtschaftlichen Effekte hervorgerufen werden. Über hohe Studierendenzahlen verfügen insbesondere wirtschafts- und geisteswissenschaftlich geprägte Hochschulen, die zudem geringere Kosten pro Studienplatz aufweisen (z.B. aufgrund des geringeren Bedarfs an speziellen technischen Geräten, Labors etc.) Aus den günstigen Kennwerten dieser Hochschulregionen eine regionalpolitisch motivierte Förderung „billiger“ Studiengänge abzuleiten, wäre aber völlig verfehlt.“

Im Vergleich zu Rheinland-Pfalz muss man anmerken, dass die Fachhochschulen, die wesentlich geringere Umsatzeffekte aufweisen, in die Berechnungen mit eingingen. Bei Berücksichtigung der HTW würde sich der saarländische Wert auch reduzieren.<sup>17</sup>

## 5 Zusammenfassung

Bezogen auf die Finanzkennziffern lässt sich aufgrund der Ergebnisse keineswegs ein finanzielles Einsparpotential im regionalen Vergleich für das Saarland ableiten, auch wenn dies im Koalitionsprogramm unter Bezug auf die demographische Entwicklung und die Schuldenbremse betont wird. Insbesondere gegenüber den nächstgelegenen Räumen in Rheinland-Pfalz verliert der Hochschulstandort Saar kontinuierlich an Bedeutung, was insofern besonders problematisch ist, als der angrenzende Regionalraum der Westpfalz auch zu den studentischen Rekrutierungsgebieten der UdS zählt. Insofern erhält die in den qualitativen Interviews mit führenden Wirtschaftsvertretern getätigte Aussage, in der die Existenzberechtigung des Saarlandes mit derjenigen der UdS verknüpft wird, eine besondere Bedeutung (vgl. Kapitel VI).

Weitere Einsparungen des Saarlandes gegenüber der UdS werden bei gleichbleibenden oder sogar steigenden Studentenzahlen nur durch weitere Personalreduzierungen zu erbringen sein, was mittelfristig sicher nach einem möglichen zeitlich befristeten Überkompensationseffekt durch erhöhte Anstrengungen vorhandenen Personals zu Problemen auf der Ebene des wissenschaftlichen Personals führen wird. Im nationalen wie internationalen Wettbewerb wird das wissenschaftliche Personal intensiv (und zunehmend intensiver) an seinen Forschungs- und Publikationsleistungen gemessen, muss aber an der UdS noch mehr Anteile seines Zeitbudgets für nicht oder nur sehr schwach bei Bewerbungsverfahren goutierte Verwaltungs- und Lehraufgaben einsetzen (zu zeitlich befristeten Überkompensationseffekten angesichts steigender Belastungen durch zusätzliche Verwaltungsleistungen, Rankings usw. vgl. Emrich & Pierdzioch 2011).

---

17 In der Studie von Spehl u.a. 2005 sind nur die direkten Effekte getrennt nach Hochschulen ausgewiesen, was angesichts der Vermengungen der indirekten Effekte sicherlich Sinn macht. Auf dieser Basis kommt man für die TU Kaiserslautern auf einen Anteil von 65 %, für die Universität Trier auf 70 % am Umsatzeffekt. Die FH Trier und die FH Kaiserslautern erzielen vorrangig bedingt durch die Studierenden einen Anteil von knapp 25 % (eigene Berechnungen auf Grundlage der ausgewiesenen Werte). In diese Berechnungen sind aber jeweils die Werte für die Studierendenwerke nicht eingegangen, die vermutlich in deutlich höherem Anteil den Universitäten zuzurechnen sind und dadurch die Werte für die Fachhochschulen noch etwas senken dürften. Bei der Berechnung der Wertschöpfung dürfte sich aufgrund der Zusammensetzung der Posten das Verhältnis nochmals zugunsten der Universitäten verschieben.

Die im Koalitionsprogramm angesprochene Absicht, die Kooperation zwischen HTW und UdS zu intensivieren, dürfte aufgrund der unterschiedlichen Profile, die sich in den Erwartungen von Industrie und Wirtschaft widerspiegeln (vgl. Kapitel VI), erhöhte Transaktionskosten verursachen, die Spezifität der Funktionen verwässern und das grundlegende Problem der finanziellen Ausstattung nicht beseitigen. Sie sollte nur dort intensiviert werden, wo persönlich bekannte, vom gegenseitigen Kooperationsertrag überzeugte Partner freiwillig auf Entscheidungsautonomie zugunsten eines erwarteten höheren Kooperationsertrags verzichten wollen. Kooperation zu „verordnen“ ist kein geeigneter und in seinem finanziellen Ertrag fragwürdiger Weg.

Die ungenügende Konzentration der finanziellen Bemühungen des Saarlandes auf den Faktor Hochschulbildung ist vor allem insofern unverständlich, als Pavel (2013: 1) als Ergebnis seiner Untersuchung der vier Berliner Universitäten folgendes formuliert: „Universitäten leisten einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Mit ihren zahlreichen Aktivitäten in Forschung und Lehre schaffen sie Wissenskapital, steigern die Innovationskraft der regionalen Wirtschaft und erhöhen die Attraktivität des Standortes. Aufgrund dieser eher langfristig wirkenden Effekte lassen sich staatliche Ausgaben zur Finanzierung von Universitäten als Investitionen verstehen, deren langfristiger Ertrag die kurzfristigen Kosten deutlich übersteigt. Doch auch auf kurze Sicht sind Universitäten ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Mit ihrer regionalen Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften geben sie wichtige Impulse für den regionalen Wirtschaftskreislauf, schaffen Arbeitsplätze und generieren Steuereinnahmen.“

Diese Aussagen lässt sich ohne Einschränkung für die UdS bestätigen, deren ökonomischer Nutzeffekt, wie die errechneten Multiplikatoreffekte für das Saarland zeigen, sehr groß ist, wobei sowohl die direkten lohnsteuerlichen Returns und die Umsatzeffekte der UdS als auch die damit verknüpfte Bruttowertschöpfungsquote einen wichtigen Anteil leistet. Zudem eröffnet dieser Nutzeffekt eine im Hinblick auf den von der Landesregierung selbst angeführten demographischen Wandel und die Schuldenbremse periodenübergreifend für das Saarland enorme Chance. Allerdings wird diese sowohl von Politik als auch von Industrie (noch) nicht erkannt (vgl. Kapitel VI).

Analog zu den in Kapitel II aufgeführten Untersuchungen ist dabei der ökonomische Effekt der Fachhochschulen in der Region sowohl relativ als auch absolut sehr viel niedriger (grobe Schätzungen für Kaiserslautern und Trier liegen bei etwa einem Fünftel<sup>18</sup>) und legitimiert auch aus dieser Sicht die Differenz in den Landesmitteln.

Nicht nur, dass die Bruttowertschöpfung für die UdS erheblich über den eingesetzten Landesmitteln liegt (tatsächlich liegen die Daten nahe an dem von Pavel (2013) berechneten 2 Euro, die das Land für jeden eingesetzten Euro erhält), hinzu kommt auch die Gefahr, dass die seitens der Landesregierung wiederholt kommunizierten Einsparungsnotwendigkeiten die Attraktivität der UdS senken und in einen pfadabhängigen, höchst eigendynamischen Prozess münden. Dadurch würden sich dann tatsächlich weniger Studenten in Erwartung künftiger Angebotseinschränkungen für ein Studium an der UdS entscheiden als bisher. Die Attraktivität der UdS für die Anwerbung hochqualifizierte Forscher würde sinken (was wiederum nur mit erhöhtem Mittelleinsatz zu kompensieren wäre), bei gleichzeitig drohendem erhöhtem Risiko der Abwanderung hochqualifizierter an der UdS tätiger Professoren, die die Existenz ihrer Fächer und/oder ihrer Forschungsmöglichkeiten bedroht sehen, was abermals die Attraktivität der UdS senken würde usw., ein Teufelskreis. In der Folge sinken zwangsläufig Studentenzahlen, Forschungsleistungen und Reputation, was wiederum dem Land die Legitimation liefert, noch mehr zu sparen. Dies erinnert an die Strategien im öffentlichen Personennahverkehr. Auf steigende Preise folgte häufig eine überproportional zurückgehende Nachfrage overshooting, dann ein reduzierter Service und daraufhin nochmals ein Nachfragerückgang und somit der Verlust von Kunden. Eher bewährt hat sich die Strategie der Preissenkung durch Subventionierung bei gutem Service und folgender stärkerer Auslastung und damit künftig besseren Investitionsmöglichkeiten, dann wiederum nochmals verbessertem Service und nochmaliger Nachfragesteigerung bei schrittweisem Anpassen der Preise.

---

18 In der Studie von Spehl u.a. 2005 sind nur die direkten Effekte getrennt nach Hochschulen ausgewiesen, was angesichts der Vermengungen der indirekten Effekte sicherlich Sinn macht. Auf dieser Basis kommt man für die TU Kaiserslautern auf einen Anteil von 65 %, für die Universität Trier auf 70 % am Umsatzeffekt. Die FH Trier und die FH Kaiserslautern erzielen vorrangig bedingt durch die Studierenden einen Anteil von knapp 25 % (eigene Berechnungen auf Grundlage der ausgewiesenen Werte). In diese Berechnungen sind aber jeweils die Werte für die Studierendenwerke nicht eingegangen, die vermutlich in deutlich höherem Anteil den Universitäten zuzurechnen sind und dadurch die Werte für die Fachhochschulen noch etwas senken dürften. Bei der Berechnung der Wertschöpfung dürfte sich aufgrund der Zusammensetzung der Posten das Verhältnis nochmals zugunsten der Universitäten verschieben.



Dies berücksichtigend wäre ein antizyklisches Verhalten des Saarlandes in der Finanzierung der UdS notwendig und periodenübergreifend unter sonst gleichen Bedingungen funktional für künftigen materiellen und immateriellen Nutzen der UdS für das Saarland. Es ist der Landespolitik zu wünschen, dass sie in ihren finanziellen Entscheidungen, die die UdS betreffen, die Perspektive des rational seine Wiederwahlchancen im Zyklus der Wahlen bedenkenden Landespolitikers eintauschen gegen die des mittel- und langfristig denkenden Unternehmers, der um die ökonomischen Effekte der UdS für die Region und um die wachstumsfördernden Impulse von Wissensproduktion und nachfolgender wirtschaftlicher Verwertung weiß. Ironischerweise könnte es sogar sein, dass die erheblichen Investitionen des Saarlandes in die frühkindliche Bildung und die Schulbildung für eine kleiner werdende Zahl von Kindern dann Früchte tragen, wenn die UdS in ihrer Attraktivität soweit durch Einsparungen reduziert sein wird, dass die nun gut für ein Studium vorbereiteten Landeskinder vermehrt das Saarland verlassen müssen, um ihr gewünschtes Studium an anderen Orten aufzunehmen. Angesichts des besonderen Antriebs anlässlich der Gründung der UdS, „einen bis dahin lange existierenden „weißen Fleck“ in der Bildungslandschaft des Saarlandes zu schließen“ und zugleich einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten, „das Land „aus seinem bisherigen Dasein als kulturelle Wüste“ herauszuführen (so der damalige Kultusminister Emil Straus, zit. in: Arbeitskammer des Saarlandes, Hochschulen im Saarland – lebensnotwendig und unbezahlbar!?, [http://www.arbeitskammer.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/Jahresberichte/kapitel-1-hochschulbildung.pdf](http://www.arbeitskammer.de/fileadmin/user_upload/pdf/Jahresberichte/kapitel-1-hochschulbildung.pdf)), scheint die UdS heute so selbstverständlich für das Saarland, dass man sich der mit den finanziellen Kürzungen des Landes verbundenen Gefahren nicht bewusst ist.

## Literatur

- Arbeitskammer des Saarlandes (2011). Hochschulen im Saarland – lebensnotwendig und unbezahlbar!? Online verfügbar unter: [http://www.arbeitskammer.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/Jahresberichte/kapitel-1-hochschulbildung.pdf](http://www.arbeitskammer.de/fileadmin/user_upload/pdf/Jahresberichte/kapitel-1-hochschulbildung.pdf), Zugriff am 20.08.2013.
- Brenke, K. Ingenieure in Deutschland. Keine Knappheit abzusehen. DIW Wochenbericht Nr. 11/2012.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2010). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch H-I-S Hochschulinformationssystem. Bonn und Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.studentenwerke.de/se/2010/Hauptbericht-19SE.pdf>, Zugriff am 23.08.2013
- CDU Saar: Unser Saarland von morgen, Regierungsprogramm 2012-2017. Online verfügbar unter: <http://www.cdu-saar.de/media/downloads/244501.pdf>, Zugriff am 20.08.2013.
- Deutsches Studentenwerk (2013). 20. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks. Online verfügbar unter: <http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=02401>, Zugriff am 24.08.2013.
- Forschungsgruppe Hochschule und Region (Spehl, H.; Feser, H.-D.; Schulze P. M. u.a.) (2005), Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch Bau und Betrieb der Einrichtungen. Kurzfassung online verfügbar unter: [http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwjk/service/publikationen/wissenschaft\\_und\\_hochschule/regionalwirtschaftliche\\_wirkung\\_HS\\_kurz.pdf](http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwjk/service/publikationen/wissenschaft_und_hochschule/regionalwirtschaftliche_wirkung_HS_kurz.pdf), Zugriff am 22.08.2013.
- Klär, E. & Slacalek, J (2006). Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. In DIW Wochenbericht Nr. 40/2006 vom 5. Oktober 2006. Online verfügbar unter [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.44729.de/06-40-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.44729.de/06-40-1.pdf), Zugriff am 19.08.2013.
- Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode im Saarland von 201 bis 2017. Online in der Unterschriftsversion verfügbar unter: <http://www.spd-saar.de/index.php?id=10407>, Zugriff am 20.08.2013.
- La Rock, J. D. (2012). Higher Education: A good long-term investment? <http://oecdeducationtoday.blogspot.de/2012/06/higher-education-good-long-term.html>

- Pavel, F. (2013): Berliner Universitäten als Wirtschaftsfaktor. Die regional-ökonomischen Effekte der Berliner Universitäten, Berlin: DIW Econ.
- PWC (2011). Analyseergebnisse aus der Haushaltsstrukturkommission des Saarlandes. Konsolidierungspotentiale im Ländervergleich, Saarbrücken: PWC.
- Statista (2013). (Statistisches Bundesamt). Online verfügbar unter <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2699/umfrage/entwicklung-der-sparquote-privater-haushalte-seit-1991/>; Zugriff am 19.08.2013.
- Statistisches Bundesamt (2012). Bildungsfinanzbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.. Wiesbaden.
- Zika, G.; Helmrich, R.; Kalinowski, M.; Wolter, M. I.; Hummel, M.; Maier, T.; Hänisch, C. & Drosdowski, T. (2012). Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030. In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial, IAB-Kurzbericht 18/2012.

**Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer**

## **V. Die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation saarländischer Studierender: Bildungsinvestitionen und Konsumverhalten der Studierenden.**

### **1 Einleitung und theoretischer Rahmen**

Studentische Entscheidungen für die Aufnahme eines Studiums und seine Finanzierung kann man einbetten in die ökonomischen Überlegungen zum Lebenszyklusmodell, das die Forschung zu intertemporalen Allokationsentscheidungen entscheidend geprägt hat. Entscheidungen im Bereich des Konsum- und Sparverhaltens allgemein, solche zur Entwicklung bildungs- und berufsbezogenen Humankapitals, also letztlich sämtlich Bildungs- und Ausbildungsinvestition werden jeweils unter unterschiedlicher Einbeziehung von Unsicherheit in spezifischen Modellen formalisiert. Genau solche Entscheidungen liegen den später in diesem Kapitel aggregiert betrachteten Befunden zugrunde.

Allerdings existiert bis heuet noch kein Konsens unter Ökonomen, wie das Konsum- und Sparverhalten eines Privathaushalts, also des einzelnen Studenten, am besten zu modellieren sei. Nach wie vor beansprucht die Aussage von Smyth (1993: 42) Gültigkeit: „Saving is a fascinating concept. Households save, businesses save, governments save, and nations save. Everyone does it, and almost everybody has an opinion about it. Some opinions agree; others disagree. Consensus exists alongside controversy, harmony stands beside tension, and questions provoke answers that prompt new questions. Truly, the concept has vibrancy, and that vibrancy makes it fascinating.“ Tatsächlich konkurrieren als Erklärungen für Sparverhalten verschiedene Ansätze, genannt seien nur die Zinshöhe als Anreiz für das Sparen und die These von Keynes (1936) mit seiner absoluten Einkommenshypothese mit dem Einkommen als primärer Bestimmungsvariable des Sparverhaltens (vgl. Paraskewopoulos 1995; vgl. aktuell aus soziologischer Sicht Wilke 2010). Friedman (1957) hält den angenommen Zusammenhang von Einkommen und Sparen im Längsschnitt für nicht haltbar und entwickelt die permanente Einkommenshypothese, die annimmt, dass die aktuelle Konsumententscheidung (und damit auch Sparentscheidung) nicht vom laufenden Einkommen, sondern von einem über

einen längeren Zeitraum hinweg erwarteten Einkommen abhängen (zur Kritik an der permanenten Einkommensthese vgl. Mayer 1972).<sup>1</sup>

Diese permanente Einkommensthese motiviert Modigliani und Brumberg (1954) und Ando und Modigliani (1963) zur Lebenszyklusthese, die bis heute ein wichtiger theoretischer Ansatz für mikro- und makroökonomische Modellierungen darstellt. Die permanente Einkommensthese und die Lebenszyklusthese unterscheiden sich in ihrem Zeitbezug. Während die permanente Einkommenshypothese von Friedman von einem quasi unendlichen Zeithorizont ausgeht, teilt die Lebenszyklusthese die Lebenszeit in drei Abschnitte – „Verschuldung, Tilgung/Sparen und Entsparen“ (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2010, 16). Die im Ideal völlig gleichmäßigen Konsumausgaben ergeben Spar- und Entsparevorgänge, wodurch es nach der strengen Lebenszyklustheorie zu einer Kreditaufnahme am Lebensanfang, darauf folgend zu einer langen Phase der Ersparnis und mit Eintritt in die Rente zu einem Entsparen kommt (Börsch-Suspan & Essig, 2002). Demgemäß verteilen die Individuen ihren durch ihre Budgetrestriktion begrenzten Konsum so, dass die Summe der mit der konstanten Zeitpräferenz diskontierten Periodennutzen (=Lebensnutzen) maximiert wird (Normann & Langer, 2001).

Ungeachtet aktueller Debatten um die Lebenszyklusthese (zum Verhältnis von Sparen und Konsum Browning & Crossley 2001; vgl. Gournichas & Parker, 2002), in der vor allem die Bedeutung der Unsicherheit im Entscheidungskontext eine Rolle spielen (vgl. z.B. Wilke 2010: 18), kann formal die Maximierung des erwarteten Lebensnutzens wie folgt beschrieben werden (Normann & Langer, 2001, 4)<sup>2</sup>:

$$\max_{C_{t+j}} E_t \left[ \sum_{j=0}^{T-t} \left( \frac{1}{1+\rho} \right)^j U(C_{t+j}) \right]$$

E=erwartete Lebensnutzen; U=Periodennutzen; C=Konsum;  $\rho$ =konstante Zeitpräferenzrate; t=beliebige Periode; j=Anzahl Jahre; T=endlicher Zeithorizont

Das Lebenszyklusmodell eröffnet ein wichtiges zweites Theoriefeld, nämlich dass der Humankapitaltheorie, als dessen Hauptvertreter bis heute Becker,

- 
- 1 Eisner zeigt 1958 eine positive Korrelation zwischen aktuellem Einkommen und dem Konsum, sieht darin aber keinen grundsätzlichen Widerspruch zur These Friedmans, zumal die vorliegende Korrelation geringer sei als jene mit dem permanenten Einkommen. Vielmehr wird angenommen, dass die positive Korrelation zwischen aktuellem Einkommen und Konsum damit zu erklären ist, dass bei den Sparern das vorübergehende Einkommen kurzfristig das permanente Einkommen übersteigt (Modigliani & Brumberg, 1954).
  - 2 Zum sogenannten Puffersparen (buffer-stock theory of savings) siehe u.a. Carroll, 1992; Carroll, 1997; Carroll & Samwick, 1998; Jappelli/Pistaferri/Padula 2008).

Schultz und Mincer gelten und das heute eine Vielzahl an Fragestellungen umfasst, so auch die nach der Spezifität des Humankapitals oder der Rentabilität von Bildung, die bei unseren nachfolgenden Überlegungen im Vordergrund steht (Rissiek, 1998; zur Berechnung des Humankapitals in Deutschland vgl. Henke 2005). Die Humankapitaltheorie geht davon aus, dass es durch die Investition in Humankapital (z.B. durch ein Studium) gewöhnlich in der Phase des Verschuldens (man denke an Bafögekredite oder Kredite zur Zahlung von Studiengebühren) im späteren Zeitverlauf zu einer tatsächlichen, lebenszykluswirksamen Produktivitätssteigerung kommt, die sich durch ein im Verhältnis höheres Einkommen zeigt, die dann in der verdienten Gesamtsumme über die Lebensjahre hinweg zu einer höheren Entlohnung führt (Becker, 1993; zu Renditen von Humankapital vgl. Psacharopoulos & Patrinos 2004; zu Bildungsrenditen als Zielgrößen für das Hochschulmanagement vgl. Spraul 2006).

Gegen diesen angenommenen Zusammenhang werden vor allem zwei Kritikpunkte vorgebracht: Die „Ability-Hypothese“ und die sogenannten „sorting hypothesis“, wobei hier nur auf zweiteitere näher eingegangen wird. Während die Ability-Hypothese davon ausgeht, dass es letztlich nur auf Talent und Begabung im Arbeitsmarkt ankommt und davon die Erträge abhängen, geht die sorting-hypothese davon aus, dass die „Bildung“ eines Individuum extern eine hohe Produktivität signalisiert und damit auf die durch Bildung erworbenen, nicht direkt sichtbaren Qualitäten und Kompetenzen hinweist, aber nicht die Produktivität per se steigert (Brown & Sessinos, 2004). Unabhängig davon ob Bildung nun Mittel oder Zweck ist, scheint nach Brown und Sessinos (2004, 59) diese Frage auf individueller Ebene jedoch redundant: „Regardless of whether schooling sorts or augments productivity, it certainly enhances lifetime earnings and, as such, represents a good investment for individual workers. Whether or not schooling is a good investment for society is less clear.“

Damit sind Investitionen in Humankapital in Form von Bildung ihrer Struktur nach grundsätzlich auf die Zukunft gerichtete Investitionen. Dabei stellt die klassische Spezifikation der Humankapitaltheorie für die Determinierung des Lohns nach Mincer (1974) die bis heute meist verwendete Gleichung dar. Formal kann diese wie folgt angeschrieben werden (Barros & Alves, 2003, 219):

$$\log w_i = \alpha + \alpha_1 S_i + \alpha_2 EXP_i + \alpha_3 EXP_i^2 + \varepsilon_i$$

Investitionen in Humankapital erfolgen demnach vor allem durch Schulbildung ( $S_i$ ), worunter Mincer im original schooling versteht, das jedoch hier auf Bildungsjahre allgemein, also auch die Ausbildungszeit beispielsweise an einer Universität erweitert wird (Mincer 1974: 47ff), und weiterhin durch

Erwerbserfahrung (EXP). Eine differenzierende Betrachtung der Erwerbserfahrung teilt dieses in ein allgemeines und ein spezifisches Humankapital, wobei letzteres an die Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb gebunden ist. Für die hier vorliegende Betrachtung studentischer Investitionen in Humankapital, häufig finanziert durch ein Verschulden und/oder durch erheblichen Konsumverzicht, wird die Erwerbserfahrung nur für den Fall der Praktika und für die Jobs relevant (zur Riskanz von Bildungsinvestitionen vgl. Hartog, van Ophem, Bajdechi 2004<sup>3</sup>). Daraus kann aber gleichzeitig abgeleitet werden, dass bei allgemein aufgrund der hohen Studentenzahlen in breitem Maß verfügbaren Schulbildung sowie Berufsbildung bzw. akademischer Qualifikation die in Jobs und/oder in Praktika erworbene Erwerbserfahrung für Studenten eine hohe Bedeutung im Rahmen des Humankapitals als differenzierendes Merkmal erlangen kann (zu Bildungserträgen vgl. Mc Mahon 2004; Hartog & Oosterbeek 2007).

Gleichzeitig dürften Aspekte sozialer Ungleichheit als eine wesentliche Bedingung auf die Struktur bildungsbezogener Entscheidungen von Studenten einwirken. Für die Finanzierung eines Hochschulstudiums und damit die Entscheidung zu einer erheblichen Investition sind sicherlich die finanzielle Unterstützungsbereitschaft der Eltern und damit das Maß der finanziellen Unsicherheit sowie die erwarteten Bildungsrenditen bedeutsam. So zeigt Heine (2012: 87), bezüglich des Einflusses von Kosten auf die Studienentscheidung, dass sich Männer im kostenabhängigen Pro und Contra eher als Frauen für ein Studium unterscheiden. Die antizipierten Kosten spielen bei Frauen eine größere Rolle als bei Männern für ein Pro oder Contra bezogen auf die Aufnahme eines Studiums und der Einfluss der antizipierten Kosten auf die Studienentscheidung bei Studienberechtigten, deren beide Eltern keine Akademiker sind, ist wesentlich höher als bei denjenigen, die mindestens ein akademisches Elternteil aufweisen. Mit starker elterlicher finanzieller Unterstützung rechnen Frauen eher als Männer und Nicht-Akademikerkinder seltener als Akademikerkinder (zur Untersuchung des Einflusses der Bildungsherkunft siehe Kapitel V in diesem Buch).

Wie sich Erwerbserfahrungen nun konkret auf das zukünftige Gehalt der Studierenden auswirken kann an dieser Stelle nicht untersucht werden, da hierzu Längsschnittdaten notwendig wären. Im Folgenden soll jedoch betrachtet werden, in welcher Art und Weise die Studierenden am Arbeitsmarkt durch nebenberufliche Tätigkeiten und Praktika partizipieren und wie sie so in ihre Erwerbserfahrung, also ihr spezifisches Humankapital, investieren. Danach

---

3 Die Riskanz von Bildungsinvestitionen steigt parallel zum Anteil derjenigen, die Bildungspatente erwerben (Fahrstuhleffekt).

soll die wirtschaftliche Lage der Studierenden untersucht werden. Studierende befinden sich nach der Lebenszyklusthese Zeit während ihres Studiums in der Phase der Verschuldung und Investition in ihr Humankapital, das daraus resultierende Finanzverhalten soll dann Thema des dritten Kapitels werden.

## 2 Analyse der Erwerbserfahrungen der Studierenden

In diesem Kapitel sollen die Angaben zur nebenberuflichen Tätigkeit betrachtet werden, anschließend werden die Informationen zur Durchführung von Praktika ausgewertet.

### 2.1 Nebenberufliche Tätigkeit

Insgesamt geht mehr als die Hälfte der befragten Studierenden einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach, etwa 42 % der Studierenden arbeitet nicht neben dem Studium. Immerhin 12 % der Studierenden haben sogar zwei Tätigkeiten und ein geringer Anteil geht sogar drei oder mehr Tätigkeiten nach. Betrachtet man das Studium gewissermaßen als die Haupttätigkeit des Studierenden, dann ähnelt die Entwicklung hin zu einer oder in 12 % der Fälle sogar mehreren Tätigkeiten der Entwicklung im deutschen Arbeitsmarkt allgemein, eine steigende Zahl von Erwerbstätigen geht neben der Haupttätigkeit einer oder mehreren weiteren Nebentätigkeiten nach.

**Tab.1: Anzahl der Tätigkeiten neben dem Studium zum Einkommenserwerb.**

	absolute Häufigkeiten	relative Häufigkeiten
keine Tätigkeit	900	42 %
eine Tätigkeit	923	43 %
zwei Tätigkeiten	257	12 %
drei oder mehr Tätigkeiten	56	3 %
Gesamt	2.136	100 %

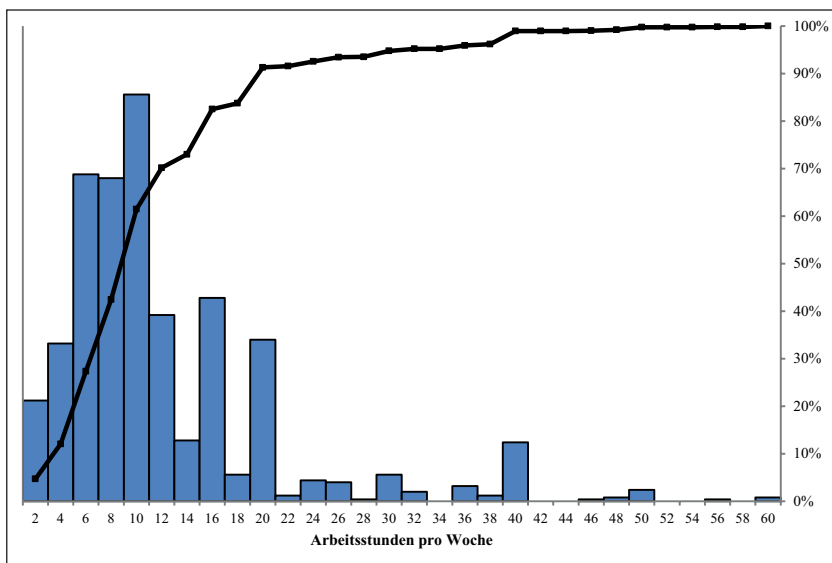
Bei den im Vorfeld der quantitativen Befragung durchgeführten qualitativen Leitfadeninterviews wurden die Studierenden ebenfalls nach ihren nebenberuflichen Tätigkeiten gefragt. Von den zwanzig befragten Studierenden gaben insgesamt sechs an, keinen Job zu haben. Ein Student beschreibt die Situation so: „*Mein Studium erlaubt es mir eigentlich nicht, einen Nebenjob anzunehmen. Weil einfach entweder: Man lernt oder man macht was anderes, man braucht eben die Zeit zum Lernen.*“ Bis auf einen Student handelt es sich bei den Studierenden, die nicht arbeiten, um Studierende, die aus dem Saarland kommen, von denen wiederum der größte Teil noch zu Hause lebt. Dies deckt sich



ebenfalls mit den quantitativen Analysen, rund 44 % der Studierenden die bei ihren Eltern leben, gehen keiner beruflichen Tätigkeit nach. Unter den Studierenden, die eine eigene Wohnung haben, sind es dagegen nur 40 %, die nicht mindestens einen Job haben.

Die weiteren Analysen beziehen sich nur auf die erste genannte Tätigkeit. Im Mittel arbeiten die Studierenden rund zwölf Stunden wöchentlich, wobei sich unter den Studierenden auch einige befinden, die deutlich mehr Stunden arbeiten (siehe Abbildung 1). Die Verteilung der wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden ist insgesamt rechtsschief. 50 % der Befragten arbeiten zwischen sechs und 15 Stunden. Über die Hälfte der Studierenden (57 %) geht dieser Tätigkeit mehrmals pro Woche nach.

**Abb. 1: Histogramm für die geleisteten Arbeitsstunden in der ersten Tätigkeit pro Woche (n=1.126)<sup>4</sup>**



Aus den Auswertungen der qualitativen Interviews ist bekannt, dass die Studierenden häufig nicht regelmäßig arbeiten und sich die Erwerbstätigkeit auf die Vorlesungszeit oder die vorlesungsfreie Zeit konzentriert. Die Regelmäßigkeit, mit der in den einzelnen Zeiten des Studiums gearbeitet wird, wirkt

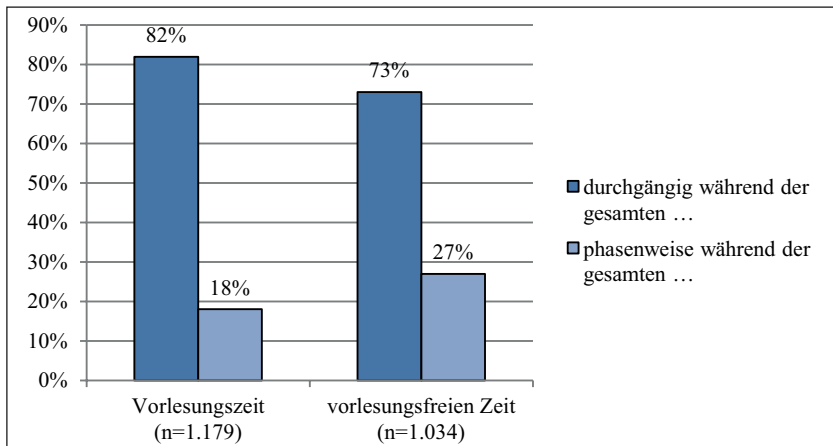
4 Hier werden die Arbeitsstunden durch ein Histogramm dargestellt, die einzelnen Balken geben an, wie viel Prozent der Studierenden pro Woche entsprechend viele Stunden arbeitet. Die schwarze Linie verdeutlicht die kumulierten Prozent.

sich natürlich direkt auf das verdiente Einkommen während dieser Zeiten aus. Studierenden, die lediglich phasenweise arbeiten, haben u. U. ein etwas unsicheres Einkommen, als Studierende die durchgängig, also regelmäßig, einer Tätigkeit nachgehen, aus der sie dann ein stetes, in seiner Höhe durch den von Arbeitnehmer und Arbeitgeber einvernehmlich festzulegenden Arbeitsumfang bestimmtes Einkommen beziehen.

Deshalb wurden die Studierenden im Fragebogen nach der Regelmäßigkeit ihrer Tätigkeit gefragt. Grundsätzlich arbeiten etwas mehr Studierende in der Vorlesungszeit als in der vorlesungsfreien Zeit. 82 % der Studierenden, die in der Vorlesungszeit arbeiten, arbeiten eher durchgängig, phasenweise arbeiten dagegen 18 %. Unter den Studierenden, die während der vorlesungsfreien Zeit erwerbstätig sind, arbeiten etwas mehr Studierende (27 %) phasenweise als in der Vorlesungszeit.

Insgesamt arbeiten etwa zwei Drittel der befragten Studierenden durchgängig sowohl während der Vorlesungszeit als auch der vorlesungsfreien Zeit. Etwa 12 % arbeiten in beiden Zeiträumen nur phasenweise. Weitere 13 % arbeiten durchgängig während der Vorlesungszeit und phasenweise während der vorlesungsfreien Zeit. Lediglich 6 % arbeiten phasenweise während der Vorlesungszeit und durchgängig während der vorlesungsfreien Zeit<sup>5</sup>. D.h. Studierende erzielen ihr regelmäßiges Erwerbseinkommen in erster Linie während der Vorlesungszeit.

**Abb. 2: Regelmäßigkeit, mit der der Erwerbstätigkeit nachgegangen wird.**



5 Ergebnisse sind nicht tabellarisch oder in graphischer Form dargestellt.

Die meisten Studierenden fanden ihre Tätigkeit über das Schreiben einer Initiativbewerbung (31 %), fast genauso viele Studierende bewarben sich auf eine Stellenausschreibung (27 %) oder fanden ihre Tätigkeit über persönliche Kontakte durch Freunde und Bekannte (27 %). Der Anteil der Studierenden, die über ihre Eltern oder die Familie eine nebenberufliche Tätigkeit fanden, ist mit 11 % deutlich geringer.

**Tab. 2: Wege, über die die Tätigkeit gefunden wurde (Mehrfachantworten möglich).**

Wie wurde die Tätigkeit gefunden?	Häufigkeit	% von Antworten	% der Befragten (n=1236)
Initiativbewerbung	380	27 %	31 %
Bewerbung auf Ausschreibung	339	24 %	27 %
Persönliche Kontakte über die Eltern und die Familie	140	10%	11%
Persönliche Kontakte über Freunde und Bekannte	332	24 %	27 %
Sonstiges	185	13 %	15 %
keine Angabe	18	1 %	1 %
Gesamt	1394	100 %	

Den Studierenden ist das Verdienen von Geld bei der Tätigkeit mit großem Abstand vor allen anderen Faktoren am wichtigsten. Als Mittelwert ergibt sich hier auf der elfstufigen Skala von 0 „gar nicht wichtig“ bis 10 „sehr wichtig“ ein Wert von 8,6. „Praxiserfahrungen für die Zukunft sammeln“ und „etwas Neues zu lernen“ werden im Verhältnis dazu etwas weniger hoch, nämlich im Durchschnitt mit 6,7 bewertet (zur Abhängigkeit der Bewertungen von der Bildungslage des Elternhauses s. Kapitel IX). Im Durchschnitt weniger wichtig bewerteten die Studierenden die Faktoren „Erlerntes schnell in der Praxis anzuwenden“ und „Kontakte für das spätere Berufsleben zu knüpfen“. Am unwichtigsten von den sechs Faktoren wurde als Faktor für die Tätigkeit das Finden einer Arbeitsstelle nach dem Studium eingeschätzt<sup>6</sup>. Somit steht für die Studierenden das Geldverdienen bei ihrer beruflichen Tätigkeit im Vordergrund, allerdings wird das Sammlung von Erwerbserfahrung von sehr vielen ebenfalls als wichtig eingestuft.

6 Weitere Analysen zeigen, dass Studierende, die in höheren Semestern studieren, im Durchschnitt höhere Werte vergeben als Studierende in den unteren Semestern, d.h. die eingeschätzte Wichtigkeit, eine Arbeitsstelle zu finden, steigt.

**Tab. 3: Wichtigkeit von Faktoren bei der nebenberuflichen Tätigkeit (Skala von 0 „gar nicht wichtig“ bis 10 „sehr wichtig“)**

	Mittelwert	Standardabweichung	Median	Minimum	Maximum	n
Geld zu verdienen	8,6	2,1	10	0	10	1222
Praxiserfahrung für die Zukunft zu sammeln	6,7	3,2	8	0	10	1217
etwas Neues zu lernen	6,7	2,8	7	0	10	1220
Erlerntes schnell in der Praxis anzuwenden	5,9	3,2	6	0	10	1219
Kontakte für das spätere Berufsleben zu knüpfen	5,8	3,3	6	0	10	1220
eine Arbeitsstelle nach meinem Studium zu finden	4,8	3,6	5	0	10	1215

Mehr als die Hälfte der Studierenden, mit denen qualitative Leitfadeninterviews geführt wurden, gehen neben ihrem Studium einer beruflichen Tätigkeit nach, auch hier steht das Geldverdienen im Vordergrund, auf die Frage was einem Studierenden an einem Job wichtiger ist, das Geld oder der Fachbezug, antwortete dieser: „*Eigentlich das Geld. Also ich hab auch schon oft überlegt, ob ich mal was anderes machen soll.*“ Neben dem Geldverdienen betonen einige Studierende den Zusammenhang des Jobs mit ihrem Studium, so äußerte sich ein Student folgendermaßen über seinen Job: „Ich mache genau, was ich an der Uni studiert habe.“ Ein Studierender, der eine berufliche Tätigkeit ausübt, die inhaltlich nahe an seinem Studienfach liegt, betont die Wichtigkeit, „(...) *dass ich dieses Praktische übe.*“. Die Studierenden sehen in der Ausübung auch einen Vorteil für ihr Studium: „*Dadurch bringt es mich auch für mein Studium weiter.*“ Auch hier zeigt sich, dass die Studierenden in ihren Jobs eine lohnenswerte Investition in die Berufserfahrung sehen und ihre nebenberufliche Tätigkeit zum Teil danach aussuchen. Sie kompensieren dadurch die von den Arbeitgebern wahrgenommenen Praxisdefizite an der Universität, was zumindest verbal in den Interviews von den Unternehmen goutiert wird (vgl. Kapitel VI).

Um mehr über das Verhältnis von beruflicher Tätigkeit, Studium und Freizeit zu erfahren, wurden die Studierenden gebeten, insgesamt sieben Aussagen zu diesem Themengebiet auf einer elfstufigen Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“ einzuschätzen. Das Statement, dem die Studierenden im Durchschnitt am stärksten zustimmten,

ist: „Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich mehr Freizeit“. Den Aussagen, dass sie länger für das Studium bräuchten und schlechtere Noten schreiben würden, wenn sie mehr arbeiten würden, stimmten die Studierenden im Durchschnitt ebenfalls zu, wobei die Zustimmung weniger stark ausfiel, als zu der Aussage, dass sie über mehr Freizeit verfügen würden. Einen Einfluss der beruflichen Tätigkeiten auf ihr Studium in Bezug auf eine durch den Job verursachte Verlängerung oder auf die Noten, konnten die Studierenden eher nicht erkennen. Den Aussagen, dass der Job die höchste Priorität im Leben des Studierenden hat und es durch den Job zu einer Überforderung kommt, stimmten die Studierenden tendenziell überhaupt nicht zu.

**Tab. 4: Einschätzungen zum Verhältnis von beruflicher Tätigkeit, Studium und Freizeit (Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“)**

	Mittelwert	Standardabweichung	Median	Minimum	Maximum	n
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich mehr Freizeit	7,6	3,1	9	0	10	1193
Wenn ich in meinem Job mehr arbeiten würde, bräuchte ich länger für mein Studium	5,9	3,8	7	0	10	1125
Wenn ich in meinem Job mehr arbeiten würde, wären meine Noten schlechter	5,8	3,6	7	0	10	1104
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich bessere Noten	4,3	3,9	3	0	10	1142
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann würde ich schneller studieren	4,0	4,0	3	0	10	1164
Mein Job hat die höchste Priorität in meinem Leben	1,5	2,3	0	0	10	1200
Mein Job überfordert mich	1,5	2,4	0	0	10	1198

Insgesamt bedeutet das, dass die Zeit, die die Studierenden für ihre berufliche Tätigkeit aufwenden, in erster Linie zulasten der Freizeit geht und sich eher nicht oder nur wenig auf das Studium auswirkt. Dies ist vermutlich durch die hohe Flexibilität der Beschäftigungsverhältnisse bedingt und deckt sich mit den Interessen der Arbeitgeber (vgl. Kapitel VI). Eine Ausweitung der Tätigkeit würde aus Sicht der Studierenden jedoch tendenziell zu einer Verlängerung des Studiums und einer Verschlechterung der Noten führen. D.h. die Studierenden sehen die Zeit ihres Studiums in erster Linie als Zeit zur Investition in ihre Ausbildung – ihre Bildungsjahre – und die Investition in Erwerbserfahrung

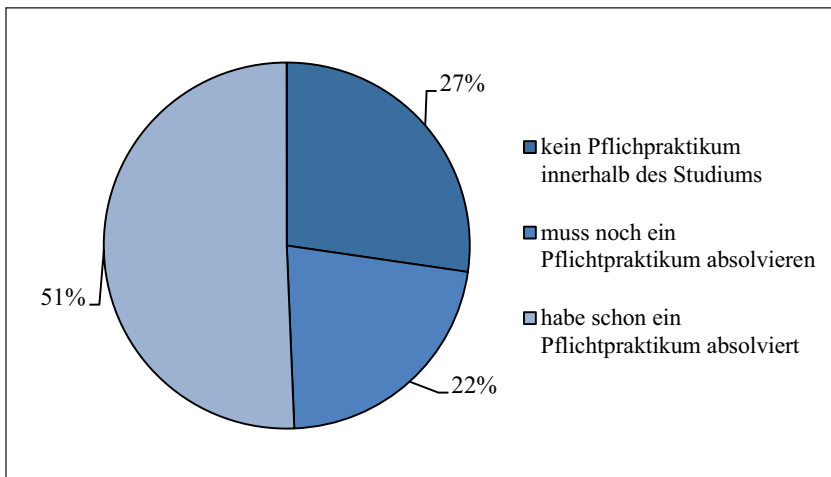
ist wichtig, aber insgesamt zweitrangig. Dies gilt natürlich nur dann, wenn die Erwerbstätigkeit nicht zur Sicherung des Studiums und des Lebensunterhalts unabdingbar ist.

## 2.2 Praktika

Das Pflichtpraktikum gehört in vielen Studiengängen heute dazu (siehe hierzu beispielsweise Krawietz et al. 2006). Von den befragten Studierenden gaben 51 % an, dass sie bereits ein Pflichtpraktikum absolviert haben und etwa ein Viertel der Befragten muss ein solches Praktikum noch durchführen, für die anderen Studierenden ist kein Pflichtpraktikum vorgesehen. Das von den Arbeitgebern der Region tradierte Bild praxisferner Universitätsabsolventen, die „niemals einen Betrieb von Ihnen gesehen haben“ und in ihrem Studium im Unterschied zu den Studierenden der HTW oder ASW keine Praktika machen müssen, stimmt also nicht mit der Realität überein (vgl. Kapitel VI).

Die Bedeutung des Praktikums für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Beendigung des Studiums wurde beispielsweise von Stock (2006: 27) für den arbeits- und organisationspsychologischen Arbeitsmarkt aufgezeigt. So zählten „Praktika bei renommierten Unternehmen“ zu einem der wichtigsten Kriterien bei der Bewertung der Bewerbungsunterlagen, dies war vor allem für DAX 30-Unternehmen und NDAX-Unternehmen im Vergleich zu Verwaltungen von besonderer Bedeutung.

**Abb. 3: Anteil zur Frage nach der Absolvierung eines Pflichtpraktikums im Studium (n=2.110).**



Die Studierenden erwarten von einem Praktikum u.a. den Erwerb von Schlüsselkompetenzen (Krawietz et. al. 2006: 2). Die Frage, ob sich durch das Praktikum ihre Schlüsselkompetenzen verbessert haben, wurde von rund 54 % der Befragten bejaht, diese wiederum wurden gebeten die Schlüsselkompetenzen, die sich in einem besonderen Maße verbessert haben, zu benennen. Diese offenen Angaben wurden nach dem europäischen Referenzrahmen (Generaldirektion Bildung und Kultur 2006) kodiert, welcher insgesamt acht Kompetenzen unterscheidet: 1. Muttersprachliche Kompetenz, 2. Fremdsprachliche Kompetenz, 3. Mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz, 4. Computerkompetenz, 5. Lernkompetenz, 6. Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz, 7. Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz und 8. Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit<sup>7</sup>. Schlüsselkompetenzen umfassen also in erster Linie allgemeine und keine berufsbezogenen Kompetenzen. Bei der Auswertung der offenen Antworten zeigte sich jedoch, dass ein sehr großer Anteil der Studierenden keine Schlüsselkompetenzen nach dem europäischen Referenzrahmen nannten, sondern vor allem Kompetenz aufzählten, die sich als berufsbezogene Kompetenzen einordnen lassen, daher wurde diese als zusätzliche Kategorie aufgenommen.

---

7 Zur besseren Verständlichkeit der einzelnen Kompetenzen, hier jeweils die Kurz-Definitionen aus dem europäischen Referenzrahmen: „Muttersprachliche Kompetenz ist die Fähigkeit, Konzepte, Gedanken, Gefühle, Tatsachen und Meinungen sowohl mündlich als auch schriftlich ausdrücken und interpretieren zu können“; Fremdsprachliche Kompetenz: „Die fremdsprachliche Kompetenz erfordert im Wesentlichen dieselben Kompetenzen wie die muttersprachliche Kompetenz.“; „Mathematische Kompetenz ist die Fähigkeit, mathematisches Denken zu entwickeln und anzuwenden, um Probleme in Alltagssituationen zu lösen.“; „Computerkompetenz umfasst die sichere und kritische Anwendung der Technologien der Informationsgesellschaft (TIG) für Arbeit, Freizeit und Kommunikation“; „Lernkompetenz — „Lernen lernen“ — ist die Fähigkeit, einen Lernprozess zu beginnen und weiterzuführen und sein eigenes Lernen, auch durch effizientes Zeit- und Informationsmanagement, sowohl alleine als auch in der Gruppe, zu organisieren.“; Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz „Diese Kompetenzen umfassen personelle, interpersonelle sowie interkulturelle Kompetenzen und betreffen alle Formen von Verhalten, die es Personen ermöglichen, in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben, insbesondere in zunehmend heterogenen Gesellschaften, und gegebenenfalls Konflikte zu lösen.“; „Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz ist die Fähigkeit des Einzelnen, Ideen in die Tat umzusetzen.“ und „Anerkennung der Bedeutung des künstlerischen Ausdrucks von Ideen, Erfahrungen und Gefühlen durch verschiedene Medien, wie Musik, darstellende Künste, Literatur und visuelle Künste.“ (Generaldirektion Bildung und Kultur 2006)

**Tab. 5: Kategorisierung der offenen Antworten auf die Frage, welche Schlüsselkompetenzen sich besonders verbessert haben (n=495).**

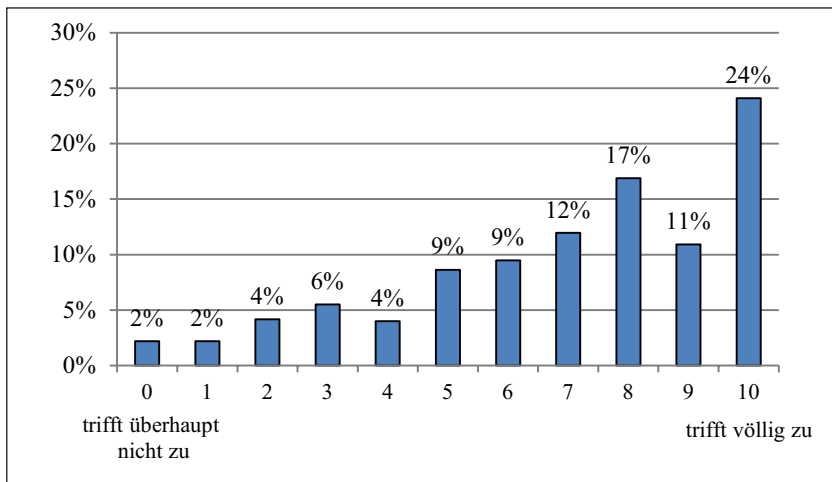
	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
1. Muttersprachliche Kompetenz	15	3%
2. Fremdsprachliche Kompetenz	12	2%
3. Mathematische und grundlegende naturwiss.- technische Kompetenz	1	0%
4. Computerkompetenz	18	4%
5. Lernkompetenz	0	0%
6. Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz	131	26%
7. Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz	31	6%
8. Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit	4	1%
Berufliche Fertigkeiten	269	54%
Sonstiges	14	3%
Total	481	100%

Sowohl die muttersprachliche als auch die fremdsprachliche Kompetenz sind augenscheinlich Kompetenzen, die sich bei den Studierenden nur bei wenigen während ihres Pflichtpraktikums vorrangig verbessert haben, dies gilt ebenfalls für die Verbesserung der Computerkompetenz. Antworten, die sich der mathematischen und grundlegenden naturwissenschaftlichen-technischen Kompetenz, der Lernkompetenz oder die sich dem Kulturbewusstsein und der kulturellen Ausdrucksfähigkeit zuordnen lassen, wurden nahezu nie genannt. Immerhin 6 % der Studierenden, bei denen aus ihrer Sicht eine Verbesserung eintrat, nannten Kompetenzen, die unter „Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz“ einzuordnen sind. Die am häufigsten genannte Kompetenz umfasst die von der Extension her ungeheuer weite „personelle, interpersonelle sowie interkulturelle Kompetenzen und betreffen alle Formen von Verhalten, die es Personen ermöglichen, in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben (...)“ (Generaldirektion Bildung und Kultur 2006: 9), wobei sich die Frage stellt, was eigentlich nicht dazugehört. Etwas mehr als die Hälfte der Studierenden (54 %) gaben in ihren Antworten Kompetenzen an, die den beruflichen Fertigkeiten zuzuordnen



sind<sup>8</sup>. Die Studierenden erhalten durch ihr Praktikum also vor allem einen Einblick in einen möglichen zukünftigen Beruf. Eine Studentin formulierte ihre Erwartung zum Kennenlernen eines Berufsfeld folgendermaßen: „Wenn man ein Praktikum macht, bekommt man eher einen Einblick was da wirklich passiert, als wenn ich da nur an der Uni lerne. Da weiß ich nicht, wie es später wirklich aussehen wird.“

**Abb. 4: Adäquater Praxisbezug im Praktikum (n=1.054).**



Insgesamt beurteilen die Studierenden den Praxisbezug in ihrem Praktikum als adäquat. Fast ein Viertel der befragten Studierenden gab den Wert 10 auf der Skala an, weitere 11 % bzw. 17 % bewerteten die Adäquatheit des Praxisbezug mit 9 und 8. Im Durchschnitt vergaben die Studierenden den Wert 7 auf der elfstufigen Skala. Lediglich 18 % der Befragten vergaben Werte unter dem Skalenwert 5.

Das Praktikum ist demnach neben der Ausübung einer nebenberuflichen Tätigkeit eine Möglichkeit zur Sammlung von Berufserfahrung, die von den Arbeitgebern auch honoriert wird. Für die Studierenden steht hier nicht der Erwerb von allgemeinen Schlüsselqualifikationen im Vordergrund, sondern der Erwerb und die Erprobung berufsbezogener Fertigkeiten. Dazu kommt die Reduzierung antizipierter Unwägbarkeiten und Unsicherheiten beim künftigen Übertritt in das Berufsleben.

8 Daraus lässt sich schließen, dass ein sehr großer Anteil der Studierenden nicht genau weiß, was unter dem Schlagwort Schlüsselkompetenzen zu verstehen ist.

### 3 Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden

Es folgt eine genauere Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden durch detaillierte Auswertungen zu den Einnahmen und Ausgaben. Welche Faktoren einen Einfluss darauf haben und wie ein Student mit seinen beschränkten Einnahmen zurechtkommt, ist Thema des Abschnitts 3.3. Zunächst wird jedoch kurz die Operationalisierung der Einnahmen und Ausgaben der Studierenden vorgestellt.

#### 3.1 Operationalisierung der Einnahmen und Ausgaben und die Gewichtung

Die Studierenden wurden gebeten, innerhalb des Fragebogens Angaben über die Zusammensetzung ihres Einkommens und über die unterschiedliche Höhe ihrer Ausgaben zu machen. So wurden die Studierenden beispielweise gefragt, wie viel BAföG sie erhalten, wie viel Geld sie durch ihre Eltern oder von Dritten bekommen und wie viel Geld sie selbst durch nebenberufliche Tätigkeiten erwirtschaften, etc.<sup>9</sup>. Bei den Ausgaben wurden die Studierenden nach der Höhe der Ausgaben für Miete, Essen, Gesundheit, Mobilitätskosten, etc.<sup>10</sup> gefragt.

Studierende, deren Angaben zum monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen und zu ihren monatlichen Ausgaben zu stark voneinander abwichen, wurden von der Berechnung der mittleren Einkommens- und Ausgabenwerte ausgeschlossen. Als Ausschlusskriterium wurde eine Übersteigerung von 30 % festgesetzt, d.h. wenn die Summe der Ausgaben die Summe der Einnahmen um 30 % überstieg, wurden diese Beobachtungen von den Analysen zur Untersuchung der Ein- und Ausgaben nicht berücksichtigt.

---

9 Die Einzelposten, zu denen die Studierenden befragt wurden, waren: BAföG; Unterstützung durch die Eltern; Unterstützung durch Dritte (Großeltern; Verwandte; Partner); 1. Tätigkeit: eigenes Einkommen; 2. Tätigkeit: eigenes Einkommen; alle weiteren Tätigkeiten: eigenes Einkommen; Studienkredit (ohne BAföG); aus Rücklagen (Gespartes); Stipendien; Kredit von einer Bank; geliehenes Geld von Freunden und Familie; Waisenrente; weitere Quellen.

10 Die Einzelposten zu denen die Studierenden befragt wurden waren: Miete und Wohnnebenkosten (Energie, Wasser, etc.); Essen (Lebensmittel einkaufen, Mensa, etc., ohne Essen gehen); Gesundheit, Körperpflege; Ausgaben für Kinderversorgung und -betreuung, ohne Essen; Kommunikation (Internet, Telefon, Handy, Fernsehgebühren); Kleidung; Größere Anschaffungen (Auto, Möbel, Fernseher, CD-Player, etc.); Ausgehen, Freizeit, Kultur, Bildung; Zigaretten; Semesterbeitrag, Studiengebühren; Studienbezogene monatliche Ausgaben (Bücher, Büromaterial, Kopien etc.); Urlaub; Mobilitätskosten für die Freizeit; Mobilitätskosten für den Job; tägliche Fahrt zur Universität (Benzin, Bahn, Bus) ohne Semesterticket; Versicherungen (Krankenversicherung, Auto, sonstige Vorsorgeversicherungen); sonstige Ausgaben; eigene Sparleistungen.

Um mögliche Verzerrungen für die Analysen der Ein- und Ausgaben der Studierenden zu beheben, wurden die einzelnen Angaben der Studierenden gewichtet. Dazu wurde ein sogenanntes Anpassungsgewicht erstellt (Gabler und Ganninger 2010: 144). Durch die Daten der Universität ist bekannt, wie sich die Variablen Geschlecht, Fakultätszugehörigkeit, Semesterzahl und Ort der Hochschulzugangsberechtigung innerhalb der Grundgesamtheit verteilen. Mittels dieser Verteilungsinformationen wurde für jede Person ein individuelles Gewicht erstellt, um die Mittelwerte der Einzelposten zu berechnen.

### 3.2 Einnahmen und Ausgaben von Studierenden

Die detaillierten Angaben zu Einnahmen und Ausgaben wurden auf kollektiver Ebene zur Abbildung der ökonomischen Effekte der Studierenden für das Saarland verwendet. Damit eine Attribution auf das Saarland möglich ist, sind die Studierenden um Angaben gebeten worden, woher und in welcher Höhe ihre Einnahmen stammen (siehe oben) und wofür sie das Geld ausgeben (siehe oben) und auch wo sie dieses Geld aufwenden, d.h. ob sie innerhalb oder außerhalb des Saarlandes Ausgaben tätigen.

Die Einnahmen und Ausgaben der Studierenden der Universität des Saarlandes sind in Abbildung 5<sup>11</sup> zusammengefasst. Saarländische Studierende haben im Schnitt gewichtet berechnet monatlich 785 EUR zur Verfügung. Die Einnahmen der Studierenden kommen aus sehr unterschiedlichen Quellen. Rund 73 % aller Studierender erhalten eine finanzielle Unterstützung von ihren Eltern, diese beträgt für 73 % der Studierenden im Schnitt 317 EUR. Etwa zwei Drittel der Studierenden haben einen Job und verdienen dort im Mittel 441 EUR.

---

11 Kurze Erläuterung von Abb. 5: Studierende haben gewichtet berechnet im Mittel etwa 785 EUR zur Verfügung, diese sind in der Mitte abgebildet, auf der linken Seite befinden sich die Einzelposten der Einnahmen und auf der rechten Seite die Einzelposten der Ausgaben der Studierenden. Insgesamt summieren sich die Einzelposten sowohl auf der Einnahme als auch der Ausgaben-Seite nicht auf 785 EUR auf, das liegt daran, dass nicht alle Studierenden auch Einnahmen aus beispielsweise einem Job oder auch Ausgaben für eine Wohnung haben. Der Mittelwert von 785 EUR wurde über alle Studierenden, die Angaben zu ihren Einnahmen und Ausgaben gemacht haben, errechnet

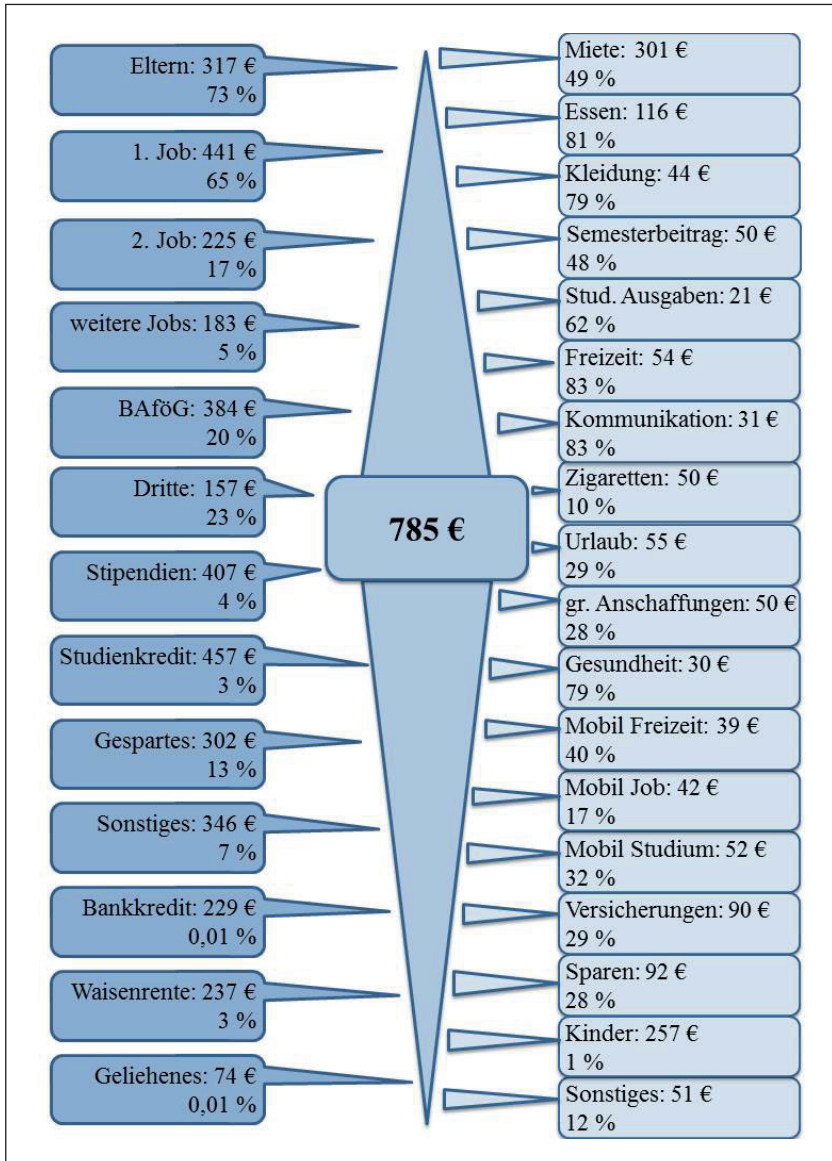
BAföG wird von etwa 20 % der Studierenden bezogen (im Durchschnitt 384 EUR), dies liegt deutlich unter den Bundesdurchschnitt, nach den Daten der 20. Sozialerhebung erhalten 30 % der männlichen und 33 % der weiblichen Studierenden BAföG (Middendorff et al. 2013: 214f)<sup>12</sup>. Nur ein kleiner Anteil an Studierenden bezieht zur Finanzierung ihres Studiums ein Stipendium, sie erhalten im Durchschnitt etwa 407 EUR, der Anteil der Studierenden, die sich u.a. über einen Studienkredit finanzieren, ist ebenfalls gering und liegt bei 3 %. Etwa 13 % der Studierenden leben von ihrem Ersparnissen und finanzieren im Mittel 302 EUR von ihrem Lebensunterhalt damit.

Insgesamt ist festzuhalten, dass private Transferleistungen durch Eltern, Verwandte, Bekannte und aus eigenen Reserven für saarländische Studierende eine wesentlich wichtigere Rolle als öffentliche Transferleistungen durch BAföG oder Stipendien spielen. Eine direkte Kostenbeteiligung des Landes besteht lediglich beim BAföG und diese scheint das Saarland in geringerem Umfang als andere Regionen zu treffen: 2011 erhielten knapp 5.000 der insgesamt 27.000 an saarländischen Hochschulen eingeschriebenen Studierenden (darunter 3.435 Studierende der UdS) eine Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (18 % aller Studierenden gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt von 27 %). Der durchschnittliche Förderbetrag lag im Saarland bei 415 EUR pro Person und damit im Bundesländervergleich am niedrigsten (Bundesdurchschnitt 452 EUR; im Nachbarland Rheinland-Pfalz erhielten die Studierenden fast 30 EUR pro Monat mehr). Zusammen wurden von Bund und Land 2011 knapp 11 Mio. EUR für BAföG-Zahlungen an der UdS aufgewendet (inklusive Darlehen), d.h. für das Saarland blieb hier ein Anteil von etwas unter 4 Mio. EUR (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: 16).

---

12 Diese Zahlen sind jedoch nicht direkt miteinander vergleichbar, da die Sozialerhebung alle Auswertungen für den sogenannten Normalstudierenden erstellt, der beispielsweise nicht mehr zu Hause lebt und auch nur eingeschränkt erwerbstätig ist (Middendorff et al. 2013: 196f). Eine derartige Einschränkung ist für unsere Analysen nicht sinnvoll, da das Augenmerk grundsätzlich auf allen Studierenden der Universität des Saarlandes und nicht auf einer eingeschränkten Gruppe liegt. Im Vergleich zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes unterschätzen unsere Daten leicht die Höhe der BAföG-Zahlungen – für 2011 werden für die UdS durchschnittliche BAföG-Zahlungen in Höhe von 411 EUR ausgewiesen (Statistisches Bundesamt 2012:29).

**Abb. 5: Mittlere Einnahmen und Ausgaben der Studierenden (gewichtete Zahlen) ( $n=1.214$ ).**



Noch vielfältiger als die Einnahmequellen sind die Ausgabeposten verteilt, hier sind insgesamt 18 Gruppen zu unterscheiden. Etwa die Hälfte der Studierenden zahlt Miete, und zwar im Schnitt 301 EUR. Die Studierenden, die Miete bezahlen, sind in erster Linie nicht-saarländische Studierende, da rund 60 % der saarländischen Studierenden noch zu Hause bei den Eltern lebt. Für Nahrungsmittel geben die Studierenden im Schnitt 116 EUR aus. Jeweils rund 80 % der Studierenden investieren in Freizeit, Kleidung und Kommunikation, dort belaufen sich die monatlichen Kosten auf 54 EUR, 44 EUR bzw. 31 EUR. Größere Anschaffungen wie der Erwerb von einem Fernseher, Auto, Möbeln, CD-Player, etc. werden von etwa einem Viertel der Studierenden getätigt, im Schnitt geben die Studierenden dafür etwa 50 EUR im Monat aus. Bei der Erhebung der Daten wurde zwischen drei Arten von Mobilitätskosten unterschieden (abgekürzt mit „Mobil“), zum einen Mobilitätskosten für die Freizeit, diese belaufen sich auf etwa 39 EUR sowie Mobilitätskosten für das Studium und die nebenberufliche Erwerbstätigkeit, dafür geben die Studierenden im Mittel 52 EUR bzw. 42 EUR aus.

**Tab. 6: Durchschnittliche Einnahmen der Studierenden nach der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Vergleich zu den Einnahmen der Studierende der Universität des Saarlandes.**

	2006		2009		2012		
	alte Länder	neue Länder	alte Länder	neue Länder	alte Länder	neue Länder	Studierende der UdS
Mittelwert	788 EUR	685 EUR	832 EUR	722 EUR	881 EUR	778 EUR	785 EUR

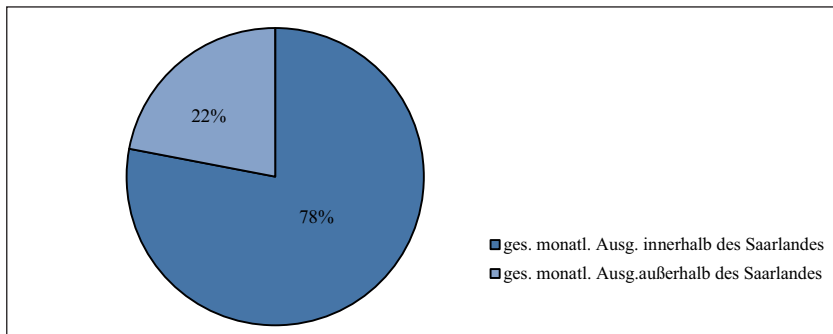
Quelle: Middendorff et al. 2013: 236 und eigene Berechnung

Im Vergleich zu den Studierenden in Gesamtdeutschland steht den Studierenden der UdS im Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als den Studierenden in den alten Bundesländern. Das Saarland lässt sich hier eher mit den neuen Bundesländern vergleichen, wobei einschränkend erwähnt werden muss, dass sich die Berechnung der Sozialerhebung auf die Bezugsgruppe „Normalstudierende“ bezieht<sup>13</sup>, eine solche Differenzierung bzw. Einschränkung wurde für die Auswertungen dieser Studie nicht vorgenommen, da für unsere Analysen alle Studierenden von Bedeutung sind und nicht besondere Untergruppen mit festgelegten Eigenschaften. Hinzu kommt, dass die Stichprobe für das Saarland in der Sozialerhebung sehr klein ist (n=113) und unsere

13 Siehe Fußnote 12

Daten dementsprechend einen wesentlich geringeren Schätzfehler bei Hochrechnungen auf die Grundgesamtheit ausweisen. Somit ist der Vergleich nur mit gewissen Einschränkungen möglich.

**Abb. 6: Anteil der gesamte Ausgaben der Studierenden, die innerhalb und außerhalb des Saarlandes getätigt wurden (gewichtete Zahlen) ( $n=873$ ).**



Die Studierenden geben ihr Einkommen, welches ihnen zur Verfügung steht, zu 78 % innerhalb des Saarlandes aus, somit wandern lediglich 22 % des Geldes der Studierenden in andere Bundesländer (siehe Abbildung 6). Im Verhältnis verwenden die Studierenden nur wenig Geld innerhalb des Saarlandes für Urlaub (im Mittel 18 %) und für Zigaretten (24 %). Am meisten Geld wird im Saarland für Nahrungsmittel (90 %), Gesundheit (87 %), studienbezogene Ausgaben wie Bücher, Büromaterial, Kopien (85 %), Ausgehen und Freizeit (81 %), Kleidung (78 %) und für Wohnkosten (77 %) eingesetzt.

### 3.3 Finanzverhalten der Studierenden

Im Folgenden sollen die den Studierenden zur Verfügung stehenden Gelder mit den Regelbedarfsstufen des Sozialgesetzbuches zwölftes Buch (SGB XII), die zur Berechnung der Hilfe zum Lebensunterhalt, also zur Festlegung der Sozialhilfe oder des Arbeitslosengeldes II herangezogen werden, verglichen werden. Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Personen, „die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können“ (SGB XII: §28).

Bei den befragten Studierenden liegen die mittleren Ausgaben ohne Wohnkosten bei rund 358 EUR. Vergleicht man diese Ausgabehöhen mit den jeweiligen Regelbedarfsstufen des Sozialgesetzbuches nach §28 zum Zeitpunkt 1. Januar 2012 zeigt sich, dass Studierende, die einen eigenen Haushalt führen und

alleine leben, 380 EUR Geld im Monat ausgeben und Studierende, die in einer WG leben 335 EUR. Für erwachsene und alleinstehende Personen ergibt sich nach der Regelstufe 1 ein Bedarf von 374 EUR. Studierende, die in einer WG leben, geben demnach deutlich weniger Geld aus, während Studierende, die alleine leben, im Mittel 6 EUR mehr ausgeben. Für Studierende, die zu Hause bei ihren Eltern leben, bietet sich als Vergleichsstandard die Regelbedarfsstufe 3 an, diese gilt für eine erwachsene Person, die keinen eigenen Haushalt führt (SGB XII: Anlage zu §28). Somit haben Studierende, die noch zu Hause leben, im Vergleich zur Regelbedarfsstufe 3 etwa 10 EUR weniger zur Verfügung.

Studierende, die mit ihrem Partner zusammen leben oder gar mit ihren eigenen Familien mit Kindern, geben im Vergleich zu den anderen Studierenden nach Haushaltstyp deutlich mehr Geld aus als die vergleichbare Regelbedarfsstufe 3 für Erwachsene, die in einer Lebensgemeinschaft mit einem anderen Erwachsenen einen Haushalt führen. Studierende, die mit ihrer eigenen Familie zusammen leben, unterscheiden sich jedoch stark von den anderen Studierenden. Das Durchschnittsalter liegt in dieser Gruppe bei 36 Jahren und es handelt sich dabei zu zwei Dritteln um Frauen.

**Tab. 7: Durchschnittliche Ausgaben der Studierenden nach Haushaltsart im Vergleich zu den Regelbedarfsstufen nach den Anlagen zu §28 des SGB XII (gültig ab 1. Januar 2012).**

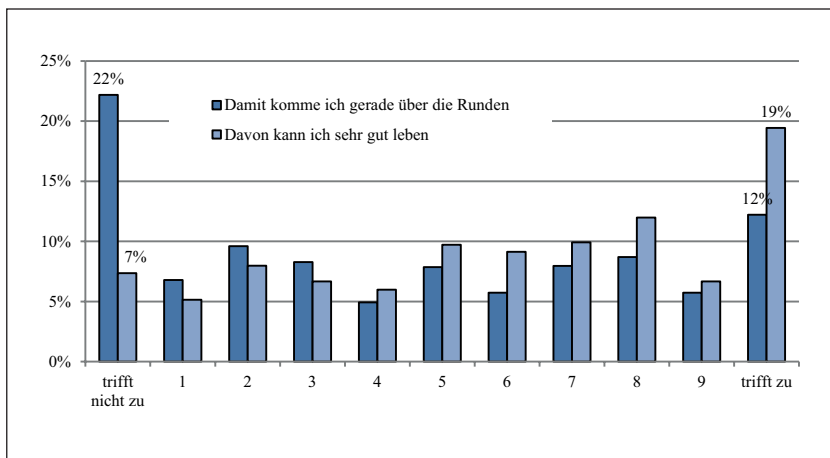
	n	Mittelwert	Entsprechung der Regelbedarfsstufe	
Ich wohne alleine	246	379,96 €	Regelbedarfsstufe 1	374 €
In einer WG	278	334,86 €		
Ich wohne bei meinen Eltern bzw. bei einem Elternteil	487	289,51 €	Regelbedarfsstufe 3	299 €
Ich wohne mit meinem/r Partner/in zusammen	256	413,51 €	Regelbedarfsstufe 2	337 €
Ich wohne mit meiner eignen Familie (eigene Kinder)	28	920,89 €		
Gesamt	1.344	358,17 €		

Der größte Anteil der Studierenden, rund 78 %, lebt alleine, in einer WG oder noch bei den Eltern und das zum Konsum einsetzbare Geld liegt unter oder sehr nahe an der vergleichbaren Regelbedarfsstufe, vielen Studierenden steht also gerade einmal so viel Geld zur Verfügung, wie es das Existenzminimum vorsieht. Diese Schätzung ist allerdings mit Vorsicht zu interpretieren: dies belegen die beiden gegenläufigen Fragen, wie die Studierenden mit dem zur Verfügung stehenden Geld auskommen (Abb. 7). Zum einen wurden die



Studierenden gebeten, der Aussage „Damit komme ich gerade über die Runden“ auf einer elfstufigen Skala eher zuzustimmen (10 „trifft zu“) oder diese eher abzulehnen (0 „trifft nicht zu“). Ergänzt wurde dies zum zweiten durch die Bewertung der Aussage „Davon kann ich sehr gut leben, welche den selben Aspekt positiv erfasst. Insgesamt zeigt sich, dass der größte Teil der Studierenden glaubt, von dem ihm oder ihr zur Verfügung stehenden Geld gut leben zu können (19 %) und die Aussage, dass sie damit nur gerade über die Runden kommen, eher ablehnen (22 %). Am anderen Extrem finden sich lediglich 12 %, die mit ihrem Geld gerade so über die Runden kommen und 7 %, die nicht glauben, davon gut leben zu können.

**Abb. 7: Angabe der Studierenden darüber, wie gut sie mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld auskommen. ( $n=1.884$ ).**



Auf die Frage, wie wahrscheinlich es ist, dass der Studierende sein Studium aufgrund seiner finanziellen Situation abbrechen muss, gaben lediglich 9 % der Studierenden Werte größer als 5 an, das heißt, diese 5 % sehen mindestens eine kleine Wahrscheinlichkeit, dass sie ihr Studium abbrechen müssen, weil sie nicht ausreichend Geld zur Verfügung haben<sup>14</sup>.

14 Diese Ergebnisse wurden nicht in graphischer oder tabellarischer Form dargestellt.

Obwohl sich ein sehr großer Teil der Studierenden am Existenzminimum befindet, kommt der überwiegende Teil der Studierenden damit dennoch gut zurecht und nur sehr wenige sehen ihr Studium aufgrund finanzieller Engpässe gefährdet. Diese paradox anmutende Situation wurde mit Hilfe eines explorativen multivariaten linearen Regressionsmodells näher untersucht. Als abhängige Variable dient dabei das Item „Davon kann ich sehr gut leben“ (Tab. 8).

Modell 1 des linearen Regressionsmodells<sup>15</sup> enthält lediglich einige Kontrollvariablen. Es zeigen sich keine Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Studierenden. In Bezug auf das Alter ergibt sich ein wenig überraschender negativer Effekt: ältere Studierende können von ihrem Geld etwas weniger gut leben als jüngere Studierende. Angesichts der sich über den Lebenszyklus verändernden Konsumgewohnheiten und den im Lebensverlauf steigenden Ansprüchen ist dieses Ergebnis trivial. Ob die Studierenden aus dem Saarland stammen, hat ebenso wie das Geschlecht keinen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Einkommenssituation. Für die Fakultätszugehörigkeit des Studierenden zeigen sich allerdings einige Unterschiede. Im Vergleich zu den Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät geben Studierende der Medizin und der Philosophischen Fakultät I (Geschichts- und Kulturwissenschaften) eher an, dass sie von ihrem Geld gut leben können. Ob die Studierenden bei ihren Eltern oder alleine leben, hat dagegen überraschenderweise keinen Effekt auf die abhängige Variable. Dies ändert sich aber im Verlaufe der weiteren Modelformulierungen.

---

15 Bei der abhängigen Variablen handelt es sich strenggenommen um eine ordinal skalierte Variable, so dass eigentlich ein ordered Logit- bzw. Probitmodell hätte gerechnet werden müssen. Zur Berechnung einer linearen Regression ist die Annahme notwendig, dass die Abstände zwischen den Skalenpunkten von den Befragten als identisch angesehen werden, was die Variable zu einer intervallskalierten Variablen machen würde. Da die Frage von den Befragten auf einer elfstufigen Skala zu beantworten war, auf der lediglich die Endpunkte verbalisiert waren und alle anderen Punkte lediglich mit der dazugehörigen Ziffer gekennzeichnet waren, ist diese Annahme durchaus plausibel. Des Weiteren ist im Grunde nur bei einer systematischen Abweichung, d.h. dass alle Befragten beispielsweise den Abstand von 5 auf 4 kleiner ansehen als den Abstand zwischen 7 und 8, was eher unwahrscheinlich ist, mit Verzerrungen zu rechnen. Zudem hat die Berechnung von linearen Regression mit ordinal skalierten Variablen, die als metrisch interpretierbar erachtet werden, wohl auch wegen der einfacheren Interpretierbarkeit, in den Sozialwissenschaften eine gewisse Tradition. Zur Diskussion der Behandlung von ordinal skalierten Variablen als metrisch interpretierbar, siehe Chimi und Russell (2009); Glass et al. (1972); Lubke und Bengt (2004).

**Tab. 8: Lineares Regressionsmodell<sup>16</sup> des Auskommens mit dem zur Verfügung stehenden Geldes, Item: „Davon kann ich sehr gut leben“ mit der elfstufigen Skala von 0 „trifft nicht zu“ bis 10 „trifft zu“.**

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
männlich	0,239 (1,15)	0,98 (0,96)	0,136 (0,68)	0,0981 (0,49)	0,0512 (0,26)
Alter	-0,069** (-3,03)	-0,057* (-2,51)	-0,140*** (-5,69)	-0,136*** (-5,55)	-0,141*** (-5,92)
Saarländer	-0,190 (-0,80)	-0,024 (-0,10)	-0,094 (-0,41)	-0,009 (-0,04)	-0,023 (-0,10)
Fakultät					
Rechts- und Wirtschaftswissenschaft.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Medizin	1,046** (2,77)	0,898* (2,39)	1,152** (3,14)	1,046** (2,84)	1,128** (3,15)
Philosophische Fakultät I	0,655+ (1,74)	0,700+ (1,88)	0,785* (2,16)	0,783* (2,16)	0,926** (2,63)
Philosophische Fakultät II	0,352 (1,22)	0,420 (1,46)	0,517+ (1,85)	0,539+ (1,93)	0,592* (2,19)
Philosophische Fakultät III	0,509 (1,46)	0,480 (1,39)	0,496 (1,47)	0,528 (1,57)	0,668* (2,04)
Naturwissenschaftlich-Tech. Fakultät I	0,592 (1,56)	0,621 (1,64)	0,667+ (1,81)	0,623+ (1,70)	0,832* (2,33)
Naturwissenschaftlich-Tech. Fakultät II	0,380 (0,73)	0,413 (0,80)	0,313 (0,62)	0,249 (0,49)	0,139 (0,29)
Naturwissenschaftlich-Tech. Fakultät III	0,052 (0,16)	0,072 (0,22)	0,311 (0,99)	0,199 (0,63)	0,373 (1,21)
bei den Eltern wohnend	0,136 (0,58)	0,223 (0,95)	0,817*** (3,38)	0,846*** (3,50)	0,765** (3,25)



16 Die abhängige Variable ist etwas linksschief. Daher wurde zum Vergleich ein Testmodell mit dem Logarithmus der abhängigen Variablen gerechnet, was zu unveränderten Ergebnissen führte.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Bildungsherkunft					
kein Elternteil Akademiker		Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Ein Elternteil Akademiker		0,021 (0,09)	0,015 (0,07)	0,061 (0,28)	0,017 (0,08)
beide Elternteile Akademiker		1,126*** (4,30)	1,000*** (3,92)	0,971*** (3,81)	1,015*** (4,10)
Einnahmen in 100EUR			0,230*** (7,59)	0,252*** (8,07)	0,253*** (8,34)
Einnahmen in 100EUR (quadriert)			-0,002*** (-5,57)	-0,002*** (-6,07)	-0,002*** (-6,16)
Erwerbstätigkeit				-0,573** (-2,78)	-0,633** (-3,15)
Übersicht über die Finanzen					
Finanzen immer im Blick					Ref.
Finanzen meistens im Blick					-0,992*** (-5,32)
Finanzen selten im Blick					-2,435*** (-7,00)
Finanzen fast nie im Blick					-2,194** (-3,22)
Konstante	7,286*** (11,94)	6,645*** (10,55)	6,833*** (10,89)	6,934*** (11,07)	7,729*** (12,51)
N	1089	1089	1089	1089	1089
R <sup>2</sup>	0,021	0,039	0,093	0,099	0,152
korrigiertes R <sup>2</sup>	0,011	0,027	0,080	0,086	0,137

t Statistik in Klammern + p < 0,10, \* p < 0,05, \*\* p < 0,01, \*\*\* p < 0,001

Modell 2 enthält neben den Variablen aus Modell 1 die Bildungsherkunft und es zeigt sich, dass Studierende aus Akademikerfamilien besser mit ihrem Geld auskommen als Studierende, deren Eltern keine Akademiker sind. Dieser Effekt ist allerdings wenig überraschend, da auch ein Einkommensunterschied – bedingt durch Transferleistungen der Eltern – zu vermuten ist.

Der Einfluss des Geldes, welches die Studierenden monatlich zur Verfügung haben, wird im nächsten Schritt in Modell 3 mit aufgenommen. Da davon auszugehen ist, dass ein abnehmender Grenznutzen für die Höhe des Einkommens und wie gut man von dem Geld leben kann, besteht, enthält Modell 3 zusätzlich noch einen quadrierten Term.

Es zeigt sich, dass mit steigendem Einkommen die Befragten angeben, besser mit dem Geld auszukommen, jedoch flacht dieser Effekt mit einer bestimmten Höhe des Einkommens wieder ab, es tritt ein sogenannter Sättigungseffekt ein. Der Anteil der erklärten Varianz in der abhängigen Variablen steigt von Modell 2 auf 3 von einem  $R^2$  von 3,9 % auf 9,3 % erheblich an, d.h. die tatsächliche Höhe des Einkommens beeinflusst das subjektive Empfinden, mit dem verfügbaren Geld auszukommen, deutlich stärker als alle anderen, bisher im Modell berücksichtigten Variablen. Wie aus der Zufriedenheitsforschung bekannt, ist der Zusammenhang zwischen objektiven Einkommensdaten und subjektiven Bewertungen jedoch nicht sonderlich stark (u.a. weil Informationen über zeitliche Entwicklungen und die von den Befragten benutzten Vergleichswerte fehlen, vgl. z.B. Headey, Hampel & Meyer 1990). Der durch die soziale Herkunft verursachte Effekt vermindert sich erwartungsgemäß durch die Hinzunahme der Höhe des Einkommens, bleibt jedoch mit einer geringen Minderung der Effektstärke weiterhin bestehen. Im Durchschnitt heißt das, dass Studierende mit einer hohen Bildungsherkunft im Mittel einen um eins höheren Wert auf der elfstufigen Skala angaben, als Studierende ohne akademisch geprägtes Elternhaus. Dies kann auf eine schichtabhängig unterschiedliche Gewichtung von materiellen Werten (Geld) und immateriellen Werten (Bildung) hinweisen, ist aber eventuell auch auf die subjektiv wahrgenommene größere Möglichkeit eines Rückgriffs auf die Einkommen der Eltern und einen sich hieraus ergebenden „beruhigenden“ Effekt bezüglich der Bewertung der eigenen Einkommenssituation zurückzuführen.

Auf letzteres deutet auch die Tatsache hin, dass durch die Kontrolle der Höhe des Einkommens sich nun für Studierende, die noch zu Hause leben, ein signifikant positiver Effekt zeigt: Studierende, die zu Hause leben, kommen unter Kontrolle des ihnen zur Verfügung stehenden Einkommens mit ihrem Geld besser über die Runden – auch dies offensichtlich ein Effekt der finanziellen Absicherung durch das Elternhaus und die sich hieraus ergebende höhere Sicherheit. Studierende, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, kommen eher schlechter mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld aus als Studierende ohne Erwerbstätigkeit – dies ist der wesentliche Befund der nächsten Modell-erweiterung (Modell 4). Auf den ersten Blick erscheint dieses Ergebnis kontraintuitiv, denn Studierende, die (mindestens) einen Job haben, sollten ja mehr Geld zur Verfügung haben und somit auch besser mit diesem auskommen. Da in Modell 4 aber auch die Höhe der gesamten Einnahmen als eigenständiger Effekt kontrolliert wird, deutet der negative Effekt der Erwerbstätigkeit auf das subjektive Gefühl, mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen, darauf hin, dass viele Studierenden vor allem aus einer finanziellen Not heraus einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Erklärungskraft des Modells verbessert

sich durch die Hinzunahme dieser Variablen jedoch im Vergleich zum Vormodell nur leicht, d.h. der beschriebene Effekt ist eher gering.

Eine deutliche Verbesserung des Modells ergibt sich im nächsten Schritt durch die Hinzunahme der Variablen, inwieweit die Studierenden der Meinung sind, einen Überblick über ihre Finanzen zu haben. Die Erklärungskraft dieses Gesamtmodells 5 liegt bei 15 %, d.h. 15 % der Varianz der Angaben der Studierenden können durch die beschriebenen unabhängigen Variablen im Modell erklärt werden. Studierende, die ihre Finanzen immer im Blick haben, können unabhängig von der Höhe und der wahrgenommenen Absicherung durch die Eltern nach ihrer eigenen Bewertung von ihrem Geld auch gut leben. Studierende, die ihre Finanzen nur meistens im Blick haben, kommen deutlich schlechter zurecht. Für Studierende die angaben, dass sie ihre Finanzen nur selten oder nie im Blick haben, zeigt sich ein negativer Effekt, diese gaben im Durchschnitt einen um zwei Punkte geringeren Wert auf der Skala an, ob sie von ihrem Geld gut leben könnten.

Die anderen Effekte bleiben in ungefähr gleicher Stärke erhalten: ältere Studierende können von ihrem Geld schlechter leben als jüngere Studierende, was vermutlich mit den sich verändernden Ansprüchen im Alter zusammenhängt. Studierende, deren Studiengang der Medizin, der Philosophischen Fakultät I (Geschichts- und Kulturwissenschaften), II (Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften), III (Empirische Humanwissenschaften) und der Naturwissenschaftlichen Fakultät I (Mathematik und Informatik) zuzurechnen ist, können in ihrer subjektiven Einschätzung besser von ihrem Geld leben als Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Dies ist vermutlich auf die höheren Ansprüche und die stärkere materielle Orientierung vor allem der Wirtschaftswissenschaftler zurückzuführen, die mit den bescheidenen Studenteneinkünften offensichtlich weniger zurechtkommen als die anderen. Studierende, die bei ihren Eltern leben oder sich durch ihre Eltern abgesichert fühlen, werden vermutlich weniger durch wirtschaftliche Probleme verunsichert und geben deshalb öfter an, mit ihrem Geld besser zurecht zu kommen.

Dies betrifft insbesondere Studierende, die aus einem akademischen Elternhaus stammen: Hier sind zwei unterschiedliche Erklärungen denkbar, die entweder auf die subjektive Bewertung oder die tatsächliche Verfügbarkeit von Einnahmen zielen. Zum einen wäre es möglich, dass Studierende aus rein akademischem Elternhaus sich aufgrund der Möglichkeit eines Rückgriffs auf die Einkommen ihrer Eltern sicherer fühlen oder schlicht besser gelernt haben, mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. In diesen Fällen wirken die intervenierenden Variablen auf den Kontext der Bewertung des zur Verfügung stehenden Einkommens und geben den Studierenden „nur“ ein

besseres Gefühl. Zum anderen könnten aber Studierende aus Akademikerhaushalten von ihren Eltern zusätzliche Sachleistungen erhalten, welche indirekt zu Einsparungen führen und in der Einkommenskalkulation nicht berücksichtigt wurden. In diesen Fällen ergäbe sich bei gleichen Bewertungsmaßstäben ein Unterschied hinsichtlich des finanziellen Spielraums und den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, der nicht oder nur unvollständig in die Kalkulationen einbezogen wurde. Welche der Erklärungen welchen Einfluss - wenn überhaupt - gewinnen kann, ist an dieser Stelle nicht zu unterscheiden und soll in weiterführenden Analysen an anderer Stelle untersucht werden.

Mit Ausnahme der Einkommenshöhe kann keiner der beschriebenen Effekte eine wesentliche Erklärungskraft für das Gesamtmodell gewinnen. Eine deutliche Verbesserung des Modells ergibt sich allerdings durch die Hinzunahme der Variablen, inwieweit die Studierenden ihre Finanzen nach ihren eigenen Einschätzungen im Blick haben. Wer sich einen Überblick zu seiner finanziellen Situation verschafft, hat auch eher den Eindruck, mit seinem Geld besser auszukommen - unabhängig von den tatsächlich zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Auch hier dürfte im Wesentlichen ein Sicherheitsaspekt bei der Bewertung eine Rolle spielen: durch das Wissen über die eigene Haushaltslage, kann frühzeitig das Konsumverhalten gesteuert werden und prekäre Finanzlagen lassen sich eher vermeiden. Aus der Regressionsanalyse mit explorativem Charakter ist deshalb zu schließen, dass Studierende selbst mit geringen Mitteln gut leben können, wenn sie entweder durch ihre Eltern (oder andere) in Notsituationen zusätzlich abgesichert sind oder ihre Finanzen immer im Blick haben und dadurch zu einer bewussten Haushaltsführung befähigt werden.

Insgesamt zeigt sich, wie eingangs in der Lebenszyklusthese vermutet, dass sich die Studierenden in der Phase der Investition in ihr Humankapital befinden. Allerdings verschulden sich nur wenige Studierende wirklich, indem sie Kredite aufnehmen und im Saarland ist selbst der Anteil der Studierenden, die BAföG beziehen trotz vergleichsweise geringer Einkommen eher gering. Die meisten Studierenden umgehen eine Verschuldung durch Konsumverzicht. Dies mag zumindest für diejenigen, die im Saarland bleiben mögen, durch die vergleichsweise niedrigen Gehälter motiviert sein. Nach den vorliegenden Daten steht jedenfalls den meisten Studierenden nur ein Einkommen zur Verfügung, welches dem jeweiligen vergleichbaren Regelbedarf für Sozialhilfeempfänger in etwa entspricht. Dieses geringe Einkommen wird in erster Linie durch das Wohnen bei den Eltern und eine auf die Sicherstellung der eigenen Versorgung ausgerichtete Erwerbstätigkeit kompensiert. Die regelmäßige Überprüfung ihrer Finanzen gibt den Studierenden dabei ein gutes Gefühl, mit diesen geringen Mitteln auch auszukommen. Für weitere Bildungsinvestitionen, z.B. im Hinblick auf eine stärkere Berufsorientierung ihrer Erwerbstätigkeit oder unbezahlte Praktika, bleibt vielen nicht genügend Spielraum.

## **4 Fazit**

Die Lebenszyklusthese unterteilt die Lebenszeit in die drei Abschnitte – „Verschuldung, Tilgung/Sparen und Entsparen“ (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2010, 16) und eröffnet dadurch das Feld der Humankapitaltheorie, demnach erfolgt die Investition in Humankapital vor allem durch schulische und berufliche Bildung und durch die Erwerbserfahrung.

Es wurde untersucht, in welcher Art und Weise die Studierenden am Arbeitsmarkt durch nebenberufliche Tätigkeiten und Praktika partizipieren und so in ihre Erwerbserfahrung investieren. Insgesamt geht mehr als die Hälfte der befragten Studierenden einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach, die Studierenden arbeiten in erster Linie regelmäßig während des Semesters. Dabei ist den Studierenden die Einkommenserzielung bei der Tätigkeit mit großem Abstand vor den anderen Faktoren am wichtigsten, wobei das Sammeln von Praxiserfahrungen für die Zukunft auch als wichtig eingestuft wird.

Das Praktikum ist neben der Ausübung einer nebenberuflichen Tätigkeit eine Möglichkeit zur Anhäufung von Erwerbserfahrung, die von den Arbeitgebern auch honoriert wird, rund 78 % der befragten Studierenden hat bereits oder wird in der Zukunft ein Praktikum absolvieren. Für die Studierenden steht hier nicht der Erwerb von allgemeinen Schlüsselqualifikationen im Vordergrund, sondern die Ausrüstung mit berufsbezogenen Fertigkeiten.

Studierende befinden sich nach der Lebenszyklusthese in der Zeit während ihres Studiums in der Phase der Verschuldung und Investition in ihr Humankapital, daher wurde die wirtschaftliche Lage der Studierenden untersucht. Den Studierenden steht gewichtet gerechnet im Mittel etwa 785 EUR zur Verfügung, eine Verschuldung konnte allerdings nur für sehr wenige Studierende nachgewiesen werden. Statt Schulden aufzunehmen schränken die Studierenden ihre Konsumausgaben stark ein, sodass der größte Teil der Studierenden am Existenzminimum lebt. Erstaunlicherweise geben die Studierenden trotzdem an, dass sie von ihren Einnahmen gut leben können. Für die meisten ist dies entweder durch ihre eigene gute Haushaltsführung oder durch die potentielle Absicherung über ihre Eltern bedingt, die sich z.B. in einem extrem hohen Anteil Studierender, die noch bei ihren Eltern wohnen, niederschlägt.

Ein Wegfall von Studienplätzen bedeutet deshalb für die saarländischen Familien erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen und es ist zumindest fraglich, inwiefern sich alle diese tatsächlich leisten können. Die Aufnahme eines Studiums im Saarland ist für einige offensichtlich auch eine Frage des überhaupt Studierenkönnens.



## Literatur

- Ando, A. & Modigliani, F. (1963). The life-cycle hypothesis of saving: Aggregate implications and tests. *American Economic Review* 53(1), 55-84.
- Barros, C. P. & Alves, F. M. P. (2003). Human Capital Theory and Social Capital Theory on Sport Management. *International Advances in Economic Research*, 9(3), 218-226.
- Becker, G. S. (1993). *Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*, 3rd ed. Chicago: The University of Chicago Press.
- Börsch-Suspan, A. & Essig, L. (2002). *Sparen in Deutschland. Ergebnisse der ersten SAVE-Studie*. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.
- Browning, M. & Crossley, T. F. (2001). The Life-Cycle Model of Consumption and Saving. *Journal of Economic Perspectives*, 15(3), 3-22.
- Carroll C. D. & Samwick A. A., (1998). How Important is Precautionary Saving? *The Review of Economics and Statistics*, 80(3), 410-419.
- Carroll, C. D. (1992). The Buffer-Stock Theory of Saving: Some Macroeconomic Evidence. *Brookings Papers on Economic Activity*, 23(2), 61-156.
- Carroll, C. D. (1997). Buffer-Stock Saving and the Life Cycle/Permanent Income Hypothesis. *The Quarterly Journal of Economics*, 112(1), 1-55.
- Chimi, Carl J. & Russell, David L. (2009). The Likert Scale: A Proposal for Improvement Using Quasi-Continuous Variables. *Proc ISECON*, 26, 1-10.
- Friedman, M. (1957). *A Theory of the Consumption Function*. Princeton: Princeton University Press.
- Gabler, S. & Ganninger, M. (2010). *Gewichtung*. In Wolf, Christof; Best, Henning: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Generaldirektion Bildung und Kultur (2006). *Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen. Ein Europäischer Referenzrahmen*. [http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/publ/pdf/ll-learning/keycomp\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/ll-learning/keycomp_de.pdf) (Zugriff im Mai 2013).
- Glass, Gene V.; Peckham, Percy, D; Sanders, James R. (1972). Consequences of failure to meet assumptions underlying the analyses of variance and covariance, *Review of Educational Research*, 42, 237-288.
- Gournichas, P.-O. & Parker, J. A. (2002). Consumption over the Life Cycle. *Econometrica*, 70(1), 47-89.

- Hartog, J. & H. Oosterbeek (2007). What should you know about private returns to education? In: J. Hartog & M. H. van den Brink, *Human Capital: Moving the Frontier*. Cambridge University Press.
- Hartog, J.; van Ophem, H. & Bajdechi, S. (2004). How Risky is Investment in Human Capital? Tinberg Institute Discussion Paper, Department of Economics, Universiteit van Amsterdam, and Tinbergen Institute.
- Headey B.; Hampel J. & Meyer W. (1990): The Relationship between Objective and Subjective Indicators: A reciprocal causation model linking changes in income, income satisfaction and life satisfaction. Frankfurt/Mannheim: Sfb-3-Arbeitspapier Nr. 332.
- Heine, C. (2012). Soziale Ungleichheiten im Zugang zu Hochschule und Studium (73-111). In Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.). *Expertisen für die Hochschule der Zukunft. Demokratische und soziale Hochschule*. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt
- Henke, C. (2005). Zur Berechnung des Humankapitals in Deutschland. *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln*, 32(1).
- Jappelli, T.; Pistaferri, L. & Padula, M.(2008). A Direct Test of the Buffer-Stock Model of Saving. *Journal of the European Economic Association*, 6(6), 1186-1210.
- Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.
- Krawietz, M.; Müßig-Trapp, P.; Willige, J. (2006). *Praktika im Studium HIS-BUS Blitzbefragung - Kurzbericht Nr. 13. HIS*.
- Lubke, Gitta H. & Muthen, Bengt O. (2004). Applying Multigroup Confirmatory Factor Models for Continuous Outcomes to Likert Scale Data Complicates Meaningful Group Comparisons. *Structural Equation Modeling*, 11, 514-534.
- Mayer, T. (1972). *Permanent Income, Wealth, and Consumption: A Critique of the Permanent Income Theory, the Life-Cycle Hypothesis and Related Theories*. Berkeley: University of California Press.
- Mc Mahon, W. W. (2004). The social and external benefits of education. In G. Johnes & J. Johnes, *International Handbook on the Economics of Education* (211-259), UK: Edward Elgar.

- Middendorff, E.; Apolinarski, B.; Poskowsky, J.; Kandulla, M.; Netz, N. (2013): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012, 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.
- Mincer, J. (1974). *Schooling, Experience and Earnings*. New York: Columbia University Press.
- Psacharopoulos, G. & Patrinos H. A. (2004). Human capital and rates of return. In G. Johnes & J. Johnes, *International Handbook on the Economics of Education* (1-57), UK: Edward Elgar.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010). *Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte*. Endbericht - Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Rissiek, J. (1998). *Investition in Humankapital*. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Rodepeter, R. & Winter, J. K. (2000). Rules of thumb in the life cycle savings models. Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 504. Zugriff am 04.05.2012 unter <http://www.sfb504.uni-mannheim.de/publications/dp99-81.pdf>.
- Smyth, D. J. (1993). *Toward a Theory of saving*. In J. H. Gapinsiki (Ed.), *The Economics of Saving*. Boston [u.a.]: Kluwer Academic Publishers.
- Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (2013) - Sozialhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022) [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_12/](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_12/) (Zugriff im Mai 2013).
- Statistisches Bundesamt (2012). *Bildung und Kultur. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)*. Fachserie 11 Reihe 7 (erschienen am 29.08.2012), Wiesbaden: DeStatis.Spraul, K. (2006). *Bildungsrendite als Zielgröße für das Hochschulmanagement*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Stock, A. (2006). *Psychologie im Beruf. Eine Bestandsaufnahme der Wichtigkeit ausgewählter psychologischer Kompetenzen für den A&O-Arbeitsmarkt*. In: *Zeitschrift für Personalpsychologie*, 5 (1), 23-30.
- Wilke, F. (2010). *Sparen aus Ungewissheit. Der Erhalt von Handlungsoptionen als Antrieb individueller Sparentscheidungen*. Kassel: Kassel university press.

**Nadine Staub-Ney, Jessica Knoll, Adrian Kalb, Konstantin Herrmann, Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer**

## **VI. Die Universität und ihre Studenten aus Sicht von Wirtschaft, Industrie und Politik – Ergebnisse qualitativer Interviews**

### **1 Einleitung**

Die Bedeutung sowie die regionale Verankerung von Hochschulen zeigen sich insbesondere an den Meinungen und an den Einstellungen, die die zentralen Akteure in der Region hierzu haben. Diese Haltungen und Einstellungen sind jedoch sehr subjektiv, oftmals durch die Eigeninteressen der einzelnen Akteure geprägt und werden selektiv u. a. von Medienberichterstattungen über die regionalen Hochschulen sowie durch die eigenen Erfahrungen mit den Hochschulen bzw. mit den Hochschulabsolventen beeinflusst. Dementsprechend gibt es unter den unterschiedlichen Akteuren, die selbst oftmals weder über bisherige Erfahrungen mit den Hochschulen aus erster Hand noch über aktuelle Kontakte zu diesen verfügen und sich stattdessen auf Erfahrungen aus zweiter (andere Akteure) und dritter Hand (Massenmedien) berufen, die verschiedensten Assoziationen mit den Hochschulen.

Im Folgenden wird keinesfalls angestrebt, einen repräsentativen Überblick über die Meinungen und Einstellungen der saarländischen Bevölkerung bezüglich der Landesuniversität zu geben. Vielmehr sollen die Haltungen der Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Verbänden und Politik zu den Hochschulen herausgearbeitet und interpretiert werden. Die Auswahl der zur befragenden Personen erfolgt dabei nicht zufällig (vgl. Kapitel III).

Insgesamt wurden 27 Personen aus der saarländischen Politik und Wirtschaft mit Hilfe eines umfangreichen Leitfadens (vgl. Kapitel III) befragt. Die Expertengespräche mit den Vertretern aus der Politik, den Verbänden und der im Saarland ansässigen Unternehmen dauerten jeweils zwischen 45 und 90 Minuten und wurden von geschulten Interviewern geführt und aufgezeichnet. Die Interviews wurden unter Wahrung der Anonymität transkribiert und mit Hilfe des Auswertungsprogramms MAXQDA10 EDV-gestützt inhaltsanalytisch ausgewertet.

Darüber hinaus wurden in der Saarbrücker Innenstadt 37 Vertreter aus der Gastronomie, dem Einzelhandel sowie dem Dienstleistungssektor in

einem Face-to-Face Interview mit einem standardisierten Kurzfragebogen befragt. Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgte hierbei willkürlich, indem die jeweiligen Unternehmen initiativ aufgesucht und je nach Bereitschaft der Mitarbeiter oder Inhaber ein Interview durchgeführt wurde. Die Bereitschaft, an dieser Studie teilzunehmen, variierte unter den einzelnen Branchen, wobei die größte Teilnahmebereitschaft in der Gastronomie festgestellt werden konnte. Die Befragung fand in einem Zeitraum von zwei Wochen statt, wobei insgesamt 22 Befragungen im Einzelhandel, elf in der Gastronomie und vier im Dienstleistungsbereich durchgeführt wurden. Diese Unternehmen wurden ausgewählt, da sie vermutlich in besonderem Maße vom Konsum der Studierenden profitieren, diesen damit bewerten können (insbesondere Gastronomie) und zuweilen oder häufiger Studierende als Arbeitskräfte beschäftigen.

Des Weiteren wurden 13 Unternehmen aus dem Starterzentrum an der Universität des Saarlandes (UdS) befragt, da diese nicht nur an der UdS ansässig sind, sondern größtenteils auch aus der Universität hervorgegangen sind.

Für die nachfolgenden Ausführungen sind zwei Kernaspekte der Studie von besonderer Relevanz: die Einschätzung der Unternehmen hinsichtlich des Nutzens der Landesuniversität für die Region sowie das Image der Universität des Saarlandes.

Hinsichtlich des Nutzens der Universität für die Region geht es im Wesentlichen um die Einschätzungen der regional ansässigen Unternehmen inwiefern die Absolventen (und damit die Ausbildungen an der hiesigen Universität) für die lokale Wirtschaft von Bedeutung sind (Abschnitt 2; hierbei handelt es sich auch um die meisten Nennungen in der Befragung,  $n=335$ ). Bei dieser Frage sind vor allem die Personalleiter der größeren Unternehmen zu kompetenten und vergleichenden Beurteilungen in der Lage, da die Zahl der beschäftigten Akademiker vor allem bei kleineren Unternehmen für eine ausreichend fundierte Einschätzung oftmals zu niedrig ist. Hinzu kommt, dass Hochschulabsolventen auch im Verwaltungsbereich oder als Freiberufler tätig sind und dementsprechend von Personalabteilungen in Betrieben nicht beurteilt werden können. Daher spiegeln sich in den im Folgenden dargestellten Beurteilungen neben den persönlichen Erfahrungen der Befragten bezüglich der Leistungsfähigkeit der Absolventen auch mögliche Vorurteile und persönliche Einschätzungen der Auskunftspersonen wider.

Sicherlich wäre eine Hochschule schlecht beraten, diese Befunde als alleinige Quelle zur Qualitätsentwicklung ihrer Ausbildung zu verwenden. Allerdings ist im vorliegenden Kontext gerade die Vermischung dieser Ergebnisse mit dem Image der Universität von besonderem Interesse. In den Interviews wurde daher auch explizit nach der Bedeutung der UdS für die Region gefragt (Abschnitt 3). Es ist an dieser Stelle festzuhalten, dass sich die zweitgrößte

Zahl an Aussagen der Befragten auf das Image der UdS im Verhältnis zum Image des Saarlandes bezogen haben ( $n=224$ ). Daher kann zum einen vermutet werden, dass zu der einzigen Landesuniversität ein außergewöhnliche Bindung besteht und sich dies in einem sehr spezifischen, von anderen Hochschulen in Deutschland zu differenzierenden Image niederschlägt. Zum anderen könnte den Unternehmen wegen der regionalen Gegebenheiten häufiger als in anderen Regionen ein Vergleich zu anderen Universitäten fehlen, da es im Saarland nur eine Universität gibt. Dementsprechend steht bei der Betrachtung des Images der UdS insbesondere die Frage im Vordergrund, inwieweit die saarländischen Entscheidungsträger eine Universität im Land für verzichtbar oder zumindest für deutlich reduzierbar halten. Diese Einschätzungen beruhen auf verschiedenen Verbindungslinien zwischen Region und Universität, die in den Interviews ebenfalls angesprochen wurden (immerhin  $n=99$  Nennungen zu diesem Thema sind zu finden). Hierbei werden die Ergebnisse zu drei Aspekten in diesem Themenbereich vorgestellt:

- der (potenzielle) Beitrag der Universität zur Reduktion des Fachkräftemangels,
- die konkreten Kooperationsbeziehungen zwischen den befragten Unternehmen und der Universität sowie
- das Image des Saarlandes und dessen Beeinflussung durch die Universität.

Im Anschluss daran werden im vierten Abschnitt schließlich die Ergebnisse der Befragungen der Unternehmen in der Saarbrücker Innenstadt und im Starterzentrum vorgestellt. Hier geht es vor allem um eine Einschätzung der Bedeutung von Studierenden als Konsumenten und als „billige“ Arbeitskräfte für die betreffenden Unternehmen sowie um den daraus resultierenden wirtschaftlichen Nutzen für die Unternehmen.

## **2 Die Universität als Betrieb zur „Produktion geeigneter Arbeitskräfte“**

Wenngleich es den Autoren durchaus bewusst ist, dass es sich im Falle einer Universität um eine spezifische Institution handelt, die man keineswegs nur mit betriebswirtschaftlichen Kriterien der Produktion betrachten kann (vgl. dazu ausführlich Emrich & Fröhlich 2010), so soll die Universität des Saarlandes zunächst trotzdem unter der kurzfristigen Nützlichkeitsperspektive für die „potenziellen Abnehmer“ der jungen Absolventen betrachtet werden. Dabei ist jedoch stets auch darauf zu achten, inwiefern bei den Befragten ein Bewusstsein dafür vorhanden ist, dass Universitäten nicht nur nach betriebswirtschaftlich relevanten Kenngrößen bewertet werden können und müssen. In diesem

Kontext war die folgende Frage von zentraler Bedeutung: Was leistet die Universität als Ausbildungs- und Qualifikationsstätte für den saarländischen Arbeitsmarkt?

Diese Frage stellt sich für Hochschulen in etwas abweichender Form als für andere Bildungsträger, da sich akademisch ausgebildete Führungskräfte oftmals auf einem überregionalen, häufig sogar internationalen Arbeitsmarkt bewegen. Im Unterschied zu einem Absolventen dualer Ausbildungsgänge und auch zu den Fachhochschulabsolventen sind Universitätsabsolventen hochgradig mobil und bleiben vergleichsweise seltener in der Region (vgl. Kapitel VIII). Dementsprechend ist die Ausbildung einer Universität nicht primär an den Bedürfnissen der regionalen Arbeitgeber orientiert, sondern stärker an (inter)nationalen Standards und dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft, was aber aufgrund der hohen Zahl Studierender erhebliche Effekte der UdS auf den Arbeitsmarkt im Saarland nicht ausschließt.

Trotz des kontinuierlich wachsenden Bedeutungsgewinns außeruniversitärer Beschäftigungen bilden Universitäten immer noch primär Wissenschaftler aus, die ihrem eigenen Ersatzbedarf entsprechen. In diesem Sinne sind Universitäten per se keine (Hoch)Schulen, die als „Ausbildungseinrichtungen“ den Bedürfnissen anderer zu dienen haben. Allerdings erwies sich die mit dem wissenschaftlichen Arbeiten einhergehende Flexibilität und Abstraktionsfähigkeit in einem breiten Spektrum von Berufen als notwendige und der wirtschaftlichen Entwicklung dienliche Kompetenz, welche die zunehmende Verwertung akademischer Ausbildung außerhalb der Universitäten beförderte bzw. immer noch befördert (siehe Abschnitt 2.1).

Zur Beantwortung der Frage nach dem Beitrag der Qualifikationsleistungen der Universität für die Region werden zunächst die Inhalte des Studiums im Zusammenhang mit den aus Sicht von regionalen Experten geforderten Eigenschaften und Kompetenzen diskutiert. Daran anschließend werden die Erfahrungen der Befragten mit Praktikanten und mit Absolventen der Universität des Saarlandes als Arbeitskräfte skizziert. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei vergleichend auf die unterschiedlichen Erwartungen an und Erfahrungen mit Absolventen der UdS, der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) und dem dualen Studium an der Berufsakademie des Saarlandes (ASW) gelegt.

## **2.1 Inhalte des Studiums und Kompetenzen der Absolventen aus Sicht der Befragten**

Die Frage, inwieweit von im Saarland beheimateten Unternehmen oder von im Saarland zu findenden Dependancen bundesdeutscher Unternehmen gewünschte Themen in der universitären Lehre vermittelt und diskutiert und/

oder gewünschte Eigenschaften und Kompetenzen vermittelt werden, muss aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachtet werden.

Aus Sicht der regionalen Wirtschaft steht die Bildungseinrichtung „Universität“ in der Pflicht, ihre Themen und Inhalte in den einzelnen Studiengängen an die Anforderungsprofile der Unternehmen anzupassen und sich somit ähnlich wie andere Bildungsträger zu verhalten. Die Unternehmen verstehen Hochschulen oftmals als Serviceeinrichtungen für ihren eigenen Nutzen und bewerten das Studium entsprechend seiner praktischen Verwertbarkeit in dem ihnen bekannten Kontext. Folgerichtig ist eine „gute“ Universität eine Institution, die die Absolventen möglichst perfekt auf diese (praktischen) Aufgaben und Anforderungen vorbereitet. Eine solche Perspektive ist jedoch stark zeitpunktbezogen, da sie sich ausschließlich an den gegenwärtigen Bedürfnissen der derzeit dominierenden Wirtschaftsbranchen orientiert (und auch nur hieran orientieren kann) und dadurch das mit einer Universität verbundene gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationspotenzial schlicht außer Acht lässt. Denn das Studium soll die Studierenden in besonderem Maße dazu befähigen, sich immer wieder in neue, unbekannte Themenfelder und Problemstellungen einzuarbeiten und ihnen das methodische und fachliche Rüstzeug hierfür an die Hand zu geben. Es wird somit grundlegendes Wissen produziert, welches stets auch zukunftsrelevant ist und häufig auch erst in der Zukunft praxisrelevant wird. Zudem wird die methodische Kompetenz vermittelt, kreativ angelehnt an den organisierten Skeptizismus Mertons (1938) immer wieder vorhandene Theorien kritisch zu prüfen und diese weiterzuentwickeln. Aus diesem Grund dient eine Universität durchaus auch der Wirtschaft der Zukunft, zuweilen sogar mehr als der Wirtschaft der Gegenwart, indem sie unablässig neue Erkenntnisse produziert, mit jeder neuen Erkenntnis allerdings auch gleichzeitig weitere Fragen.

Eine Auswahl der Forschungsfragen nach dem Gesichtspunkt ihrer eventuellen späteren Nützlichkeit in einem Produktionsprozess ginge nicht nur am Auftrag einer solchen Bildungsinstitution vorbei, sondern würde als nicht intendierten Aspekt auch gleichzeitig die Chance der Entdeckung von wirklich verwertbaren Sachverhalten reduzieren. Und somit schaffen letztlich einzig die mit kreativem Rüstzeug ausgestatteten Absolventen durch ihre innovativen Ideen den Bedarf und die Nachfrage nach ihren eigenen Fähigkeiten auf dem aktuellen und besonders künftigen Arbeitsmarkt.

Diese Platzierung von Hochschulabsolventen im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis wird im folgenden Abschnitt aus der Perspektive von saarländischen Entscheidungsträgern – vor allem im Personalwesen – etwas näher beleuchtet.



### 2.1.1 Absolventen zwischen Theorie und Praxis

Den Universitäten wird von den „Praktikern“ außerhalb des „Elfenbeinturms“ häufig vorgeworfen, welt- und praxisfremd zu agieren, wohingegen die Fachhochschulen und in besonderem Maße die Berufsakademien in dieser Hinsicht das Image der praktischen Verwertbarkeit und damit der direkten verwertbaren Anwendung des dort gelehrt, gewöhnlich jedoch an Universitäten generierten Wissens genießen. Dies gilt auch für das Saarland, wenn die Absolventen der Universität mit denen der HTW oder der ASW verglichen werden.

So wird z. B. den Universitätsabsolventen unter anderem attestiert, dass *„die Leute [...] zwar vielleicht ganz gute Wissenschaftler und in ihrem Fach sehr gut sein [mögen, die Verf.], ...ihnen aber jegliche Vorstellung eines betriebswirtschaftlichen Arbeitens und Wirtschaftens [fehle, die Verf.]“* (V5). *Sie lernen an der Universität „stärker: Wie arbeite ich mit Büchern oder mit Gesetzestexten? Wie komme ich an Informationen bei einem neuen Sachverhalt, den ich so noch nicht gesehen habe?“* (V4b).

Im Vergleich zwischen Universität und HTW macht aus Sicht der regionalen Experten der Praxisbezug den größten Unterschied:

U16: *„Den Stellenwert der HTW sehe ich gleichbedeutend mit der UdS. Dass die UdS stärker als die HTW für die klassischen Wissenschaftsbetriebe von Bedeutung ist, während die HTW größere Bedeutung für die praxisnahen Ausbildungsbereiche hat, ist kein ‘Qualitätsunterschied‘ sondern eher eine Differenzierung in der Ausbildungsausrichtung“* (U16).

Thematisch richtet sich die Ausbildung an der HTW aus Sicht der Befragten in höherem Maße am praktischen aktuellen Bedarf der heimischen Wirtschaft aus: *„Die HTW ist wesentlich praxisorientierter und wesentlich stärker am Bedarf der heimischen Wirtschaft orientiert. Das gilt dort für alle Studiengänge, würde ich sagen“* (V3).

Eine Veränderung dieses Unterschieds durch die Bologna-Reformen in Richtung einer stärkeren Praxisorientierung der Universitäten wird von der Praxis bislang nicht wahrgenommen:

V4b: *„Die Umstellung auf Bachelor und Master kenne ich nicht so richtig gut. Ich würde allerdings die Unterscheidung noch genauso treffen, dass Universitäten stärker theoretisch ausbilden und FHs (bzw. die HTW) stärker praxisorientiert sind“* (V4b).

U11: *„Also wir merken, dass bei der HTW der Praxisbezug größer ist, gerade bei den Bachelorabsolventen ist es so, dass die ein Pflichtpraktikum machen müssen, ein Praxissemester über 16 bzw. 20 Wochen. Das ist für die Studenten oft auch eine gute Möglichkeit einen Einstieg zu finden“* (U11).

Die Absolventen der HTW scheinen „sehr ortsgebunden und wollen auch dementsprechend im ersten Schritt nicht so weit weg“ (V5), wenn sie ihren ersten Job beginnen. Vor allem im Bereich der Betriebswirtschaft werden von einem Experten erhöhte Jobchancen für Absolventen der HTW vermutet: „Also ich glaube, dass ein Unternehmen, das jetzt die Wahl zwischen einem BWL-Absolventen der HTW und einem BWL-Absolventen der Uni hätte, sich – das ist jetzt eine ganz reine Bauchgeschichte [...], für den HTW-Absolventen entscheiden wird“ (V5).

Im Vergleich der Universität zur ASW Berufsakademie wird von Vertretern der Unternehmen positiv erwähnt, dass die Kooperation mit der ASW einfach und unkompliziert verläuft:

U18: „Ich glaube, es ist nicht schlecht, wenn die Hochschulen da auch aktiv auf die Unternehmen zugehen, auch den Dialog suchen. Es ist ein Vorteil der ASW, dass wir dort eben auch als Wirtschaftsunternehmen Einfluss nehmen können [...] Wir sagen die ASW ist ein gutes Modell, weil wir da im engen Dialog sind, weil wir da permanent aufgreifen können, weil wir uns einbringen können. Das ist in dieser Form an der Uni und an der HTW nicht institutionalisiert, da sind wir sicherlich noch ein Stück weiter weg...“ (U18).

Als vorteilhaft bei der ASW wird insbesondere der starke praktische Bezug während der Ausbildung eingeschätzt: „wir haben die Studenten im Unternehmen, die haben von Anfang an einen starken praktischen Bezug. Das hätten sie an der Uni nicht“ (U6). Die Gestaltung der Ausbildung an der Berufsakademie orientiert sich nach Aussage eines Experten an dem Bedarf von großen Unternehmen an:

U20: „[...] dass praktisch die großen Firmen, die viele Studenten dort haben, auch die Politik machen. Und die versuchen natürlich auch dann, die Studiengänge so auszurichten, dass Sie Ihren Bedarf dort decken können“ (U20).

Insgesamt werden jedoch auch kritische Aussagen getätigt, weil im direkten Vergleich die universitäre akademische Qualifikation mit einer höheren wissenschaftlichen Qualität überzeugt:

U4: „[...]also wir machen es primär mit [einem Studiengang; die Verf.] der Universität des Saarlandes zusammen, weil mich die Inhalte dieser anderen Studiengänge nicht überzeugen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Das Niveau dort liegt meiner Meinung nach knapp über dem Ausbildungsniveau“ (U4).

Insgesamt sind die UdS und die HTW als Institutionen aus Sicht der Befragten in ihren durchaus differenzierten Funktionen –Praxisbezug auf der einen Seite [HTW] und hohe wissenschaftliche Qualität auf der anderen Seite [UdS] – offensichtlich unverzichtbar für die Region:

V1: *„[...] wir brauchen klar eine Universität, die doch ein Stück weit vielleicht mehr wissenschaftlich arbeitet, vielleicht auch in dem ein oder anderen Fach dadurch auch etwas tiefergehender – aber wir brauchen eben auch den Praxisbezug und der ist natürlich an der HTW durchaus gegeben [...]“* (V1).

Aus Sicht der Unternehmen besteht im Bereich der Praktika und der Praxiserfahrung der größte Handlungsbedarf für die Universität: *„Der Praxisbezug der Studenten zu Unternehmen müsste vielmehr verstärkt werden und ein Automatismus erschaffen werden, von dem man sagt, dass er eine Selbstverständlichkeit ist“* (U7). Die HTW gilt in diesem Bereich in den Augen einiger Experten aufgrund ihrer stärkeren Betonung der Praxis als Vorbild für die aus Unternehmenssicht gewünschte Verbindung von Theorie und Praxis:

V1: *„Während dann jemand, der– fünf sechs Jahre an einer Universität tätig ist, oftmals von der betrieblichen Praxis noch keinerlei Kenntnisse hat oder noch nie einen Betrieb von innen gesehen hat, finde ich dieses Modell der HTW sehr, sehr gut gelungen“* (V1).

Seitens einzelner Unternehmen wird sogar ein „Praxisschock“ (U14) erwartet, wenn keine Praxiserfahrungen während des Studiums gesammelt wurden. Es wird auf den Vorteil eines Betriebspraktikums hingewiesen: *„[...] bei demjenigen, der über einen längeren Zeitraum in einem Bereich gewesen ist, kann man natürlich besser entscheiden, ob wir den brauchen können oder nicht“* (U5).

Bei all der Diskussion um die Praxiserfahrungen und die Berücksichtigung von Praxisbezügen in den Curricula sieht die Mehrzahl der Befragten durchaus, dass es häufig an den Studierenden selbst und an deren Engagement liegen kann, dass in bestimmten Bereichen nur unzureichende Erfahrungen gesammelt wurden:

U15: *„Ich sage immer, dass es an einem selbst liegt, sich da auch ein Stück weit Praxis anzueignen, indem man Praktika macht, indem man mal in Unternehmen hinein schnuppert, Ferienarbeit oder was auch immer macht“* (U15).

U10: *„Das hängt aber auch an dem einzelnen Studenten, ob der sich eben über Nebentätigkeiten auch einen gewissen Praxisbezug aneignet“* (U10).

Interessant ist an dieser Stelle, dass die befragten Unternehmensvertreter offensichtlich die aktuelle Situation an der UdS in diesem Punkt nicht realitätskonform einschätzen, zumal es keineswegs der Fall ist, dass Fachrichtungen ihre Studenten ohne jegliches Praxissemester oder Pflichtpraktikum ausbilden (vgl. Kapitel V).

Insgesamt sehen die befragten Experten aber weder die HTW noch die UdS als kompetitiv überlegenes Modell an, welches die andere Form ersetzen kann. Zumeist werden die fundamentalen Unterschiede zwischen HTW und UdS herausgegriffen und auf deren jeweiligen Vorteile für bestimmte Aspekte verwiesen:

V3: *„Ja die Rolle der HTW möchte ich gar nicht herunter spielen in dem Bereich. Ich glaube sie ist ebenso elementar wichtig, das zeigt auch die Zahl der Studierenden – ich glaube die HTW ist schon ein Erfolgsmodell. Weil sie das ausbildet, was die Unternehmen wollen, davon bin ich überzeugt. Und sie greift das ab, was die saarländischen Schulen hergeben: Wenn die Leute nicht abwandern und sie erst mal woanders sind, ist es schwierig sie wieder zurück zu holen und das sind natürlich breite Schichten, die den saarländischen Unternehmen natürlich später auch fehlen, die die HTW später in den Arbeitsmarkt entlässt“* (V3):

U9: *„Ich sehe einen deutlichen Unterschied zur HTW: Ich kenn beides ganz gut, kenn auch Leute aus der HTW. Wir suchen auch für spezielle Funktionen durchaus auch mal Menschen von einer Fachhochschule, ich glaube aber, dass eine Universität eine ganz andere Ausbildung bietet und eine ganz andere grundlegende Ausbildung als eine FH“* (U9).

U16: *„Das sind keine Gegensätze sondern Ergänzungen; beides ist wichtig: wissenschaftliches Arbeiten und praxisnahe Ausbildung sind Verpflichtungen für alle Fachrichtungen“* (U16).

In den Expertengesprächen werden zahlreiche Alleinstellungsmerkmale der Universität genannt und weiter präzisiert. So wird beispielsweise die Forschungsrelevanz der Universität betont (*„Wobei nach wie vor klar ist, der Ort an dem Forschung geschieht, das ist die Universität“* (P1)) und auf die besondere Qualität einer akademischen Ausbildung verwiesen *„[...] wenn einer an der Universität ausgebildet worden ist – ich bin ja selbst den Weg gegangen – dann hat er eben die beste akademische Ausbildung, behaupte ich jetzt immer noch“* (U6)).

Die Ausbildung an der Universität des Saarlandes hat aus Sicht der Experten noch immer einen sehr guten Ruf und wird von diesen positiv wahrgenommen:

*„Es gibt Kunden, die sagen, dass sie nur Abgänger von der Universität haben wollen, weil sie die Ausbildung dort qualitativ höher einschätzen“* (U7).

*„Die Universität oder die Institute der Universität hier in Saarbrücken, haben nach wie vor einen sehr, sehr guten Ruf und die Leute, die jetzt dort aus den Arbeitskreisen kommen, können das auch, was wir verlangen [...]“* (U2).

Die Absolventen der Universität sind für Unternehmen also gerade aufgrund ihrer nicht direkt praxisorientierten Qualifikation und der vermittelten theoretischen und methodischen Kompetenz sowie der damit verknüpften Abstraktionsfähigkeit ein überaus wertvolles Gut, da sie flexibel im Denken und in ihrem Arbeitsumfeld agieren können. Sie sind zudem auch außerhalb des Saarlandes hoch begehrt:

U11: „[...] weil wir merken, dass die Studenten auch einen sehr, sehr guten Ruf haben. Unsere Studenten werden ja auch bundesweit in unseren Häusern eingesetzt und wir haben da gemerkt, dass wir gerade bei den Trainees eine sehr große Nachfrage aus den einzelnen Häusern haben, die gerne einen Trainee haben möchten, weil die Fachkompetenz sehr gut ist und das Engagement sehr hoch ist. Von daher merken wir gerade jetzt speziell, dass die Absolventen der Universität des Saarlandes, die zu uns kommen, die momentan auch einen Schwerpunkt darstellen, die sind als Arbeitskräfte auch in anderen Bundesländern sehr begehrt“ (U11).

Ein anderer Experte formuliert dies wie folgt:

U16: „Die Universität des Saarlandes ist eine herausragende Einrichtung des Saarlandes. Die Universität bildet junge Menschen aus und gibt diesen damit eine Perspektive, ist Zentrum der Wissenschaft und für die Wirtschaft wird Nachwuchs auf hohem Niveau ausgebildet. Sie ist von daher ein wichtiger Faktor und unverzichtbar für unser Bundesland“ (U16).

Für die Mehrzahl der befragten Unternehmen ist eine theoretisch hochwertige, zu methodisch anspruchsvollen Problemlösungen befähigende Qualifikation besonders wünschenswert und wird nach ihrer Einschätzung von der UdS in besonderem Maße geleistet:

U9: „[...] ich glaube aber, dass eine Universität eine ganz andere Ausbildung bietet und eine ganz andere grundlegende Ausbildung als eine FH. Jemand von der FH kann was... (überlegt) Ich mach es an einem Beispiel. Ich bin Wirtschaftsingenieur, ich habe also im wesentlichen Maschinenbau studiert, selbstverständlich ist eine Zeichnung oder eine Berechnung, die man an einer FH macht, nicht verkehrt, das Haus wird nicht zusammenbrechen, wenn er den gleichen Plan benutzt, der ist Standard, der wird gerechnet, das hält. Derjenige wird aber nach Vorgaben rechnen, die irgendein Ingenieur ihm gegeben hat. Und diese Vorgaben, also das eigenständige Denken, das ist, denke ich, das, was die Uni zusätzlich machen muss“ (U9).

Die Befähigung und Ermächtigung zum eigenständigen, kreativen wissenschaftlichen Arbeiten wird immer wieder als Kern universitärer Qualifikation und hierin als ein deutlicher Unterschied zu anderen, nicht universitären Ausbildungen gesehen. Besonders deutlich wird dies in der nachfolgenden Beurteilung:

V2: *„Ich halte es für wichtig, [...] die fundierte theoretische Ausbildung. Aber auch die akademische Ausbildung, weil die es ihm ja natürlich auch ermöglicht, sich in jedes Problem hineinzuarbeiten. Weil einfach die Strukturen dazu da sind. Sie wurden vom didaktischen gelegt, so dass er im Stande ist projektorientiert zu arbeiten, was natürlich in einer Führungsposition immer sehr wichtig ist und was man natürlich auch, wenn man jetzt in das Berufsleben einsteigt und das kann ja mannigfaltige Facetten haben, wo Sie einsteigen, immer hilfreich ist, wenn man diese Fähigkeit hat, sich in eine Problem hinein zu arbeiten. Und das ist ja etwas, was halt gerade auch während dem Studium ja extrem vermittelt wird. Er wird natürlich auch gegenüber anderen Absolventen den Vorteil haben, dass er auch Gruppenarbeit gewohnt ist, Teamfähigkeit, das ist natürlich eine wichtiger Faktor für die spätere Karriere“ (V2).*

Elaborierte Kenntnisse wissenschaftlicher Theorie und methodische Kompetenzen stellen ein „tragfähiges Fundament“ (V2) dar, auf das sich der Arbeitgeber verlassen kann. In Verbindung mit der Fähigkeit zur teamorientierten Projektarbeit qualifiziert dies Universitätsabsolventen in konkurrenzloser Art und Weise für Führungspositionen. Insbesondere die universitär vermittelte, methodische Art und Weise, mit praktischen Problemen umgehen zu können, wird immer wieder als zentraler Vorteil einer gründlichen theoretischen Ausbildung auf der universitären Ebene genannt:

U4: *„Studierende oder Hochschulabsolventen haben eine andere Art des Denkens. Die denken vernetzt, die können sich in Themen einarbeiten, die sind in der Lage, aus der Literatur heraus eine Fragestellung aufzuarbeiten und dann auch den Transfer zu leisten zwischen der Theorie und dem, was das Haus braucht. Außerdem denken sie auch einen Schritt weiter“ (U4).*

Neben der durch Kreativität geprägten „Art des Denkens“ wird den Absolventen einer Universität eingeräumt, „[...] dass die also links und rechts Denken können, also nicht nur so Scheuklappen aufhaben[...]“ (U2), dass eine „Freiheit“ (V2) im Denken besteht, wodurch sie verschiedene Szenarien durchgehen, die auch mal ungewöhnlich erscheinen. An einer Universität wird die Unabhängigkeit und geistige Freiheit im Denken gefördert und dies wird von Unternehmen häufig als wünschenswerte Eigenschaft von Führungskräften betrachtet. Kreative Problemlösekompetenzen werden nach wie vor als Domäne der Universitäten wahrgenommen, wobei hier insbesondere die Symbiose von Forschung und Lehre als wichtige Voraussetzung gesehen wird.

Ein Experte beschreibt einige herausragende Eigenschaften von Absolventen von Universitäten wie folgt:

V5: *„Es geht nicht nur darum, Dinge möglichst effizient zu bearbeiten. Es geht auch darum, Risiken rechtzeitig zu erkennen, es geht darum, über den Tellerrand ein Stück weit hinauszuschauen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass die Uni ihren Studierenden das vermittelt, dass man da auch lernt, kritisch zu denken, seine eigene Position in Frage zu stellen“* (V5).

Damit wird die Einbettung der jeweiligen methodischen Kompetenzen der Studierenden in einen weiteren verantwortungsethischen Kontext angesprochen, der im Sinne der gesellschaftlichen Folgenabschätzung wissenschaftlich geprägten Handelns eine hohe Bedeutung für Unternehmen im Sinne der Vermeidung von negativen Externalitäten hat und ein interdisziplinäres und vernetztes Denken voraussetzt. Ein Begriff, der in diesem Zusammenhang fiel, ist *„Melting Pot“* (V4a), d. h. kreative Ideen entstehen und sollten in verschiedenen Formen nutzbar gemacht werden. Aus den kreativen Ideen für Problemlösungen, die Absolventen der Universität vorrangig entwickeln, entsteht aus Sicht der Unternehmen natürlich auch ein Mehrwert für die Region. Es werden einerseits neue Unternehmen durch (Universitäts-)Absolventen gegründet bzw. bereits bestehende Unternehmen werden auf die Entwicklungen in einzelnen universitätseigenen und universitätsnahen Instituten aufmerksam. Nach Auffassung der Befragten sind hierbei die institutionalisierten Wege der Informationsvermittlung gegenüber den durch persönliche Bekanntschaften angebahnten Informationsmöglichkeiten eindeutig im Nachteil.

### **Eigenschaften von Absolventen**

Die sog. „Soft Skills“ sind aus der Sicht von Arbeitgebern eine zunehmend wichtiger werdende Komponente, die Studierende mitbringen sollten. Damit werden diejenigen Eigenschaften bezeichnet, die ein Absolvent aufweisen sollte, um sich aus Unternehmenssicht in hohem Maße als einpassungsfähig zu erweisen. Nach Ansicht der Befragten zählen hierzu vor allem Eigenschaften und Fähigkeiten wie Kommunikationsfähigkeit, Sozialkompetenz, Teamfähigkeit, Flexibilität, Mobilität sowie eine geeignete Persönlichkeitsstruktur. Genannt werden diese Eigenschaften zumeist im Zusammenhang mit Rekrutierungsbestrebungen von Unternehmen, wobei darunter im Allgemeinen die Hoffnung der Unternehmen verstanden wird, *„dass der Mensch einfach zu uns passt“* (U3).

Neben den insbesondere an der Universität vermittelten theoretischen und methodischen Fachkenntnissen, die zu kreativen Problemlösungen befähigen, und den in ihrem vorhandenen Ausmaß in den neuen Studiengängen unterschätzten praktischen Erfahrungen, stellen die Soft Skills somit eine weitere Säule des Anforderungsprofils an Universitäts-Absolventen dar: *„Was wir brauchen sind Mitarbeiter, die wirklich aktiv auf Menschen zugehen können“*



(U2). *„Neben der universitären Ausbildung sind Sozialkompetenz, Kommunikationskompetenz und Sprachkompetenz das Wichtigste“* (U16).

Die Bedeutung dieser Eigenschaften aus Sicht der Unternehmen wird in nachfolgendem Dialog noch deutlicher:

*„I: Das heißt also, dass in den letzten Jahren die Bedeutung der Soft Skills zugenommen hat?“*

*U8: Würde ich sagen, ja. Genau, also uniforme Typen werden nicht gesucht.*

*I: Das haben andere auch schon bestätigt, dass die Sozialkompetenz immer wichtiger wird.*

*U8: Genau. Also ein bisschen getrennt gegen Austauschbarkeit“* (U8).

Als weiterer Punkt wird in den Interviews die Auslandserfahrung benannt, die ein universitärer Absolvent aufweisen sollte, wenn er nach seinem Abschluss in den Arbeitsmarkt eintreten will: *„Es kommt bei den großen Firmen immer auf Auslandserfahrung an“* (U7). Dabei *„kommt [es; der Verf.] drauf an, was er dort genau gemacht hat. Was wir auch als Unternehmen anwenden können“* (U20).

Häufig gehen mit Auslandserfahrungen auch erweiterte Sprachkenntnisse einher, die in vielen Fällen ein weiterer Schlüssel zum erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt sind: *„Das ist natürlich Klasse, wenn man viele Sprachen im Unternehmens hat, die ja auch sehr schwer zu erlernen sind. Es ist toll, aber kein Muss. Es muss aber so sein, dass man ein Projekt in Englisch als Projektsprache übersteht“* (U15).

Während unter Soft Skills aus Sicht der Befragten vornehmlich jene Eigenschaften verstanden werden, die die funktionale Integration eines Absolventen in das Unternehmen ohne größere Reibungsverluste ermöglichen, sind die Meinungen der Studienteilnehmer hinsichtlich der Studiendauer und der Noten eher uneinheitlich:

*U3: „Es dürfen halt keine Lücken im Lebenslauf sein, das ist uns recht wichtig. Also, man muss schon erkennen, ja den roten Faden – so möchte ich es jetzt mal nennen – aber zwingend einen Auslandsaufenthalt oder abgeschlossen in der Regelstudienzeit ist auch hier nicht der Fall“* (U3).

Dass ein Wechsel des Studienfaches oftmals ohne größere Konsequenzen im Lebenslauf bleiben kann, zeigt diese Aussage eines Experten:

*V1: „[...] jeder kann sich auch mal irren. Ich würde das jetzt nicht so, ich denke, es gehört auch Mut dazu zu sagen, ich habe dort was Falsches gewählt und jetzt bin ich auf dem richtigen Weg. Das ist mir doch allemal lieber, als wenn sich einer vier, fünf, sechs Jahre durchquält [...]“* (V1).

Im Bereich der Noten stellt sich die Situation aus Sicht der Experten wie folgt dar: *„Ausschlaggebend ist bei den Noten, dass das eine willkürliche Angele-*



genheit ist, der wesentliche Punkt sind die von uns als notwendig eingeschätzten Bereiche [...]“ (U5) bzw. „[...]bei uns hier in Saarbrücken geht es in erster Linie um die Noten“ (U12).

Ein Experte geht sogar so weit zu sagen: „Im Grunde genommen ist es fast egal, was Sie studiert haben, Hauptsache Sie haben studiert, weil letztendlich die Arbeitsweise das Entscheidende ist [...]“ (U1).

Ein wesentlicher Punkt aus Sicht der Befragten ist jedoch, dass die Persönlichkeit des potenziellen Arbeitnehmers zur Unternehmenspersönlichkeit und somit in die Unternehmensphilosophie passen sollte. In Abhängigkeit von den Aufgaben, die in einem Unternehmen auf den Absolventen warten, werden Flexibilität und Mobilität gefordert. Der Umgang mit „Kommunikationsmitteln“ (U1) sei zudem eine wichtige Eigenschaft. „Die Leute müssen lernen, richtig zu präsentieren“ (U14) und „ich glaube, dass die Ausbildung zur eigenen Kritikfähigkeit, eine ganz wichtige Aufgabe ist“ (V5).

Allerdings ist aus der Sicht der meisten Experten das Fachwissen letztlich doch die zwingende Voraussetzung, ohne die keine Anstellung möglich wäre und die eine *conditio sine qua non* einer erfolgreichen Berufstätigkeit darstellt: „Also wenn ich die Kriterien nehme, ist es das Gesamtbild, was rund sein muss. Aber die fachliche Qualifikation sicherlich mit der Priorität eins“ (U2).

### 2.1.2 Master vs. Diplom

In der Diskussion über das neu eingeführte Studiensystem mit Bachelor- und Masterabschlüssen anstatt von Diplom- und Magister-Abschlüssen nehmen die Befragten unterschiedliche Standpunkte ein. Zum einen wird auf politischer Seite der Vorteil für die Arbeit in der Großregion durch europaweite Akzeptanz der Qualifikationen gesehen: „[...] wenn der Arbeitsplatz sich möglicherweise in Luxemburg oder in Frankreich befindet und Sie hier wohnen und bleiben möchten, dann können Sie froh sein, wenn Sie einen international anerkannten Abschluss haben“ (P1). Zum anderen gibt es auch Experten, die keinerlei Unterschied zwischen den alten und den neuen Abschlüssen sehen: Der „[...] Master ist vergleichbar mit dem früheren Diplomstudiengang.“ (U15), Veränderungen seit der Umstellung: „haben wir eigentlich wenig festgestellt“ (U11) und die Debatte wird sich mit der „Zeit lösen, da wird niemand mehr darüber diskutieren in fünf Jahren, ob es mal irgendwann ein Diplom gab und ob das besser war als Bachelor/Master“ (P2). Allerdings gibt es auch zahlreiche kritische Stimmen, die die „Umstellung zu Lasten der Flexibilität der Studierenden im Bezug auf studienbegleitende Praxisarbeit“ (U16) beklagen. Dies wird insbesondere damit begründet, dass die den Studierenden zur Verfügung stehenden zeitlichen Freiräume für Praktika u. Ä. durch das neue System stark eingeschränkt werden: „Nachteilig für uns hat sich herausgestellt, sind

die neuen Bachelor-Studiengänge, die aufgrund ihrer starken „Verschulung“ bei den Studierenden zu Lasten der Flexibilität gehen [...]“ (U16). Das Niveau der Bachelor-Ausbildung genügt aus Sicht einiger Unternehmen zudem in vielen Bereichen nicht den gewünschten Standards: „Der Bachelor ist für mich ein Unterschied wie Realschulabschluss zu Abitur, das ist meine feste Überzeugung“ (U12). Weitere Stimmen äußern sich ähnlich kritisch:

U7: „Ja, ob wir uns damit in Bologna einen Gefallen getan haben, bin ich mir nicht sicher, weil der Bachelor mittlerweile als ein Schmalspurstudium angesehen wird und es nur etwas bringt, wenn man den Master hinterher macht. Viele hören mit dem Bachelor auf und viele sagen, dass dies nicht dem Diplomkaufmann oder dem Diplomingenieur der früheren Jahre entspricht“ (U7).

Basierend auf den vorangegangenen Ausführungen lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Unternehmen der UdS mehrheitlich eine besondere Kompetenz bei der Vermittlung von hohen methodischen Problemlösekompetenzen bescheinigen, die ihre volle Wirkung auf dem Hintergrund solider theoretischer Kenntnisse entfaltet, verantwortungsethisch in einen größeren Kontext eingebettet wird und sie deutlich von den Fachhochschulen unterscheidet. Auf diesem „Nährboden“ kann sich mit einer hohen Wahrscheinlichkeit wissenschaftliche Kreativität entwickeln, die nicht für die Universitäten selbst, sondern zunehmend auch für die Unternehmen eine wichtige Ressource darstellt. Allerdings müssen die Soft Skills, die u. a. zur Teamarbeit befähigen und somit eine wichtige Grundlage einer späteren Führungskompetenz darstellen, vermehrt auch in der universitären Ausbildung eine Rolle spielen.

Aus der Sicht der regionalen Experten werden allerdings die Möglichkeiten, während eines universitären Studiums bereits praktische Erfahrungen zu sammeln, von den Universitätsstudenten oftmals noch unzureichend wahrgenommen; hierin wird primär die Stärke der HTW und der ASW gesehen. Die diesbezüglich vorhandenen Bestrebungen der UdS sowie die in den jeweiligen Studien- und Prüfungsordnungen vorhandenen Möglichkeiten, praktische Erfahrungen auch als Studienleistungen einbringen zu können sind vielen Praktikern teilweise nicht bekannt oder werden unterschätzt.

Es zeigt sich auch, dass die Wahl des richtigen Bewerbers letztlich nicht nur von dessen Noten oder dessen Einhaltung der Regelstudienzeit abhängt. Teilweise werden sogar Personen, die etwas andere Wege in ihrem Leben gegangen sind, von einigen Unternehmen als interessantere Bewerber eingestuft, als diejenigen mit Standardlebensläufen und Standardqualifikationsbiographien.

Hinsichtlich der Bewertung der Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor- und Masterabschlüsse lässt sich bei den befragten Unternehmen kein

eindeutiges Meinungsbild ableiten. Während einige Unternehmensvertreter keinerlei Probleme oder Veränderungen hierdurch wahrnehmen und der Meinung sind, dass sich nach einiger Zeit die Diskussion hierüber legen wird, hätten andere Unternehmen gerne das altbewährte Diplom-/Magister-System zurück, da es vielfach (auch international) als ein Qualitätsmerkmal eingestuft wird.

## 2.2 Praktika und Jobs während des Studiums

Der erste Schritt in den Arbeitsmarkt wird von den meisten Studenten der UdS bereits während ihres Studiums gemacht (siehe Kapitel V). So ergeben sich – je nach Studienfach – schon während des Studiums zahlreiche Möglichkeiten, Abschlussarbeiten in Kooperation mit Unternehmen zu verfassen, eine finanzielle Unterstützung bspw. durch Stipendien aus der Privatwirtschaft von Stiftungen oder von Bund und Ländern zu erhalten oder als (Teilzeit-)Arbeitskraft in Unternehmen Erfahrungen zu sammeln. Die Expertenbefragung zeigt, dass es für einige saarländische Unternehmen selbstverständlich ist, Studierende mit verschiedenen Formen von Stipendien zu fördern. „*Wir beteiligen uns am Deutschland-Stipendium*“ (U4) oder: „*Das Saarlandstipendium ist sehr gut und frei gestaltbar [...]*“ (U6). So wird die Bereitschaft vieler saarländischer Unternehmen bekundet, ein Hochschulstudium z. B. durch ein Stipendium zu unterstützen. Diese werden von den Unternehmen „*[...] mit dem Ziel auch schon Kontakt zu jungen, gut ausgebildeten Menschen zu knüpfen*“ (U6) vergeben. Durch diese finanziellen Hilfen können die Unternehmen zudem bereits frühzeitig hochqualifizierte und geeignete Bewerber identifizieren und somit die Suchkosten der Personalbeschaffung, die künftig angesichts der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Knappheit von qualifizierten Arbeitskräften stark steigen dürften, reduzieren. Dies zeigt sich auch in folgender Aussage: „*Meiner Meinung nach muss man heute schon die Mitarbeiter zu einem sehr frühen Zeitpunkt an das Unternehmen binden. Das ist natürlich eine Möglichkeit über Praktika, über Werkstudenten oder Hiwi-Tätigkeiten, wie wir es nennen, über Master- und Bachelorarbeiten. Das sind alles Maßnahmen, die wir auch befürworten*“ (U15).

Des Weiteren gehen Unternehmen mit den Studierenden – je nach Studienfach – nicht selten eine Kooperation bei der Anfertigung von Abschlussarbeiten ein. Hierbei zeigt sich bei einigen Unternehmen, dass die HTW als Partner bei der Bearbeitung von alltäglichen praktischen Problemen in Unternehmen vorgezogen wird: „*Wir betreuen Bachelorarbeiten, die dann bei uns im Haus geschrieben werden, wobei das nicht schwerpunktmäßig mit der Universität ist, sondern mit der HTW [...]*“ (U4). Z. T. werden diese Kooperationen im Rahmen von Abschlussarbeiten jedoch auch mit anderen Universitäten durch-

geführt: *„Auch mit der Universität, aber jetzt nicht an der Saar. Viele kommen vom Umweltcampus Birkenfeld, weil dort das Thema [von Interesse für das Unternehmen; der Verf.] ist. Und aus dem Bereich Karlsruhe, Kaiserslautern“* (U20). In dem Zusammenhang *„[...] würde ich mir seitens der UdS eine offensivere Rolle wünschen, auf Unternehmen zuzugehen“* (U16). Außerdem sieht sich insbesondere aus Kapazitätsgründen im Saarland nicht jedes Unternehmen in der Lage, solche Abschlussarbeiten zu betreuen: *„Allerdings sind wir in Saarbrücken [im Unternehmen; der Verf.] von der Theorie zu schwach aufgestellt“* (U12). Dies wird von den Betroffenen jedoch nicht nur mit einer mangelnden theoretischen Beschäftigung in den jeweiligen Unternehmen, sondern teils auch mit fehlenden (personellen) Ressourcen begründet.

Während die Studierenden der HTW als Bearbeiter praktischer Probleme in Unternehmen im Rahmen ihrer Abschlussarbeiten präferiert werden, sieht man die Universitätsabsolventen oftmals eher als künftige Mitarbeiter, die man schon früh zu binden sucht und auch als flexibel einsetzbare qualifizierte Kräfte zur Kompensation von Belastungsspitzen im jeweiligen Unternehmen:

*„Wir sehen studentische Tätigkeiten in doppelter Hinsicht. Auf der einen Seite helfen die uns natürlich Spitzen abzufangen, helfen die uns flexibel zu sein. Auch eine Unterstützung zu geben, die wir von einem Festangestellten auch vielleicht gar nicht bekommen[...]“* (U10).

In diesem Kontext hat sich die Art der Nebenjobs von Studenten aus Sicht der Befragten im Zeitablauf verändert. So sehen es einige Experten als „Gang und gäbe“ (V1) an, dass in dem Bereich des Studienfaches gearbeitet wird und die klassischen Studentenjobs dem „Einsatz im fachlichen Bereich“ (P1) weichen. Verträge mit Werksstudenten werden so geschlossen, dass es weiterhin möglich ist, die studentischen Pflichten zu erfüllen. Es werden jedoch Verträge von z. Z. bis zu 20 Stunden pro Woche angesprochen.

Allerdings gibt es bei dem Thema „studentische Arbeitskräfte“ unter den saarländischen Experten auch kritische Stimmen:

*„Wobei darin natürlich die Gefahr liegt, das hier Studierende auch irgendwo ausgebeutet werden. Also, das sehe ich schon, dass man dann von studentischen Hilfskräften vielleicht Dinge erwartet und verlangt, die man eigentlich nicht erwarten dürfte. Der für das Geld auch dann angestellt ist, also da ist – das ist ein schmaler Grat – glaub ich[...]“* (P2).

Dies zeigt sich nach Meinung einiger Unternehmen implizit auch darin, dass von den Bachelor-Absolventen mittlerweile zunehmend Arbeiten ausgeführt werden, die vor einigen Jahren noch von Auszubildenden erledigt wurden. So werden bspw. Tätigkeiten, die vor Jahren noch von Sachbearbeitern mit Berufsausbildung erledigt wurden, heute zunehmend von Bachelor-Absolventen erledigt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Beschäftigung von Studenten während ihres Studiums für die Unternehmen ein entscheidender Weg zur Kontaktaufnahme geworden ist. Bezüglich der Studenten der UdS wird der Kontakt seitens der Unternehmen teilweise auch aktiv gesucht. Hier steht jedoch primär das Ziel im Vordergrund, bereits möglichst frühzeitig hochqualifiziertes Personal für sich zu gewinnen und dadurch die zukünftigen Absolventen der Universität an das Unternehmen zu binden. Dies geschieht häufig durch Praktika, bei denen Studierende merklich seltener als reine Aushilfen, sondern vielmehr als flexible und preiswerte Arbeitskräfte im Ersatz für dual-geschulte Kräften eingesetzt werden. Dies lässt sich als Indiz dafür deuten, dass die berichtete „Praxisferne“ der Studierenden der Universität im betrieblichen Alltag nur eine zu vernachlässigende Größe darstellt und dieses z. T. wahrgenommene Defizit über Praktika problemlos ausgeglichen werden kann und oftmals auch ausgeglichen wird.

### **2.3 Absolventen**

Nachdem die Beschäftigungschancen für Studenten während ihres Studiums an der UdS, HTW oder ASW aus Sicht der potenziellen Arbeitgeber beschrieben wurden, wird nachfolgend beschrieben, wie sich die konkrete Suche nach dem „richtigen“ Bewerber aus Sicht der Unternehmen gestaltet und welche Erwartungen die saarländischen Unternehmen diesbezüglich haben. Die Kernfrage ist in diesem Zusammenhang, ob tatsächlich – wie zuvor dargestellt – eher Personen eingestellt werden, die sich bereits in einem Unternehmen „erprobt“ haben, oder ob es sich vielmehr um komplexe Einstellungsprozesse handelt, bei denen die Chancengleichheit gegenüber allen Bewerberinnen und Bewerber im Vordergrund steht. Ebenfalls interessant ist es herauszuarbeiten, inwiefern es für die Unternehmen notwendig ist, Anreize für die (potenziellen) Bewerber zu schaffen, da die Anzahl der Bewerber aufgrund eines zunehmenden Fachkräftemangels bereits heute in vielen Bereichen stark rückläufig ist. Des Weiteren soll eruiert werden, wie hoch die Anteile der Hochschulabsolventen in den saarländischen Unternehmen überhaupt ist.

Im vorherigen Kapitel hat sich bereits angedeutet, dass die befragten Unternehmen durchaus unterschiedliche Erwartungen an ihre potenziellen Arbeitnehmer haben, die nicht zwingend den tradierten Kriterien (gute Noten, kurze Studiendauer, lineare Lebensläufe etc.) entsprechen müssen. Die vorgebrachten Entscheidungsgrundlagen werden in diesem Abschnitt nochmals eingehend betrachtet und die von den Unternehmen formulierten Ansprüche werden mit der Art und Weise, wie diese ihre Arbeitskräfte tatsächlich rekrutieren gegenübergestellt.

Hierbei ist zu beachten, dass sich die befragten Personen keineswegs über die Kriterien einig sind, die von einem „perfekten“ Bewerber erfüllt werden sollten. Dies ist allerdings aufgrund der branchen- und unternehmensspezifisch variierenden Anforderungen nicht überraschend. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Auswahl der befragten saarländischen Unternehmen nicht repräsentativ ist und ein Großteil der Universitätsabsolventen nicht als abhängig Beschäftigte in der Industrie oder im Handel tätig ist. Die Ausführungen eignen sich also nicht als allgemeingültiges Portfolio für sämtliche Studierende, sondern sollen lediglich einen Überblick geben.

Während für einige Arbeitgeber die Noten und die Studiendauer die wesentlichen Entscheidungskriterien sind, dienen diese in der Regel eher als ergänzendes Entscheidungskriterium, wie nachfolgende Aussage verdeutlicht: *„Sagen wir mal, wenn wir viele Bewerbungen haben und aussortieren müssen, kann das natürlich ein Kriterium sein, wenn – was weiß ich – die Noten schlecht sind, Lücken im Lebenslauf sind, da kann es schon sein, dass wir sagen, na ja die ist jetzt nicht so interessant, die legen wir auf die Seite. Aber ansonsten sind wir schon eben offen. Wichtig ist bei uns, dass wir ein Gefühl für die Persönlichkeit kriegen“* (U6).

Geradlinige Lebensläufe sind aus Sicht der Befragten – wie bereits erwähnt – jedoch nicht immer notwendig: *„Ich persönlich bin immer von Leuten beeindruckt, die keinen gradlinigen Lebenslauf haben, sondern die – was weiß ich – mal früher mit der Realschule angefangen haben, dann auf der Abendschule Abitur nachgemacht, ein FH-Studium hinterher geschoben, unter Umständen dann auch das Upgrade zum [universitären; der Verf.] Diplom. Dann weiß ich, das sind Leute, die sind sehr, sehr zielstrebig, sie sind auch mal bereit zu leiden“* (U2).

Im Vordergrund bei Rekrutierungsentscheidungen steht jedoch in der Regel das Unternehmen, seine spezifische Unternehmenskultur und die konkreten Anforderungen des Jobs: *„Für uns geht es vielmehr um den Test, ob er bei uns ins Unternehmen und in die Niederlassung reinpasst. Die letzten Einstellungen, die wir hatten, waren allesamt frühere Praktikanten. D. h. wir haben die Menschen vorher getestet, die haben uns getestet, ob es passt und insofern besteht da eine sehr enge Verbindung“* (U12). Hierbei wird von „erproben“ (V3) und „unverbindlich“ (V3) gesprochen, aber dennoch sehen Unternehmen darin *„einen gewissen Stellenwert und es ist klar, dass derjenige, der über einen längeren Zeitraum in einem Bereich gewesen ist, da kann man natürlich besser den Eindruck erwecken, ob wir den brauchen können oder nicht“* (U5). Den größten Vorteil sehen die Studienteilnehmer im Falle vorgeschalteter Praktika darin, dass sich sowohl das Unternehmen ein Bild von den Kandidaten als auch der Kandidat ein Bild von dem machen kann, was sie/ihn im Berufsalltag in dem betreffenden Unternehmen erwartet.

Insgesamt ist jedoch an dieser Stelle festzuhalten, dass sich das Suchverhalten saarländischer Unternehmen offensichtlich nicht sehr von dem anderer Unternehmen unterscheidet. Selbst bei der Rekrutierung von Führungskräften sind die Unternehmen um einen frühzeitigen Kontakt bemüht und Praktika stellen einen wichtigen Zugangsweg dar. Dementsprechend erfolgt die Rekrutierung bevorzugt aus der Region und die Studierenden der regionalen Hochschulen haben aufgrund der räumlichen Nähe möglicherweise Vorteile gegenüber externen Bewerbern.

Wie schon bei den Kriterien, die zu einer Anstellung führen, so ist auch die Art und Weise, wie Unternehmen geeignetes Personal suchen, unterschiedlich. Bei Unternehmen mit einem hohen regionalen Stellenwert läuft dabei der Rekrutierungsprozess oftmals ohne großen Suchaufwand ab: *“Wir haben eine sehr hohe Quote an Initiativbewerbungen von Hochschulabsolventen“* (U4). Ein aktives Hochschulmarketing ist in diesen Fällen: *„Eher unwichtig, weil wir genügend Bewerbungen haben. Oder anders ausgedrückt: Wir sind der Meinung, dass die Anzahl der offenen Stellen in der Relation zu den Bewerbungen, die so kommen, einfach zu klein ist“* (U9).

Andere Unternehmen sehen jedoch in gezielten Suchaktivitäten an der UdS eine große Chance, *„[...] weil es immer relativ schwer ist, geeigneten Nachwuchs zu finden“* (U3). *Manche nutzen „[...] auch Aushänge an der Uni. Wenn wir beispielsweise im [wissenschaftlichen Bereich; der Verf.] jemanden suchen – da brauchen wir junge, intelligente Menschen [...]“* (U7). Eine andere Möglichkeit bietet sich durch das Angebot von Trainee-Programmen oder durch die kontinuierliche Suche nach Werksstudenten oder Praktikanten: *„dann schreiben wir das direkt über die Lehrstühle aus. Wir gehen auch in die eine oder andere Veranstaltung, um dort ein Thema vorzustellen und gleichzeitig auch einen Hinweis zu geben, dass wir Bedarf haben“* (U11).

Auch das Rekrutieren über Printmedien und Radioprogramme oder das Rekrutieren über Social Media und Personalberater sind für die saarländischen Unternehmen von Bedeutung, wobei die regionalen Medien hier bevorzugt genutzt werden. Auch hieraus ergibt sich ein gewisser Standortvorteil für die Studierenden der saarländischen Hochschulen. Dieser kann z. B. wie folgt charakterisiert werden: *„Insofern gibt es da schon so ein typisches Bewerberbild, für die Ingenieursstellen ist es, dass der Saarlandfaktor auch sehr hoch ist, also das sind auch zum Großteil Leute, die aus dem Südwestraum sind [...]“* (U2).

Zudem wird der demographische Wandel langsam bei den Arbeitgebern in der Region spürbar und führt notwendigerweise zu einer Veränderung der Struktur von Bewerbungsverfahren, indem sich durch die zunehmende Knappheit hochqualifizierter Arbeitskräfte die Konkurrenz um Humankapital zwi-



schen den Unternehmen verschärft: „*Während es früher der Fall gewesen ist, dass Absolventen um die Unternehmen buhlen mussten und vielleicht zehn Absagen bekommen haben, haben wir heute eigentlich einen Wandel, dass die Unternehmen zunehmend um hochqualifizierte junge Akademiker werben, sie versuchen frühzeitig an die Unternehmen zu binden und so auch ein Stück weit zum Wissenstransfer beitragen*“ (V1). Die Aktivität muss nun viel stärker von den Unternehmen ausgehen: „*Man kann sich heute nicht mehr hinsetzen und warten, bis die Bewerber kommen [...] Man muss sich ja mittlerweile als Unternehmen bei den Kandidaten bewerben*“ (U15). In dieser Situation gewinnt für die befragten Unternehmen der Kontakt zu nahe gelegenen Hochschulen deutlich an Bedeutung. Interessant ist, dass der direkte Kontakt zu Lehrstühlen an der Universität das häufigste Mittel hierfür darstellt und institutionalisierte Wege der Kontaktabahnung durch spezialisierte Einrichtungen deutlich seltener genutzt werden.

Die Hochschulabsolventen sind im betrieblichen Kontext der befragten Unternehmen zumeist in der Minderheit und dementsprechend spielt ihre Rekrutierung oftmals gegenüber anderen Beschäftigungsgruppen eine eher untergeordnete Rolle. Es zeigt sich jedoch, dass die Zahl der Hochschulabsolventen in den saarländischen Unternehmen sehr unterschiedlich ist. Die Spanne geht bei den Befragten von: „*Wir sind jetzt ein [kleines Dienstleistungsunternehmen; der Verf.], dementsprechend gering ist auch die Zahl der Universitätsabsolventen in unserem Bereich. Die können Sie mehr oder weniger an zwei Händen abzählen.*“ (V3) bis hin zu: „*[...]Wir haben fast ausschließlich Hochschulabsolventen beschäftigt und natürlich auch mit Background Wirtschaftswissenschaften und Informatik. Die sind für uns überlebenswichtig*“ (U17). Anteilszahlen von: „*2,6 % unserer Mitarbeiter haben einen Universitätsabschluss, 1,8 % haben einen Fachhochschulabschluss*“ (U4), über „*Wir sind jetzt 10 Leute [in unserer Abteilung; der Verf.] und davon haben 9 einen Hochschulabschluss*“ (U1), bis hin zu „*da sind es nämlich genau 50 %, das sind nämlich die ganzen – das sind die Wissenschaftler [Universitätsabsolventen, die Verf.], die halt alle einen [Assistenten; der Verf.] mindestens besitzen [...]*“ (U2). Dieses Bild ist jedoch keineswegs repräsentativ, da die Auswahl der Gesprächspartner unter der Maßgabe erfolgte, dass die Unternehmen über Erfahrungen in nennenswertem Umfang mit Hochschulabsolventen verfügen.

Zusammenfassend sehen die befragten Vertreter aus der Politik, den Verbänden und den Unternehmen eine Hauptfunktion der UdS in der Produktion geeigneter, hochqualifizierter Arbeitskräfte. Die Unternehmen gehen davon aus, dass innerhalb der UdS junge Menschen ausgebildet werden, die kreative Ideen und Konzepte zur Lösung verschiedenster Problemstellungen entwickeln können. Dass die im Unternehmen beschäftigten Studierenden und



Absolventen neben den gewünschten Soft Skills vor allem ein solides Fachwissen mitbringen sollen, ist aus Sicht der Unternehmen unbestritten. Im Einstellungsprozess wählen die Auskunftspersonen die Bewerber nicht nur nach „harten Kriterien“ wie Noten oder Regelstudienzeit aus. Teilweise sind sogar diejenigen Bewerber mit einer ungewöhnlichen Vita und Diskontinuitäten in ihrem Studienverlauf für einige Unternehmen interessanter als Bewerber mit gradlinigen Studienbiographien und Lebensläufen. Es zeigt sich zudem, dass für die Unternehmen die Beschäftigung von Studierenden während ihres Studiums ein entscheidender Weg zur Kontaktaufnahme darstellt. Hierbei steht das Ziel im Vordergrund, bereits frühzeitig hochqualifiziertes Personal für sich zu gewinnen und die zukünftigen Absolventen der Universität an das Unternehmen zu binden. Dies geschieht häufig in Form von Praktika oder Abschlussarbeiten. Bei der Suche nach Arbeitnehmern spüren die Unternehmen den demographischen Wandel, was zu einer Veränderung der Struktur von Bewerbungsverfahren führt, indem sich durch die zunehmende Knappheit an hochqualifizierten Arbeitskräften die Konkurrenz um Humankapital zwischen den Unternehmen verschärft: In dieser Situation gewinnt für die Unternehmen der Kontakt zu nahe gelegenen Hochschulen deutlich an Bedeutung.

### **3 Bedeutung der Universität des Saarlandes für die Region**

Die bisherigen Ausführungen haben sich primär auf die betriebswirtschaftliche Sicht und die Einstellungen der Unternehmen zu den Studierenden der saarländischen Hochschulen bezogen. Dementsprechend stammten die meisten Aussagen von Unternehmern bzw. Wirtschaftsvertretern, die selbst Erfahrungen aus erster Hand mit der Beschäftigung von Studierenden und Hochschulabsolventen gemacht haben. Im Folgenden geht es nun darum herauszuarbeiten, wie die Beziehungen zwischen der UdS und dem Land von den Befragten eingeschätzt wird.

Auffallend dabei ist, dass die UdS im Gegensatz zu anderen deutschen Universitäten eine besondere Stellung einnimmt, da sie die einzige Universität im Bundesland ist, wodurch die Situation im Saarland nicht uneingeschränkt mit anderen Bundesländern zu vergleichen ist. Daher soll nachfolgend eruiert werden, inwieweit eine vollständige Abschaffung der Universität oder auch nur eine Begrenzung des Angebots an Studienfächern, Serviceleistungen, Forschungskapazitäten etc. zugleich auch ein Verlust an Attraktivität für das gesamte Bundesland bedeuten würde. Während z. B. die Verlagerung von Studienfächern von Kaiserslautern nach Trier (oder umgekehrt) für Rheinland-Pfalz durchaus eine steuerungspolitische Option sein kann, bedeutete eine Verlagerung von Saarbrücken nach Trier oder Kaiserslautern zugleich auch das

Bekanntnis des Saarlandes, dass es solche Angebote nicht bereitstellen kann bzw. will und Interessenten an ein anderes Bundesland verweisen muss. Die in letzter Zeit viel beschworene Selbständigkeit des Saarlandes ist bereits an dieser Stelle stark gefährdet und ein gewisser Imageverlust des Landes würde durch solche Entscheidungen bewusst in Kauf genommen werden.

Das Spektrum der Fragestellungen, die sich aus dem speziellen Verhältnis eines Bundeslandes zu seiner einzigen Landesuniversität ergibt, ist sehr groß und kann nachfolgend in seiner Breite nicht vollständig abgedeckt werden. Der Fokus liegt daher auf ausgewählten und volkswirtschaftlich besonders relevanten Aspekten, wie bspw. der wirtschaftlichen Funktion von Studierenden und Absolventen, den Standorteffekten und Imageeffekten, die sich aus der Existenz der UdS ergeben, der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universität im Lande und schließlich ganz allgemein dem Image des Landes sowie den darauf einwirkenden Aspekten der Universität. Es geht also letztlich um die Frage, was das Saarland nach der Meinung wichtiger Wirtschaftsvertreter aus ökonomischer Sicht verlieren würde, wenn es keine Universität mehr gäbe.

### 3.1 Studierende als Wirtschaftsfaktor

Studierende werden branchenübergreifend nicht nur als Arbeitskräfte, sondern auch als potenzielle Kunden bzw. als Konsumenten von den befragten Arbeitgebern gesehen. In welchem Rahmen das auf wirtschaftlicher Ebene aber tatsächlich stattfindet und wie hoch der ökonomische Nutzen hieraus für die Großregion ist, kann aus diesen Aussagen jedoch nicht abgeleitet werden (siehe dazu weiter unten in diesem Kapitel und Kapitel V). Die befragten saarländischen Unternehmen und Verbände sind sich allerdings weitgehend einig darüber, dass das Leben von Studierenden in der Region viele Bereiche der Wirtschaft positiv beeinflusst: „... aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das ein wichtiger Faktor, klar. Also Studierende geben Geld aus und das landet wieder in der Wirtschaft und Studierende geben natürlich einen Großteil ihres Geldes aus für Wohnraum, Essen, Freizeitgestaltung [...], d. h. das Geld bleibt dann auch eher im Land“ (V3).<sup>1</sup> Einschränkung wird auch auf die vermeintlich geringe Kaufkraft dieser speziellen Käuferschicht verwiesen: „Sicherlich sind sie ein wichtiger Faktor im Konsum, wobei man sich auch im Klaren darüber sein muss, dass die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht so riesig sind“ (V3).

Insgesamt gibt es aber keine Zweifel daran, dass mit einer Kapazitätsreduzierung der Universität immer auch ein Kaufkraftverlust für die Region verbunden ist. Besonders hervorgehoben wird hierbei die eindeutig regionale

---

1 Zum Anteil des im Saarland ausgegeben Geld der Studierenden siehe Kapitel V.

Bindung dieser Kaufkraft, von der offensichtlich viele Branchen profitieren (vgl. Kapitel IV und V).

### 3.2 Wahrnehmung und Image der Universität des Saarlandes (Wegfall der Universität?)

In diesem Kontext scheint es zwei grundlegend verschiedene Meinungsbilder über die Universität zu geben, die sich quasi konträr gegenüberstehen. Dabei stehen auf der einen Seite diejenigen Befragten, die die UdS in ihrem eigentlichen Sinne als Einrichtung für Forschung und Lehre sehen und diese aus einem klassischen Verständnis heraus als „*nucleus*“ (V3) der Wissensproduktion an sich betrachten, die auch als Basis künftiger Problemlösungen zu verstehen ist. Hierbei wird z. B. von einer Bildungseinrichtung gesprochen, die sich in erster Linie an die allgemeine Bildung junger Menschen richtet, ohne diese zu spezifisch auf einen vereinzelt Sachverhalt oder Problembereich zu lenken:

*„Also ich bin schon ein Anhänger einer Universität im klassischen Sinne und denke auch, da muss man ein Stück weit wieder an so Dinge – ich will jetzt gar nicht die Anforderungen an ein Unistudiums in Generale erheben, da gehört auch eine Form von akademischem Arbeiten dazu und so ein Stück weit akademisches Selbstverständnis. Es geht nicht nur darum, Dinge möglichst effizient zu bearbeiten. Es geht auch darum, Risiken rechtzeitig zu erkennen, es geht darum über den Tellerrand ein Stück weit hinauszuschauen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass die Uni ihren Studierenden vermittelt, dass man da auch lernt, kritisch zu denken, seine eigene Position in Frage zu stellen, für Deutschland. Für die deutsche Philosophie war die Dialektik im 19. Jahrhundert ein ganz entscheidendes Instrument [...]. Es hat keiner die Weisheit mit Löffeln gefressen also von daher ist es immer wichtig, sich zu hinterfragen und zu schauen, was kann man bei einem Hochschulstudium lernen“ (V5).*

Den Befürwortern einer solchen universellen Bildungsperspektive gegenüber stehen Personen, die die UdS eher als verwertungsbezogene Ausbildungsinstitution oder verlängerte Werkbank der Unternehmen begreifen. Hier wird oft die Forderung vorgebracht, dass die UdS ihr Profil schärfen müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ein Vertreter der Wirtschaft drückt dies wie folgt aus: *„Also die Uni braucht aus meiner Sicht auch ein scharfes Profil. Das geht einher mit der Imagebildung des Saarlandes. Auf Marketingdeutsch ausgedrückt: „Profilschärfung muss ganz einfach her. Ich muss das Bild so schärfen, dass wenn jemand an die Universität des Saarlandes denkt, eben das auch mit einem Schwerpunkt verbindet [...]“ (U8).*

Der UdS wird daher von den Unternehmen häufig die Aufgabe zugewiesen, speziell für den Bedarf der ansässigen Wirtschaft auszubilden, denn es ist ja angeblich bekannt, *„dass wir händeringend Ingenieure suchen, wo wir im*

Saarland auch sehr viele Technikunternehmen haben, da meine ich schon, dass wir an der Stelle sicherlich nicht an der falschen Stelle sparen dürfen“ (U6).<sup>2</sup> Die Meinungen über die Konsequenzen eines eventuellen Wegfalls der UdS für das Saarland sind ebenso wie diese unterschiedlichen Einschätzungen der Rolle einer Universität different. Ein Teil der Unternehmen hält die UdS für „[...] unabdingbar. Sie ist total wichtig für die Region. Die wertet die Region auf, die wertet Saarbrücken auf, die wertet das Saarland auf. Ohne die Universität weiß ich nicht, wo wir da stehen würden“ (U15). Die Universität wird daher auch als „bedeutender Standortfaktor“ (U16) beschrieben und ihr Fortbestand „als Standortfaktor unheimlich wichtig“ (V1) und „essentiell“ (U13) eingeschätzt. In der Wahrnehmung dieser Studienteilnehmer steht und fällt das Image eines Bundeslandes mit dem Wert seiner Universität im regionalen sowie im überregionalen Kontext.

Andere Befragte hingegen beurteilen diesen Sachverhalt anders, denn „[...] ob Sie eine gute Uni in der Nähe haben, ist relativ Wurst, weil letztendlich, ich kann sie [die potentiellen Arbeitskräfte; der Verf.] ja, ich kann sie bundesweit, ich kann sie europaweit akquirieren und solange der Standort und das Unternehmen attraktiv sind, werde ich sie überall hinkriegen“ (U1). Die Verbindung zwischen Standortattraktivität und Universität wird von diesem Experten als eher schwach gesehen. Dies ist allerdings die Position einer Minderheit der Befragten und sicherlich einer stärker betriebswirtschaftlich geprägten Beurteilung der UdS geschuldet. Der letzten Aussage könnte man problemlos hinzufügen, dass es für ein gutes Unternehmen auch keine besondere Schwierigkeit darstellen dürfte, seinen Standort in attraktivere Regionen mit einer gut arbeitenden Universität zu verlagern, wenn sie einen spezifischen Bedarf in dieser Richtung haben. Wenn die Universität zur reinen „Hochschule“ im Sinne einer Vorbereitung auf das Berufsleben degradiert wird, dann reduziert sich sicherlich auch deren Bedeutung. Denn tatsächlich werden vor allem Führungskräfte selten regional rekrutiert und die Unternehmen finden die Hochschulabsolventen nicht nur in der nächstgelegenen Universität.

Für eine Landesuniversität ist diese limitierte Sicht jedoch besonders prekär. Indem einflussreiche Wirtschaftsvertreter im Land die Universität nur auf ihren Verwertungszusammenhang reduzieren und ihren politischen Einfluss zugunsten einer Ausrichtung der UdS zur Bedienung des (zumeist begrenzten) Ersatzbedarfs innerhalb ihrer eigenen Branche geltend machen, berauben sie die Region ihrer kreativen und innovativen Kraft, die – Schumpeter folgend – zu einer unablässigen „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter 2005, Kapitel VII) bestehender Wirtschaftsstrukturen führen kann und so immer wieder tem-

---

2 Siehe dazu weiter unten.

poräre Monopolisten erzeugt, die zur Quelle zukünftigen Wohlstands werden. Mit anderen Worten: Universitäten dienen häufig gerade nicht dem Erhalt und der Reproduktion bestehender Wirtschaftsstrukturen, sondern können diese durch ihre Forschungsarbeiten und neue Ideen in Frage stellen und sogar zu deren Ablösung im Wirtschaftszyklus führen.

Indem aber die Entwicklung der UdS in Abhängigkeit von den dominanten Wirtschaftsstrukturen der Region gerät, werden diese Möglichkeiten übersehen und vielleicht sogar zugunsten des eigenen kurzfristigen unternehmerischen Nutzens aktiv bekämpft. Im Falle von Kürzungen werden dann genau diejenigen Fachbereiche erhalten und gestützt, welche der Bewahrung des ökonomischen Status Quo dienen und jene Fachbereiche geschlossen, die diesen in Frage stellen könnten. Für das Saarland ist allerdings positiv festzuhalten, dass offensichtlich die Mehrzahl saarländischer Wirtschaftsvertreter diese Zusammenhänge erkennen und genau deshalb die Freiräume der Universität erhalten möchten. So erkennen sie durchaus den Nutzen einer Hochschulbildung jenseits des unmittelbaren Verwertungszusammenhangs und sind größtenteils darum bemüht, diese wertvolle Ressource des „Querdenkens“ und „Infragestellens“ als innovative Kraft in ihr Unternehmen einzubinden.

### 3.3 Arbeitskräftemangel

Das Saarland steht in den nächsten Jahren einer besonderen Herausforderung in Form des früher als in den anderen westdeutschen Regionen einsetzenden demographischen Alterungsprozesses gegenüber. Die politische Diskussion in diesem Bereich ist dabei durch Schlagwörter wie „Fachkräftemangel“ oder „Arbeitskräftemangel“ geprägt und Maßnahmen, wie z. B. Reise- und Arbeits erleichterungen für Migranten sind Ergebnisse dieser Diskussion.

Auf diese Problematik angesprochen, antworten die meisten saarländischen Experten in der zu erwartenden Richtung. Sie gehen von einem zukünftigen Fehlen von Arbeitskräften aus, wofür sie den demographischen Wandel verantwortlich machen. In Bezug auf das eigene Unternehmen wird dieses Szenario allerdings erst auf eine unbestimmte Zukunft projiziert: *„Man hat nicht die große Auswahl an Kandidaten. Wir kriegen Gott sei Dank unsere Stellen besetzt und haben da ganz gute Netzwerke. Das passt noch alles. Es wird [aber, die Verf.] dramatisch werden“* (U15). Eine ähnliche Einschätzung mit bereits eingeleiteten Maßnahmen: *“Also meine Bitte geht dahin, dass man gegenwärtig nicht von einem Fachkräftemangel sprechen kann, aber meine Einschätzung ist die, dass das in den nächsten sieben Jahren massiv zunehmen wird, das ist dann Grund dafür, dass ich in den Unternehmen gesagt habe, dass wir diesem Zustand schon gegenwärtig Rechnung tragen müssen, z. B. bei der Einstellung von Azubis. Denn die Ausbildung dauert ja drei,*

*dreieinhalb Jahre. Diejenigen, die jetzt eingestellt werden, bei denen endet ja die Ausbildung 2015–2016, das bedeutet, dass wir aus demografischen Gründen mehr Probleme haben, als es gegenwärtig der Fall ist“ (U5). Viele Experten sprechen daher von „Verknappungsszenarien“ (V5) und von einem „Fachkräfteengpass“ (V3). Die Situation wird jedoch nicht von allen Befragten als problematisch eingeschätzt. Mit konkretem Bezug zum Saarland äußert sich einer der Befragten: „Also nach dem, was man so liest, [...], ist wohl der Fachkräftemangel als solcher im Moment noch nicht im Saarland sichtbar“ (V5).*

An dieser Stelle ist jedoch ein Unterschied zu machen zwischen einem absoluten und einem relativen Mangel an Bewerbern. Die meisten Befragten erwarten einen absoluten Mangel an Bewerber, der sich durch den demographischen Wandel, Geburtenrückgang und der Binnenwanderung ergibt. Ob dies aber letztlich auch zu einem relativen Mangel an Bewerbern, der sich durch nicht ausreichend qualifizierte Bewerber für bestimmte Stellen im den Unternehmen niederschlägt, führt, wird ambivalent eingeschätzt. Einerseits werden Meinungen wie die folgende geäußert: „Wir hoffen da aber schon in den nächsten ein, zwei Jahren weiterzukommen, um dort eben dem Thema ‚Fachkräftemangel‘ zu begegnen. Fachkräftemangel, das ist natürlich auch sehr wichtig. Natürlich haben wir genügend Absolventen, wir bekommen auch genügend Bewerbungen, aber wir bekommen eben nicht genügend passende Bewerbungen“ (U10). Andererseits gibt es aber auch genügend Stimmen, die bezüglich des eigenen Unternehmens aufgrund dessen spezifischer Ausrichtung oder wirtschaftlichen Stellung weniger Probleme sehen.

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass der Fachkräftemangel gegenwärtig eher in der Rhetorik und der politischen Debatte als im realen Alltag der Unternehmen von Bedeutung ist. Nur wenige sehen zurzeit in diesem Bereich Handlungsbedarf für das eigene Unternehmen, wobei dieses positive Bild sicherlich stark durch die Auswahl der Unternehmen (eher größere Betriebe zumeist mit innovativer Ausrichtung) geprägt ist. Dennoch deckt sich dieses Ergebnis durchaus mit gesamtdeutschen Analysen, die angesichts der vorhandenen Reserven im Arbeitsangebot die Problematik deutlich weniger dramatisch darstellen (vgl. z. B. Brenke, 2012; Zika et al. 2012). Insgesamt wird dabei eher von einer Verschärfung des Mismatch-Problems ausgegangen als von einem generellen Mangel an Fachkräften. (Im Saarland gehen die aktuellen Prognosen von einer positiven Beschäftigungsentwicklung bis zum Jahr 2025 aus, getragen hauptsächlich durch den Dienstleistungssektor, (vgl. Distelkamp u.a. 2008), dem ein zurückgehendes Erwerbspotenzial entgegensteht, (vgl. Fuchs u.a. 2009). Die Schwierigkeiten am saarländischen Arbeitsmarkt der Zukunft sind aber dennoch weniger quantitativer denn qualitativer Art: „Da auf Grund

der Verschiebung der Altersstruktur die geburtenstarken Jahrgänge sich dem Rentenalter immer stärker nähern und die Zahl der nachrückenden Jüngeren abnimmt, ist beim bisherigen Ausbleiben einer weiteren Bildungsexpansion ein Mangel an qualifizierten Kräften für die Zukunft zu befürchten. Daher sind erhebliche Investitionen in Bildung und Weiterbildung notwendig, um den aus solch einer Entwicklung resultierenden Problemen vorzubeugen“ (Distelkamp u.a. 2008:19).

Wie sich diese Thematik auf der universitären Ebene entwickeln wird, ist noch unklar. „Generell wird in Prognosen davon ausgegangen, dass es besonders bei Hochschulabsolventen und hier vor allem bei Forschungs-, Werbe- und Beratungstätigkeiten sowie gesundheitliche und erzieherische Tätigkeiten einen erheblichen Mangel ab ca. 2020 geben wird (vgl. z.B. Prognos 2010: 60). Allerdings ist unklar, ob dieser Mismatch sich in prekären Angebotsproblemen niederschlägt. Dies hängt u. a. mit der hohen Flexibilität der Hochschulbildung und -absolventen zusammen. Denn viele Studiengänge bereiten die Studierenden nicht nur auf ein eng begrenztes Berufsbild mit eingeschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten vor, sondern sind im Gegenteil vielseitig ausgestaltet und durchaus an neue Herausforderungen anpassbar. Interessant ist hierbei aber auch der Sachverhalt, dass keiner der Befragten die Bedeutung der UdS als Pull-Faktor nennt; denn durch eine entsprechende Ausrichtung der Universität an den Herausforderungen des demographischen Wandels könnte diese dem demographischen Wandel entgegensteuern (siehe hierzu Kapitel VIII). Es zeigt sich jedoch, dass diese Problematik von den Studienteilnehmern offensichtlich weniger mit der akademischen Ausbildung verknüpft wird.

### **3.4 Kooperationen zwischen Universität und Unternehmen**

Neben den bereits dargestellten Aspekten sind die Verbindungen zwischen der Universität und der Wirtschaft in der Region von Bedeutung. Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit sind dabei sehr vielfältig und betreffen sowohl die universitäre Bildung als auch die Forschung. Von den befragten Experten wurden die Voraussetzungen, unter denen solche Kooperationen funktionieren können, klar umrissen. Diese betreffen u. a. die Verflechtungen zwischen der UdS und den betreffenden Unternehmen. So berichten manche Unternehmen von „zahlreichen Kontakten mit der Spitze der UdS in verschiedenen Gremien anderer saarländischer Einrichtungen“ und heben dadurch die Vorteile eines kleinen Bundeslandes „in dem jeder jeden kennt“ hervor. Im Unterschied zu den flächenmäßig deutlich größeren und bevölkerungsreicheren Bundesländern sind die Wege im Saarland vergleichsweise kurz und es ist für Unternehmen deutlich einfacher, mit Angehörigen der Universität in Kontakt zu treten und umgekehrt.



Vor allem Unternehmen, deren wirtschaftliche Aktivitäten eng mit den Ergebnissen der universitären Forschung und der Beschäftigung von Universitätsabsolventen verknüpft sind, zeigen ein erhöhtes Interesse an einer guten Beziehung zu den Einrichtungen der UdS – meist „mit dem Ziel, auch schon Kontakt zu jungen gut ausgebildeten Menschen zu knüpfen“ (U6). In den meisten Fällen erfolgt eine solche Kontaktaufnahme durch Informationen über Praktika oder andere Beschäftigungsmöglichkeiten: „Wir versuchen an der Universität präsent zu sein, um dadurch frühzeitig junges Personal kennenzulernen, sie über Praktika oder Festeinstellungen in unserem Unternehmen zu informieren“ (V4a). Vielfach wird dabei von den Befragten auch ein aktiveres Verhalten der UdS gefordert: „Also knapp formuliert: Know-how-Transfer von der Universität in die Betriebe. Ich glaube, so funktioniert es besser als zu erwarten, dass Betriebe das Know-how abrufen, weil diese nicht wissen, wo sie es abrufen sollen“ (V3).

Eine für die Hochschulen lukrative Form der Zusammenarbeit beschreibt dieser Unternehmensvertreter: „Wir haben da vor einigen Jahren eine Stiftungsprofessur an der HTW gemacht und sind gegenwärtig dabei eine Stiftungsprofessur an der Universität im Bereich der Werkstoffwissenschaft mit dem Thema „Metallurgie“ einzurichten. Darüber hinaus vergeben wir Stipendien an Studenten aus dem Bereich der Werkstoffwissenschaften (...)“ (U19).

Häufig ist das Interesse an Kooperationen mit der Universität auch über die Forschung und deren Verwertbarkeit für das Unternehmen motiviert. In manchen Fällen werden dann auch aktuelle Entwicklungsrichtungen der Universität kritisch gesehen, z. B. „[...] weil das INM [sich; der Verf.] geändert hat, die gehen jetzt mehr Richtung Grundlagenforschung, was die jetzt machen, ist jetzt für die saarländische Industrie also eher nicht mehr so interessant...“. Allerdings gibt es auch Unternehmen, die hier gänzlich anders agieren: „[...] beispielsweise unterstützen wir maßgeblich [auch Initiativen; der Verf.], wo Lehrstühle von HTW und Uni zusammengeführt werden und kooperativ zusammen arbeiten werden. Da geht es nicht darum, das Profil der beiden Institutionen zu schwächen oder zu verwässern, sondern es geht darum, dass sich jeder mit seinen Stärken einbringt und das einbringt, was er für den saarländischen Arbeitsmarkt am besten leisten und liefern kann und solche Maßnahmen unterstützen wir [auch finanziell; die Verf.] seitens der Verbände, indem wir dort auch [finanzielle Unterstützung leisten; die Verf.], weil es genau das ist, was die Unternehmen brauchen, es ist sehr unternehmensnah [...]“ (V3).

Das Bemühen um gute Beziehungen zwischen Universität und Wirtschaft geht jedoch nicht nur von den Unternehmen aus. Auch an der UdS gibt es zahlreiche Einrichtungen, die nach kooperationsbereiten Partnern aus der saarländischen Wirtschaft suchen. Im besten Falle ergibt sich ein symmetrisches



Verhalten, in dem sich beide Seiten um eine Zusammenarbeit bemühen und ein Interesse daran besitzen. Da hier allerdings nur Vertreter der Wirtschaft und keine Universitätsangehörigen befragt wurden, lässt sich die Motivation für eine Kooperation an dieser Stelle nicht weiter untersuchen.

Zumindest sind die auf Unternehmensseite befragten Personen, sofern sie eine Kooperation mit der UdS bzw. mit einzelnen Einrichtungen der UdS eingegangen sind, hiermit durchweg sehr zufrieden. Klagen ergeben sich ausschließlich von denjenigen Unternehmen, die derzeit keine Kooperation mit der UdS haben. Als Ursache für das Ausbleiben einer Zusammenarbeit nennen sie fast durchgehend die fehlende Initiative der UdS. Allerdings berichten sie nicht von einer abweisenden Haltung auf Seiten der Universität, so dass hier wohl die Erwartung, von der UdS um eine Kooperation gebeten zu werden und nicht selbst aktiv sein zu müssen, mit in die Bewertung einfließt. Ein moderates Beispiel hierfür: *„Ich sehe beide in der Verantwortung, glaube aber, dass es für die Universität einfacher ist, bspw. auf mittelständische Unternehmen zuzugehen, als es für die mittelständischen Unternehmen möglich ist, auf die Universität zuzugehen. Ein kleines, mittelständisches Unternehmen ist so sehr mit sich selbst beschäftigt, dass die Kapazitäten einfach nicht da sind, so etwas wirklich strukturiert zu machen. Ich glaube, dass eine Universität hierbei mehrere Möglichkeiten hat: Sie ist freier und hat mehr freie Mitarbeiterkapazitäten, die dafür bspw. einsetzbar sind. Ich glaube, dass sich dies [für beide Seiten; die Verf.] lohnen würde“* (V3).

Manche Unternehmer fordern eine vermehrte Lobbyarbeit der UdS in Richtung der Unternehmen: *„[...] Ein sehr gutes Beispiel dafür, wo das noch besser funktionieren könnte, also Verknüpfungen zwischen Unternehmen und Hochschulen ist im Informatik-Bereich. Gerade was das Thema „Informatik im Saarland“ angeht, bräuchte man eine bessere Lobbyarbeit. Wir haben hier ja gar nicht so wenige IT-Unternehmen und es ist auch weitläufig bekannt, dass die Informatikfakultät des Saarlandes sehr gut ist. Aber wenn ich das nicht mehr nach außen kehre und dies auch kein Unternehmen wahrnimmt, das vielleicht auch etwas weiter weg ist als 100-km-Radius um Saarbrücken herum, dann ist dies eben ein Fehler“* (U8).

In diesem Zuge beklagen manche Unternehmensvertreter auch, dass es von Seiten der Universität keinerlei Information bezüglich etwaiger Anknüpfungspunkte gebe und eine verbesserte Informationspolitik wünschenswert sei. *„Es müsste aus meiner Sicht jemand die Informationen bündeln und dann in einer bestimmten Form bereitstellen. Wir müssen nur wissen, wo wir die Informationen bekommen. Eine Plattform oder eine Homepage, wo bestimmte Dinge stehen. Ich muss im Grunde nur wissen, wo ich an die Information komme. Ich muss die Information nicht immer präsent haben“* (U4). Die tatsächlich

vorhandenen Angebote der UdS werden von dieser Zielgruppe offensichtlich nicht oder nur ungenügend wahrgenommen.

Die Experten, die von einer positiven Zusammenarbeit berichten, verweisen durchweg auf ihre persönlichen Kontakte zur UdS: *„Also da ist der Kontakt schon sehr gut, zu einigen Professoren sogar hervorragend ausgeprägt, die uns als Anlaufstelle sehen. Umgekehrt haben wir natürlich auch Anlaufstellen in der Uni, wenn wir da Problem oder Fragen haben und zu anderen Lehrstühlen weniger, das liegt in der Natur der Sache“* (V3).

Es scheint also entweder so zu sein, dass die betrachteten Unternehmen gute und zahlreiche Verknüpfungen mit der UdS haben oder eben keine Kontakte. Nur wenige Gesprächspartner haben auf unregelmäßige und schwächere Verbindungen hingewiesen. In diesem Kontext muss jedoch zusammenfassend die Frage aufgeworfen werden, ob es denn auf diesem Gebiet der Beziehungen überhaupt möglich oder gar wünschenswert ist, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Zudem zeigt sich, dass die Beziehungen dort am besten zu funktionieren scheinen, wo Absolventen weiterhin Kontakte zu ihren ehemaligen Hochschullehrern unterhalten bzw. wo Universitätsangestellte ein persönliches Interesse am beruflichen Werdegang einzelner Absolventen haben. Auch dies ist einer der Vorteile lokaler Nähe, der nur mit einer regionalen Universität möglich ist.

Abschließend soll das „Starterzentrum“ als eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis in den Blickpunkt der Auswertung rücken – eine Einrichtung, die aus Sicht der Verantwortlichen – exakt an der Schnittstelle zwischen Universität und Wirtschaft angesiedelt ist. Die Einschätzungen der befragten Experten zum Starterzentrum sind jedoch unterschiedlich. Auf der einen Seite berichten die Experten von einer guten Positionierung dieser Einrichtung, denn *„da gibt es natürlich eine ganze Vielzahl von Anknüpfungspunkten. Als konkretes Beispiel [...] das Starterzentrum. All diese Dinge, die in dem Umfeld angesiedelt sind, sind natürlich für uns als Wirtschaftsförderer vorrangig von großem Interesse“* (V5). Die Unternehmen, die durch dieses Angebot eine Chance bekommen haben, tendieren verständlicherweise zu einem positiven Feedback: *„Das Zentrum gibt es ja schon relativ lange, also ich habe Anfang der 90er Jahre angefangen zu studieren. Seitdem war mir das eigentlich bekannt. Zuerst war die Möglichkeit bekannt, die Räume dort zu mieten und dann kam die Info, dass man dort auch Seminare besuchen kann, was ich dann auch vor meiner Existenzgründung gemacht habe.“* (V4aII). Auch von außen stehenden Unternehmen wird das Starterzentrum durchaus positiv wahrgenommen: *„Also immer dort, wo junge Menschen tätig sind und wo Kreativität ist und Innovationen daraus hervorgehen, da sind eine Vielzahl von Unternehmen [...] in den letzten Jahren entstanden und*

*auch etliche Ausgründungen, wo sich auch der Personalstamm durchaus sehr positiv entwickelt hat und die heute im Saarland auch eine gewichtige Rolle spielen“ (V1).*

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Befragte, die weniger von diesen positiven Effekten überzeugt sind: *„die ursprüngliche Philosophie, dass die Leute so eine Art Inkubator haben und dann einen Schritt weiter gehen, nämlich in die Stadt, [hat; die Verf.] sich nicht immer so ganz erfüllt“ (V5).*

Auch mit Blick auf das Starterzentrum wird von den Befragten hin und wieder auf die fehlende Bewerbung des Angebots hingewiesen, denn *„[es; die Verf.] geht darum, ob man die Angebote der Universität bewusst wahrnimmt oder darauf hingewiesen wird“ (V4a).* Teilweise wird selbst von Personen, die eben diesen Weg der Existenzgründung beschritten haben, darauf verwiesen, dass mehr Außenwerbung betrieben werden müsste: *„Bei mir ist es ein bisschen her, dass ich mich selbstständig gemacht hatte, ich wusste von den Angeboten auch nichts. Ich hatte nur eine Kundenanfrage, die dann in diesem Starterzentrum war und da habe ich dann erst gemerkt, dass es so etwas gibt. Es wird auch nicht viel geworben“ (V4a1).*

Um einen detaillierteren Einblick in die Haltungen und Einstellungen kleinerer Unternehmen zu bekommen, wurden zwei weitere Erhebungen durchgeführt. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Erhebungen zum studentischen Konsum bzw. zur Bedeutung der Studierenden als Wirtschaftsfaktor aus Sicht willkürlich ausgewählter und befragter Unternehmer in der Saarbrücker Innenstadt vorgestellt. In einer zweiten gesonderten Erhebung wurden schließlich einige Existenzgründer des Starterzentrums bzw. junge Unternehmen des Science Park an der UdS befragt. Ziel dieser Untersuchung ist die Frage nach der Bedeutung von Studierenden, Absolventen und der UdS insgesamt für das Existenzgründungsgeschehen im Saarland und damit auch für die Innovationsfähigkeit des Landes sowie die konjunkturelle Entwicklung.

#### **4 Erhebungen in der Saarbrücker Innenstadt und im Starterzentrum/Science Park zum Thema „Studierende als Wirtschaftsfaktor“**

Zusätzlich zu der vorstehenden qualitativen Befragung mit für das Saarland besonders bedeutenden Unternehmen, Verbänden und Politikvertretern wurden zwei weitere Erhebungen – in der Saarbrücker Innenstadt und im Starterzentrum/Science Park an der Universität des Saarlandes – durchgeführt. Insgesamt 37 Unternehmen aus der Gastronomie, dem Einzelhandel sowie dem Dienstleistungssektor, die in der Saarbrücker Innenstadt angesiedelt sind, wurden zum Thema „Studierende als Wirtschaftsfaktor für das Saarland“ befragt.

Mit dieser Erhebung sollte zunächst festgestellt werden, ob Studierende von den Unternehmen in der Innenstadt generell als für sie wichtige Kunden wahrgenommen werden, was von 73 % der Befragten grundsätzlich bejaht wird. Während der Befragung ist jedoch aufgefallen, dass manche Auskunftspersonen dieser Frage unsicher gegenüberstanden, da sie nicht einschätzen können, ob es sich bei jüngeren Konsumenten tatsächlich um Studierende oder eher um Schüler bzw. Auszubildende handelt.

Die Frage, ob Studierende eine besonders wichtige Kundengruppe für die jeweilige Branche sind, wird trotz dieser Schwierigkeiten von einem Großteil der Befragten (54 %) eindeutig bejaht. Verschiedene hierzu befragte Telekommunikationsanbieter erklären darüber hinaus, dass die Kundengruppe „Studierende“ eine ihrer Hauptzielgruppen sei, da sie bei diesen einen stärkeren und langfristigen Konsum vermuten.

Wenngleich Studierende grundsätzlich eine wichtige Zielgruppe für Unternehmen darstellen, bietet aber nicht einmal jedes fünfte der befragten Unternehmen speziell auf Studenten zugeschnittene Leistungen und Angebote an. Werden Studentenangebote offeriert, so handelt es sich bspw. um Studententarife bei Handyverträgen oder bei Friseurbesuchen. Allerdings unterscheiden 81 % der an der Studie teilnehmenden Unternehmen bei ihren Angeboten nicht zwischen Studierenden und anderen Kundengruppen, wodurch es bspw. dieselben Rabattaktionen oder Kundenkarten für alle Kunden gibt. Manche Unternehmen geben an, in der Vergangenheit speziell auf Studierende ausgerichtete Rabatte angeboten zu haben. Diese wurden jedoch von den Studierenden nicht entsprechend nachgefragt und in der Folge nicht weiter angeboten.

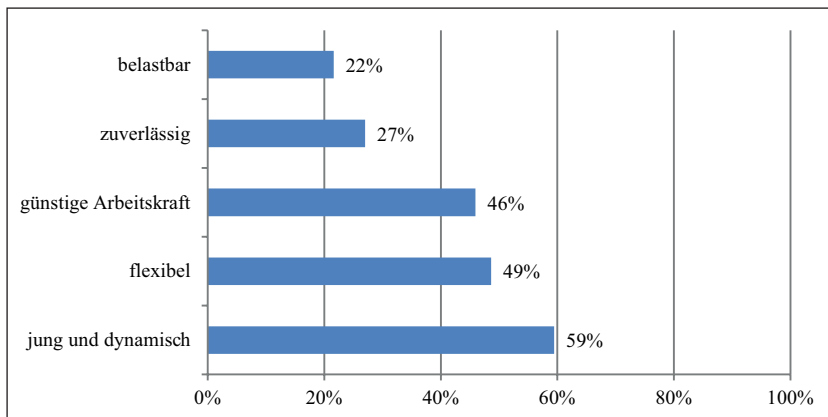
Auch Unterschiede im Nachfrageverhalten von Studierenden zwischen der vorlesungsfreien Zeit und der Vorlesungszeit sind für die meisten Befragten nicht spürbar; lediglich bestimmte Stoßzeiten oder Wochentage, an denen besonders viele Studierende als Kunden in die jeweiligen Unternehmen kommen, werden von 43 % der Befragten wahrgenommen. An dieser Stelle sind vor allem die deutlichen Branchenunterschiede in der Wahrnehmung von Studenten als Kunden hervorzuheben. So wird bspw. in der Gastronomie ein verstärkter Konsum der Studierenden am Wochenende bzw. wochentags am späteren Nachmittag wahrgenommen sowie zu besonderen Events oder Abenden, an denen z. B. Studentenpartys stattfinden. Im Einzelhandel ist ebenfalls ein verstärkter Konsum am Wochenende, explizit samstags spürbar. Die Befragten der Dienstleistungsbranche können im Hinblick auf bestimmte Stoßzeiten und bevorzugte Wochentage hingegen keine klare Aussage treffen.

Die Studierenden sind jedoch für die Unternehmen in der Saarbrücker Innenstadt nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Arbeitskräfte (in Form von Aushilfen oder Teilzeitkräften) von Bedeutung. Etwas mehr als die Hälfte

der Auskunftspersonen beschäftigte zum Untersuchungszeitpunkt studentische Mitarbeiter. Viele geben in diesem Kontext auch an, bereits in der Vergangenheit Studenten in ihrem Unternehmen eingesetzt zu haben. Allerdings ist dabei von manchen Unternehmen kritisiert worden, dass es sich für sie aufgrund des häufig unregelmäßigen Vorlesungsplanes der Studierenden teilweise als schwierig gestaltet, geregelte Arbeitszeiten mit diesen zu vereinbaren. So gehören kurzfristige Ausfälle von Studierenden ihrer Ansicht nach teilweise leider zum Alltag. Dies führt nach Angaben der betroffenen Unternehmen dazu, dass sie mittlerweile weniger Studierende beschäftigen.

Grundsätzlich ist die Mehrheit der befragten Innenstadtunternehmen in Saarbrücken daran interessiert, auch künftig Studierende einzustellen. So gelten bei 56 % der Befragten Studierende als beliebte Arbeitskräfte, wobei deren Beliebtheit sich zumeist aus dem jungen und dynamischen Auftreten der Studierenden ergibt (59 %). Auch die Flexibilität der Studierenden wird von vielen Unternehmen sehr geschätzt (49 %). Ökonomische Motive spielen dabei ebenso häufig eine große Rolle und fast die Hälfte der Innenstadtunternehmen sieht die Studierenden als günstige Arbeitskräfte (46 %). Ein deutlich kleinerer Anteil hält die Studierenden zudem für besonders belastbar und zuverlässig.

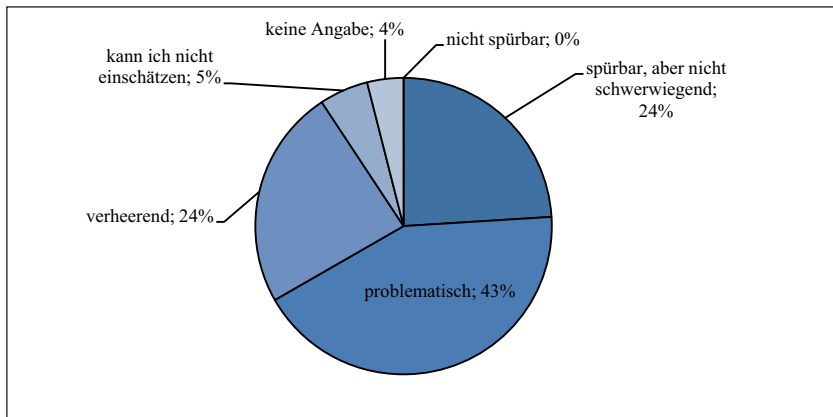
**Abb. 1: Gründe für die Beschäftigung von Studierenden (Mehrfachnennungen möglich) (n=22).**



Eine Verkleinerung bzw. ein Wegfall der Hochschulen wird von den meisten Befragten als „problematisch“ oder sogar „verheerend“ eingeschätzt (48 %). Insbesondere die Unternehmen aus der Gastronomie wären – nach eigenen

Angaben – von der dadurch deutlich reduzierten Konsumentengruppe schwer betroffen. Ein Viertel der Studienteilnehmer vertritt die Auffassung, dass ein Wegfall der Hochschulen für sie zwar spürbar, aber nicht schwerwiegend wäre.

**Abb. 2: Auswirkungen einer Verkleinerung bzw. eines Wegfalls der Hochschulen für die Saarbrücker Innenstadt ( $n=35$ )**



Darüber hinaus äußern einige Teilnehmer der Studie auch Kritik und verschiedene Anregungen, Wünsche und Verbesserungsvorschläge, um die Nachfrage insbesondere von Studierenden zu erhöhen. So kritisieren fast alle Unternehmen die horrenden Parkgebühren in der Saarbrücker Innenstadt. Nach der mehrheitlichen Meinung der Befragten beeinflusst die zum Teil als schwierig empfundene Parksituation in der Saarbrücker Innenstadt das Konsumverhalten der Studierenden negativ. Viele Befragte weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die schlechte Parksituation jedoch nicht nur speziell auf die Studierenden auswirkt, sondern auf sämtliche Kundengruppen. Insbesondere die befragten Unternehmen in der Europagalérie sehen sich durch die hohen Parkgebühren mit Umsatzeinbußen konfrontiert. Das angeschlossene Parkhaus wird dabei am stärksten kritisiert, da dort die Parkgebühren „unverschämte hoch“ seien. Überdies wird eine Verbesserung des Stadtbildes sowie eine bessere Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel (vor allem am späten Abend und nachts) angeregt. Zuspruch finden besondere Events wie z.B. Late-Night-Shopping, Sonntagsshopping usw. Trotz der Kritikpunkte beurteilt die Mehrheit der Befragten Saarbrücken als eine studentenfreundliche Stadt. Lediglich ein kleiner Teil der Auskunftspersonen sieht das anders und begründet dies mit fehlenden Angeboten für Studierende, insbesondere im Vergleich zu

anderen deutschen Großstädten (bspw. Köln oder München).

In einer weiteren Studie wurden 13 Unternehmen der Starterzentrums an der UdS befragt. Hierbei sind 85 % der im Starterzentrum angesiedelten Unternehmen mit der vom Land und von der Universität bereitgestellten Infrastruktur für Existenzgründungen sehr zufrieden. Dies liegt aus Sicht der Befragten nicht zuletzt an der verkehrsgünstigen Lage des Starterzentrums mit einer guten Autobahnanbindung, den vielen Busverbindungen in Richtung Innenstadt sowie dem Eurobahnhof und dem Flughafen Saarbrücken in unmittelbarer Nähe der Universität. Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen ist zudem der Ansicht, dass die Nähe zu Frankreich und Luxemburg ebenfalls besondere Entwicklungschancen für junge Unternehmen bietet.

In Bezug auf eine Existenzgründung stellen für fast 70 % der Studienteilnehmer das Starterzentrum und/oder der Science Park eine wichtige Anlaufstelle dar. Mit Blick auf die Seminarangebote der KWT ist allerdings weniger als ein Drittel der befragten Unternehmen im Starterzentrum der Meinung, dass die von der KWT angebotenen (Existenzgründer-)Seminare von den Studierenden und den Absolventen gut angenommen werden. Als Ursachen hierfür werden zum einen der geringe Bekanntheitsgrad dieses Seminarangebots bei den Studierenden und Absolventen aufgrund der zu geringen Kommunikation dieser Angebote und zum anderen die konkreten Inhalte der Seminare angesehen, die für Studenten und Absolventen häufig als uninteressant bzw. nicht relevant eingeschätzt werden. In diesem Zusammenhang glaubt fast die Hälfte der Auskunftspersonen, dass eine Existenzgründung während des Studiums nur für wenige Studierende eine Rolle spielt. Das geringe Interesse der Studierenden begründet sich nach Meinung der befragten Unternehmen vor allem durch

- die mangelnde „Zeit“ während des Studiums (nicht zuletzt aufgrund von Nebenjobs),
- das von den Betroffenen als zu hoch eingeschätzte Risiko der Selbstständigkeit,
- die sehr eingeschränkten finanziellen Mittel während des Studiums,
- die fehlenden Informationen über Hilfestellungen und Förderungen im Bereich der Existenzgründung sowie
- der Mangel an Unterstützung bspw. in Form von praxisrelevanten Seminaren zum Thema „Existenzgründung“ während des Studiums.

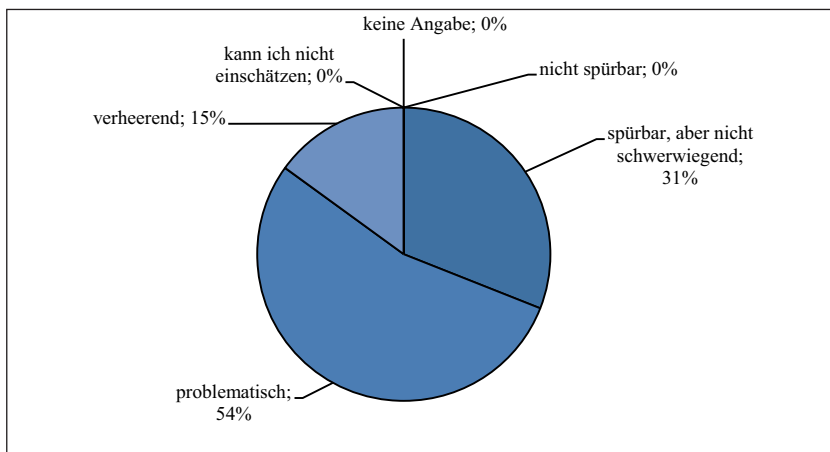
Zudem wird eine stärkere Bezugnahme auf Existenzgründungsmöglichkeiten in den Vorlesungen einzelner Fachrichtungen (vor allem in der BWL) gefordert. Allerdings wurde von einigen Befragten auch skeptisch angemerkt, dass die Absolventen erst Berufserfahrung sammeln sollten, bevor sie die Gründung eines eigenen Unternehmens wagen.

Im Hinblick auf staatliche Fördermöglichkeiten gibt nur ein Drittel der befragten Unternehmen an, zum Untersuchungszeitpunkt in irgendeiner Weise vom Staat unterstützt worden zu sein. Einige dieser Unternehmen erklären in diesem Zusammenhang auch, dass sie sich bessere Finanzierungsmöglichkeiten durch die SIKB, Wagnisgesellschaften sowie durch die Wirtschaft und die Politik wünschen. Ferner wird auch eine generell höhere Bereitschaft der UdS, mit saarländischen Unternehmen zu kooperieren, gefordert. Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass die Existenzgründungsbedingungen eher aufgrund der Infrastruktur und regionalen Lage, nicht aber wegen der besonderen Unterstützung durch die Universität als gut eingeschätzt werden. Bezüglich der Bemühungen der Universität zur Existenzgründung dominiert hingegen eine eher skeptische Grundhaltung.

Eine weitere Besonderheit der universitätsnahen Lage des Starterzentrums bzw. des Science Park ergibt sich aus der potenziellen Möglichkeit dieser Unternehmen, Studierende als Arbeitskräfte zu gewinnen. In 85 % der befragten Unternehmen werden diese Möglichkeiten aktiv genutzt und Studierende als Aushilfen, Werkstudenten oder Praktikanten beschäftigt. Dies liegt vor allem daran, dass diese bereits theoretische Vorkenntnisse aus ihrem Studium vorweisen und zum Wissenstransfer beitragen können, sowie als Werkstudenten und Aushilfen größtenteils flexibel einsetzbar sind. Zudem sind für fast alle Studienteilnehmer (92 %) die saarländischen Hochschulabsolventen aufgrund ihrer fundierten, den Unternehmen meist bekannten Ausbildung auch als potenzielle Arbeitnehmer interessant. So sind die Befragten der Ansicht, dass es einfacher ist, UdS-Absolventen einzustellen, als „Externe“ ins Saarland zu locken.



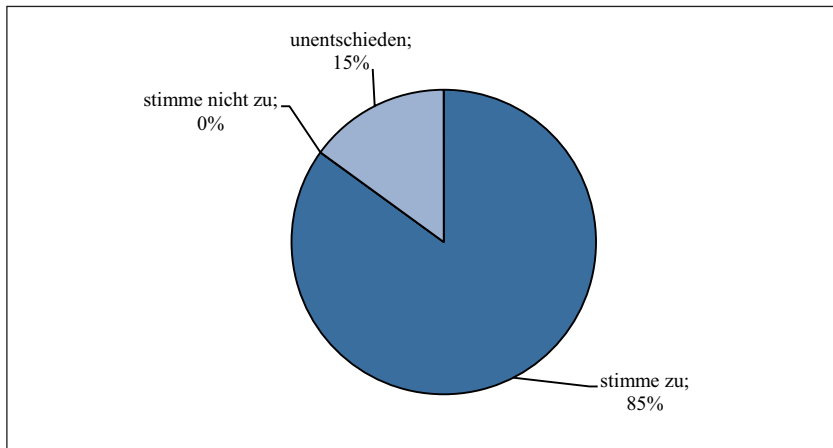
**Abb. 3: Auswirkungen einer Verkleinerung bzw. eines Wegfalls der Hochschulen für das Starterzentrum bzw. den Science Park (n=13)**



Fast 70 % der befragten Unternehmen sehen die Auswirkungen eines Wegfalls bzw. einer Verkleinerung der UdS für das Starterzentrum als problematisch oder gar verheerend an, da sich durch einen Wegfall bzw. eine Verkleinerung die gesamte Infrastruktur der Region, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Forschung und Entwicklung (Innovationen), verschlechtern würde und sich die Präsenz des Starterzentrums verkleinern und sich insgesamt weniger junge Unternehmen im Saarland ansiedeln würden. Für die besonders innovativen Firmen in unmittelbarer Nähe der Universität ist dementsprechend trotz aller Skepsis bezüglich der Existenzgründungsförderung die UdS aufgrund ihrer Forschungs- und Lehrleistungen ein unverzichtbarer Bestandteil für ihre eigene Tätigkeit.

85 % der befragten Unternehmen vertreten zudem die Auffassung, dass Studierende als Konsumenten und potenzielle Arbeitskräfte generell sehr wichtig für das Saarland sind. Dies begründen sie insbesondere damit, dass die mehr als 18.000 Studierenden der UdS eine relevante Größe in Bezug auf ihre Kaufkraft im Saarland sind und deren Wegfall erhebliche wirtschaftliche Folgen hätte. Weitere Gründe sind aus Sicht der Befragten der (drohende) Fachkräftemangel, die demographische Entwicklung sowie die Stabilisierung der Wirtschaft.

**Abb. 4: Studierende als Konsumenten und (potenzielle) Arbeitskräfte im Starterzentrum/Science Park (n=13).**



Studierende werden daher auch als ein wichtiger Wirtschafts- und Konsumfaktor für die gesamte Region angesehen. So kommen viele Studierende der saarländischen Hochschulen von außerhalb ins Saarland und damit häufig direkt nach Saarbrücken und stärken dadurch die Region zusätzlich. Zudem beleben die Studierenden (in ihrer großen Anzahl) in besonderem Maße die regionale Nachfrage, den Wohnungsmarkt und die Gastronomie in Saarbrücken.

## 5 Image des Saarlandes

Das Image des Saarlandes und die damit verbundenen Umstände werden in den vorgestellten Untersuchungen häufig als Ursache für Probleme in vielerlei Hinsicht beschrieben. Die fehlende Attraktivität des Saarlandes für viele Unternehmen begründen einige Befragte durch die Gewerbesteuerhebesätze, die im Vergleich zu anderen Standorten „viel zu hoch“ seien, was „ein Standortnachteil [ist; der Verf.], der irgendwo auch dazu führt, dass das Saarland nicht so attraktiv ist“ (U14). Ein oftmals als „typisch saarländisch“ (V4a) umschriebener Umstand der netzwerkbedingten Besetzung von Positionen hilft der überregionalen Popularität aus der Sicht der Experten ebenfalls nicht weiter: „Die Perspektiven fehlen. Wenn ich in einer Großstadt bin, dann habe ich Perspektiven, was Firmen und Aufstieg angeht. Im Saarland ist es halt begrenzt. Ein weiterer Nachteil ist, dass ich jemanden kenne, der jemanden kennt. Viele Top-Positionen werden halt über Propaganda verteilt. Die sind

dann meistens zu 90 % intern vergeben – auch wenn die ausgeschrieben werden. Das ist ein Nachteil“ (V4a).

Dass es aber auch andere Ansichten über das Saarland und dessen Image gibt, zeigt die folgende Aussage: „Ich glaube, dass sich das Saarland relativ gut verkauft, das Problem am Saarland ist, dass Sie es mal kennen gelernt haben müssen. Also das Imageproblem haben sie dann, wenn Sie es nicht kennen, das ist wie alles was sie nicht kennen, das ist irgendwie fremd und ungewohnt und man geht dann halt nicht so gerne dahin. Wenn sie es mal kennen, ist es okay“ (U9).

Eine eventuelle Förderung des Images könne die Politik nach Meinung der Experten „nur durch ein synergetisches Zusammenwirken [...] erreichen, das man nicht mit der Gießkanne streuen kann, sondern das man sich wirklich punktuell entscheiden muss [...]“ (V5).

Aussagen dieser Art stehen hierbei auch in einem engen Zusammenhang zu der finanziellen Situation, in der sich das Saarland befindet: „Das Saarland ist nicht mehr in der Situation, dass es einfach eingreifen kann. Da fehlen finanzielle Anreize, da wird die Subvention für den Arbeitsplatz nicht ausgeprägt. Das ist sicherlich eins der Themen“ (U14).

In diesem Zusammenhang wird oftmals auch die geografische Lage des Saarlandes angesprochen. Hierbei scheint es zwei unterschiedliche Blickrichtungen zu geben. Auf der einen Seite wird eine Betrachtung im gesamtdeutschen Rahmen, in der die Position des Saarlandes dann aufgrund der Randlage als negativer Standortfaktor beschrieben wird, vorgenommen. Auf der anderen Seite wird die Lage des Saarlandes im gesamteuropäischen Kontext betrachtet, was zu einer relativ zentralen Lage des Bundeslandes in der Mitte Europas einen Standortvorteil mit sich bringen könnte. Dieser wird aus Expertensicht jedoch nicht gewinnbringend genutzt: „denn wir sind zwar mitten in Europa, aber große Firmen mit Zweigstellen etc. werden Sie nicht ins Saarland locken“ (U12). Im Hinblick auf die geografische Lage des Saarlandes in Kombination mit der mehrfach angesprochenen, teils negativ bewerteten Anbindung an die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, werden von den Befragten zum Teil sehr klare Aussagen getroffen: „Von der Verkehrsinfrastrukturanbindung würde ich sagen nein, denn wohin können Sie denn ab Saarbrücken fliegen? Oder mit dem Zug fahren? Sie fühlen sich ja noch nicht mal als im Herzen Deutschlands. Sie fühlen sich einfach nur abseits“ (U9). Weiter verdeutlicht wird dies durch folgende Aussage: „Das große Problem, das wir bei der Ansiedlung von Unternehmen im Saarland haben, ist die Randständigkeit des Saarlandes. Wir sind leider immer noch Grenzlage und zu weit entfernt von großen Wirtschaftszentren und das ist meines Erachtens das große Problem. Es ist noch nicht gelungen, dafür Sorge zu tragen, dass diese Grenzlage, die

*lange als Defizit wahrgenommen wurde, jetzt auch etwas ganz anderes bedeuten kann, nämlich ein wichtiger Vermittlungsort für die Wirtschaft [...]“ (V3). Zwar seien Stadtbild und Infrastruktur „viel zu banale Kriterien“ (V5), um das Image eines Landes zu beschreiben, dennoch zeigt sich im Rahmen der dargestellten Untersuchungen, dass es auch diese Kriterien sind, die das Saarland nach außen hin als Wirtschaftsstandort in einem weniger guten Licht erscheinen lassen.*

Ein weiterer Punkt der im Zuge der Imagefrage ebenfalls von Bedeutung ist, ist die Gehaltspolitik der hier ansässigen Unternehmen (vgl. dazu auch Kapitel VII). Damit verbunden sind die Überlegungen im Bezug auf Regionen, in denen mehr Bruttogehalt gezahlt wird, ohne bei dieser Betrachtung die vergleichsweise niedrigen Lebenshaltungskosten im Saarland in die Betrachtung mit einzubeziehen: *„Trotzdem, wenn jemand lockt, in dem er sagt, dass du hier als Hochschulabsolvent 45.000 EUR verdienst, in Frankfurt aber 62.000 EUR, dann wirkt das. Man sieht zuerst mal diese 17.000 EUR Unterschied, rechnet evtl. noch die Steuern runter, aber es wirkt. Dass man sich nachher evtl. ins eigene Fleisch schneidet, indem man in einem „Wohnklo“ wohnt etc., wird einem so schnell nicht bewusst, das wird einem erst nach den ersten drei bis vier Monaten bewusst. Da ist einfach der Reiz des Geldes. Die Gehälter sind eben außerhalb des Saarlandes höher angesiedelt und das ist meines Erachtens das verlockende Argument“ (U12). Ähnlich argumentiert ein weiterer Unternehmensvertreter, wenn er sagt, „wie einseitig ich denke. Wenn ich in Frankfurt arbeite, dann habe ich andere Lebenshaltungskosten, andere Mietkosten. Wenn ich es gegeneinander rechne, dann weiß ich nicht, ob da so viel mehr übrig bleibt“ (U11).*

Häufig werden von den Experten aber auch verschiedene Handlungsoptionen für das Saarland angesprochen, was jedoch vorwiegend als eine politische Entscheidung gesehen wird: *„Das ist die Frage, welche Fachkräfte möchte das Saarland haben. Möchte es die Business-Nomaden haben oder wollen sie jemanden haben, der für etwas weniger Gehalt kommt, aber hier andere weiche Faktoren sieht“ (V4a). Die Probleme liegen bei dieser Perspektive weniger im schlechten Image des Landes begründet als vielmehr im fehlenden Wissen über die Region: „Unsere Erfahrung ist häufig, dass das Image weder positiv noch negativ ist. Man hat das Saarland ganz einfach nicht im Sinne des Jobmarktes auf dem Schirm. Jetzt mal umgangssprachlich gesprochen. Es ist weder positiv noch negativ verankert. Vorbehalte gibt es auch relativ selten. Es ist einfach nicht wirklich präsent. Es stellt sich eben die Frage, welches Bild man vom Saarland überhaupt nach außen kehren möchte und ich bin da auch selbst uneinig zu sagen, dass das Image schlecht oder gut ist. Ich glaube, viele verbinden gar nichts damit und es muss einfach mal irgendetwas damit nach außen getragen werden“ (U8).*

Zusammenfassend ergibt sich das Bild, dass das Saarland aus Sicht der hier Befragten „*entweder gar kein Image oder ein leicht negativ besetztes Image*“ (V1) aufweist. Daher kommt es vielleicht, dass man seine Stadt oder eben auch ein ganze Region beziehungsweise ein Bundesland, ähnlich wie es Berlins regierender Bürgermeister einst tat, als „arm“ beschreibt. Im Gegensatz zu Berlin sei das Saarland aber nach Aussage des Experten eben „*unsexy*“ (U10).

## 6 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden eine Vielzahl unterschiedlicher Stimmen vornehmlich aus der saarländischen Wirtschaft vorgestellt und das hierdurch zu zeichnende Bild ist dementsprechend heterogen. Es gibt aber auch in vielen Punkten einen klaren Konsens der befragten Experten. So werden z. B. sowohl die UdS als auch die HTW von den Befragten zweifelsohne als unverzichtbar angesehen und angesichts ihrer Kernkompetenzen klar voneinander differenziert. Während den Absolventen der HTW mehrheitlich eine hohe praktische Problemlösekompetenz bescheinigt wird, liegt die Stärke der universitären Qualifikation in der ausgeprägten theoretischen Fundierung, der hohen methodischen Problemlösekompetenz und Abstraktionsleistung sowie in den ausgeprägten Fähigkeiten, die Wirkungen und Folgen eigener Tätigkeit abschätzen und damit „über den Tellerrand hinausschauen“ zu können. Insbesondere mit dem letzten Punkt wird die Einbettung der jeweiligen methodischen Kompetenzen der Studierenden in einem weiteren verantwortungsethischen Kontext angesprochen, der im Sinne der gesellschaftlichen Folgenabschätzung wissenschaftlich geprägten Handelns eine hohe Bedeutung für die Unternehmen zur Vermeidung von negativen Externalitäten hat und ein interdisziplinäres, vernetztes Denken voraussetzt.

Aus den zugebilligten kreativen Problemlösungskompetenzen der Absolventen der UdS entwickelt sich nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der Befragten ein Mehrwert für die Region. Neue Unternehmen werden durch Absolventen gegründet bzw. werden mit innovativen Ideen unterstützt. Viele alteingesessenen Unternehmen schauen aufmerksam auf die Entwicklungen in den einzelnen Universitätsinstituten, wobei hier die von der Universität institutionalisierten Wege der Informationsvermittlung eindeutig gegenüber denen, die durch persönliche Bekanntschaften oder bereits vorhandene Kooperationen entstanden sind, im Nachteil sind.

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die Mehrzahl der befragten Unternehmen die UdS als exklusive Einrichtung zur Vermittlung hoher methodischer Problemlösekompetenz ansehen, die ihre volle Wirkung auf dem Hintergrund solider theoretischer Kenntnisse entfaltet und verant-

wortungsethisch eingebettet ist. Auf diesem „Nährboden“ entwickelt sich eine hohe Wahrscheinlichkeit zur Ausprägung von wissenschaftlicher Kreativität, die für die Unternehmen eine wichtige Ressource darstellt. Hinzu kommen notwendige Soft Skills, die bspw. zu Teamarbeit befähigen und eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Führungskompetenzen sind.

Hinsichtlich der Beurteilung der Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor- und Masterabschlüsse zeigt sich in der Wirtschaft (noch) kein eindeutiges Bild. Während einige Vertreter hierin keinerlei Probleme oder Veränderungen sehen und der Meinung sind, dass sich nach einiger Zeit die Diskussion darüber legen wird, fordern andere Stimmen hingegen die altbewährten Abschlüsse zurück, da diese ein (internationales) Qualitätsmerkmal seien.

Wenngleich die Studenten der HTW als Bearbeiter von praxisbezogenen Fragestellungen im Rahmen ihrer Abschlussarbeiten von vielen Unternehmen präferiert werden, werden die Universitätsabsolventen tendenziell eher als künftige Mitarbeiter eingeschätzt, die man schon früh an sich zu binden versucht. Insgesamt werden die meisten Kooperationen zwischen der Universität und den Wirtschaftsunternehmen offensichtlich dort betrieben, wo einerseits beide Parteien einen möglichst hohen Nutzen hieraus ziehen können und andererseits bereits längerfristige persönliche Beziehungen zwischen den Parteien bestehen. Insofern erscheint es aus Sicht einer Universität sinnvoll, die Kontakthanbahnung mit Unternehmen bspw. im Rahmen von Feiern, Informationsveranstaltungen mit informellem Teil oder ähnlichen Anlässen zu ermöglichen und dadurch das Knüpfen und Pflegen von persönlichen Kontakten zu erleichtern.

Zudem sind die Möglichkeiten, die das Starterzentrum bietet für einen Teil der Befragten nicht klar, offensichtlich ist hier für die Unternehmensseite eine intensivere Kommunikation wünschenswert. Inwieweit die Studierenden und der Absolventen von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen bzw. wie gut sie über dortige Beratungs- und Seminarangebot informiert sind, ist sicherlich auf der Basis quantitativer Befragungsdaten zu diskutieren. Es scheint jedoch so zu sein, dass ein Teil der hier Befragten U die fehlende Außendarstellung als mangelhaft bezeichnet.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Universität des Saarlandes aus Sicht der befragten Experten eine wertschöpfende und für die Region unabdingbare Institution ist, die es zu erhalten und zu unterstützen gilt, da sie – insbesondere durch die Vielzahl der Studierenden – nicht nur einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Beitrag für die Region leistet, sondern zudem ein wichtiger Lieferant für akademisch gut ausgebildete Arbeitskräfte ist.

## Literatur

- Brenke, K. (2012). Ingenieure in Deutschland: Keine Knappheit abzusehen. *DIW Wochenbericht*, 11, 3-9.
- Distelkamp, M.; Drosdowski, T.; Ludewig, O. & Otto, A (2008). Beschäftigungsprojektion. Rheinland-Pfalz und Saarland, IAB-Regional 1/2008.
- Fuchs, J, Mai, R.; Micheel, F.; Otto, A.; Weber, B. & Göttner, D. (2009). Entwicklung des saarländischen Erwerbspersonenpotenzials bis zum Jahr 2020 mit Ausblick bis 2050. Methoden, Annahmen und Datengrundlage, IAB-Forschungsbericht 6/2009
- Merton, R. K. (1938): Science and the Social Order. In: Philosophy of Science, 5, 321 – 337
- Prognos AG, Basel (2010): Arbeitslandschaft 2030. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, München: vbw.
- Schumpeter, J.A. (2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. UTB, Stuttgart.
- Emrich, E. & Fröhlich, M. (2010). Universität in Deutschland zwischen Institution und Organisation. Reflexionen zur Idee der Universität und ihrer betrieblichen Ausgestaltung. In: sozialersinn 11, 1, S.125-144.
- Zika, G.; Helmrich, R.; Kalinowski, M.; Wolter, M.I.; Hummel, M.,; Maier, T.,; Hänisch, C. & Drosdowski, T. (2012): Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030: In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial, IAB-Kurzbericht 18/2012.

Ashok Kaul, Marcus Hagedorn und Manuel Schieler

## VII. Mikroökonometrische Analyse des Eintritts in den Arbeitsmarkt

### 1 Einführung<sup>1</sup>

Eine Hochschulausbildung erhöht das Wissen einer Person – in volkswirtschaftlicher Sprache – das Humankapital. Damit steigen der am Arbeitsmarkt erzielbare Lohn und die Beschäftigungschancen. Gleichzeitig werden Anreize gesetzt, das erworbene Wissen am Arbeitsmarkt auch tatsächlich zu nutzen. Das Wissen kann durch eine hohe Auslastung – idealerweise Vollzeitbeschäftigung – kombiniert mit Berufserfahrung weiter veredelt werden. Berufserfahrung zahlt sich gerade bei hoch qualifizierten Personen in Form von hohen Löhnen und geringem Beschäftigungsrisiko aus. Davon profitiert auch der Staat in Form von höheren Steuereinnahmen.<sup>2</sup> So sehr diese rein ökonomische Betrachtung den Sinn einer Hochschulausbildung auf monetäre Größen reduziert, so hilfreich ist diese Sichtweise, um die ökonomische Bedeutung der Ausbildungsfunktion von Hochschulen in einem Bundesland quantitativ zu verstehen (zu den anderen ökonomischen Aspekten siehe Kapitel IV).

In einem ersten Schritt muss quantifiziert werden, wie hoch das geschaffene Humankapital – gemessen als Marktlohn – eines durchschnittlichen Absolventen der Saar-Universität ist. Der zweite Schritt besteht aus einer Analyse der Determinanten dieses Humankapitals. Schließlich stellt sich die Frage, *wo* die positiven ökonomischen Effekte der Ausbildung verwirklicht werden, d.h. z.B. in welchem Bundesland ein Absolvent zu arbeiten beginnt.

---

1 Unser besonderer Dank gilt Luitpold Rampeltshammer und Eugen Roth, durch deren Einsatz dieses Teilprojekt erst zustande kam, Volker Linneweber für seine Unterstützung beim Datenzugang und dem IAB für die Gewährleistung und Umsetzung eines effektiven Datenschutzkonzepts. Insbesondere danken wir Anne Otto und Stefan Hell (beide IAB) für außergewöhnlich intensive Unterstützung bei der Datenaufbereitung und der Durchführung der Studie. Siehe z.B. Groen (2004).

2 Siehe z.B. Groen (2004).



Folgende drei Fragen werden in diesem Kapitel näher beleuchtet:

1. Was *verdienen Absolventen* der Universität des Saarlandes *im Durchschnitt* nach dem Studium?
2. Wie sehr *variieren die Löhne* der Absolventen der Universität des Saarlandes in *Abhängigkeit bestimmter Charakteristika*?
3. Welche *Mobilitätsmuster* finden sich bei Absolventen der Universität des Saarlandes?

Nach einem kurzen Überblick über den zeitlichen Ablauf und die Vorgehensweise zu Erstellung eines Datensatzes (Abschnitt 2) wird in Abschnitt 3 der Aufbau des Datensatzes beschrieben. Abschnitt 4 stellt den empirischen Hauptteil der Analyse dar. Jener beinhaltet sowohl die Auswertung der ersten Beschäftigung am Erwerbseintritt als auch Auswertungen zu den ersten Vollzeitbeschäftigungen der Absolventen. In Abschnitt 5 werden erste Schlüsse zur Beantwortung der formulierten Fragen gezogen und Potenziale für zukünftige Analysen auf Basis des Datensatzes erörtert.

## 2 Zeitlicher Ablauf und Vorgehensweise

Die Kontaktaufnahme zum Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit (BA), erfolgte im Februar 2012. Nach Prüfung des Vorhabens durch den Datenschutzbeauftragten der Universität des Saarlandes und der anschließenden offiziellen Genehmigung durch den Universitätspräsidenten im September 2012 wurde das Studierendensekretariat als Datenlieferant für die Absolventendaten kontaktiert. Die Daten aus dem System der Hochschule wurden an das IAB zwecks Verknüpfung<sup>3</sup> und Anonymisierung übergeben.

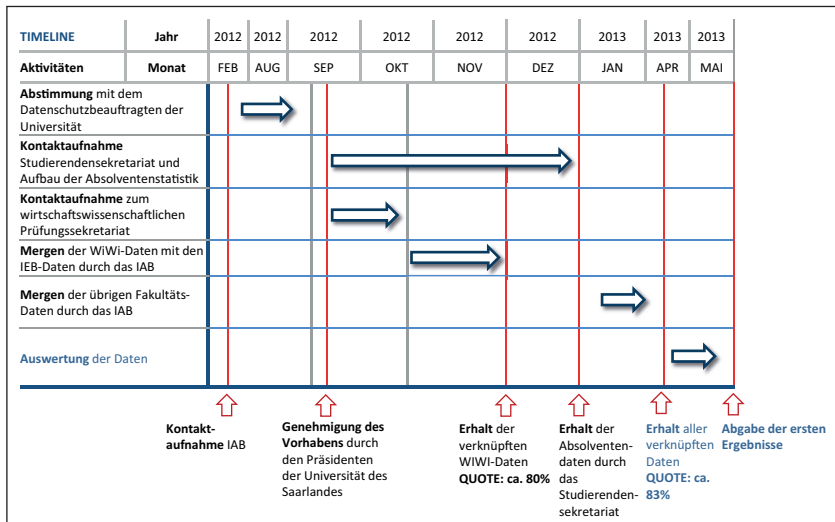
Mit dem Erhalt des finalen Datensatzes am 16.04.2013 begann unverzüglich die Auswertung im Sinne der drei oben formulierten Fragen. Durch Vorarbeiten (Programmierung des Codes) *ohne Daten* im Herbst 2012 und Frühjahr 2013 konnte die Auswertung des Gesamtdatensatzes zeitnah erfolgen.<sup>4</sup>

---

3 Vgl. Abschnitt 3.2.

4 Zu großem Dank sind wir André Wolf (HWWI Hamburg) verpflichtet, der bereits für die Universität Kiel eine vergleichbare, äußerst umfangreiche Absolventenstudie (Wolf, 2010) durchgeführt und uns umfassend unterstützt hat.

**Abb. 1: Erstellung eines saarlandspezifischen Datensatzes**



Quelle: Saarländisches Hochschulpanel

### 3 Datensatz

#### 3.1 Aufbau und Bereinigung des Datensatzes

In der Absolventenstatistik, die von Seiten des Studierendensekretariats der Universität des Saarlandes zur Verfügung gestellt wurde, waren zu Beginn ca. 31.000 Abschlüsse verzeichnet. Allerdings musste der Datensatz bereinigt und in ein zur Auswertung geeignetes Format überführt werden.

Zunächst wurde die Zahl der Abschlüsse auf solche beschränkt, die tatsächlich über den Eintrag „Bestanden“ verfügen. Im nächsten Schritt mussten die Promotionsabsolventen ausgeschlossen werden, da die individuellen Profile der Absolventen nicht vergleichbar sind. So ist unter Umständen nicht ersichtlich, welches Fach ein Promotionsstudent vor Beginn seiner Promotion studiert hat.

Darüber hinaus sind Promotionsabsolventen weder hinsichtlich der Studiendauer noch hinsichtlich des zu erwartenden Gehalts mit anderen Absolventen vergleichbar.<sup>5</sup> Ähnliche Probleme ergeben sich bei Absolventen der Lehramtsstudiengänge. Durch die Eigenheiten der Erwerbsverläufe, die überwiegend Referendarstellen enthalten und die Tatsache, dass die Löhne kaum variieren, sind diese Absolventen in den folgenden Analysen nicht berücksichtigt worden. Weiterhin wurde der Datensatz auf den jeweils letzten Abschluss pro Person beschränkt. Außerdem umfasst die Analyse ausschließlich den Zeitraum von 1994–2011, da die Absolventenstatistik erst ab dem Jahr 1994 keine größeren Schwankungen in der Fallzahl erkennen lässt.

Nach allen durchgeführten Arbeitsschritten zur Bereinigung des Datensatzes verbleiben 17.947 Absolventen:

**Tab. 1: Arbeitsschritte zur Bereinigung des Datensatzes**

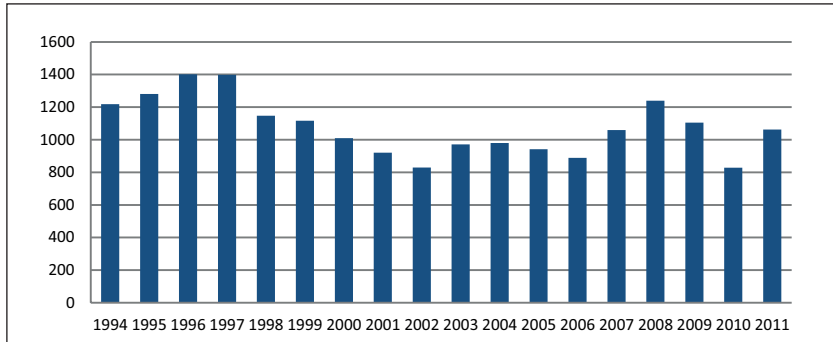
Arbeitsschritt	Anzahl an Beobachtungen
Anzahl an „Abschlüssen“ aus der Datenbank des Studierendensekretariats	31.187
Beschränkung auf Bestanden / Anerkannt	-534
Ausschließen von Promotionsabsolventen	-6.710
Den letzten Abschluss behalten	-1.828
Ausschließen von Lehramtsstudenten	-2.168
Auf Jahre 1994 – 2011 beigetreten	-2.000
<b>Summe Absolventenstatistik</b>	<b>17.947</b>

---

5 Der Verlust an Daten nach Ausschluss von Promotionsabsolventen ist aus zwei Gründen verhältnismäßig hoch: (1) Zunächst werden bei erfolgter Promotion auch die vorangegangenen Abschlüsse aus der Datenbasis entfernt. (2) Darüber hinaus ist die Promotionsquote unter den Studienfächern heterogen (z.B. hohe Quote bei Medizin oder Chemie). Um für fächerspezifische Besonderheiten zu kontrollieren wurden testweise alle Mediziner mit Promotion im Datensatz belassen und nur Promotionsabsolventen anderer Studienfächer entfernt. Die Veränderungen in den empirischen Ergebnissen sind hierbei lediglich marginal, was einen im Rahmen dieser Studie pauschalen Ausschluss aller Promotionsabsolventen auf aggregierter Ebene legitimiert.

Die Anzahl der Absolventen pro Jahr variiert zwischen etwa 800 und 1400: <sup>6</sup>

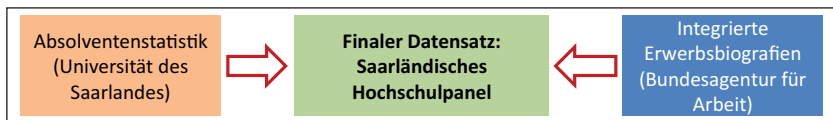
**Abb. 2: Jährliche Anzahl an Absolventen aus der Absolventenstatistik der Universität des Saarlandes 1994 – 2011**



### 3.2 Verknüpfung der Datensätze

Vorrangiges Ziel bei der Datenaufbereitung war der Aufbau eines saarlandspezifischen Datensatzes in Zusammenarbeit mit dem IAB, der es ermöglicht, einerseits die hochschulspezifischen Informationen über Absolventen und andererseits deren Erwerbsverläufe zu berücksichtigen.

**Abb. 3: Verknüpfung der Datensätze**



<sup>6</sup> Bei etwaigen Vergleichen mit der Absolventenstatistik des statistischen Landesamts verzeichnen wir nicht unerhebliche Abweichungen. Diese sind insbesondere durch folgende Gründe zu erklären: (1) Das Landesamt betrachtet Abschlüsse und nicht Personen. (2) Außerdem liegt der Analyse des Landesamtes das Hochschuljahr, d.h. Wintersemester und Sommersemester zugrunde, während wir das Berichtsjahr verwenden, in welches das Prüfungsdatum der letzten Leistung fällt.

Die Absolventendaten wurden an das IAB übergeben und dort mit den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB)<sup>7</sup> verknüpft. Der finale Datensatz, die Absolventenbiografien der Universität des Saarlandes, ist vollständig anonymisiert, d.h. die genannten Merkmale wurden bis auf das Geburtsjahr (zur approximativen Berechnung einer Altersvariablen) entfernt und jeder Absolvent ist nur noch über eine ID zu identifizieren.

Beim Verknüpfen kann es unter Umständen zu Verlusten aufgrund von Namensänderungen oder Tippfehlern kommen. Darüber hinaus sind in den IEB weder selbstständige Tätigkeiten noch Tätigkeiten im Ausland erfasst. Die Einschränkungen betreffen die verschiedenen Fakultäten und Fachbereiche unterschiedlich stark. So ist der Anteil der Selbstständigen bei den Rechts- oder Sportwissenschaftlern hoch, während bei den Sprachwissenschaftlern viele Absolventen eine Tätigkeit im Ausland aufnehmen. Die drei Studienfächer haben demnach im Vergleich die niedrigste Trefferquote (in Tabelle 2 in Orange ausgewiesen).

Insgesamt liegen zu 83 Prozent der Studierenden Informationen zu ihren Erwerbsbiografien vor:<sup>8</sup>

---

7 Für weitere Informationen zu den Integrierten Erwerbsbiografien vgl. z.B. [http://fdz.iab.de/de/FDZ\\_Individual\\_Data/Integrated\\_Employment\\_Biographies.aspx](http://fdz.iab.de/de/FDZ_Individual_Data/Integrated_Employment_Biographies.aspx).

8 Diese Zahl entspricht nicht der tatsächlichen Anzahl an Absolventen zu denen Informationen über den späteren Beruf vorliegen. Es existieren auch Fälle, in denen Einträge lediglich während dem Studium vorliegen und danach keine Informationen mehr vorhanden sind.

**Tab. 2: Auswertung des Verknüpfens der Absolventenstatistik mit den Integrierten Erwerbsbiografien. Trefferquote insgesamt (grün): 83 Prozent. Niedrigste Trefferquote (orange): Rechtswissenschaften, Sportwissenschaften und Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften**

Studienfach	Anzahl Studierende	davon:		Trefferquote
		Keine Meldung in den IEB	Meldung in den IEB liegt vor	
Bibliothekswissenschaften	269	23	246	91,5%
Biologie	653	70	583	89,3%
Chemie und Pharmazie	436	57	379	86,9%
Erziehungswissenschaften	228	29	199	87,3%
Geografie	432	75	357	82,6%
Geschichts- und Kulturwissenschaften	353	43	310	87,8%
Informatik	1.512	136	1.376	91,0%
Ingenieure/Geow./Maschinenbau	624	52	572	91,7%
Mathematik	194	17	177	91,2%
Medizin und Zahnmedizin	446	62	384	86,1%
Physik	299	22	277	92,6%
Psychologie	940	109	831	88,4%
Rechtswissenschaften	2.216	681	1.535	69,3%
Sozial- und Politikwissenschaften	260	39	221	85,0%
Sportwissenschaften	638	138	500	78,4%
Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften	3.164	742	2.422	76,6%
Werkstoff- und Technikwissenschaften	437	53	384	87,9%
Wirtschaftswissenschaften	4.846	698	4.148	85,6%
	<b>17.947</b>	<b>3.046</b>	<b>14.901</b>	<b>83,0%</b>

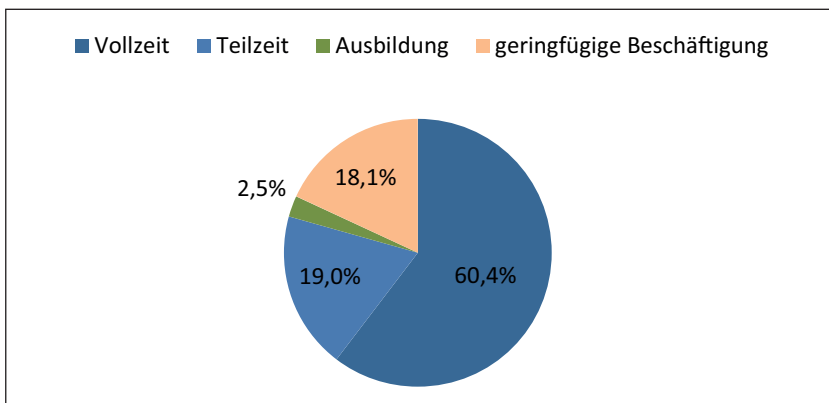
Studienfachspezifisch haben die Rechtswissenschaften, Sportwissenschaften und Sprach-, Literatur- und Kunstwissenschaften die niedrigste Trefferquote. Dies entspricht aufgrund der genannten Gründe wie Selbständigkeit und Auswanderung vollständig den Erwartungen. Darüber hinaus könnte ein etwaiges (derzeit nicht abgeschlossenes) Zweitstudium eine Nicht-Erfassung begründen.

## 4 Empirische Ergebnisse

### 4.1 Form der ersten Tätigkeit nach Studienabschluss

Eine erste relevante Frage ist die nach der Art der ersten Tätigkeit nach dem Studienabschluss. Hierzu werden alle Arbeitslosigkeitsmeldungen und fehlenden Einträge ignoriert und jedem Absolvent die erste verzeichnete Tätigkeit innerhalb von zwei Jahren nach dem Abschluss zugeordnet.

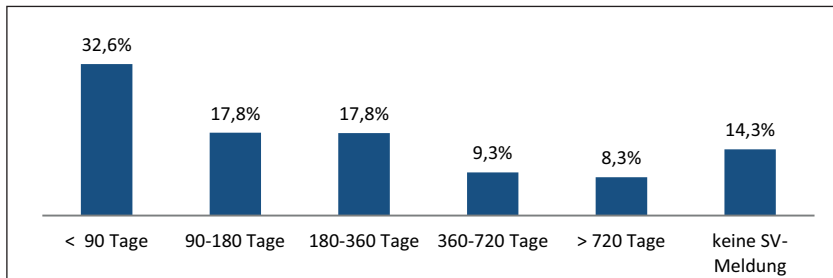
**Abb. 4: Form der ersten Tätigkeit nach Prüfungsdatum**



Gemäß der Auswertung beginnen 60,4 Prozent der Absolventen nach ihrem Studium eine Vollzeitstelle (unter Umständen mit vorangegangener Arbeitslosigkeit). Der Anteil der Auszubildenden umfasst lediglich 2,5 Prozent während der Anteil der Absolventen in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung zusammen bei 37,1 Prozent liegt. Es ist wahrscheinlich, dass manche Absolventen derartige Tätigkeiten als Übergang zur Vollzeitbeschäftigung verwenden.

### 4.2 Zeit bis zur ersten sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit

Neben der Art der ersten Tätigkeit nach Studienabschluss ist vor allem die Zeitspanne zwischen dem Ende des Studiums und dem erstem Arbeitstag von Interesse. Relevant ist die erste sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, d.h. Ausbildung, Teilzeit oder Vollzeitbeschäftigung. Hierzu wurden die geringfügigen Tätigkeiten mit Arbeitslosigkeitsmeldungen und fehlenden Einträgen unter dem Punkt „keine SV-Meldung“ zusammengefasst.

**Abb. 5: Eintrittszeit bis zur ersten sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit**

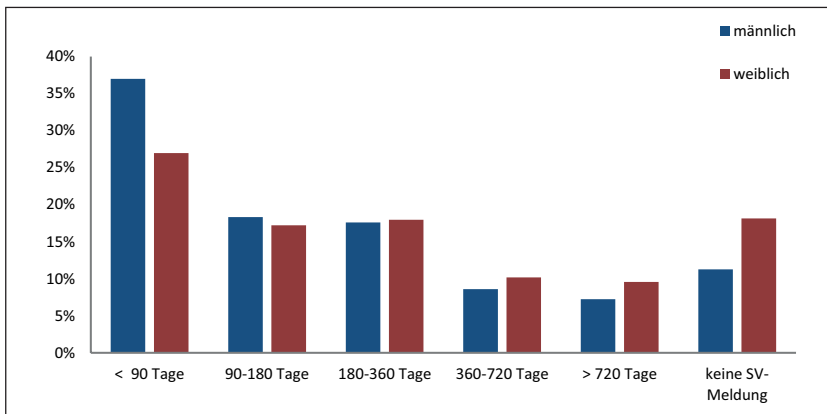
Das Ende des Studiums ist durch das Datum der letzten Prüfungsleistung gekennzeichnet. Diese Variable unterliegt einer gewissen Verzerrung, da Absolventen oftmals noch auf die Note der Abschlussarbeit warten, d.h. noch nicht tatsächlich am Ende ihres Studiums angekommen sind. Andererseits wird das Prüfungsdatum in manchen Fällen auch als die Bekanntgabe der Note oder als Zeitpunkt der letzten Klausur gewertet. Daher ist es möglich, dass ein Absolvent bereits vor dem Prüfungsdatum eine Vollzeitstelle antritt und die errechnete Eintrittszeit negativ ist. Für die Analyse wurden solche Werte auf null gesetzt. Sie fallen demnach in die Kategorie < 90 Tage. Etwa ein Drittel der Absolventen beginnt in den ersten drei Monaten nach Abschluss eine Vollzeitstelle. Die Beobachtung, dass insgesamt 35,4 Prozent der Absolventen länger als ein halbes Jahr nach ihrer ersten Vollzeitstelle suchen, spricht für die These, dass einige Absolventen über geringfügige Tätigkeiten oder Arbeitslosigkeitsphasen in die sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten gelangen.

Für 14,3 Prozent der Absolventen liegen keine eindeutigen sozialversicherungspflichtigen Meldungen vor. Dies sind beispielsweise Absolventen, die ausschließlich geringfügig tätig oder arbeitslos waren bzw. von einem der beiden Fälle in die Selbstständigkeit oder das Ausland abwandern. Weitere Erklärungen sind beispielsweise ein Zweitstudium an einer anderen Universität, die Aufnahme einer verbeamteten Tätigkeit oder ein ergänzendes MBA-Studium.

Bei einer Unterscheidung der Eintrittszeiten nach Geschlecht ist festzustellen, dass Frauen generell später sozialversicherungspflichtig tätig werden. Desweiteren ist der Anteil der Fälle „ohne SV-Meldung“ bei Frauen höher.



**Abb. 6: Eintrittszeit bis zur ersten sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach Geschlecht**



Bei einer Interpretation der Grafik muss allerdings die unterschiedliche Verteilung von Männern und Frauen auf die Studienfächer berücksichtigt werden. Je nach Studienfach eines Absolventen, könnten die Unterschiede in der Eintrittszeit allerdings auf die Attraktivität am Arbeitsmarkt zurückzuführen sein und nicht auf tatsächliche geschlechterspezifische Unterschiede. Darüber hinaus könnte eine mögliche Familienphase nach dem Studium einen Teil der Unterschiede erklären.

### 4.3 Analyse der ersten Vollzeit-Tätigkeit innerhalb von drei Jahren nach Abschluss

#### 4.3.1 Lohnanalyse

Die in Abschnitt 4.1 und 4.2 erfolgte Analyse der Art des Erwerbseintritts/der Eintrittszeit in die erste SV-Tätigkeit ermöglicht einen ersten Blick auf die Situation der Absolventen unmittelbar nach dem Studium. Eine detaillierte Analyse des Humankapitals ist mit dieser Eingrenzung allerdings nicht möglich, da viele Beschäftigungen Übergangstätigkeiten vor der ersten Vollzeitstelle sind. Diese Beschäftigungen sind meist von kurzer Dauer und in Bezug auf den Lohn nicht repräsentativ für den potenziellen Wert eines Absolventen. Darüber hinaus fehlt in den IEB eine Angabe über die Anzahl der Stunden bei Teilzeittätigkeit. Da die Löhne ausschließlich in Tagesentgelten vorliegen, ist daher eine Vergleichbarkeit nicht gewährleistet. Außerdem haben geringfügige Tätigkeiten keinen bedeutsamen direkten monetären Effekt (i.S.v. Steuereinnahmen) für das Bundesland.

Aus diesem Grund erfolgt die Analyse nun mittels der ersten Vollzeit-Tätigkeit eines Absolventen. Hierzu wurden alle Einträge in der Biografie ohne den Vermerk „Vollzeit“ entfernt und der Datensatz auf den ersten Eintrag, der zum Prüfungsdatum oder danach anfällt reduziert.<sup>9</sup> Um eine möglichst repräsentative Abbildung aller Vollzeit-Tätigkeiten nach Abschluss des Studiums zu erhalten, wird der Zeitraum auf drei Jahre nach Prüfungsdatum begrenzt. Die Erhöhung auf drei Jahre ermöglicht es, die Absolventen, die zwischenzeitlich beispielsweise eine Übergangstätigkeit beendet haben, zu berücksichtigen.

Der verwendete Datensatz reduziert sich durch diese Einschränkungen erneut auf ca. 8100 Beobachtungen.

**Tab. 3: Durchschnittslöhne nach Geschlecht  
(Zum Basisjahr 2010 deflationierte Bruttojahreslöhne)**

Geschlecht	Mittelwert	Standard-abweichung	Median	Interquartile-Range	Anzahl an Beobachtungen
Männlich	40.227 €	12.478 €	41.161 €	14.259 €	4.984
Weiblich	33.239 €	12.474 €	33.353 €	17.380 €	3.157

Sämtliche Löhne wurden mittels des Jahresindex der durchschnittlichen Brutto-monatsverdienste im produzierenden Gewerbe zum Basisjahr 2010 deflationiert.

Es zeigt sich, dass Frauen im Durchschnitt etwa 7.000 Euro weniger verdienen als Männer. Während die Standardabweichung für beide Geschlechter vergleichbar ist, liegt das Mediangehalt der Männer ca. 7800 Euro höher als das der Frauen. Die Interquartile-Range bezeichnet die Differenz zwischen dem 25- und dem 75-Prozent-Quantil. Die Maßzahl zeigt auf, dass der Quantilsunterschied bei Frauen um 3100 Euro größer ist.

---

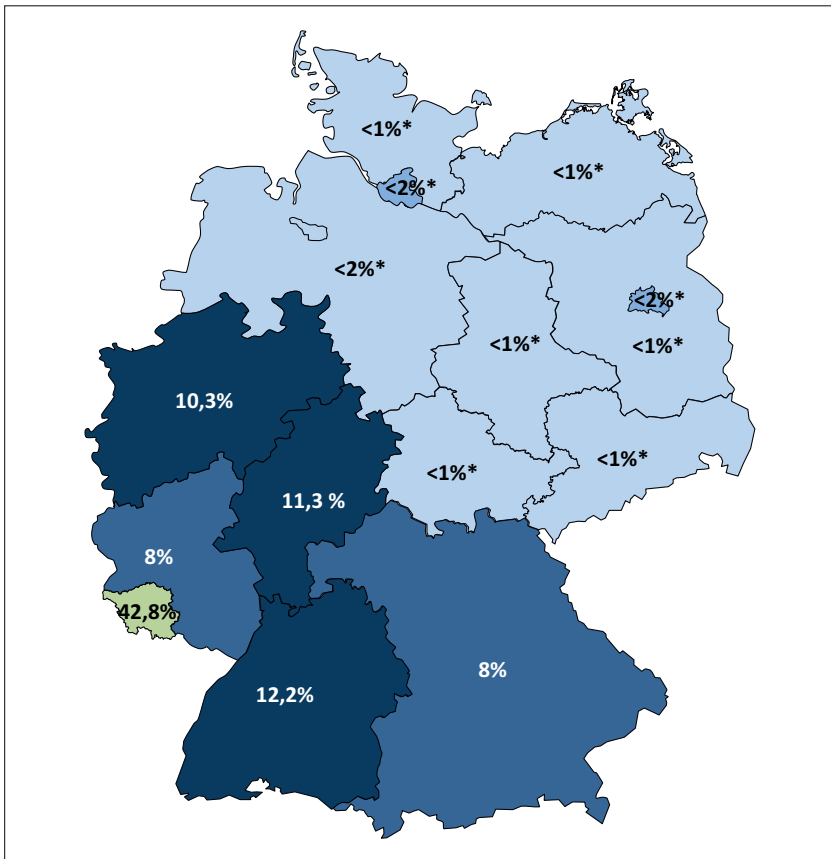
9 Um die in Abschnitt 3.1.2 beschriebene Problematik des ungenauen Prüfungsdatums zu korrigieren wäre es denkbar, auch Einträge zu berücksichtigen, deren Datum vor dem Abschluss des Studiums liegt. Für die hiesige Studie wurden zwei Varianten getestet: Die Berücksichtigung von Einträgen, deren Datum maximal drei Monate vor Ende des Studiums lag und die Berücksichtigung von Einträgen, die vor dem Prüfungsdatum beginnen und darüber hinausgehen. Gegen die erste Variante spricht der arbiträre Zeitraum von drei Monaten. Gegen die zweite Variante sprechen Datenpunkte, in denen die Vollzeitbeschäftigung ein Jahr vor Abschluss beginnt und das Tagesentgelt verhältnismäßig niedrig ist. Da beide Lösungen nicht perfekt sind, wurde für die vorliegende Studie zunächst die einfachste Variante „erste Tätigkeit größer/gleich Prüfungsdatum“ gewählt.

### 4.3.2 Mobilitätsanalyse

Von besonderem Interesse ist der Arbeitsort, an dem die Absolventen Ihre erste Vollzeitbeschäftigung nach Abschluss des Studiums antreten. Die Absolventen, die innerhalb von drei Jahren eine Vollzeitstelle antreten und in den IEB erfasst sind, verteilen sich wie folgt auf die Bundesländer:

**Abb. 7: Arbeitsort der ersten Vollzeit-Tätigkeit nach Bundesland.**

**\*Geringe Fallzahlen**

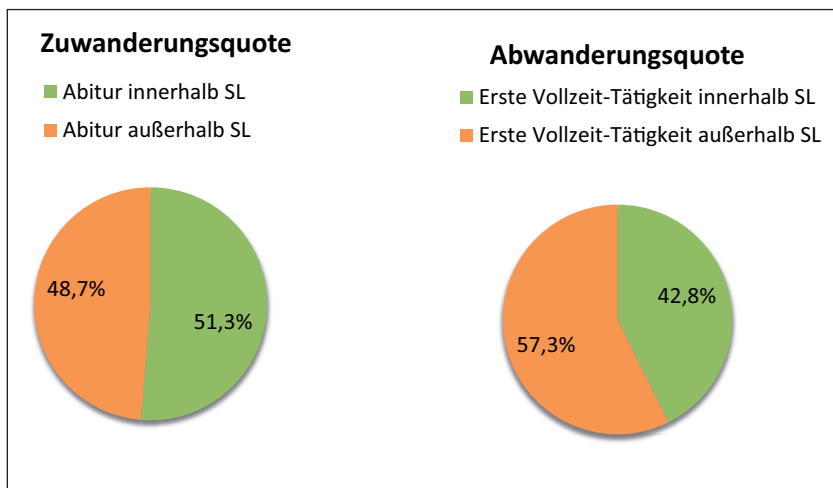


Über 90 Prozent der Studierenden treten ihre erste Vollzeitbeschäftigung im Südwesten Deutschlands an, wobei 43 Prozent der Studierenden im Saarland bleiben.<sup>10</sup> Lediglich Niedersachsen und die Stadtstaaten Berlin und Hamburg haben eine Zuwanderungsquote von mehr als einem Prozent. Die Grafik bietet Raum für verschiedene Interpretationen und Thesen:

Die relativ niedrige Quote von acht Prozent in Rheinland-Pfalz könnte dafür sprechen, dass Absolventen entweder präferieren im Saarland zu bleiben oder in dynamische Agglomerationsräume wie Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg, mit diversifizierten Arbeitsplatzangeboten und einer hohen Nachfrage für Hochqualifizierte, abwandern. Insgesamt nehmen 33 Prozent der Absolventen ihre Tätigkeiten in diesen Bundesländern auf. Da die Regionen besonders für alle Absolventen reizvolle Arbeitsmärkte darstellen, überraschen diese Entwicklungen kaum. Bayern ist zwar ein wirtschaftsstarkes Bundesland, allerdings scheinen die Absolventen auch im Falle einer Abwanderung eine gewisse Nähe zum Studienort bzw. dem Ort der sozialen Kontakte beizubehalten.

Von Interesse für eine umfassende Mobilitätsanalyse ist neben dem Ort der ersten Vollzeitbeschäftigung ein Vergleich zwischen Zuwanderungsquote und Abwanderungsquote.

**Abb. 8: Abwanderungs- und Zuwanderungsquoten von Absolventen der Universität des Saarlandes**



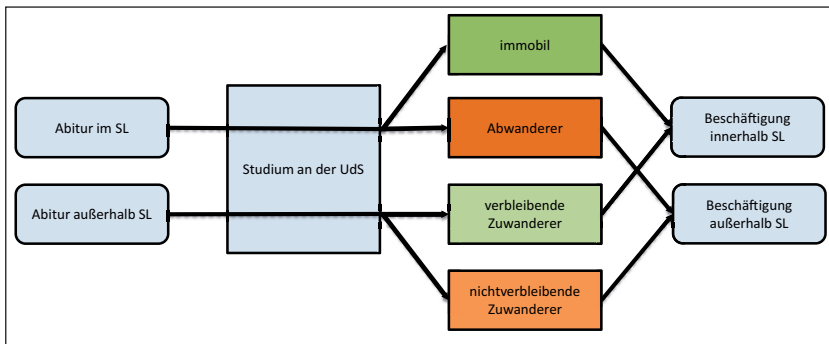
<sup>10</sup> Bei weiterführenden, in dieser Studie nicht aufgeführten Voruntersuchungen zeigt sich, dass dieser Wert stark in Abhängigkeit der Studienfächer variiert.

Von den Absolventen, die innerhalb von drei Jahren nach Abschluss eine in den IEB-verzeichnete Vollzeit-Tätigkeit beginnen, haben 51,3 Prozent ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland erhalten. Außerdem beginnen 57,3 Prozent aller Absolventen ihre erste Vollzeitstelle außerhalb des Saarlandes. Gemäß einer umfassenden Absolventenbefragung von insgesamt 36 deutschen Universitäten aus dem Jahr 2007 liegt die durchschnittliche Abwanderungsquote für Universitätsabsolventen bei 58 Prozent (Krabel und Floether, 2010: 22).<sup>11</sup>

Weiterhin stellt sich die Frage, ob Abwanderer tendenziell eher Saarländer sind, d.h. ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland erhalten haben oder ob es Absolventen sind, die über eine externe Hochschulzugangsberechtigung verfügen und nach dem Studium wieder abwandern.

Anhand der Mobilität vor und nach dem Studium lassen sich vier Mobilitätstypen definieren (vgl. hierzu sowohl Hell et al., 2011 als auch Faggian et al., 2009). Abbildung 9 gibt einen Überblick über die vier möglichen Mobilitätstypen und deren Definition.

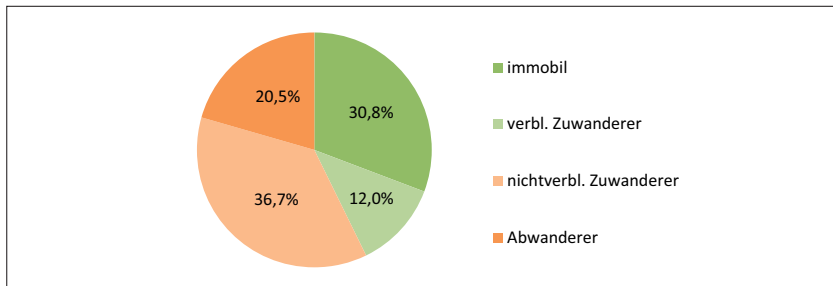
**Abb. 9: Definition von Mobilitätstypen**



<sup>11</sup> Die Autoren geben Abwanderungsquoten für Raumordnungsregionen und Bundesländer an. Für ein kleines Bundesland wie das Saarland ist der Wert für Raumordnungsregionen besser geeignet als der Wert für Bundesländer und wird daher zum Vergleich verwendet. Die Abwanderungsquote in andere Bundesländer liegt gemäß der Studie bei 34 Prozent.

Empirisch treten die vier Mobilitätstypen wie folgt auf:

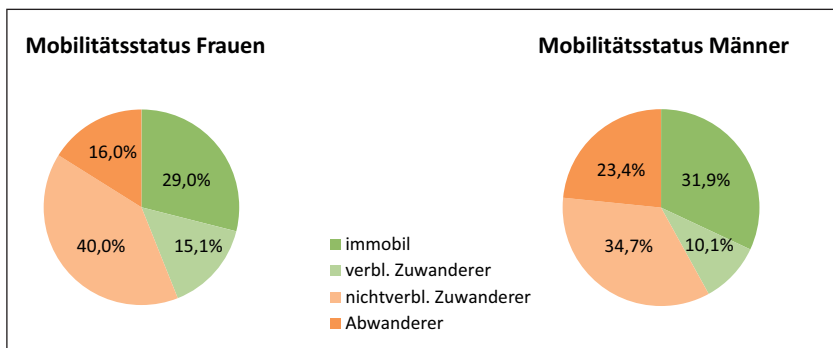
**Abb. 10: Mobilitätstypen von Absolventen der Universität des Saarlandes**



Auffällig sind die hohen Anteile von 36,7 Prozent an nichtverbleibenden Zuwanderern und 30,8 Prozent an immobilen Absolventen. Für das Mobilitätsverhalten der Absolventen scheint der Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung nicht unerheblich zu sein.<sup>12</sup>

Bei einer Unterscheidung dieser vier Mobilitätstypen nach Geschlecht ergibt sich das folgende Bild:

**Abb. 11: Mobilitätstypen von Absolventen der Universität des Saarlandes nach Geschlecht**



Frauen haben sowohl eine höhere nichtverbleibende Zuwanderer- als auch eine höhere verbleibende Zuwandererquote. Allerdings ist der Anteil an

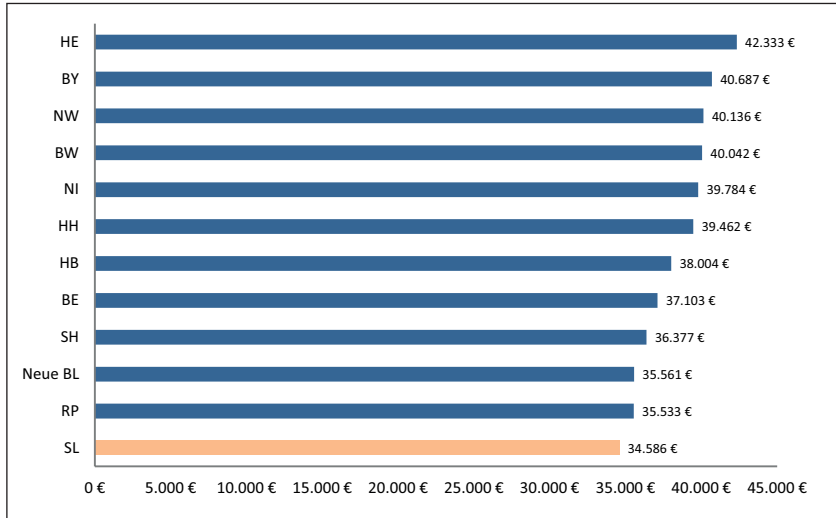
<sup>12</sup> Offensichtlich sind Studienfächer erneut ein nicht zu unterschätzender Punkt bei der Interpretation. Sendet die ZVS beispielsweise viele Studierende ins Saarland, wandern diese unter Umständen aufgrund von sozialen Bindungen zur Heimat wieder ab. Darüber hinaus ist es denkbar, dass die Universität des Saarlandes in bestimmten Fächern Exporteur und der saarländische Arbeitsmarkt in anderen Fachbereichen Importeur ist. Eine Analyse des Mobilitätsverhaltens nach einzelnen Studienfächern ist im Rahmen der vorliegenden Studie allerdings zu umfangreich.

Zuwanderern unter den Frauen bei den VZ-Beschäftigten höher als bei Männern (55 Prozent vs. 45 Prozent). Bei Berechnung des Klebeeffektes zeigt sich: Von den zugewanderten Frauen verbleiben 27,2 Prozent im Saarland, wohingegen unter den zugewanderten Männern lediglich 22,4 Prozent ihre erste Vollzeitstelle im Saarland antreten. Nach empirischen Ergebnissen kürzlich publizierter Studien gelten weibliche Universitätsabsolventen als mobiler (Faggian et al., 2009). Einer Analyse unter jungen, promovierten Ökonomen aus den USA zufolge spielt das Geschlecht hingegen keine Rolle bei der Mobilität nach Abschluss (Davis & Patterson, 2000). Anhand der hier ausgewiesenen deskriptiven Statistiken scheint es bei saarländischen Absolventen auf den ersten Blick ebenfalls keine Evidenz für eine höhere Mobilität von Frauen zu geben.

### **4.3.3 Mobilität und Lohn**

Ein mit dem Mobilitätsverhalten zusammenhängender Faktor ist die Höhe des Lohns der ersten Vollzeitbeschäftigung am jeweiligen Arbeitsort. Für die vorliegende Analyse wurden die Arbeitsorte auf Bundesländerebene zusammengefasst. Innerhalb der Bundesländer konnten über die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Absolventen das jeweilige Durchschnittsgehalt errechnet werden:

**Abb. 12: Deflationierter Jahreslohn der ersten Vollzeit-Tätigkeit pro Bundesland (deflationiert zum Basisjahr 2010). Die Bundesländer BB, MV, SN, ST, TH sind als Neue BL zusammengefasst, da zu wenige Fallzahlen pro Bundesland vorliegen**

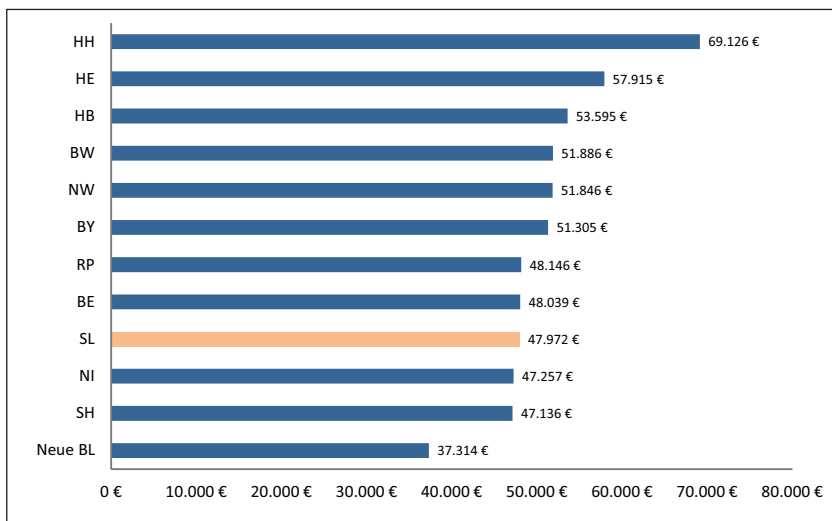


Die Spitzenplätze werden wie erwartet von Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg eingenommen. Der Durchschnittslohn in Rheinland-Pfalz liegt lediglich 947 Euro über dem saarländischen Lohn was eine Erklärung für die verhältnismäßig niedrige Abwanderungsquote in das Nachbarbundesland sein könnte.

Eine offensichtliche Erklärung für die starken Unterschiede und den niedrigen Lohn für saarländische Absolventen liefert die Bruttowertschöpfung der Länder pro Kopf:



**Abb. 13: Durchschnittliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätiger nach Bundesland, 1994-2011.**



Quelle: Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2013)

Diese Übersicht kann zumindest die hohen Abwanderungsquoten in die südwestlichen Bundesländer erklären. Allerdings hat das Saarland im Vergleich zu den Bundesländern aus dem Osten eine höhere Bruttowertschöpfung pro Kopf bei niedrigerem Durchschnittsgehalt für Absolventen. Eine Erklärung für diese Beobachtung könnte eine unterschiedliche Verteilung der Fächer und Abschlüsse auf die Bundesländer sein. Wandern beispielsweise nur Absolventen von Fächern mit hohem Humankapital ab während die Übrigen im Saarland bleiben, sind die Durchschnittslöhne Ersterer erwartungsgemäß höher. Eine weitere Erklärung sind die Kosten, die mit einem Umzug einhergehen. Ein Absolvent ist nur dann bereit, seinen Arbeitsort in ein weit entferntes Bundesland im Osten zu verlagern wenn er dafür verhältnismäßig mehr Lohn erhält. Darüber hinaus könnte jeder Absolvent beispielsweise aus Gründen des sozialen Umfelds eine gewisse Ortsgebundenheit verspüren, welche durch ein höheres Gehalt überkompensiert werden kann. Auch wäre denkbar, dass die besseren Absolventen, d.h. Absolventen mit höherem Humankapital, das Saarland tendenziell eher verlassen.

Auch die Literatur kann nur bedingt Aufschluss über diese Fragen liefern. Dahl und Sorenson (2010) analysieren das Mobilitätsverhalten hochqualifizierter dänischer Wissenschaftler und Ingenieure und finden heraus, dass soziale

Faktoren wie die Nähe zu Familie und Freunden größeren Einfluss auf die Mobilität dieser Gruppe haben als ökonomische Faktoren. Die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf Absolventen in Deutschland ist allerdings in Frage zu stellen. Eine Untersuchung bzgl. der Mobilität und Löhnen von italienischen Universitätsabsolventen liefert hingegen plausible Evidenz dafür, dass Absolventen mehr verdienen wenn sie mobiler sind (Di Contio und Grassi, 2010).

Letztlich ist eine Vielzahl weiterer Erklärungen denkbar, die alle ohne eine gesonderte und spezifische empirische Analyse nicht in ihrer Bedeutung quantifizierbar sind.

#### 4.3.4 Lohnregression

Eine einfache Lohnregression nach dem Prinzip von Mincer<sup>13</sup> (1974) kann verwendet werden um die Frage zu beantworten, welche Faktoren das Humankapital der Absolventen beeinflussen. Die *abhängige Variable ist der Logarithmus des deflationierten Tagesentgelts*.<sup>14</sup>

Die erste Determinante ist die *Notenskala*, welche in Form von Dummy-Variablen in die Regression eingeht. Aufgrund der verschiedenen Notenskategorien der einzelnen Fachbereiche scheint eine simple nominale Skalierung der Variablen angebracht. Daher reicht die Skala von 1–5 wobei der Wert 1 mit „ausreichend“ und der Wert 5 mit „ausgezeichnet“ versehen ist.<sup>15</sup>

Um Unterschieden in den Bezügen der Geschlechter zu identifizieren, wird eine *Dummy-Variable für weiblich* ergänzt. Der Koeffizient gibt den Unterschied im Entgelt zwischen Frauen und Männern an.

Das *Alter bei Studienabschluss* wurde errechnet als Differenz zwischen Prüfungsdatum und Geburtsjahr, da das genaue Geburtsdatum nach der Anonymisierung nicht länger verfügbar ist.

Die *spezifische Berufserfahrung* (Gibbons und Waldmann, 2004) ist die Zeit, die ein Absolvent vor Beginn der ersten Vollzeitbeschäftigung im entsprechenden Berufssegment gearbeitet hat (z.B. Gastronomie, Büro-/Verwaltungsberufe,

---

13 Mincer-Regressionen sind auch lange nach der populären Veröffentlichung von Mincer (1974) ein beliebtes Mittel, aber auch Gegenstand vieler Diskussionen in angewandter und theoretischer Forschung. Für umfangreichere, aktuelle Analysen zu Mincer-Regressionen vgl. z.B. Card (2001) oder Heckman et al. (2006). Die hier aufgeführte Regression ist als Basisspezifikation zu verstehen. Für einen Überblick über komplexere Schätzmethoden siehe Ge (2013).

14 Der Logarithmus wird aufgrund der bei Löhnen typischerweise rechtsschiefen Verteilung verwendet.

15 Die Notenstufen in der Regression sind definiert als 1=ausreichend, 2=befriedigend, 3=gut, 4=sehr gut, 5=ausgezeichnet.

Elektroberufe). Sie ist im Sinne der Interpretierbarkeit der Koeffizienten auf 100 Tage skaliert.<sup>16</sup>

Zur Messung der Studiendauer im Studium geht die Variable *Studienzeit* in die Regression ein. Da diese aufgrund der Unterschiede in den Biografien der Absolventen stark streut wurde vereinfachend dem schnellsten Drittel der Studenten die 1, dem mittleren Drittel der Absolventen die 2 und dem langsamsten Drittel der Studenten die 3 zugeordnet.<sup>17</sup>

Als *Kontrollvariablen* werden die *Studienfächer* und die jeweiligen *Jahre des Erwerbseinstiegs* innerhalb der Regression verwendet.

Tabelle 4 liefert einen Überblick über die abhängige Variable und die jeweiligen Determinanten.

**Tab. 4: Deskriptive Statistiken zu den Regressionsvariablen**

Variable	Mittelwert	Standardabweichung	Median	Minimum	Maximum	Beobachtungen
Logarithmiertes Tagesentgelt	4,56	0,41	4,66	3,19	5,87	8141
Notenskala (1 – 5, 1=ausreichend, 5=ausgezeichnet)	1,14	1,22	1	0	4	7892
Weiblich	0,39	0,49	0	0	1	8141
Alter bei Studienabschluss	28,21	3,29	28	22	58	8141
Spezifische Berufserfahrung (in 100 Tagen)	2,03	4,08	0	0	47,11	8141
Studienzeit in Kategorien (1=schnell, 3=langsam)	2,00	0,81	2	1	3	7287

16 Wolf (2010) verwendet in seiner Studie zusätzlich die allgemeine Berufserfahrung als Determinante. Da die spezifische Berufserfahrung eine bessere erklärende Variable darstellt, wird hier auf die allgemeine Berufserfahrung verzichtet.

17 Um für Unterschiede innerhalb der Fächer und der Abschlussart zu kontrollieren, würde sich für eine detaillierte Analyse eine kategoriale Einteilung in die Fach- und Abschlusspezifischen Quantile anbieten.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse sind in Tabelle 5 dargestellt. Gemäß der Schätzung ist der Effekt der Notenkategorie auf das Gehalt positiv signifikant. Die Basiskategorie ist die am häufigsten vertretene Note „gut“. Während die Notenskala „ausreichend“ das Einstiegsgehalt um 24,1 Prozent senkt, liegt der Effekt der Notenskala „befriedigend“ bei -7,3 Prozent. Absolventen mit der Note „sehr gut“ erhalten im Schnitt nur 2,9 Prozent mehr Lohn als gute Absolventen, während ausgezeichnete Absolventen 8,3 Prozent mehr verdienen als gute – Exzellenz macht sich also bezahlt!

Der Gender-Pay-Gap – die Differenz im Lohn zwischen den Geschlechtern – liegt bei 8,8 Prozent. Weibliche Absolventen verdienen damit bei ihrer ersten Vollzeitstätigkeit signifikant weniger als Männer. Dabei ist für die unterschiedliche Studienfachwahl bereits kontrolliert!<sup>18</sup>

Das Alter hat einen positiven Effekt auf das Entgelt. Ein um ein Jahr älterer Absolvent verdient 1,1 Prozent mehr bei seiner ersten Vollzeitstätigkeit. Dieses Ergebnis könnte verzerrt sein, da ältere Studenten unter Umständen einen höheren Abschluss innehaben. Der Koeffizient der spezifischen Berufserfahrung ist wie erwartet positiv. 100 Tage in einer Tätigkeit des gleichen Berufssegments erhöhen den Lohn um 0,5 Prozent.<sup>19</sup> Bei einem Anstieg der Berufserfahrung um eine Standardabweichung (408 Tage), steigt der Lohn um etwa 2 Prozent.

In Bezug auf die Studienzeit ist ebenfalls ein Ergebnis zu verzeichnen, welches erwartet werden konnte. Ein Student, der einer langsameren Kategorie zugeordnet ist, verdient je Kategorie 4,4 Prozent weniger.

---

18 Die Wahl des Studienfachs erklärt gemäß einer Studie von Machin und Puhani (2003) auf Basis von Daten aus dem Jahr 1996 2-4 Prozent des Gender-Pay-Gaps unter Absolventen. Bereinigt um die Wahl des Studienfachs finden die Autoren einen Unterschied von 9 Prozent.

19 Sowohl für das Alter als auch die Berufserfahrung wäre ein nichtlinearer, beispielsweise quadratischer Zusammenhang denkbar. Auf komplexere Spezifikationen wird jedoch vorerst verzichtet.

**Tab. 5: Ergebnisse einer Regressionsanalyse (Kleinste-Quadrate-Schätzung) – Erläuterung im Text. \*\*\*signifikant zum 1 %-Niveau, \*\*signifikant zum 5 %-Niveau, \*signifikant zum 10 %-Niveau.**

Erklärte Variable: Logarithmus des deflationierten Tagesentgelts	Koeffizient	Standardfehler	P-Wert
Notenskala ausreichend	-0,241***	0,028	0,000
Notenskala befriedigend	-0,073***	0,011	0,000
Notenskala sehr gut	0,029**	0,013	0,020
Notenskala ausgezeichnet	0,083*	0,045	0,065
Weiblich	0,090***	0,010	0,000
Alter bei Studienabschluss	0,011***	0,001	0,000
Spezifische Berufserfahrung (in 100 Tagen)	0,005***	0,001	0,000
Studienzeit in Kategorien (1=schnell, 3=langsam)	-0,044***	0,006	0,000
Studienfächer	JA	<b>Beobachtungen</b> F (42,7040) Prob > F R <sup>2</sup> Adj R <sup>2</sup> MSE	7083
Jahr des Erwerbseinstiegs	JA		52,60
Konstante	4,480***		0
			0,24
			0,23
		0,35	

## 5 Fazit und Ausblick

Die durchgeführte Analyse von Absolventenbiografien der Universität des Saarlandes ermöglicht es, die zu Beginn formulierten Fragen empirisch zu beantworten und die ökonomische Bedeutung der Ausbildung an der UdS zu quantifizieren.

So beginnen Absolventen der Universität des Saarlandes ihre erste Erwerbstätigkeit überwiegend in Vollzeit- oder Teilzeitstellen, was dem Arbeitsmarkt, der Konsumententwicklung und dem Landeshaushalt positiv zu Gute kommt. Etwa ein Drittel der Absolventen findet innerhalb von 90 Tagen nach Abschluss des Studiums die erste sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, wobei Frauen im Schnitt länger als Männer suchen. Worin diese Tatsache begründet ist, könnte durch eine aufbauende und tieferegehende Analyse überprüft werden.

Allerdings nimmt weniger als die Hälfte der Absolventen ihre erste Vollzeit-tätigkeit im Saarland auf. Die Universität des Saarlandes scheint zwar attraktiv für Studierende aus ganz Deutschland zu sein, ein Großteil der Zuwanderer verlässt das Saarland aber wieder zum Vollzeit-Berufseinstieg. Zudem können hinsichtlich der Mobilität unterschiedliche Quoten für Männer und Frauen beobachtet werden. So beginnen verhältnismäßig mehr Frauen mit externer Hochschulzugangsberechtigung im Saarland und der Klebeeffekt ist hier höher als bei Männern. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern könnten allerdings durch Präferenzen bei der Fächerwahl und dementsprechende Arbeitsmarktchancen induziert sein.

Die Einstiegsgehälter von Absolventen, die im Saarland eine Vollzeitbeschäftigung aufnehmen sind geringer als Einstiegsgehälter von Absolventen, die das Saarland verlassen. Etwa ein Drittel der Absolventen wandert in die wirtschaftsstarken Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ab. Auch Absolventen, die in wirtschaftsschwache Bundesländer im Osten abwandern, verdienen größtenteils im Durchschnitt mehr als Absolventen im Saarland.

In der Summe ermöglicht die vorliegende Studie einerseits einen detaillierten Blick auf das Verhalten der Absolventen an der Schwelle zur ersten Beschäftigung. Andererseits werden Besonderheiten der Absolventen aus dem Saarland in Bezug auf deren Mobilitätsverhalten herausgearbeitet. Vor allem aber zeigt die Studie Potenzial für Folgearbeiten, da der erste wesentliche Schritt durch die arbeitsintensive Aufbereitung des Datensatzes nun getan ist. Die Möglichkeiten der neu geschaffenen Datengrundlage sind vielfältig und breit gefächert. Denkbar wären z.B. eine Analyse der Mobilität von Absolventen nach Noten<sup>20</sup>, die Durchführung spezifischer und komplexer Lohn- und Mobilitätsregressionen sowie Analysen auf Fächer- und Fakultäten-Ebene.<sup>21</sup>

---

20 Vgl. Venhorst et al. (2011) für Evidenz aus Holland, die belegt, dass entgegen der klassischen Humankapitaltheorie in vielen Fächern auch die guten Studenten am Ort der Ausbildung verbleiben.

21 Vgl. Abreu et al. (2012) sowie Communian et al. (2010) für Analysen der Lohnunterschiede zwischen Absolventen kreativer und nicht-kreativer Studiengänge. Vgl. Belfield und Morris (1999) für eine Untersuchung des Mobilitätsverhaltens englischer Absolventen in Abhängigkeit der Studienfächer.

## Literatur

- Abreu, M.; Faggian, A.; Communan, R. & McCann, P. (2012): „Life is short, art is long: the persistent wage gap between Bohemian and non-Bohemian graduates”. *The Annals of Regional Science*. 49(2): 305–312.
- Belfield, C. & Morris, Z. (1999): “Regional Migration to and from Higher Education. Institutions: Scale, Determinants and Outcomes. *Higher Education Quarterly*. 53(3):240–263.
- Card, D. (2001): “Estimating the Return to Schooling: Progress on Some Persistent Econometric Problems”. *Econometrica*. 69: 1127–1160.
- Card, D. (1995): “Earnings, Schooling, and Ability Revisited”. *Research in Labor Economics*. 14: 23–48.
- Comunan, R. & Faggian, A; Qian C. L. (2010): „Unrewarded careers in the creative class: The strange case of bohemian graduates“. *Papers in Regional Science*. 89(2): 389–410.
- Dahl, M. S. & Sorenson, O. (2010): “The migration of technical workers. *Journal of Urban Economics*”. 67(1): 33–45.
- Davis, J. C. & Patterson D. M. (2000): “Regional Mobility of Economists”. *Journal of Labor Research*. 21(4). 641–647.
- Di Cintio, M. & Grassi, E. (2010): “Internal migration and wages of Italian university graduates”. *Papers in Regional Science*. 92(1): 119–140.
- Faggian, A.; Sheppard, S. & Mccann, P. (2009): “Some Evidence that Women are more mobile than Men: Gender differences in U.K. Graduate Migration Behavior”. *Journal of Regional Science*. 47(3): 517–539.
- Ge, S. (2013): “Estimating the returns to schooling: Implications from a dynamic discrete choice model”. *Labor Economics*. 20: 92–105.
- Gibbons, R. & Waldman, M. (2004): “Task specific human capital”. *The American Economic Review*. 94(2): 203–207.
- Groen, J. A. (2004): “The effect of college location on migration of college-educated labor”. *Journal of Econometrics*. 121: 125–142.
- Heckman, J. J.; Lochner, L. J. & Todd, P. E. (2006): “Fifty Years of Mincer Earnings Regressions”. *Handbook of Education Economics*. Vol. 1. *The Netherlands: Elsevier*.

- Hell, S.; Otto, A. & Wydra–Somaggio, G. (2011): Räumliche Mobilität von Fachhochschulabsolventen: „Empirische Analyse der Mobilität von den Absolventen der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), Saarland“. *IAB Regionalbericht 2011(1)*.
- Krabel, S. & Floether, C. (2012): "Here Today, Gone Tomorrow? Regional Labor Mobility of German University Graduates". *Regional Studies*. 1–19.
- Machin, S. & Puhani, P. A. (2003): Subject of degree and the gender wage differential: evidence from the UK and Germany. *Economic Letters* 79. 393–400.
- Mincer, J. A. (1974): "Schooling, experience and earnings". *National Bureau of Economic Research*. New York.
- Statistisches Bundesamt (2013): „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012, Reihe 1, Band 1“. *Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“*. Frankfurt a. M.
- Venhorst, V.; Van Dijk, J. & Van Wissen, L. (2011): "Do the best graduates leave the peripheral areas of the netherlands". *Tijdschrift voor economische en sociale geografie*. 101: 521–537.
- Wolf, A. (2012): „Die Erwerbssituation der Kieler Universitätsabsolventen“. <http://www.ifr.uni-kiel.de/de/forschung/beitrag-nr.-43-absolventenstudie>. Abgerufen am 27.05.2013.





# **Gesellschaftliche Bedeutung der Universität für das Saarland**



**Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer**

## **VIII. Bedingungen des Kommens und Bleibens der Studierenden der Universität**

### **1 Einleitung und theoretischer Rahmen**

Der demographische Wandel in der Bundesrepublik und seine Folgen ist schon seit vielen Jahren ein breit diskutiertes Faktum. Generell ist festzuhalten, dass Veränderungen im Bevölkerungsbestand und in der Zusammensetzung vergleichsweise gut prognostiziert werden können, soweit – wie in der Bundesrepublik Deutschland – Naturkatastrophen, Hungersnöte und Kriege, also exogene Schocks, mit hoher Wahrscheinlichkeit auszuschließen sind (vgl. zu den verwendeten Analyse- und Prognoseverfahren Mueller, Nauck & Diekmann 2000). Während die Entwicklung von Fertilität und Mortalität bereits seit vielen Jahren in der Bundesrepublik sehr stabil sind und mit drastischen Einbrüchen oder Steigerung (die sich zudem dann erst mittelfristig auswirken würden) kaum zu rechnen ist, bleibt die wichtigste Größe zur politischen Steuerung die Migration und hier speziell die Migration junger Erwachsener in der Phase der Familiengründung (im Durchschnitt bekommen die Frauen in Deutschland ihr erstes Kind zwischen dem 25 und 35. Lebensjahr, DeStatis 2013).

Die regelmäßig durchgeführten Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen seit vielen Jahren einen klaren Abwärtstrend, der allerdings die einzelnen Bundesländer und die verschiedenen Agglomerationsräume in Deutschland in unterschiedlichem Maße trifft. Das Saarland ist unter den westdeutschen Bundesländern das erste, welches vom demographischen Wandel betroffen ist und auch das Ausmaß der zu erwartenden Effekte übertrifft den bundesdeutschen Durchschnitt (Statistisches Bundesamt 2011: 11). Kurz und auf den Punkt gebracht gilt: das Saarland altert früher, schneller und stärker als seine Nachbarländer. Dies gilt übrigens nicht nur für die deutsche Seite, sondern auch für Belgier, Franzosen und Luxemburger: in der Großregion ist das Saarland seit 1970 das einzige Teilgebiet, welches kontinuierlich an Bevölkerung verloren hat – insgesamt 6,8 %, während Rheinland-Pfalz im selben Zeitraum mehr als zehn Prozent an Bevölkerung gewann (siehe Statistiques Grande Région 2013). In den letzten zwölf Jahren ging die Bevölkerung im Saarland um 5,4 % zurück, während sie in der Großregion um 2,2 % gewachsen ist und sogar Teile von Rheinland-Pfalz – insbesondere die Stadt Trier und der anliegende Landkreis um 5,8 %, bzw. 4,1 % – trotz des auch dort langsam ein-

setzenden demographischen Wandel erhebliche Wachstumsraten ausweisen konnten (siehe IBA 2013). Bis zum Jahr 2030 wird für das Saarland ein Bevölkerungsverlust von über 11 % vorausgesagt, welcher den Durchschnitt der Großregion – knapp 1 % - und auch die Rückgänge in Rheinland-Pfalz – etwa 6 % – und in Lothringen – ungefähr 2 % – deutlich übersteigt; für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist generell ein starker Rückgang in der Großregion vorauszusehen, aber auch hier sieht die Bilanz für das Saarland am schlechtesten aus – minus 23 % im Vergleich zum Durchschnitt von 12 % und einem Minus von 19 % in Rheinland-Pfalz (vgl. IBA 2007:15ff.).

Folgt man der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basis: 31.12.2008, Variante w1 – Ohne Geschlechtsunterschiede) für das Saarland und betrachtet die zukünftig zu erwartende Bevölkerungsentwicklung auf Basis der dort vorgenommenen Annahmen in 5-Jahresschritten, lässt sich die Dramatik der Entwicklung im nächsten halben Jahrhundert deutlich erkennen. Während der Anteil über 65-Jähriger bis zum Jahr 2035 kontinuierlich zunimmt, sinkt der Anteil 20 bis 30-Jähriger im gleichen Zeitraum von 117,1 tausend auf 77,5 tausend ab. Bis 2060 ist sogar von einer Halbierung dieser demographisch (durch die Familiengründung), wirtschaftlich (durch Erwerbsbeteiligung und Konsum) und kulturell (durch kreative Ideen und Aktivitäten) besonders wichtigen Altersgruppe im Saarland auszugehen. Das Saarland schrumpft nicht nur insgesamt von etwa 1 Mio. Einwohner auf 685.000 Einwohner, der Rückgang ist zudem in der Altersklasse der 20 bis unter 30-Jährigen am stärksten (46 % gegenüber einem Gesamtückgang von 33 % und einem Rückgang der 30-65jährigen von 42 %).

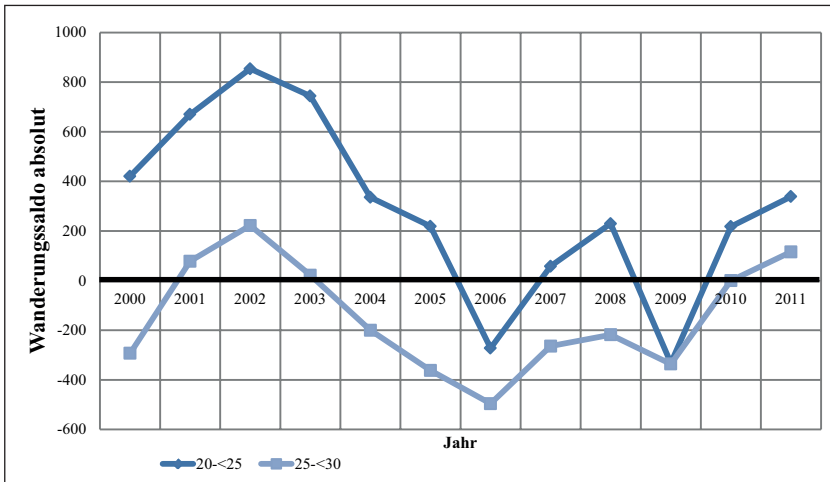
**Tab. 1: Geschätzte Entwicklung der saarländischen Wohnbevölkerung bis zum Jahr 2060**

Jahr	Alter von... bis unter... Jahren			
	0-20	20-30	30-65	65-90 u. älter
<b>2010</b>	175,5	117,1	499,5	222,9
<b>2015</b>	156,6	113,2	483,1	227,4
<b>2020</b>	144,8	102,3	461,4	239,6
<b>2025</b>	139,5	90,7	429,6	258,2
<b>2030</b>	135,2	81,4	392,7	278,9
<b>2035</b>	129,2	77,5	362,6	288,5
<b>2040</b>	121,1	76,4	349,6	277,7
<b>2045</b>	113	75,2	336,8	264,3
<b>2050</b>	106,6	71,8	322,3	252
<b>2055</b>	101,9	67	304,4	244,1
<b>2060</b>	98,2	62,5	288,4	236,5

Quelle: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Basis: 31.12.2008, Variante w1 – ohne Geschlechtsunterschiede

Die Ursachen hierfür liegen teilweise in der Vergangenheit begründet: in der Phase des wirtschaftlichen Umbruchs und den in Folge ausgelösten Strukturwandel hat das Saarland durch Migration in andere Bundesländer primär junge Leute verloren, was sich nun in einer demographisch ungünstigen Bevölkerungsstruktur und in einer relativen Geburtenarmut im Saarland niederschlägt (Statistisches Bundesamt 2011: 11). Auch während des Zeitraums 1991 bis 2006 verlor das Saarland kumuliert 15.700 Personen an die anderen Bundesländer, allerdings konnte dies in den 1990er Jahren durch besonders hohe internationale Zuwanderungen (insbesondere im Zuge der deutschen Einheit) mehr als kompensiert werden (Saarländische Landesregierung 2007: 20).

Die Abwanderung konzentriert sich sehr stark auf die Altersgruppe der 25 bis unter 30-Jährigen (vgl. Abbildung 1): hier verlor das Saarland in den ersten sieben Jahren des 21. Jahrhunderts jährlich im Schnitt 457 Personen oder 0,8 % an der gleichaltrigen saarländischen Bevölkerungsgruppe (Saarländische Landesregierung 2007: 21). In den letzten Jahren hat sich diese Bilanz leicht verbessert, trotzdem bleibt es aus demographischer Sicht die Hauptaufgabe, diese Altersgruppe im Land zu halten. Umgekehrt stellt die Altersgruppe der unter 25-Jährigen bei der Zuwanderung aus anderen Bundesländern die größte Gruppe dar: pro Jahr entscheiden sich 3.000 bis 4.000 junge Menschen, ihren Lebensmittelpunkt in das Saarland zu verlegen, wobei der Saldo in dieser Altersgruppe deutlich besser ausfällt und speziell in den letzten Jahren ein positiver Trend zu vermelden ist. Zu ergänzen ist, dass sich diese Zahlen nur auf „Inländer“ (also in Deutschland lebende Personen beziehen) und gerade auch das Saarland seit vielen Jahren von grenzüberschreitenden Wanderungen profitiert. Hier liegen allerdings keine altersgruppenbezogene Daten vor. Generell ist aber zu vermuten, dass sich auch hier die Wanderung auf Personen in den beiden genannten Altersgruppen konzentriert und auch die altersspezifischen Wanderungseffekte zumindest teilweise kompensiert werden können.

**Abb. 1: Wanderungssaldo nach Altersgruppen im Saarland.**

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Amtes des Saarlandes, Reihe A III 1, versch. Jahrgänge

Die Zu- und Abwanderung ist in den angesprochenen Altersgruppen vor allem durch Entscheidungen für Aus- und Weiterbildungen, die Berufswahl und die Familiengründung motiviert. Das Saarland befindet sich in einer durch den demographischen Wandel verschärften Konkurrenz um junge Menschen und ist darauf angewiesen, durch interessante Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten erstens junge Menschen überhaupt in das Saarland zu ziehen und zweitens durch attraktive Arbeitsplätze dauerhaft an die Region zu binden.

Die Universität des Saarlandes (UdS) spielt hier eine bedeutende Rolle: jährlich nehmen etwa 3.000 Studienanfänger ein Studium an der Saaruniversität auf, von denen etwa die Hälfte ihren Schulabschluss nicht im Saarland tätigte (der Anteil schwankte in den letzten zehn Jahren zwischen 44,5 % im Jahre 2009 und 54 % im Jahre 2007). In den Jahren 2010, 2011 und 2012 lag er jeweils über 50 %. Ohne Berücksichtigung von Studienortwechslern lässt sich also grob schätzen, dass etwa ein Viertel der ins Saarland zugewanderten unter 25-Jährigen dies aufgrund der Aufnahme eines Studiums an der UdS getan hat (vgl. auch Kapitel V). Ähnliches gilt für die jährlich 1.500 bis 2.000 Absolventen, von denen mehr als die Hälfte das Saarland nach dem Studienende verlässt (ca. 57 %, vgl. Kapitel VII) und damit etwa ein Drittel der abwandernden unter 30-Jährigen umfassen dürfte. Auch hier sind Studienortwechsler nicht mit gezählt.

Die demographische Bedeutung der UdS soll im Folgenden anhand der Beantwortung folgender Fragen illustriert werden:

- 1) Wo studieren Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland erworben haben (Abstromanalyse, Abschnitt 2)?
- 2) Woher kommen die Studierenden der UdS bzw. wo haben sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben (Zustromanalyse, Abschnitt 3)?
- 3) Warum wählten sie die UdS als Studienort bzw. welche Gründe geben die Studierenden für die Wahl von Saarbrücken als Studienort an (Motive zur Wahl des Studienorts, Abschnitt 4)?
- 4) Wie bewerten die Studierenden ihr Studium an der Universität des Saarlandes (Abschnitt 5)?
- 5) Welche fördernden und hemmenden Bedingungen des Verbleibs von Absolventen im Saarland sind empirisch aufzeigbar (Abschnitt 6)?

## 2 Bildungsbezogene Abwanderungen

Jedes Jahr erhalten etwa 3.000 (GENESIS Online-Datenbank: 2011) Schüler im Saarland eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Über den Weg, den die Schüler nach Beendigung ihrer Schulzeit einschlagen, ist relativ wenig bekannt. Seit Abschaffung der Wehrpflicht liegen bisher keine belastbaren Längsschnittstudien vor, die den Verlauf und die Übergangsquoten abbilden könnten. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Saarland, da hier die großen deutschlandweit angelegten Längsschnittdatensätze wie z.B. das Sozioökonomische Panel insgesamt zu wenige Beobachtungen für das Saarland liefern, um auf dieser Basis aussagekräftige Ergebnisse treffen zu können. Im Rahmen der Studie wurden zumindest die im Umkreis befindlichen Universitäten und Hochschulen gebeten, den Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) auszuwerten, damit zumindest grundlegende Informationen zum Verbleib der saarländischen Schulabgänger im tertiären Bereich gesammelt werden können. Generell ist bekannt, dass sich junge Menschen in erste Linie in der Nähe ihres Herkunftsortes nach einem Studienplatz umsehen (vgl. Horstschräer 2011).<sup>1</sup> Auch die für Saarbrücken, Homburg und Kaiserslautern vorgenommenen Mobilitätsanalysen von Studierenden im Rahmen der Studie von Engelbrech, Küppers & Sonntag 1978: 22ff. sprechen hier eine eindeutige Sprache.

In Tabelle 2 finden sich die Anteile der saarländischen Studierenden unter

---

1 Ein großer Dank gilt an dieser Stelle den verantwortlichen Mitarbeitern der Universität Trier, der Technischen Universität Kaiserslautern, der Johannes Gutenberg Universität Mainz, der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, der Fachhochschule Kaiserslautern und dem Campus Birkenfeld, die die entsprechenden Auszählungen der Studierendenstatistik getätigt haben.



den Studierenden der entsprechenden Universitäten. Etwa die Hälfte aller an der UdS eingeschriebenen Studierenden -- nicht weiter erstaunlich - haben ihre HZB auch im Saarland erworben. Die meisten Studierenden (knapp 2.000), die in der nahen Umgebung außerhalb des Saarlandes studieren, sind an der Universität Trier eingeschrieben (etwa 14 % der dort Studierenden). Dies begründet sich vermutlich u.a. durch den Wegfall der Sozialwissenschaften an der UdS vor etwa zehn Jahren, der Trier zur einzigen Hochschule der Region mit Schwerpunkt in diesen Fächerbereichen machte. Immerhin über 1.092 Personen, die im Saarland ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, studieren an der Technischen Universität Kaiserslautern, die von ihrem Profil näher an der UdS liegt und offensichtlich ein attraktives Angebot aufzuweisen hat. Weitere 626 Saarländer studieren an der größten rheinland-pfälzischen Hochschule, der Johannes Gutenberg Universität in Mainz. Es ist anzunehmen, dass auch in den weiteren Universitäten des Rhein-Main resp. Rhein-Neckar-Raums (Darmstadt, Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe, Koblenz-Landau, Mannheim) noch kleinere oder größere Gruppen von Personen mit saarländischer Hochschulzugangsberechtigung zu finden sind, auch wenn diese Räume bereits in erheblicher Entfernung zum Saarland liegen.

**Tab. 2: Anteil der Studierenden an den umliegenden Universitäten mit einer im Saarland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung.**

Saarländische Studierende (HZB) an der... (Stand SS 2012)	Anzahl der Studierenden gesamt (SS 2012)	Anzahl der Studierenden mit saarländischer HZB	Anteil an den Studierenden dieser Hochschule
Universität des Saarlandes	17.026	8.621	50,63 %
Universität Trier	13.905	1.969	14,16 %
Technische Universität Kaiserslautern	12.545	1.092	8,70 %
Johannes Gutenberg Universität Mainz	35.746	626	1,75 %

An den umliegenden Fachhochschulen ist die Zahl der Studierenden mit einer allgemeinen Hochschulreife, die im Saarland erworben wurde, deutlich niedriger. Aktuell sind 276 bzw. 292 Studierende an der Fachhochschule Kaiserslautern bzw. dem Campus Birkenfeld der Hochschule Trier eingeschrieben. Nur die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) stellt offensichtlich für einige Abiturienten eine Alternative dar (etwas über 2.000). Die Besonderheit der Fachhochschulen besteht aber natürlich darin, dass eine allgemeine Hochschulreife nicht gefordert wird und dementsprechend viele Schulabgänger an den Fachschulen lediglich über die Fachhochschulreife verfügen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist der Regionaleinzug an den Fachhochschulen deutlich höher: an der HTW sind mehr als drei Viertel der Studierenden Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland erworben haben (76 %), ein mit der Universität vergleichbarer Zuwanderungseffekt geht damit von der HTW nicht aus.

**Tab. 3: Anteil der Studierenden an den umliegenden Fachhochschulen mit einer im Saarland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung.**

Saarländische Studierende (HZB) an der... (Stand SS 2012)	Anzahl der Studierenden gesamt (SS 2012)	Anzahl der Studierenden mit saarl. HZB	allg. Hochschulreife	Fachhochschulreife
Hochschule für Technik und Wirtschaft	5.615	4.306	2.505*	3.077
Fachhochschule Kaiserslautern	5.205	1.094	276	818
Campus Birkenfeld	2.598	1.022	292	730

\*von den gesamten Studierenden, nicht den saarländischen Studierenden

Die Frage danach, wie viele Studierende sich gegen ein Studium an der UdS und für das Studium an einer anderen Universität entscheiden, kann jedoch auf diesem Weg nicht abschließend geklärt werden, dazu sind weitere Analysen notwendig. In den Jahren 2005/06 bis 2010/11 haben insgesamt 23.303 Schüler im Saarland an den allgemeinbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife erworben (eigene Berechnung nach GENESIS Online-Datenbank: 2011). In einer Studie des WZB wird für das Saarland eine Übergangsquote von etwa 69 % für Schüler, die im Land eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben und danach ein Studium<sup>2</sup> aufnehmen, berichtet (Helbig et al 2011: 2). Im Vergleich gehört diese Übergangsquote deutschlandweit zu den niedrigsten, nur in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ist die Quote mit rund 61 %

2 Darunter ist ein Studium an einer Universität als auch ein Studium an einer Fachhochschule zu verstehen.

und 59 % noch niedriger. Nimmt man nun an, dass die meisten Studierenden innerhalb von etwa zwölf Semestern ein Studium aufnehmen und beenden, würde sich rechnerisch eine Zahl von etwa 26.000<sup>3</sup> jungen Menschen mit einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung ergeben, also potentiellen Studierenden in dem genannten Zeitraum. Mit der von Helbig et al (2011) berechneten Übergangsquote von etwa 69 % kann geschätzt werden, dass insgesamt zurzeit 17.940 Personen mit einer im Saarland erworbenen allgemeinen Hochschulreife studieren. Dies bedeutet, dass etwa die Hälfte dieser Studierenden an der UdS eingeschrieben ist, weitere zehn bis fünfzehn Prozent jeweils an der HTW und an der Universität Trier, sowie knapp sechs Prozent an der TU Kaiserslautern. Das verbleibende Drittel verteilt sich dann auf alle anderen Universitäten oder Fach(hoch)schulen. Demnach verliert das Saarland in gewisser Weise knapp die Hälfte seines Potentials an Hochqualifizierten an Universitäten oder Fachhochschulen in anderen Regionen Deutschlands.

### 3 Regionale Herkunft der Studierenden

Diese Befunde aus aggregierten Daten lassen jedoch eine Reihe von Fragen offen und können die regionale Herkunft der Studierenden nicht exakt klären. Die Befragungsergebnisse liefern in der vorliegenden Stichprobe zunächst sehr ähnliche Ergebnisse: Etwa 59 % der befragten Studierenden der UdS erwarben ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland und ein ebenso großer Anteil wohnte bereits vor dem Studienbeginn im Saarland.<sup>4</sup> Jeweils rund 35 % der Studierenden erlangten ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb des Saarlandes oder wohnte zuvor außerhalb des Saarlandes. Circa 5 % der Studierenden kamen von außerhalb Deutschlands für ihr Studium an die Universität des Saarlandes.

---

3 Aus den Schuljahren 2005/06 bis 2010/11 ergeben sich 23.303 und für das Schuljahr 2011/12 für das aktuell noch keine Zahlen verfügbar sind nochmal etwa 3.000 Schulabgänger.

4 Nach der offiziellen Studierendenstatistik der UdS hatte etwa die Hälfte der eingeschriebenen Studierenden (51 %) im SS 2012 ihre Hochschulzugangsberechtigung im Saarland erworben (Universität des Saarlandes 2012: 1)

**Tab. 4: Wohnort der Studierenden vor Studienbeginn und Ort der erworbenen Hochschulzugangsberechtigung (Zellenprozente).**

Ort des Erwerbs der HZB	Wohnort vor dem Studienbeginn			Gesamt
	im Saarland	außerhalb des Saarlandes	außerhalb Deutschlands	
im Saarland	1047	30	7	1084
	57 %	1 %	0 %	59 %
außerhalb des Saarlandes	28	615	7	650
	2 %	34 %	0 %	36 %
außerhalb Deutschlands	8	4	84	96
	0 %	0 %	5 %	5 %
Gesamt	1083	649	98	1830
	59 %	35 %	5 %	100 %

Die Verteilung stellt jedoch keine Besonderheit der UdS dar, ähnliche Ergebnisse lassen sich auch an anderen Universitäten finden (Tabelle 5).

**Tab. 5: Anteil der Landeskinder unter den Studierenden nach dem Wohnort vor dem Studienbeginn oder dem Ort der Hochschulzugangsberechtigung.<sup>5</sup>**

Hochschule	Bundesland	Semester	Gesamtzahl	Landeskinder	Anteil	Quelle
Universität Siegen	Nordrhein-Westfalen	WS 12/13	17.443	13.633	78 %	Universität Siegen (2013: 1)
Universität Hannover	Niedersachsen	WS 11/12	6.994*	5.190*	74 %	Universität Hannover (2012: 21)
KIT (Karlsruher Institut für Technologie)	Baden-Württemberg	SS 13	22.146	15.721	71 %	Karlsruher Institut für Technologie (2013: 81)
Universität Hohenheim	Baden-Württemberg	SS 13	8.686	6.113	70 %	Universität Hohenheim (2013: 9)
Universität Heidelberg	Baden-Württemberg	SS 13	16.414	8.563	52 %	Universität Heidelberg (2013: 38)
Universität Saarbrücken	Saarland	SS 12	17.026	8.621	51 %	Universität des Saarlandes (2012: 1)
TU Dresden	Sachsen	WS 11/12	36.534	17.328	47 %	Technische Universität Dresden (2012: 37)
TU Berlin	Berlin	WS 12/13	31.962	14.821	46 %	Technische Universität Berlin (2012: 110)

\* lediglich die Studienanfänger

Der höchste Anteil an Landeskindern findet sich an der Universität Siegen, 78 % der Studierenden dort haben zuvor in Nordrhein-Westfalen gelebt, an der Universität Hannover befinden sich unter den Studienanfängern 74 % Landeskinder. Am Karlsruher Institut für Technologie, einer Universität des Landes Baden-Württemberg, und der Universität Hohenheim beträgt der Anteil der Studierenden, die aus Baden-Württemberg stammen, 71 % bzw. 70 %, dieser Anteil ist an der Universität Heidelberg mit 52 % etwas niedriger. Das Saarland liegt demnach im Anteil deutlich unter den anderen Universitäten.

5 Nicht alle Universitäten geben in ihren Statistiken die Herkunft ihrer Studierenden an, daher kann diese Liste nicht alle Universitäten Deutschland enthalten.

Lediglich an der TU Dresden und der TU Berlin liegt der Anteil mit 47 % und 46 % noch unter dem saarländischen Wert. D.h. die im Saarland weitverbreitete Annahme über die geringe Mobilität von Saarländern im Allgemeinen und Studierenden im Speziellen im Vergleich zu anderen Bundesländern bzw. Universitäten, lässt sich empirisch eindeutig widerlegen.

Der erste wichtige und hier festzuhaltende Befund besteht darin, dass die UdS in erheblichem Maße einen „Pulleffekt“ auf Studierende aus anderen Bundesländern ausübt und dadurch einen wichtigen positiven Impuls für die demographische Entwicklung des Landes setzt. Sie ist deutlich weniger als andere deutsche Universitäten eine „Regionaluniversität“ und kann in dieser Hinsicht sogar mit traditionsreichen Universitäten wie Heidelberg konkurrieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die für eine Landesuniversität zentrale Aufgabe der Bereitstellung von Bildungschancen vernachlässigt wird. Obwohl das Saarland mittlerweile zu den Bundesländern mit einem negativen Wanderungssaldo der Hochschulberechtigten gehört (allgemein ein Indikator für die Attraktivität der Hochschullandschaft im Bundesland, siehe Statistisches Bundesamt 2013: 32f.), gelingt es der UdS, die Hälfte der Hochschulberechtigten im Lande zu halten und für ein Studium in der Region zu gewinnen. Sie befindet sich mit diesen Werten im Mittelfeld der Hochschulen in Deutschland, hat allerdings gegenüber der HTW und der Universität Trier, vermutlich aufgrund deren Angebots, „Marktanteile“ verloren.

Beides ist aber unter regionalpolitischen Gesichtspunkten durchaus kritisch zu sehen: so bedeutet ein Fachhochschulabschluss geringere Karrierechancen, über die Lebensarbeitszeit geringere Einkommen und damit weniger gezahlte Steuern und selbst über eine kurze Distanz ist die Abwanderung junger Menschen angesichts der demographischen Lage problematisch zu werten.

#### **4 Gründe für ein Studium an der Universität des Saarlandes**

Dementsprechend ist es eine wichtige Aufgabe, die Gründe zu kennen, die für oder gegen ein Studium an der UdS sprechen. Im Rahmen der Studie war es allerdings nicht möglich, eine Befragung bei saarländischen und nicht-saarländischen Hochschulberechtigten durchzuführen. Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse der Studierendenbefragung bedeuten eine positive Selektion, d.h. die Auskünfte beziehen sich nur auf die Gründe für ein Studium an der UdS. Selbst wenn negative Aspekte genannt werden, so wurden sie von dieser Zielgruppe letztlich als weniger bedeutsam als die positiven angesehen.

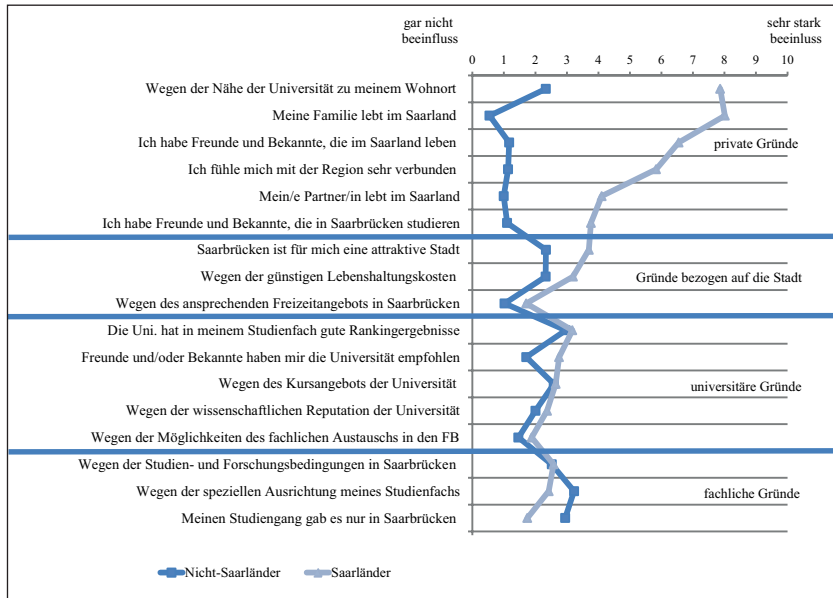
Die Studierenden wurden während der Befragung gebeten, auf einer elfstufigen Skala unterschiedliche Einflüsse auf ihre Entscheidung für die UdS als Studienort zu bewerten.

In Abbildung 2 sind die auf Basis einer explorativen Faktorenanalyse ermittelten unterschiedlichen Gründe, getrennt für Saarländer und Nichtsaarländer, aufgelistet. Wenig überraschend standen für die aus dem Saarland stammenden Studierenden private Gründe, wie die im Saarland lebende Familie oder die Nähe der Universität zum Wohnort, stark im Vordergrund. Daneben wurden Items wie „Ich habe Freunde und Bekannte, die im Saarland leben“ und „Ich fühle mich mit der Region sehr verbunden“ auf der Skala mit hohen Werten angegeben. Es ist auch aus Studien zu anderen Hochschulen bekannt, dass die Entscheidung für einen Studienort nicht nur anhand fachlicher Kriterien getroffen wird, sondern häufig die Verbundenheit mit der Region und die persönlichen Netzwerke eine wichtige Rolle spielen (vgl. dazu z.B. die Ergebnisse von Horstschräer 2011, die anhand von Daten der ZVS für Bewerber um ein Medizinstudium zwischen 2002 und 2008 zu ähnlichen Befunden kommt). Für das Saarland kommen hier im besonderen Maße auch noch ökonomische Gründe hinzu (die an dieser Stelle nicht abgefragt wurden), wie sich z.B. an der im Bundesländervergleich außergewöhnlich hohen Zahl der bei ihren Eltern wohnenden Studierenden ablesen lässt (siehe auch Kapitel IV und auch Kapitel V).

Generell gibt es also eine Gruppe saarländischer Studierender, für die der Verbleib im Saarland vor der Wahl des Studienorts und –gangs gestanden hat. Zumindest ein Teil dieser Personen würde vermutlich beim Fehlen einer Universität vor dem Verlassen des Landes eher andere Ausbildungsalternativen in Anspruch nehmen. Es ist zu vermuten, dass dies besonders für Personen aus einkommensschwachen Haushalten gelten dürfte, die sich ein Studium in weiterer Entfernung nicht leisten können. Der Wegfall von Studienplätzen bedeutet also nicht nur den Weggang von jungen Leuten, sondern auch den Verlust von Bildungs- und Aufstiegschancen für sozial schlechter gestellte Familien im Saarland (siehe hierzu Kapitel V).

Für Nicht-Saarländer spielen aufgrund der relativ großen Entfernungen persönliche Netzwerke in der Region nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings ist auch hier der „Pull“-Effekt nicht zu unterschätzen: es gibt sicherlich einige Personen, die aufgrund familiärer oder freundschaftlicher Beziehungen zu Saarländern sich für ein Studium in dieser Region entscheiden (und dies sind vermutlich nicht nur Kinder „ausgewanderter“ Saarländer). Nicht nur die natürlichen, baulichen und wirtschaftlichen Bedingungen, sondern eben auch die Menschen im Saarland sowie die sozialen und kulturellen Bedingungen stellen einen wichtigen Standortfaktor dar.

**Abb. 2: Gründe für das Studium an der Universität des Saarlandes  
(n=2366 bis 2384).**



Neben den privaten, auf die Region bezogenen Gründen, die bei der Wahl der UdS den Befragten aus dem Saarland mit Abstand am wichtigsten waren, ergeben sich durch die explorative Faktorenanalyse drei weitere Gruppen von Faktoren: Gründe bezogen auf die Stadt, die universitären Gründe und fachliche Gründe. Genau wie die privaten Gründe standen die Gründe bezogen auf die Stadt für die saarländischen Studierenden bei der Studienortwahl mehr im Vordergrund als für die nicht-saarländischen Studierenden. Sicherlich ist es für die Stadt Saarbrücken in Konkurrenz zu den großen Metropolen (z.B. Berlin, Frankfurt, München) oder traditionellen Universitätsstädten (z.B. Heidelberg, Tübingen Göttingen) schwierig, als zu präferierender Standort bewertet zu werden. Dies gilt allerdings nur für den nationalen oder gar internationalen Vergleich: die in der Region befindlichen Städte (Kaiserslautern, Pirmasens, Trier, auch Luxemburg und Metz jenseits der Landesgrenze) sind deutlich kleiner und Saarbrücken kann hier angesichts eines reichhaltigen Kulturangebots durchaus punkten. Deshalb wird Saarbrücken nicht nur von Saarländern durchaus als attraktive Stadt wahrgenommen, und dies konnte für einige bei der Wahl des Studienortes Bedeutung gewinnen.



Es kann allerdings ebenfalls nicht überraschen, dass für die nicht aus dem Saarland stammenden Studierenden Argumente, die unmittelbar mit der Universität oder dem Studienfach verbunden sind, eine größere Bedeutung als die beschriebenen regionalen oder privaten Motive besitzen. Mit Blick auf die Universität sind in geringerem Umfang die guten Rankingergebnisse<sup>6</sup>, das attraktive Kursangebot und die wissenschaftliche Reputation der UdS, welche sich als wichtige „Pull“-Faktoren identifizieren lassen. Hier unterscheiden sich übrigens saarländische und nicht-saarländische Studierende kaum voneinander: es gibt eine – sicherlich angesichts der öffentlichen Diskussion über die „Exzellenz“ von Universitäten wachsende – Gruppe von Studienanfänger, die sich bewusst zwischen Hochschulen angesichts deren Positionierung im nationalen wie internationalen Wettbewerb entscheiden. Hier spielt der gute Ruf der UdS, welcher aktuell hauptsächlich über den ausgezeichneten Status der Informatik, die jedoch nicht zu den Fächern mit sehr hohen Studierendenzahlen zählt, vermittelt sein dürfte, eine wichtige Rolle und ein Verlust dieser Reputation im Wettstreit mit anderen Universitäten würde für das Saarland bedeuten, dass es gerade die besonders stark an Leistungskriterien orientierten Studienanfänger verliert – und damit vermutlich Leistungsträger der Zukunft. Für die Entwicklung des Landes sind aber gerade die Einwerbung solcher Personen und deren dauerhafte Bindung an die Region von größter Bedeutung. Dass die permanenten Diskussionen um Finanzierungsprobleme hier eine reputationsschädigende Wirkung entfalten, dürfte klar sein.

Besonders häufig entscheiden sich Studierende aus anderen Regionen für ein Studium im Saarland aufgrund der spezifischen Ausrichtung des von ihnen gewählten Studienfachs oder einfach aufgrund der Tatsache, dass es diesen Studiengang in der vorliegenden Ausrichtung ausschließlich an der UdS gibt. Im Zentrum der Entscheidung stehen hier also mehr die Studieninhalte als die örtlichen Gegebenheiten. Solche Motive spielen vermutlich bei Studienortwechslern während des Studiums stärker als bei Studienanfängern eine bedeutende Rolle, d.h. vielfach erfolgt im Studium ein Studienortwechsel hauptsächlich aufgrund der an anderen Universitäten vorhandenen Spezialisierungsmöglichkeiten. Auch nach Abschluss eines Bachelorstudiums dürften viele bei der Wahl eines Masterstudiums solche Gesichtspunkte in Erwägung ziehen.

---

6 Dazu ist zuzusagen, dass von den 2.370 Studierenden insgesamt 23 % angaben, dass die Rankingergebnisse „kein Grund“ für sie für die Wahl der UdS war. Weitere 24 % gaben auf der Skala den Wert 0 an, diese wurden also „gar nicht“ von Rankingergebnissen beeinflusst. Rund 29 % der befragten Studierenden beantworteten die Frage mit einem Wert auf der Skala größer-gleich 6, d.h., diese wurden durch die Rankingergebnisse beeinflusst. Lediglich 7 % der Studierenden gab an, dass sie sehr stark durch die Rankingergebnisse beeinflusst worden sind.

Die UdS verfügt in einer Reihe von Fächern über Alleinstellungsmerkmale, die sich sowohl in Form von eigenen Studiengängen als auch in spezifischen Ausrichtungen niederschlagen. Hierdurch werden in Forschung und Lehre inhaltliche Schwerpunkte gesetzt, die nach außen attraktiv sind und „Pull“-Effekte auslösen. Gerade für Universitäten in einer Randlage ist die Besetzung von interessanten fachlichen Nischen eine gute Möglichkeit, sich von den großen und zentral gelegenen Hochschulen in attraktiver Weise abzusetzen. Die vergleichsweise große Bedeutung fachlicher Gründe bei der Entscheidung von Studierenden aus anderen Bundesländern für die UdS zeigt, dass dies offensichtlich in vielen Bereichen gelungen ist. Für die aus dem Saarland kommenden Personen haben fachliche Gründe dagegen einen geringeren Einfluss auf die Entscheidung zum Studium an der UdS gehabt.

## **5 Wie bewerten die Studierenden ihr Studium an der Universität des Saarlandes?**

Die Unzufriedenheit mit den Studienbedingungen und fehlende Spezialisierungsmöglichkeiten sind im Verlauf eines Studiums die wichtigsten „Push“-Faktoren, welche zu einem Studienortwechsel motivieren. Deshalb wurden die Studierenden an der UdS nach der Zufriedenheit mit der Universität im gesamten, mit ihrem Studium und mit dessen eingeschätzter Verwertbarkeit im späteren Berufsleben gefragt. Verwendet wurde eine jeweils auf Itemebene sprachlich etwas angepasste elfstufige Skala, auf der ein Wert größer als fünf tendenziell Zustimmung bedeutet und Werte kleiner als fünf entsprechend eher Ablehnung bedeuten (Tabelle 6).

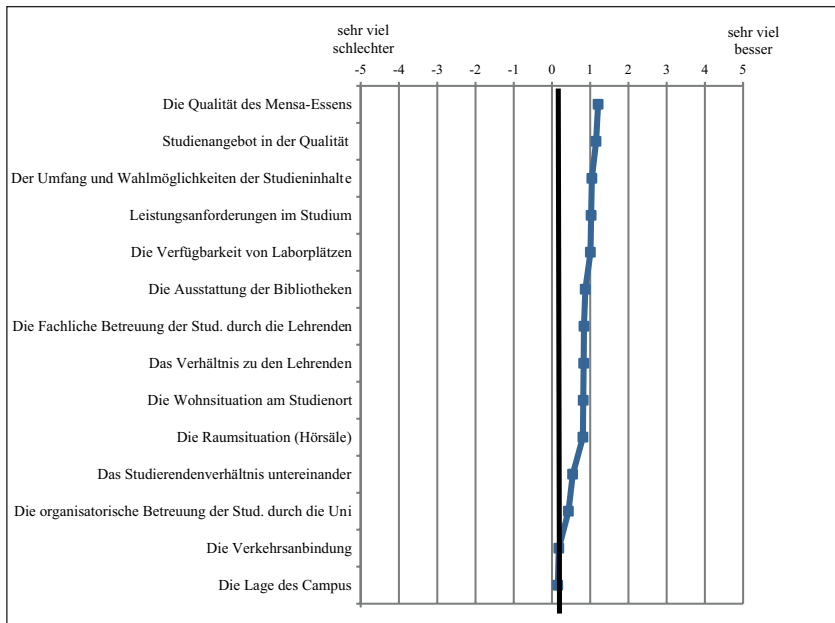
Die Studierenden zeigen sich mit der UdS im Allgemeinen zufrieden und gaben an, dass ihre persönlichen Erwartungen erfüllt werden. Die meisten Zustimmungen ergaben sich hinsichtlich der Freude am Studium (Mittelwert 6,56) und der weniger emotional konnotierten Zufriedenheit mit dem Studium (Mittelwert 6,38) sowie der Verwertbarkeit der Inhalte im späteren Berufsleben (Mittelwert 6,37). Die Zufriedenheit mit der Universität (Mittelwert 6,28) liegt etwas unter diesen Werten und die Erfüllung der Erwartungen an Studium (Mittelwert 6,15) und Universität (Mittelwert 6,11) folgen knapp dahinter. Für die meisten steht also die Freude am Studieren über der Zufriedenheit mit dem konkreten Studium und dem von ihnen gewählten Studienort. In Verbindung mit nicht befriedigend erfüllten Erwartungen ergibt sich hier ein Wechslerpotential von ca. 15 % bis 20 % (d.h. je nach Item haben 15 % bis 20 % der Studierenden Werte kleiner-gleich 4 auf der Skala angegeben).

**Tab. 6: Einschätzungen und Meinungen der Studierenden zu ihrem aktuellen Studium auf einer jeweils elfstufigen Skala.**

	<i>n</i>	Mittelwert (Standard- abweichung)
Wie <b>zufrieden</b> sind Sie persönlich mit der <b>Universität des Saarlandes</b> ? (0 „gar nicht zufrieden“ bis 10 „außerordentlich zufrieden“)	2237	6,28 (2,12)
Inwieweit werden Ihre <b>persönlichen Erwartungen</b> an die <b>Universität erfüllt</b> ? (0 „gar nicht erfüllt“ bis 10 „voll und ganz erfüllt“)	2234	6,11 (2,06)
Wie <b>zufrieden</b> sind Sie mit Ihrem <b>Studium</b> an der Universität des Saarlandes? (0 „gar nicht zufrieden“ bis 10 „außerordentlich zufrieden“)	2244	6,38 (2,02)
Inwieweit werden Ihre <b>persönlichen Erwartungen</b> an Ihr <b>Studium</b> an der Universität des Saarlandes <b>erfüllt</b> ? (0 „gar nicht erfüllt“ bis 10 „voll und ganz erfüllt“)	2241	6,15 (2,12)
Das <b>Studium</b> an der Universität des Saarlandes macht mir alles in allem <b>viel Freude</b> . (0 „gar keine Freude“ bis 10 „außerordentlich viel Freude“)	2236	6,56 (2,21)
Für wie <b>nützlich</b> schätzen Sie allgemein die <b>Inhalte Ihres Studiums</b> für Ihr späteres Berufsleben ein? (0 „gar nicht nützlich“ bis 10 „sehr nützlich“)	2237	6,37 (2,44)

Studierende, die bereits Erfahrungen an anderen Universitäten oder Hochschulen gesammelt haben, wurden gebeten, die Möglichkeiten und Angebote der UdS mit ihrer vorherigen Hochschule zu vergleichen (siehe Abbildung 3). Sie bewerteten die UdS auf allen Items besser, und zwar insbesondere in den für das Studium wichtigen Bereichen (Qualität, Angebot, Ausstattung, Betreuung usw.). Die geringsten Unterschiede zeigen sich bei intangiblen Faktoren, d.h. bei Faktoren, an denen die UdS nichts oder nur wenig ändern kann wie z.B.: Lage, Verkehrsanbindung, Studierendenverhältnis. Zumindest bei den zugewanderten Studierenden schneidet also die UdS im Vergleich der wesentlichen Universitätsleistungen sehr gut ab. Allerdings fehlen hier die vermutlich negativ ausfallenden Einschätzungen der Abwanderer, die zur Kontrastierung diesen Ergebnissen zur Seite gestellt werden müssten.

**Abb. 3: Vergleich der Studierenden, die bereits an einer anderen Hochschule bzw. Universität studiert haben, mit der UdS ( $n=382$  bis 138, je nach Item).**



Nichtsdestotrotz kann die Bewertung der UdS durch ihre Studierenden insgesamt als positiv gewertet werden: die meisten Studierenden sind sowohl mit der Universität als auch ihrem Studium zufrieden und sehen dort auch ihre persönlichen Erwartungen erfüllt. Studierenden, die bereits Erfahrungen an anderen Universitäten oder Hochschulen sammeln konnten, beurteilen die UdS in allen Bereichen besser und hier insbesondere in denen, die von der Universität selbst zu verantworten sind. Jedoch muss an dieser Stelle auch angemerkt werden, dass es sich bei den Bewertungen eher um eine im gesamten moderate Zufriedenheit handelt, die mitunter ausbaufähig wäre und an deren Steigerung systematisch gearbeitet werden sollte.

Zur Abschätzung möglicher Optimierungsbedarfe wurden die Schwierigkeiten der Studierenden anhand einer von Rech (2012) validierte Skala zur Messung fachlich-akademischer, institutioneller und sozialer Integration von Bildungsausländern in einer für die hier interessierende Fragestellung leicht angepassten Form für alle Studierende der UdS genutzt.

**Tab. 7: Einschätzungen der Integration innerhalb der UdS durch die Studierenden (0 „überhaupt keine Schwierigkeiten“ bis 10 „sehr große Schwierigkeiten“).**

Hatten oder haben Sie konkret Probleme mit folgenden Aspekten?	Mittelwert	Standardabweichung	n
Leistungsanforderungen im Studium	4,10	2,66	2.221
Orientierung im Studiensystem	3,79	2,86	2.215
Orientierung in der Hochschule	3,79	2,86	2.215
Fachliche Betreuung durch Hochschullehrer	3,08	2,72	2.213
Qualität des Bildungsangebots	2,85	2,44	2.214
Kontakt zu Hochschullehrern	2,79	2,67	2.215
Umfang des Bildungsangebots	2,62	2,44	2.208
Kontakt zu saarländischen Studierenden	2,60	2,53	2.216
Erweiterung der Fachkenntnisse	2,51	2,36	2.213
Kontakt zur Bevölkerung (nicht universitär)	2,36	2,85	2.207
Erweiterung der Sprachkenntnisse	2,26	2,69	2.210
Kontakt zu deutschen, nicht-saarländischen Studierenden	1,80	2,65	2.214
Kontakt zu ausländischen Studierenden	1,63	2,50	2.215

Insgesamt liegt keiner der Mittelwerte über dem Wert 5, d.h. die Mehrheit der Studierenden sieht tendenziell nur wenige Schwierigkeiten zur Integration in der UdS. Die wenigsten Schwierigkeiten werden im Bereich der sozialen Integration – d.h. in der Kontaktaufnahme zu anderen Studierenden und zur saarländischen Bevölkerung – gesehen. Am häufigsten sehen Studierende Probleme hinsichtlich der Leistungsanforderungen und der Orientierung im Studiensystem sowie an der Hochschule selbst. Hier wäre in weiterführenden Analysen zu prüfen, inwieweit es in bestimmten Bereichen Optimierungsbedarf gibt und welche Konsequenzen daraus für die Universität abgeleitet werden können.

Insgesamt ist aber festzuhalten, dass bezüglich der Zufriedenheit und der von den Studierenden berichteten Schwierigkeiten keine alarmierenden Signale zu vermelden sind. Auch wenn es im Detail sicher Verbesserungsmöglichkeiten gibt und eventuell in einigen Studienfächern die Situation kritischer einzuschätzen ist als in anderen, scheint derzeit von der Performance der UdS und den Lehrenden kein dramatischer „Push“-Effekt auszugehen, der Studierende an andere Universitäten vertreiben könnte.

## 6 Bedingungen des Bleibens

In diesem Abschnitt sollen nun die Angaben der Studierenden zu ihrer Bleibeabsicht im Saarland analysiert werden. Diese Daten lassen sich in zweierlei Hinsicht interpretieren: zum einen geben sie Auskunft über die gegenwärtige Zufriedenheit mit dem Leben im Saarland, zum anderen zeigen sie die subjektiven Einschätzungen der Berufs- und Karrierechancen in diesem Bundesland an. Schwierig ist es allerdings, diese Informationen für eine Verhaltensprognose einzusetzen: Der Zusammenhang zwischen Verhaltensabsicht und Verhalten wurde in den Sozialwissenschaften bereits umfänglich diskutiert (vgl. Theorie des geplanten Verhaltens Fishbein & Ajzen (1975), Ajzen (1985) oder auch das Attitude-to-Behavior-Model von Fazio (1990)).

Nach den Grundannahmen der Theorie des geplanten Verhaltens steuert die Verhaltensabsicht durchaus das Verhalten, das heißt sie ist grundsätzlich ein guter Prädiktor, selbst wenn eine im Vorfeld geäußerte Absicht und das spätere gezeigte Verhalten nicht miteinander übereinstimmen. Die Ursache liegt in den Rahmenbedingungen des Verhaltens, die Verhaltensoptionen eröffnen, verschließen oder Präferenzen verschieben können. Bezogen auf das Verhalten von Absolventen bedeutet dies z.B., dass die Arbeitsmarktsituation am Studienende, die ausgeschriebenen Stellen, die Veränderungen im Freundeskreis, die Familiengründung, der Wohnortwechsel des Partners usw. sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich erst vergleichsweise kurzfristig die Wahlmöglichkeiten und die Gewichtung der Präferenzen zwischen ihnen festlegt. Eine Abschätzung dieser Optionen ist nicht nur für Studierende mehrere Jahre im Voraus nicht möglich.

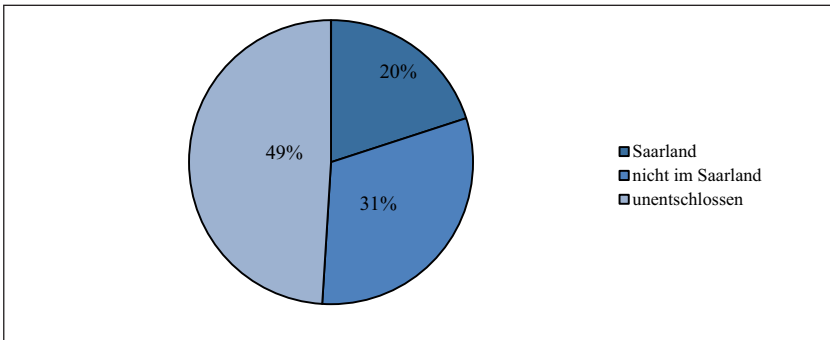
In Kapitel VII finden sich Analysen zu den tatsächlichen Wanderungen der Studierenden nach ihrem Studium, allerdings enthalten die analysierten Datensätze keine Informationen zu Einstellungen, Meinungen oder Bewertungen der Befragten. Eine Untersuchung des Entscheidungsprozesses zum Ende des Studiums und zum Übertritt in den Arbeitsmarkt lässt sich also auch hier nur begrenzt vornehmen. Daher kann die nachfolgende Analyse an dieser Stelle die Ergebnisse aus Kapitel VII ergänzen, auch wenn die Informationen weniger die konkrete Entscheidung über Verhaltensalternativen als die Intentionen im Vorfeld der Entscheidungen abbilden können. Durch eine multivariate Regression lassen sich aber fördernde und hemmende Bedingungen aufzeigen, die wiederum Handlungsoptionen für das Land und die Universität zur Erhöhung des Verbleibs von Absolventen im Saarland darstellen.

## 6.1. Operationalisierung der im multivariaten Modell verwendeten Variablen

### *Absicht im Saarland zu arbeiten*

Die Studierenden wurden zu den Erwartungen und Wünschen für Ihre berufliche Zukunft befragt. Die Frage danach, ob sie die Absicht haben, nach ihrem Studium im Saarland zu arbeiten, konnten die Befragten, mit *Ja*, *Nein* und *Weiß ich noch nicht* beantworten. Insgesamt zeigte sich, dass etwa die Hälfte der Befragten (49 %) zum Zeitpunkt der Befragung unentschlossen ist (Abbildung 4). Von den anderen Studierenden, die bereits Pläne haben, gaben 40 % an, im Saarland bleiben zu wollen und die übrigen 60 % haben nicht die Absicht im Saarland zu bleiben. Für die multivariate Analyse wurde die Variable „Bleibeabsicht“ binär (will bleiben, will nicht bleiben) kodiert und dazu die Studierenden ohne eine feste Absicht für die Analyse ausgeschlossen. Die Ergebnisse beziehen sich also nur auf die Personen, mit einer Präferenz für oder gegen das Saarland und ähnlich wie bei Wahlprognosen stellen die „Unentschiedenen“ (also hier die Hälfte der Studierenden) eine wichtige Zielgruppe für Werbemaßnahmen dar.

**Abb. 4: Bleibeabsicht für die Studierenden der Universität ( $n=1888$ ).**



### *Demographische Variable*

Als demographische Variablen wurden das Geschlecht (binär), das Alter (metrisch), der Familienstand (in Kategorien mit der Referenzkategorie ledig) und die Variable „Saarländer“ (binär, bezogen auf den Wohnort vor Studienbeginn, nicht auf den Geburtsort). Außerdem wurden die Studierenden nach ihrem Studienfach bzw. -fächern gefragt. Da die Unterteilung in die einzelnen Fächer zu differenziert für die Aufnahme in ein multivariates Modell ist, wurden die einzelnen Fächer den entsprechenden Fakultäten zugeordnet und

als kategoriale Variablen ebenfalls ins Modell aufgenommen (Referenzkategorie Philosophische Fakultät I mit den Geschichts- und Kulturwissenschaftlichen Fächern). Die Aufnahme dieser Variablen erfolgte in der Annahme, dass sie jeweils einen bestimmten Einfluss auf die Präferenz, im Saarland bleiben zu wollen oder nicht, haben könnten.

### ***Einschätzung des Saarlands***

Die Studierenden wurden gebeten, mittels einer Itembatterie ihre Einstellung gegenüber dem Saarland abzugeben. In der Faktorenanalyse ergaben sich insgesamt fünf unterschiedliche Faktoren, die sich inhaltlich gut interpretieren lassen, nämlich als: „Bildungsland Saarland“, „Lebensraum Saarland“, „rückständiges Saarland“, „Innovationsland Saarland“ und „Europaorientierung“. Bei der Berechnung der Komponentenwerte aus der Faktorenanalyse wäre es zu einer hohen Missingrate gekommen, da nicht jede Person auch jedes Item beantwortete. Daher wurde hier pro Faktor über die jeweiligen dazugehörigen Items der personenspezifische Mittelwert gebildet<sup>7</sup>, diese gehen in die multivariate Analyse ein

### ***Soziale Eingebundenheit***

Die soziale Eingebundenheit der Studierenden innerhalb des Saarlandes wurde über den prozentualen Anteil der engen Freunde, die im Saarland leben und über Schwierigkeiten im Kontakt mit saarländischen und deutschen, nicht-saarländischen Studierenden operationalisiert. Die Variablen zum Kontakt mit Studierenden wurden auf einer elfstufigen Skala abgefragt, die anderen Variablen sind binär codiert.

## **6.2. Multivariates Modell**

Zur Untersuchung der Bleibeabsicht der saarländischen Studierenden wurden mehrere genestete Logit-Modelle berechnet, bei denen ein Modell das Untermodell des anderen ist. Die angegebenen Koeffizienten sind y-standardisiert, wodurch ein Vergleich der Koeffizienten zwischen den einzelnen Modellen möglich wird (Best und Wolf 2010: S. 838f)<sup>8</sup>.

---

7 Die Korrelation zwischen den aus der Faktorenanalyse geschätzten Komponentenwerten und den Mittelwerten aus den Einzelitems ist je nach Faktor stark bis sehr stark.

8 Unstandardisierte Koeffizienten können in Logit-Regressionen nicht zwischen Modellen verglichen werden, sodass eine Untersuchung von Interaktionen nicht möglich ist. Denn unstandardisierte Koeffizienten sind immer durch unbeobachtete Heterogenität verzerrt, diese Verzerrung kann zumindest annähernd durch eine Standardisierung der Koeffizienten ausgeglichen werden (siehe hierzu Best und Wolf 2010: 839) und zur Interpretation von logistischen Regressionsmodellen (Mood 2010).



Als Maß zur Anpassungsgüte ist das McFadden Pseudo- $R^2$  angegeben.

Das erste Modell enthält zunächst lediglich die Variablen Geschlecht und Alter. Das Alter hat einen signifikanten positiven Einfluss auf die Bleibeabsicht, d.h. ältere Studierende haben eher die Absicht, nach ihrem Studium im Saarland zu arbeiten als jüngere Studierende. Das Geschlecht hat in diesem Basismodell keinen signifikanten Effekt. Dieses Modell legt die Annahme nahe, dass je länger die Verweildauer im Saarland ist und je mehr das Studienende naht, desto eher wollen die Studierenden im Saarland bleiben. Dies ist allerdings durch die Aufnahme der weiteren Variablen erst noch zu prüfen.

In Modell zwei sind zusätzlich die Variablen Familienstand und die saarländische Herkunft enthalten. Im Vergleich zu ledigen Studierenden haben solche Studierende, die in einer festen Partnerschaft leben und auch verheiratete Studierende eher die Absicht, im Saarland zu arbeiten<sup>9</sup>. Wie zu erwarten hat somit die Partnerbeziehung einen wesentlichen Einfluss auf den Wunsch, im Saarland zu bleiben. Der Wohnort vor dem Studium, d.h. die saarländische Herkunft hat einen signifikanten Effekt, wobei allerdings dieser Effekt zu einem großen Teil auf andere Variablen zurückzuführen ist, wie sich in den genesteten Modellen noch zeigen wird.

Modell 3 enthält die Fakultätszugehörigkeit des ersten Studienfachs, als Referenzkategorie wurde die Philosophische Fakultät I (Geschichts- und Kulturwissenschaft) gewählt. Im Vergleich zu Studierenden aus der Philosophischen Fakultät I haben Studierende der Philosophischen Fakultät II (Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften) und der Naturwissenschaftlichen Fakultät I (Mathematik und Informatik) in höherem Maß die Absicht, später im Saarland zu arbeiten.

---

9 Der Wohnort des Partners wurde nicht erfragt, es ist jedoch davon auszugehen, dass die größte Anzahl der Partner der Befragten ebenfalls im Saarland lebt und Paare, was die Wahl ihres Arbeitsort bzw. Wohnorts anbelangt, eher weniger flexibel sind, als ledige Studierende bzw. eher an dem Ursprungsort, d.h. in diesem Fall im Saarland, bleiben möchten.

**Tab. 8: Absicht im Saarland zu arbeiten, logistische Regression mit y-standardisierten  $\beta$ -Koeffizienten.**

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5a	Modell 5b*
Männlich	-0,046 (-0,53)	-0,127 (-1,53)	-0,163+ (-1,92)	-0,173* (-2,22)	-0,155* (-2,03)	-0,074* (-2,03)
Alter	0,018* (2,05)	0,020* (1,97)	0,022* (2,21)	0,027** (2,81)	0,027** (2,93)	0,128** (2,93)
Familienstand						
Ledig		Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
feste Partnerschaft		0,201* (2,50)	0,209** (2,62)	0,150* (2,05)	0,162* (2,26)	0,081* (2,26)
Verheiratet		0,601* (2,45)	0,589* (2,41)	0,393+ (1,94)	0,356+ (1,85)	0,071+ (1,85)
Geschieden		-0,063 (-0,11)	0,007 (0,01)	0,169 (0,34)	0,288 (0,65)	0,018 (0,65)
Verwitwet		-0,416 (-0,79)	-0,367 (-0,71)	-0,472 (-1,05)	-0,479 (-1,09)	-0,039 (-1,09)
Saarländer		1,159*** (12,58)	1,121*** (11,94)	0,792*** (9,06)	0,418*** (4,07)	0,206*** (4,07)
Fakultät						
Philosophische Fakultät I Rechts- und Wirtschaft			Ref. 0,236 (1,63)	Ref. 0,167 (1,29)	Ref. 0,162 (1,30)	Ref. 0,068 (1,30)
Medizin			0,059 (0,32)	0,091 (0,53)	0,124 (0,73)	0,041 (0,73)
Philosophische Fakultät II			0,339* (2,34)	0,245+ (1,92)	0,280* (2,26)	0,120* (2,26)
Philosophische Fakultät III			0,204 (1,20)	0,276+ (1,80)	0,270+ (1,84)	0,087+ (1,84)
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät I			0,732*** (3,52)	0,641*** (3,47)	0,573** (3,16)	0,140*** (3,16)
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät II			0,352 (1,38)	0,352 (1,52)	0,381 (1,63)	0,062 (1,63)
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät III			0,293+ (1,73)	0,229 (1,52)	0,205 (1,41)	0,061 (1,41)



	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5a	Modell 5b*
Bildungsland Saarland				0,009 (0,32)	0,005 (0,18)	0,009 (0,18)
Lebensraum Saarland				0,149*** (5,46)	0,131*** (4,80)	0,266*** (4,80)
Rückstand Saarland				-0,064** (-3,14)	-0,054** (-2,68)	-0,116** (-2,68)
Innovationsland Saarland				0,072** (2,96)	0,069** (2,88)	0,140** (2,88)
Europaorientierung Saarland				-0,013 (-0,74)	-0,009 (-0,55)	-0,021 (-0,55)
Anteil der engeren Freunde, die im Saarland wohnen Kontakt zu saarländischen Studierenden Kontakt zu deutschen, nicht-saarländischen Studierenden Konstante (unstandardisiert)					0,009*** (5,50)	0,303*** (5,50)
					0,005 (0,27)	0,012 (0,27)
					0,001 (0,04)	0,002 (0,04)
	-1,104** (-2,73)	-3,294*** (-5,57)	-4,014*** (-5,54)	-7,089*** (-6,91)	-8,387*** (-7,62)	-8,387*** (-7,62)
N	744	744	744	744	744	744
McFadden Pseudo R <sup>2</sup>	0,004	0,236	0,253	0,395	0,428	0,428

die  $\beta$ -Koeffizienten sind y-standardisiert; *t* Statistik in Klammern; \* die  $\beta$ -Koeffizienten in Gesamtmodell 5b sind x- und y-standardisiert; +  $p < 0.10$ , \*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*\*\*  $p < 0.001$

In Modell 4 wurden zusätzlich die Einstellungen in Bezug auf das Saarland aufgenommen, wobei sich hier durchaus zu erwartende Effekte zeigen. Studierende, die einen positiven Eindruck der lebensraumspezifischen Merkmale des Saarlandes haben, also Items wie „Das Saarland bietet hervorragende Bedingungen, um eine Familie zu gründen“ oder „Im Saarland genießt man das Leben“ auf einer elfstufigen Skala eher zustimmen, möchten nach ihrem Studium im Saarland arbeiten. Dies gilt ebenfalls für die Einschätzung des Saarlands als Innovationsland, wobei aber hier die Motivation eher berufsbedingt ist. Studierende, die beispielsweise dem Item „Kurze und unkomplizierte Entscheidungswege kennzeichnen das Saarland“ zustimmen, haben auch die Absicht, nach ihrem Studium im Saarland zu arbeiten. Das Gegenteil zeigt sich bei der Einschätzung des Saarlands als rückständiges Land. Wie zu erwarten möchten Studierende die das Saarland als rückständig empfinden, lieber in einer anderen Region arbeiten. Generell sind die Effekte dieser Einstellungsvariablen relativ groß und die Erklärungskraft des Gesamtmodells erhöht sich in diesem Schritt deutlich (Pseudo R<sup>2</sup> steigt von 0,253 auf 0,395).

Die Berücksichtigung der Einstellungen führt außerdem zu einigen bemerkenswerten Modellveränderungen im Vergleich zu den vorangegangenen Analysen. So zeigt sich nun ein signifikanter Effekt der Variablen Geschlecht, d.h. unter zusätzlicher Kontrolle der Einstellungen haben nun Studentinnen signifikant eher die Absicht im Saarland zu arbeiten, während männliche Studenten das Saarland eher verlassen möchten. Diese Modellveränderung deutet auf einen Interaktionseffekt zwischen Geschlecht und Einstellungen hin, der nun korrigiert wird.

Außerdem zeigt sich eine deutliche Reduktion des Einflusses des Wohnorts vor dem Studium, also der Effekt, Saarländer zu sein. Der in Modell 2 festgestellte Effekt ist zu einem großen Teil über die Einstellung zum Land vermittelt, d.h. die Saarländer haben eine positivere Einstellung zu ihrem Land und wollen deshalb eher hier bleiben. Es bedeutet aber auch umgekehrt, dass Nicht-Saarländer durch die im Land gewonnene Primärerfahrung eine positive Einstellung zum Saarland gewinnen können und damit ebenfalls gerne hier weiter leben möchten. Mit anderen Worten: man muss nicht unbedingt ein Saarländer sein um das Land zu lieben, das lässt sich auch durch positive Erfahrungen erlernen!

Der „Saarländer-Effekt“ reduziert sich wie zu erwarten nochmals deutlich durch die Zunahme der Indikatoren der sozialen Eingebundenheit im Saarland in Modell 5a bzw. 5b. Bei diesem Gesamtmodell ergibt sich ein ausgesprochen hohes McFadden Pseudo- $R^2$  von 0,428. Bereits bei einem Pseudo- $R^2$  zwischen 0,2 bis 0,4 liegt entsprechend der mathematischen Voraussetzungen eine exzellente Modellanpassung vor (vgl. Mc Fadden 1978: 307).

Für die soziale Eingebundenheit zeigt sich ein signifikanter Effekt für den prozentualen Anteil der engen Freunde im Saarland. Je höher der Anteil der engen Freunde, die im Saarland leben, ist, desto eher haben die Studierenden auch vor, nach ihrem Studium im Saarland zu bleiben. Für das Gesamtmodell finden sich zusätzlich zu den y-standardisierten auch die vollstandardisierten Koeffizienten (Modell 5b). In diesem Modell ist zu erkennen, dass der Anteil der engen Freunde, die im Saarland leben, den stärksten Einfluss im Vergleich zu allen anderen Variablen auf die Bleibeabsicht nach dem Studium im Saarland zu arbeiten hat<sup>10</sup>. Auch die weiteren, das Modell stark prägenden Variablen verweisen auf die soziale Integration in der Region als stärksten Einfluss auf

---

10 Hierzu wurde Modell 5b mit vollstandardisierten Regressionskoeffizienten, d.h. diese sind sowohl x- als auch y-standardisiert, berechnet. Das bedeutet, dass die Koeffizienten unabhängig von der Einheit der jeweiligen unabhängigen Variablen zu interpretieren sind. Somit wird ein Vergleich zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen möglich, um zu erkennen, von welcher Variablen der größte Einfluss auf die abhängige Variable ausgeht.

die Bleibeabsicht junger Menschen: es sind dies positive Einstellungen zum „Lebensraum Saar“, die Herkunft aus der Region und eine feste Partnerschaft. Die Motivation im Saarland zu bleiben ist dementsprechend – wie auch die Entscheidung im Saarland ein Studium aufzunehmen – sehr stark durch persönliche Motive und eine starke regionale Verbundenheit geprägt.

Zumindest in einem Punkt deutet sich jedoch auch ein eher fachbezogener Effekt an: unter Kontrolle der beschriebenen personenbezogenen Faktoren ergibt sich ein signifikant positiver Effekt für drei Fakultäten, nämlich die beiden Philosophischen Fakultäten II (Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften) und III (Empirische Humanwissenschaften) sowie die Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät I (Mathematik und Informatik). Hierbei ist wie bereits erwähnt der positive Effekt für die Informatik besonders hervorzuheben, weil hier zu vermuten ist, dass die guten Studien- und Arbeitsbedingungen im Saarland die Ursache für die Bleibeintention darstellen. Die hier vorgestellten Analysen lassen aber dies Fragen noch nicht abschließend beantworten, hier sind weitere Forschungsarbeiten notwendig.

### **6.3 Ausgewählte deskriptive Analysen zur Bleibeabsicht im Saarland und dem Kontakt zu Unternehmen**

Die vorrangig von Personen, die im Saarland persönlich gut vernetzt sind, vorgebrachte Intention, im Saarland bleiben zu wollen, kann eventuell nur Wunschdenken sein und muss nicht unbedingt mit konkreten Handlungsoptionen verknüpft sein. Um zu erfassen, wie konkret und ausgereift die geäußerte Verhaltensabsicht der Studierenden ist, wurden sie zu ihren konkreten Kontakten mit saarländischen Unternehmen befragt. In den Tabellen 9a und 9b finden sich die bivariaten Zusammenhänge zwischen der Absicht im Saarland zu arbeiten und dem Kennen von Unternehmen am genannten Wunschort, d.h. Studierende, die angaben, im Saarland arbeiten zu wollen, wurden gefragt, ob sie Unternehmen im Saarland kennen, und Studierende die an einen anderen Ort möchten, wurden danach gefragt, ob sie an ihrem jeweiligen Wunschort bereits Unternehmen kennen, die ihnen bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele hilfreich sein könnten.

**Tabelle 9a: Bivariater Zusammenhang zwischen der Absicht, im Saarland zu arbeiten und Kontakten mit saarländischen Unternehmen für Saarländer**

Sind Unternehmen am Wunschort bekannt, die bei der Verwirklichung der beruflichen Ziele hilfreich sein könnten	Absicht nach dem Ende des Studiums im Saarland zu arbeiten.		
	außerhalb des Saarlandes	im Saarland	Gesamt
Nein	138	156	294
	75 %	51 %	60 %
Ja	45	150	195
	25 %	49 %	40 %
Gesamt	183	306	489
	100 %	100 %	100 %

Der Anteil der aus dem Saarland stammenden Studierenden, die auch im Saarland bleiben möchten, kennt im Verhältnis deutlich mehr Unternehmen, die ihnen bei ihren beruflichen Zielen weiterhelfen können als saarländische Studierende mit Wechselabsicht an ihrem Wunschort, d.h. die Absicht der Saarländer, auch später im Saarland zu arbeiten, kann durchaus als „ausgereifter“ angesehen werden als die Absicht der saarländischen Studierenden, das Saarland nach ihrem Abschluss zu verlassen.

**Tabelle 9b: Bivariater Zusammenhang zwischen der Absicht, im Saarland zu arbeiten und Kontakten mit saarländischen Unternehmen für Nicht-Saarländer**

Sind Unternehmen am Wunschort bekannt, die bei der Verwirklichung der beruflichen Ziele hilfreich sein könnten	Absicht nach dem Ende des Studiums im Saarland zu arbeiten.		
	außerhalb des Saarlandes	im Saarland	Gesamt
Nein	224	20	244
	67 %	44 %	65 %
Ja	108	25	133
	33 %	56 %	35 %
Gesamt	332	45	377
	100 %	100 %	100 %

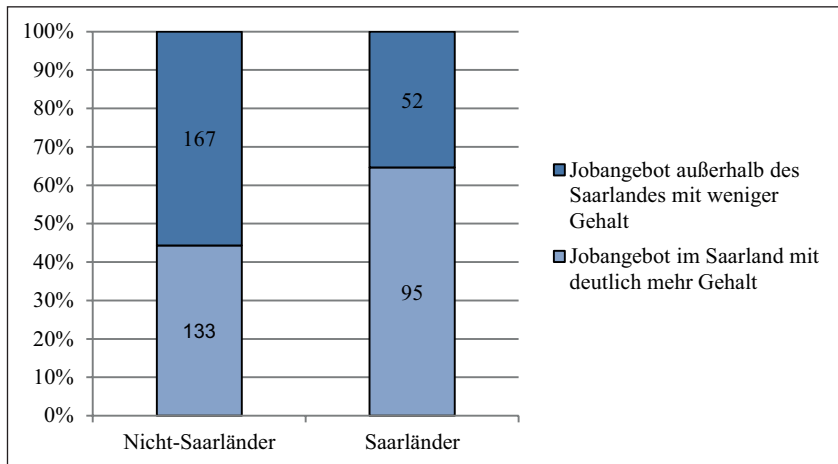
Ähnliches, wobei hier die Unterschiede etwas stärker ausgeprägt sind, gilt für die Nicht-Saarländer. 56 % der Nicht-Saarländer, die nach ihrem Studium im Saarland bleiben möchten, haben bereits Kontakt mit Unternehmen im Saarland, wohingegen nur 33 % der Nicht-Saarländer an ihrem außerhalb des Saarlandes liegenden Zielort mit dort ansässigen Unternehmen in Verbindung stehen. Ähnliche Befunde ergeben sich, wenn nicht nach Unternehmen, sondern nach potenziellen Arbeitgebern gefragt wird.

Insgesamt lässt sich dies so interpretieren: Studierende, die die Absicht haben, nach ihrem Studium im Saarland zu bleiben, haben deutlich konkretere Pläne (und Beziehungen) als Studierende, die das Saarland nach ihrem Studium verlassen möchten. Das Studium innerhalb einer Region bietet sowohl für Arbeitgeber als auch für die Studierenden Möglichkeiten zur gegenseitigen Kontaktaufnahme, die offensichtlich über größere Entfernungen so nicht zu gewährleisten sind. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt (siehe Kapitel II), weisen Studien auf die besondere Bedeutung der Berufseinmündung in der Region hin: durch die während der Studienzeit entstehenden Kontakte eröffnen sich für die Studierenden Karrierechancen und die Unternehmen Optionen, potentielle Führungskräfte durch Praktika oder Aushilfsjobs zu erproben sowie an das eigene Unternehmen zu binden (vgl. Kapitel VI). Dieser „Erstzugriff“ ist für die Hochschulregion und deren wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung.

An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass die Hälfte der Studierenden noch unentschieden bezüglich des regionalen Verbleibs ist. Hier stellt sich ein großes Potential für das Saarland dar, welches offensichtlich noch nicht erschlossen ist und vermutlich politisch noch nicht vollständig erkannt wurde. Wenn die Reduzierung der Abwanderung junger hochqualifizierter Arbeitskräfte aus demographischen Gründen und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes angestrebt wird, so bedarf es hierzu konkreter Maßnahmen. Eine Reihe von Vorschlägen aus Sicht der Unternehmen können hierzu bereits in Kapitel VI entnommen werden (z.B. Plattformen des persönlichen Kennenlernens zwischen Studierenden und Unternehmen zu schaffen).

Im folgenden soll noch ein weiterer Aspekt beleuchtet werden: wie bereits in Kapitel VII erwähnt, sind die Gehaltszahlungen im Saarland offensichtlich niedriger als in anderen Teilen der Bundesrepublik und einige Unternehmen beklagen, dass sie in dieser Hinsicht im Wettstreit um die besten Hochschulabsolventen im Nachteil sind. Es stellt sich die Frage, inwiefern durch monetäre Anreize ein Entgegenwirken gegen die (nicht ausschließlich monetär begründeten) „Push“-Effekte möglich sein könnte.

**Abb.5: Veränderung der Bleibeabsicht von Personen, die das Saarland verlassen möchten, wenn im Saarland ein höheres Gehalt gezahlt würde ( $n=493$ ).**



Hierzu wurden die Studierenden, welche das Saarland nach dem Studium verlassen möchten, gefragt, ob sie sich im Falle eines höheren Gehaltsangebotes eventuell anders entscheiden und im Saarland bleiben würden. Die Ergebnisse hierzu sind eindeutig: für fast zwei Drittel der Saarländer und immerhin beinahe die Hälfte der Nicht-Saarländer wäre das genügend Anreiz, die Abwanderungsentscheidung zu revidieren (Abbildung 5). Etwa die Hälfte der Studierenden, die eigentlich außerhalb des Saarlandes arbeiten möchten, würde für ein um mindestens 38 % höheres Gehalt im Saarland arbeiten.

## 7 Fazit

Die Altersgruppe der 20 bis 30-Jährigen spielt im demographischen Wandel eine besondere Rolle und der Wettbewerb der Regionen um diese immer kleiner werdende Personengruppe wird sich in den nächsten Jahren zunehmend verschärfen. Selbst unter der konservativen Annahmen der aktuellen Bevölkerungsschätzungen zu den Wanderungen wird sich im Saarland bis zum Jahr 2060 die absolute Zahl der Personen in diesem Alter halbieren und damit stärker als alle anderen Altersgruppen zurückgehen. Hinzu kommt, dass diese Altersgruppe hochgradig mobil ist und aus Gründen der Aus- und Weiterbildung, der Familiengründung und der Arbeitsplatzwahl zu räumlichen Veränderungen bereit ist (und bereit sein muss). Mit steigendem Bildungs- und Qualifikationsniveau verstärkt sich dieser Effekt weiter.



Die saarländischen Hochschulen sind für diese Altersgruppe wichtige Akteure. Schätzungsweise ein Viertel aller Zuwanderungen der 20 bis unter 25-Jährigen lassen sich der UdS zuordnen, hinzukommt noch ein – allerdings ungleich bescheidenerer – Anteil der Fachhochschulen. Darüber hinaus verhindern die Hochschulen durch die Bereitstellung von tertiären Ausbildungsplätzen die Abwanderung junger Saarländer dieser Altersgruppe. Bei einer Schließung der Saar-Universität bestünde die Gefahr, dass sich die Abwanderung um mehr als ein Viertel erhöhen würde und der gegenwärtig positive Wanderungssaldo dauerhaft verloren ginge; provozierend formuliert wäre dann ein weiterer Grenzstein des Saarlandes in Richtung einer Art nationalem „Altersheim“ versetzt.

Ähnliches gilt am Ende des Studiums: auch hier stellen die abwandernden Absolventen der UdS einen großen Anteil an den 25 bis unter 30-Jährigen, die jedes Jahr das Saarland verlassen. Sie bilden ein interessantes Potential für das Saarland, den demographischen Wandel zumindest etwas abzuschwächen.

Trotz der hohen Bedeutung persönlicher Bindungen für Wanderungsbewegungen geht von der UdS dank ihre hohen Reputation und ihres attraktiven Angebots immer noch ein erfreulicher „Pull“-Effekt aus, der denjenigen vieler anderer Universitäten deutlich übertrifft. Die UdS ist somit nicht nur eine Hochschule für Landeskinder (wie dies z.B. für die Fachhochschulen zutrifft, die zudem zu einem hohen Anteil Studierende ohne Abitur binden, während solche Saarländer mit Abitur bei Wegfall der UdS sowieso ein höheres Abwanderungspotential haben dürften), sondern als überregional bekannte tertiäre Bildungseinrichtung auch ein Ort, der Zuwanderungen motiviert. Sie bietet darüber hinaus denjenigen Landeskindern Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die aus bildungsfernen Schichten stammen und sich eine großräumige Mobilität nicht leisten können. Welche Bedeutung dies für das Saarland hat, lässt sich z.B. an dem fast doppelt so hohen Anteil von Studierenden, die noch bei ihren Eltern zu Hause wohnen, ablesen. Jedes Rückfahren von Ausbildungskapazitäten hat in dieser Hinsicht sofort auch langfristige soziale Folgen.

Ein weiterer Rückgang von Ausbildungskapazitäten und die permanenten Diskussionen um die Finanzierung der UdS können aber noch viel direktere Wirkungen über einen Anstieg der Unzufriedenheit und der Bereitschaft zu einem Studienortwechsel der an der UdS Studierenden haben. Gegenwärtig lässt sich sagen, dass die Mehrheit der Studierenden mit den Studienbedingungen und der Betreuung durch die UdS zufrieden sind. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass Universitätswechsler in dieser Hinsicht die UdS im Vergleich zu ihrer Herkunftsuniversität besser beurteilen. Die Werte sind jedoch nicht so überragend positiv, dass Kürzungen problemlos zu verkraften wären. Die

Universität „fährt“ insbesondere in der Lehre schon seit geraumer Zeit „am Limit“ und weitere Kürzungen der Personalkapazitäten könnten fatale Auswirkungen auf die Studienbedingungen zumindest in einzelnen Fachbereichen haben (s. dazu Kapitel IV).

Nur ein Fünftel der Studierenden wünscht sich zum Befragungszeitpunkt, nach dem Studium im Saarland zu verbleiben. Diese Gruppe hat häufig starke persönliche Bindungen ins Saarland und bemüht sich auch frühzeitig um Kontakte zu Arbeitgebern. Dem steht etwa ein Drittel der Studierenden gegenüber, die unbedingt das Saarland nach Studienende verlassen wollen. Allerdings könnte allein durch höhere Lohnzahlungen die Hälfte dieser Gruppe im Land gehalten werden. Die meisten Studierenden sind sich aber noch nicht sicher, wo sie ihre erste Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. Hier bestehen also genügend Ansatzmöglichkeiten zur Reduzierung der Abwanderungstendenzen.

Das Saarland ist keineswegs so unattraktiv, wie es manchmal selbst glaubt. Viele junge Menschen, die während des Studiums zugewandert sind, möchten gerne hier bleiben und manche tun dies auch. Dabei gehören nicht nur die Wirtschaftsbedingungen und die landschaftliche Attraktivität zu den wichtigen „Pull“-Effekten, sondern auch die hier lebenden Menschen und eine leistungsfähige Universität.

Vielleicht ist es politisch an der Zeit, nicht nur über Zuwanderung von außen in Deutschland nachzudenken, sondern es ist wohl unausweichlich, die Konkurrenz innerhalb der Bundesländer um junge, qualifizierte Arbeitskräfte anzunehmen. Alternativ stelle man sich bitte vor, welche Opportunitätskosten ein Wegfall der UdS oder großer Teile ihrer Ausbildungskapazität verursachen würde. Man fühlt sich dabei nicht nur an die Anwerbepremien für „Fremdarbeiter“ in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts erinnert, die wohl auch für junge Arbeitnehmer aus anderen Bundesländern zu zahlen wären, sondern die Unternehmen im Saarland müssten sich wohl entscheiden zwischen Abwanderung in andere Bundesländer, die womöglich mehr junge Arbeitskräfte binden können, und/oder deutlich höheren Gehältern. Dabei müsste es wohl zu einem typischen Overshooting-Effekte kommen, weil eine nur vergleichbare Gehaltsstruktur wohl nicht attraktiv genug wäre.

## Literatur

- Ajzen, I. (1985). From intentions to actions: A theory of planned behavior. In: J. Kuhl, J. Beckmann (Hgg.) *Action control: From cognition to behavior*. Heidelberg: Springer, S. 11-39
- Best, H. & Wolf, C. (2010). Logistische Regression. In: Wolf, Christof; Best, Henning: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*.
- DeStatis (2013): Zeitpunkt der Familiengründung. Online: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabelle/AlterGeburtBildung.html> (Ergebnisse des Mikrozensus 2008).
- Engelbrech, G.; Küppers, G. & Sonntag, J. (1978): Regionale Wirkungen von Hochschulen. Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 06.25, Bonn:BRBS.
- Fishbein, M. & Ajzen, I. (1975). *Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research*. Longman Higher Education.
- Fazio, R. H. (1990). Multiple processes by which attitudes guide behavior: The MODE model as an integrative framework. In Zanna, M. P., *Advances in experimental social psychology* (23) (Seite. 75-109). New York: Academic Press.
- GENESIS Online-Datenbank (2011). Tabelle 21111-0014 Absolventen/ Abgänger: Bundesländer, Schuljahr, Geschlecht, Schulabschlüsse. [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=ED4916881269743EDFEE11791A210C18.tomcat\\_GO\\_2\\_2?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=21111-0014&levelindex=1&levelid=1377181296858&index=14](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=ED4916881269743EDFEE11791A210C18.tomcat_GO_2_2?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=21111-0014&levelindex=1&levelid=1377181296858&index=14) (Zugriff im August 2013)
- Horstschräer, J. (2011). University Rankings in Action? The Importance of Rankings and an Excellence Competition for University Choice of High-Ability Students. In: ZEW Discussion Paper No. 11-061.
- IBA – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (2007): *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 5. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 10. Gipfel der Exekutive der Großregion*, Saarbrücken: IBA.
- IBA – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (2013): *Bevölkerungsentwicklung in der Großregion 2012. IBA-Aktuell 05.04.2013*, Saarbrücken: IBA

- Karlsruher Institut für Technologie (KIT) (2013). KIT – Studierendenstatistik SS 2013. [http://www.kit.edu/downloads/Statistik\\_SS2013.pdf](http://www.kit.edu/downloads/Statistik_SS2013.pdf) (Zugriff im August 2013)
- McFadden, D. (1978). Quantitative methods for analyzing travel behavior of individuals: Some recent developments. In: Hensher, David A./Stopher, Peter R.: Behavioral Travel Modeling, London: Croom Helm. S. 279-318.
- Mood, C. (2010). Logistic regression: Why we cannot do what we think we can do and what we can do about it. In: European Sociological Review 2010 26(1): 67-82.
- Mueller, U.; Nauck, B. & Diekmann, A. (Hrsg., 2000): Handbuch der Demographie. Bd. 1: Modelle, Theorien und Methoden, Berlin u.a.: Springer.
- Rech, J. (2012). Studierenerfolg ausländischer Studierender. Eine empirische Analyse im Kontext der Internationalisierung der deutschen Hochschulen. Internationale Hochschulschriften, Band 577. Münster u.a.: Waxmann.
- Statistisches Bundesamt (2011). Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1 Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013): Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2013, Wiesbaden: DeStatis.
- Statistique Grande Région (2013): Daten zur Bevölkerungsentwicklung. <http://www.grande-region.lu/eportal/pages/StatTemplate.aspx?view=stat&id=621> (Zugriff im August 2013)
- Technische Universität Berlin (2012). Studierendenstatistik WS 2012/2013. [http://www.tu-berlin.de/fileadmin/a70100710/Dokumentationen/Zahlen\\_Fakten/StudierendenstatistikWS12.pdf](http://www.tu-berlin.de/fileadmin/a70100710/Dokumentationen/Zahlen_Fakten/StudierendenstatistikWS12.pdf) (Zugriff im August 2013)
- Technische Universität Dresden (2012). Statistischer Jahresbericht. [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/portrait/zahlen\\_und\\_fakten/stjb/StatJB2011.pdf](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/portrait/zahlen_und_fakten/stjb/StatJB2011.pdf) (Zugriff im August 2013)
- Universität des Saarlandes (2012). Gesamtübersicht SS 2012. [http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user\\_upload/Info/Universitaet/Profil/Studierendenstatistiken/ss2012/bH1360s900\\_Tabelle0.pdf](http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Info/Universitaet/Profil/Studierendenstatistiken/ss2012/bH1360s900_Tabelle0.pdf) (Zugriff im August 2013)
- Universität Hannover (2012). Zahlenspiegel 2012. [http://www.uni-hannover.de/imperia/md/content/strat\\_controlling/statistiken/zahlenspiegel/zahlenspiegel\\_2012.pdf](http://www.uni-hannover.de/imperia/md/content/strat_controlling/statistiken/zahlenspiegel/zahlenspiegel_2012.pdf) (Zugriff im August 2013)

- Universität Heidelberg (2013). Studierendenstatistik Sommersemester 2013. [http://www.uni-heidelberg.de/md/studium/download/ss2013\\_www.pdf](http://www.uni-heidelberg.de/md/studium/download/ss2013_www.pdf) (Zugriff im August 2013)
- Universität Hohenheim (2013). STUDIERENDENSTATISTIK Sommersemester 2013. [https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/stat\\_ss13\\_02.pdf](https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/stat_ss13_02.pdf) (Zugriff im August 2013)
- Universität Siegen (2013). Studierende nach regionaler Herkunft. [http://www.uni-siegen.de/start/die\\_universitaet/ueber\\_uns/daten/studierendenstatistiken/studierende\\_nach\\_regionaler\\_herkunft.pdf?m=e](http://www.uni-siegen.de/start/die_universitaet/ueber_uns/daten/studierendenstatistiken/studierende_nach_regionaler_herkunft.pdf?m=e) (Zugriff im August 2013)

**Freya Gassmann, Eike Emrich und Wolfgang Meyer**

## **IX. Der Einfluss der Bildungsherkunft auf die Studierenden**

### **1 Einleitung und theoretischer Rahmen**

Die Wirkung sozialer Ungleichheit als Einflussfaktor auf den Zugang zum Studium, Studienverlauf und Studienerfolg ist seit langem bekannt. Insbesondere die Untersuchung der Reproduktion von sozialer Ungleichheit im intergenerationalen Verlauf, also ihre soziale Vererbung, hat in der Soziologie eine lange Tradition. Dahrendorf hat schon 1965 auf die Unterrepräsentation von Arbeiterkindern an Universitäten hingewiesen und dabei die gering entwickelte Bildungsfreundlichkeit der Arbeiter als einen der Gründe ausgemacht, zum anderen diskutiert er das Ausmaß der Arbeiterfreundlichkeit der Bildungseinrichtungen als weitere Bedingung für das Faktum der unzureichenden akademischen Integration der Arbeiterkinder. Fröhlich (1974: 319) weist darauf hin, dass sich hinter der vermeintlichen Bildungsunfreundlichkeit der Arbeiter, von ihm als Bildungsunwilligkeit bezeichnet, auch erhebliche Verhaltensunsicherheiten verbergen können.

Tatsächlich wurde die permanente Reproduktion von Bildungsungleichheiten in Deutschland bereits früh empirisch entdeckt und immer wieder bestätigt (u.a. Carnap und Edding 1962, Blossfeld 1993), wobei der von Dahrendorf angesprochene Aspekt der Bildungsfreundlichkeit der Arbeiter zusehends gegenüber dem Aspekt der Arbeiterfreundlichkeit der Bildungseinrichtungen in den Hintergrund trat. Noch heute werden als Bildungsaufsteiger jene Studierenden bezeichnet, deren Eltern keine gymnasiale Schulbildung absolviert und nicht studiert haben.<sup>1</sup>

---

1 Dabei unterstellt man implizit, dass das Absolvieren des heutigen Gymnasiums mit dem Absolvieren des Gymnasiums eine oder mehrere Generation zuvor qualitativ gleichwertig sei. Dagegen sprechen die erhöhte Gymnasialquote bei normalverteilter Begabung und die verringerte Quote der Abbrecher im Gymnasium. Neumann et al (2012) konnten zum Beispiel im Vergleich zweier Bundesländer aktuell zeigen, dass der Wissensstand der Abiturienten in Hamburg im Fach Mathematik um rund ein bis zwei Schuljahre hinter dem von Abiturienten in Baden-Württemberg zurücklag und dass mehr als die Hälfte der Hamburger Gymnasiasten ein Leistungsniveau verfehlte, das von Abiturienten eingefordert werden kann. Insofern ist sogar das Abitur eines Jahrgangs im Vergleich zweier Bundesländer qualitativ zumindest im Fach Mathematik höchst unterschiedlich.

Dichotomisch stellt man dann in der Tradition Dahrendorfs Arbeiterkinder bzw. Nichtakademiker-Kinder sogenannten Akademikerkindern gegenüber.<sup>2</sup>

Von den vielfältigen Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit, die in einem weiten Bogen von Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Nationalität, Geschlecht und Rasse, über Hemmnisse bei der Partizipation an Angeboten, ungleicher Verfügbarkeit von Mitteln ökonomischer und sozialer Art bis hin zu unterschiedlichen Berufseintrittschancen aufgrund ungleichen Sozialkapitals reichen<sup>3</sup> (vgl. Bargel & Bargel 2012), interessieren uns nachfolgend insbesondere die Effekte des inkorporierten Kulturkapitals, also die Frage, wie sich akademischer Status und der damit verknüpfte Habitus des jeweiligen Elternhauses im Studium der folgenden Generation widerspiegeln.

Arbeiterkinder haben gängiger Forschungslage nach immer noch geringere Chancen, das Abitur oder einen Hochschulabschluss zu erlangen als Akademikerkinder, wobei man den Wunsch der Arbeiterkinder zum Erwerb derselben als gegeben erachtet und die Frage der Bildungsfreundlichkeit einfach voraussetzt. Ist die Präferenz der Arbeiterkinder für höhere Schulbildung und ein Hochschulstudium nicht gegeben, wird dies im Prinzip als eine Art falschen Klassenbewusstseins behandelt und individuell als Bildungsdefizit etikettiert.<sup>4</sup>

Haben Arbeiterkinder mit ausgeprägtem Bildungswunsch dann die Hochschulzugangsberechtigung und damit die Berechtigung zum Besuch der Hochschule erworben, können sich auch hier noch Unterschiede in der Einstellung zum Studium oder der Wahl des Studienfachs zwischen Studierenden aus Elternhäusern mit unterschiedlichem Bildungsniveau finden lassen. Auf diese haben bereits Bourdieu und Passeron (1971: 19ff) hingewiesen, sie betreffen insbesondere Fragen der akademischen Integration, der Studienmotivation,

- 
- 2 vgl. am Beispiel des wissenschaftlichen Nachwuchses Bargel und Röhl 2006, die die Arbeiterschaft und soziale Grundschicht dem akademisch qualifizierten Elternhaus gegenüberstellen (vgl. zum *homo academicus* und zum sozialen Feld der Universität am Beispiel Frankreichs auch Bourdieu 1988).
  - 3 Unterschiedliche Motivstrukturen und Nutzenerwartungen werden im Kontext der sozialen Ungleichheitsdebatte meist nicht diskutiert.
  - 4 Dass die OECD in ihrer Kritik einer in Deutschland als unzureichend bezeichneten, leicht anzusteuernden Akademikerquote die Bedingungen des deutschen Bildungssystems teilweise falsch eingeschätzt hat, wird aktuell deutlich. So finden laut OECD mehr als 90 Prozent der 15- bis 24-Jährigen nach der Schule eine Beschäftigung oder bilden sich weiter fort (zit. in Schülbe 2013). Die berufliche Bildung ist in Deutschland vor allem durch das duale System geprägt und „schafft ein solides Fundament für spätere Weiterqualifizierung“ Zudem ermögliche es „ein vortrefflich ausgebautes Berufsbildungssystem“ jungen Menschen, „gut vorbereitet in den Arbeitsmarkt zu gehen und Arbeitsplätze zu finden, die ihren Qualifikationen entsprechen.“ Insofern wurden die Studiennotwendigkeit und die Wirkung der sogenannten Akademikerquote generell wohl überschätzt und die Möglichkeiten von Berufsausbildungen im Arbeitsmarkt eher unterschätzt.

möglicher Irritierungen durch die Studienorganisation usw., die auch heute noch aufzeigbar sind.

Gründe für die Reproduktion sozialer Ungleichheit sind in Anlehnung an Bourdieus Überlegungen (1983) zu unterschiedlichen Kapitalsorten in den unterschiedlichen Formen der „Vererbung“ dieser drei Kapitalsorten zu finden. Durch die Vererbung von jeweils unterschiedlich ausgeprägtem sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital haben Arbeiterkinder und Akademikerkinder unterschiedliche Chancen im Bildungssystem, einen hohen Bildungsabschluss zu erlangen, wodurch es in hohem Maße zur Reproduktion sozialer Ungleichheit kommt. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Vererbung von Bildungsungleichheiten über Generationen durch die Besonderheiten der Vererbung von kulturellem Kapital. Laut Bourdieu ist Fähigkeit oder Begabung eine Interaktion von individuellen Merkmalen und den Merkmalen der sozialen Struktur, die Menschen in ihrem Handeln beständig neu erzeugen und die wiederum auf sie zurückwirkt und somit „(...) das Produkt einer Investition von Zeit und kulturellem Kapital“ (ebda.: 186) darstellt.

Bourdieu unterscheidet spezifisch drei Kulturkapitalarten: inkorporiertes, objektiviertes und institutionalisiertes Kulturkapital. Das inkorporierte Kulturkapital stellt sich als im Habitus verankerte, körpergebundene Bildung dar, es wird gewissermaßen körperlich im Auftreten, Haltung, Sprechen usw. sichtbar, man denke etwa nur an die filmische Lässigkeit eines James Bond als typischem Vertreter einer affektkontrollierten höheren Schicht, der auf jedem Parkett „eine gute Figur macht“.

Dieses Kulturkapital kann vornehmlich durch die Investition der eigenen Zeiterworben werden, wobei die Investition abhängig von äußeren Bedingungen unterschiedlich „Früchte trägt“. Wie viel inkorporiertes Kulturkapital man erwerben kann, hängt demnach damit zusammen, wie viel freie Zeit man hat und inwieweit man frei von ökonomischen Zwängen ist. Um eine sportliche Kulturtechnik wie etwa Reiten oder Segeln perfekt so zu beherrschen, dass es gekonnt wirkt, muss man viel Zeit investieren, deren Konsum für nicht produktive Tätigkeiten man sich leisten können muss.

Überträgt man das auf Studierende, ist ihr Erwerb von Bildung bzw. von Kompetenzen abhängig davon, wie viel freie Zeit ihnen dafür von der Familie zur Verfügung gestellt wird (ebda.: 187f), und ob sie beispielsweise neben dem Studium jobben müssen. Es hängt aber auch davon ab, in welchem intellektuellen Anregungsmilieu sie diese Zeit verbringen und welchen sozial vermittelten kulturellen Geschmack etwa in Kunst, Literatur, Musik, Film, Gastronomie, Kleidung usw. sie jeweils ausprägen.



Objektiviertes kulturelles Kapital ist „materiell übertragbar, auf dem Weg über seinen materiellen Träger“ (ebda.: 188), daher kann es sehr einfach von einer Generation auf die nächste durch Vererben oder durch Schenkung übertragen werden.

Die dritte Art des kulturellen Kapitals ist das institutionalisierte Kulturkapital. Diese Kapital ist die „Objektivierung von inkorporiertem Kulturkapital in Form von Bildungstiteln (...)“ (ebda.: 189), die in einem spezifischen Verhältnis zum objektivierten Kapital stehen. Das Verhältnis beider wird etwa deutlich, wenn eine Heiratsentscheidung einer Tochter aus akademischem Elternhaus etwa zwischen einem ungelernten Schrotthändler mit Millionenvermögen und promovierten Akademiker im Beamtenstatus ansteht. Nicht selten werden die Eltern zum promovierten Akademiker raten. Zuweilen geht das objektivierte Kapital auch interessante Verbindungen ein, wenn Geld etwa durch Heirat Adelstitel erwirbt.

Die Reproduktion von sozialer Ungleichheit erfolgt vornehmlich über ökonomisches Kapital, sie kann jedoch, auch wenn die offizielle Übertragung von ökonomischem Kapital verhindert wird, aufrechterhalten werden, da die Kapitalsorten in begrenztem Umfang im generalisierten Tausch gegenseitig tauschfähig sind. Desto stärker etwa die Übertragung von ökonomischem Kapital unterbunden wird, desto bedeutsamer wird die Übertragung des kulturelles Kapital zur Produktion der „feinen Unterschiede“ (ebda.: 198). Man denke etwa an die Tischkultur verarmter Adliger, die kärgliche Nahrung formvollendet aus passendem Porzellan zu sich nehmen.

Bourdieu beschreibt die soziale Funktion des Bildungssystems in diesem Zusammenhang als eine Art Zuteilungsapparatur von Lebenschancen (eine Funktion, die Schelsky (1961) der Schule zuwies) wobei diese Funktion aus seiner Sicht zunehmend verschleiert wird. „Das Unterrichtssystem – ein Reproduktionsinstrument mit besonderer Fähigkeit zur Verschleierung der eigenen Funktion (...)“ (Bourdieu ebda.: 198). Die Verschleierung dieser Zuteilungsfunktion trifft aktuell wohl nicht mehr zu, wird die Politik doch nicht müde, darauf hinzuweisen, wie wichtig eine höhere Schulbildung für Studienzugang und künftige Einkommenschancen wird.<sup>5</sup> In seinen Arbeiten geht Bourdieu vor allem

---

5 Dass die politische Argumentation nach der Logik des Schweinezyklus nicht intendierte Folgen entfaltet, wird am Beispiel Frankreichs deutlich, die mittlerweile eine Akademikerschwemme beklagen. In einer Untersuchung der Association pour faciliter l'insertion des jeunes (2009, zit. in: <http://www.fplud.org/arbeit-und-beruf/arbeiten-im-partnerland/jung-dynamisch-arbeitslos-wenn-der-berufseinstieg-zum-huerdenlauf-wird/?type=221>) einer all-jährlichen Umfrage zur Situation der Absolventen, ein Jahr nach ihrem Abschluss wurde festgestellt, dass von 7000 Befragten, die 2009 die Uni verließen, 45 % arbeitslos sind und für fast die Hälfte der berufstätigen Absolventen entsprach ihre aktuelle Tätigkeit nicht ihren beruflichen Vorstellungen und Zielen. (vgl. für Deutschland o. V. Zeit Online vom 23.01.2010, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-01/arbeitslosigkeit-akademiker-wirtschaftskrise>)

auf die primären Herkunftseffekte ein. Also solche Unterschiede, die durch unterschiedliche Leistungen zustande kommen, welche wiederum beeinflusst von unterschiedlichen familiären und sozialen Lebensräumen (vgl. Boudon 1974: 29), jedoch geht er nicht auf sekundäre Herkunftseffekte ein, die durch unterschiedliche Bildungsentscheidungen verursacht werden.

Nach Bourdieu und Passeron (1971: 19ff) ist die auch Wahl des Studienfachs abhängig von der bildungsbezogenen Herkunft eines jungen Menschen. Die Wahl des Studienfachs wiederum führt zu unterschiedlichen Chancen und Risiken bezogen auf das Finden einer Erwerbstätigkeit, konjunkturell bedingte Erwerbslosigkeit und natürlich auf Verdienstmöglichkeiten (Glocker und Storck 2012: 7), wodurch es indirekt zu sozialer Reproduktion bzw. für die Kinder aus einem Nicht-Akademiker-Elternhaus zu einem verminderten Aufstieg kommt.

Konsistent zu diesen Überlegungen konnten Isserstedt et. al. (2010: 93 ff) auf der Basis der 19. Sozialerhebung deutlich den Einfluss des väterlichen Berufs auf die Studierneigung der Kinder bestätigen. Unter den 19-24 jährigen Studenten ergab sich eine spezifische Reihenfolge der Studierneigung abhängig vom väterlichen Beruf in der Reihenfolge Angestellter (Studierneigung der Kinder: 37 %), Selbständiger (61 %) und Beamte (67 %). Noch stärker als der elterliche Beruf wirkt sich die Frage eines Hochschulabschlusses des Vaters aus. Hat der Vater einen Hochschulabschluss oder nicht, variieren die Zahlen wie folgt: Angestellte ohne Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 26 %, Selbständiger ohne Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 47 %, Beamte ohne Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 43 %. Mit väterlichem Hochschulabschluss ergibt sich folgendes Bild: Angestellte mit Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 64 %, Selbständiger mit Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 87 %, Beamte mit Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 84 %.

Daher sollen nun deskriptiv der Zusammenhang zwischen der Bildungsherkunft der Eltern auf unterschiedliche, mit dem Studium verbundenen Eigenschaften der Studierenden betrachtet werden. Zunächst wird hierzu die Operationalisierung der Bildungsherkunft der Studierenden beleuchtet. In dem anschließenden Ergebniskapitel befinden sich ausgewählte Analysen, u.a. folgt eine Untersuchung der von Bourdieu und Passeron beschriebenen Unterschiede in Bezug auf die Herkunft und Studienfachwahl. In Kapitel 3.2. ist dann der Zusammenhang zwischen saarländischer Herkunft und Bildungsherkunft der Studierenden abgebildet, in welcher Form sich die Bildungsherkunft auf die Erwerbstätigkeit der Studierenden auswirkt, wurde ebenfalls untersucht. Die letzte Analyse widmet sich dem Zusammenhang des institutionalisierten Kulturkapitals der Eltern auf die Einschätzung des Studiums als Investition aus

Sicht der Studierenden. In Kapitel IV werden die Ergebnisse zu einem Fazit zusammengefasst.

## 2 Operationalisierung der Bildungsherkunft

Im Folgenden wird kurz auf die Operationalisierung der für die anschließenden Analysen genutzten abhängigen Variablen, genauer der Bildungsherkunft der Studierenden eingegangen. Die Studierenden wurden im letzten Teil des Fragebogens getrennt nach der schulischen und der beruflichen Bildung ihrer Mutter und ihres Vater befragt. Aus diesen Informationen wurde für die Mutter und den Vater jeweils eine Einteilung auf der ISCED-Skala (International Standard Classification of Education) vorgenommen. Die ISCED-Skala wurde bereits in den siebziger Jahren von der UNESCO für den internationalen Vergleich von Bildungsabschlüssen gleich ob beruflicher oder schulischer Art entwickelt (UNESCO 2006: iii). Durch die Kombination von schulischer und beruflicher Bildung bietet die Skala nicht nur eine Vergleichsmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Ländern, sondern auch eine vereinfachte Möglichkeit zur Kombination an.

Eine Umsetzung der ISCED-Skala in Deutschland findet sich bei Schroedter et al (2008). Insgesamt ergeben sich aus der Kombination der schulischen und beruflichen Bildung des Vaters und der Mutter jeweils neun Kategorien vom Primarbereich bis zur bis zur Promotion als höchste Stufe. Für die Analysen wurde eine Vergrößerung der Klassifikationen vorgenommen<sup>6</sup>, so dass nun sieben unterschiedliche Kategorien unterschieden werden: Primarstufe (kein Schulabschluss 1), niedrige Bildung (Abschluss der Haupt- oder Realschule, jedoch keine berufliche Bildung 2a und 2b), 3. Mittlere Bildung (Zusammenchluss der Kategorien 3a und 3b), 4. Fachabitur/Abitur und Ausbildungsberuf (4a), 5. Abschluss an einer Techniker- und Meisterschule (5b), 6. Fach-/Hochschulabschluss (5a) sowie Promotion (6). Zur Vereinfachung wird bei einigen Analysen nur zwischen Eltern mit einem akademischen Abschluss, also nach der ISCED-Klassifikation 5a und 6, und Eltern ohne akademischen Abschluss unterschieden ISCED-Klassifikation von 1 bis 5b.

---

6 Zur Vereinfachung wurden die Kategorien 2a (Realschulabschluss aber keine berufliche Bildung) und 2b (Hauptschulabschluss aber keine berufliche Bildung) und die Kategorien 3a (allgemeine und fachgebundene Hochschulreife aber keine berufliche Bildung) und 3b (Lehrausbildung) zusammengefasst.

### 3 Ergebnisse

#### 3.1 Fakultätszugehörigkeit und die Bildung der Eltern

Nach Bourdieu und Passeron (1971: 19ff) ist die Wahl des Studienfachs abhängig von der bildungsbezogenen Herkunft eines jungen Menschen. Die Wahl des Studienfachs wiederum führt zu unterschiedlichen Chancen und Risiken bezogen auf das Finden einer Erwerbstätigkeit, konjunkturell bedingte Erwerbslosigkeit und natürlich auf Verdienstmöglichkeiten (Glocker und Storck 2012: 7), wodurch es indirekt zu sozialer Reproduktion bzw. für die Kinder aus einem Nicht-Akademiker-Elternhaus zu einem verminderten Aufstieg kommt.

In den Tabellen 1a bzw. 1b sind sowohl Zeilen- als auch Spaltenprozentage abgebildet, so dass es möglich ist, die Zustromperspektive (Zeilenprozentage)<sup>7</sup>, d.h. was studieren Kinder von Eltern mit beispielsweise einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, als auch die Abstromperspektive (Spaltenprozentage) zu verdeutlichen, aus denen etwa entnommen werden kann, von welchen Eltern bezogen auf den Bildungsgrad beispielsweise Studierende der Medizin stammen. Da es sich bei der Befragung um eine Studierendenbefragung handelt, können wir in Bezug auf die soziale Mobilität nur soziale Aufstiege erkennen, die ab der ISCED-Kategorie 5b vorliegen<sup>8</sup>.

Zunächst zur Zustromperspektive. Insgesamt ist zu erkennen, dass unabhängig vom Studienfach ca. 72 % der Mütter der befragten Studierenden keinen Fach- oder Hochschulabschluss oder eine Promotion vorweisen können, d.h. im Vergleich zum Bildungsgrad der Mutter gelang sehr vielen Studierenden ein Aufstieg. Bei der Betrachtung der einzelnen Fakultäten fällt vor allem die Sonderstellung der Medizin auf: der größte Anteil der Mediziner (36 %) hat eine Mutter die einen Fach- oder Hochschulabschluss innehat. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der anderen Studierenden mit einer Mutter mit einem Hochschulabschluss bei etwa 25 %. Die größte Gruppe der Mütter der Studierenden der Philosophischen Fakultät I (Geschichts- und Kulturwissenschaft) (52 %) kann einen mittleren Bildungsgrad vorweisen, bei den Studierenden der Naturwissenschaftlichen-Technischen Fakultät (III) (Chemie, Pharmazie, Bio- und Werkstoffwissenschaftlern) sind es 51 %.

Bezogen auf die Bildung des Vaters zeigt sich ein ähnliches Bild. Der größte Teil der Studierenden (57 %) schaffte einen Aufstieg im Vergleich zum Bildungsgrad des Vaters. Auch hier sticht die Medizin mit einen sehr hohen

---

7 Die Bezeichnung Spalten- bzw. Zeilenprozentage richtet sich immer danach, in welchem Fall sich die Prozentwerte in den Zellen zu 100 % aufsummieren.

8 Voraussetzung für diese Art der Interpretation wäre, dass die Studierenden auch einen Abschluss an der Universität erlangen.

Anteil an Vätern (43 %) mit einem Fach- oder Hochschulabschluss anderer Fakultäten heraus. Auf der anderen Seite haben im Vergleich dazu nur 30 % der Väter der Studierenden der Philosophischen Fakultät I (Geschichts- und Kulturwissenschaft) einen Fach- oder Hochschulabschluss und 34 % der Väter dieser Studierenden verfügen über einen mittleren Bildungsgrad.

Insgesamt zeigt sich, dass die Studierenden der unterschiedlichen Fakultäten mitunter aus verschiedenen Bildungsschichten stammen. Die Studierenden der Medizin unterscheiden sich in Bezug auf ihre Herkunft am deutlichsten von den anderen Studierenden und weisen eine Tendenz auf, die man mit sozialer Schließung der Mediziner bzw. Medizinstudenten begrifflich einfangen kann.

**Tab. 1a: Fakultätszugehörigkeit des Studienfachs und ISCED-Klassifikation der Mutter (n=1.1749).**

Fakultätszugehörigkeit		ISCED-Klassifikation der Mutter							Gesamt
		1	2a und 2b	3a und 3b	4a	5b	5a	6	
Rechts- und Wirtschaft	Anzahl	7	11	201	41	31	93	7	391
	Zustrom %	2 %	3 %	51 %	10 %	8 %	24 %	2 %	100 %
	Abstrom %	27 %	19 %	24 %	20 %	23 %	21 %	17 %	22 %
Medizin	Anzahl	0	3	68	23	13	72	22	201
	Zustrom %	0 %	1 %	34 %	11 %	6 %	36 %	11 %	100 %
	Abstrom %	0 %	5 %	8 %	11 %	10 %	16 %	52 %	11 %
Philosophische Fakultät I	Anzahl	2	6	85	18	13	39	1	164
	Zustrom %	1 %	4 %	52 %	11 %	8 %	24 %	1 %	100 %
	Abstrom %	8 %	10 %	10 %	9 %	10 %	9 %	2 %	9 %
Philosophische Fakultät II	Anzahl	6	18	195	42	28	84	4	377
	Zustrom %	2 %	5 %	52 %	11 %	7 %	22 %	1 %	100 %
	Abstrom %	23 %	31 %	23 %	20 %	21 %	19 %	10 %	22 %
Philosophische Fakultät III	Anzahl	4	2	87	25	16	55	3	192
	Zustrom %	2 %	1 %	45 %	13 %	8 %	29 %	2 %	100 %
	Abstrom %	15 %	3 %	10 %	12 %	12 %	12 %	7 %	11 %
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät I	Anzahl	0	9	56	21	17	34	3	140
	Zustrom %	0 %	6 %	40 %	15 %	12 %	24 %	2 %	100 %
	Abstrom %	0 %	16 %	7 %	10 %	13 %	8 %	7 %	8 %
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät II	Anzahl	1	1	29	9	7	15	0	62
	Zustrom %	2 %	2 %	47 %	15 %	11 %	24 %	0 %	100 %
	Abstrom %	4 %	2 %	3 %	4 %	5 %	3 %	0 %	4 %
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät III	Anzahl	6	8	113	30	11	52	2	222
	Zustrom %	3 %	4 %	51 %	14 %	5 %	23 %	1 %	100 %
	Abstrom %	23 %	14 %	14 %	14 %	8 %	12 %	5 %	13 %
Gesamt	Anzahl	26	58	834	209	136	444	42	1.749
	Zustrom %	1 %	3 %	48 %	12 %	8 %	25 %	2 %	100 %
	Abstrom %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Pearson  $\chi^2(42) = 127,3121$  Pr = 0,000 Cramer's V = 0,1101

Bei der Analyse der Abstrommobilität sollen zunächst die Fakultätszugehörigkeiten der Mütter mit einer Promotion untersucht werden. 52 % der Studierenden, deren Mutter einen Dokortitel hat, studieren Medizin, der zweithöchste Wert findet sich für die Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, allerdings liegt dieser Wert mit 17 % deutlich unter dem Anteil der medizinischen Fakultät. Die größte Chance Medizin zu studieren, haben demnach Kinder promovierter Mütter.

**Tab. 1b: Fakultätszugehörigkeit des Studienfachs und ISCED-Klassifikation des Vaters (n=1.741).**

Fakultätszugehörigkeit		ISCED-Klassifikation des Vaters							
		1	2a und 2b	3a und 3b	4a	5b	5a	6	Gesamt
Rechts- und Wirtschaft	Anzahl	3	9	131	21	70	138	15	387
	Zustrom %	1 %	2 %	34 %	5 %	18 %	36 %	4 %	100 %
	Abstrom %	20 %	33 %	25 %	18 %	22 %	22 %	12 %	22 %
Medizin	Anzahl	0	2	46	8	15	87	42	200
	Zustrom %	0 %	1 %	23 %	4 %	8 %	44 %	21 %	100 %
	Abstrom %	0 %	7 %	9 %	7 %	5 %	14 %	34 %	11 %
Philosophische Fakultät I	Anzahl	0	0	56	14	37	49	6	162
	Zustrom %	0 %	0 %	35 %	9 %	23 %	30 %	4 %	100 %
	Abstrom %	0 %	0 %	11 %	12 %	12 %	8 %	5 %	9 %
Philosophische Fakultät II	Anzahl	4	7	120	30	69	123	21	374
	Zustrom %	1 %	2 %	32 %	8 %	18 %	33 %	6 %	100 %
	Abstrom %	27 %	26 %	23 %	26 %	22 %	20 %	17 %	21 %
Philosophische Fakultät III	Anzahl	1	1	53	14	36	75	13	193
	Zustrom %	1 %	1 %	27 %	7 %	19 %	39 %	7 %	100 %
	Abstrom %	7 %	4 %	10 %	12 %	12 %	12 %	10 %	11 %
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät I	Anzahl	0	1	43	8	22	54	11	139
	Zustrom %	0 %	1 %	31 %	6 %	16 %	39 %	8 %	100 %
	Abstrom %	0 %	4 %	8 %	7 %	7 %	9 %	9 %	8 %
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät II	Anzahl	0	2	12	5	18	20	5	62
	Zustrom %	0 %	3 %	19 %	8 %	29 %	32 %	8 %	100 %
	Abstrom %	0 %	7 %	2 %	4 %	6 %	3 %	4 %	4 %
Naturwissenschaftlich- Tech. Fakultät III	Anzahl	7	5	69	16	45	70	12	224
	Zustrom %	3 %	2 %	31 %	7 %	20 %	31 %	5 %	100 %
	Abstrom %	47 %	19 %	13 %	14 %	14 %	11 %	10 %	13 %
Gesamt	Anzahl	15	27	530	116	312	616	125	1.741
	Zustrom %	1 %	2 %	30 %	7 %	18 %	35 %	7 %	100 %
	Abstrom %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Pearson  $\chi^2(42) = 133,9840$  Pr = 0,000 Cramer's V = 0,1133

Der größte Anteil (31 %) der Kinder von Müttern mit einem niedrigen Bildungsgrad sind Studenten der Philosophischen Fakultät II (Physik und Naturwissenschaften). Die meisten Studierenden (21 %) mit einer Mutter mit einem Fach- oder Hochschulabschluss gehören der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an.

Für den Einfluss des Bildungsgrades des Vaters ergeben sich ähnliche Ergebnisse. Der größte Anteil (34 %) der Kinder von promovierten Vätern studiert Medizin. Etwa ein Drittel der Kinder mit einem Vater mit einem niedrigen Bildungsabschluss studiert in der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Insgesamt fallen wiederum die Studierenden der Medizin, wie auch schon bei der Zustrommobilität auf, d.h. die Studierenden der Medizin stammen von Eltern mit der im Vergleich zu andern Studierenden höchsten Bildung ab und die Kinder, die Eltern mit einer sehr hohen Bildung haben, studieren sehr häufig Medizin<sup>9</sup>.

Zur weiteren Analyse wurden zusätzlich Tabellen und Zusammenhangsmaße getrennt nach Geschlecht und nach der saarländischen Herkunft berechnet. Es zeigt sich, dass sich für Studentinnen der Einfluss der Bildung sowohl in Bezug auf die Bildung der Mutter als auch des Vaters stärker auf die Wahl des Studienfachs auswirkt als bei den männlichen Studenten. Belege für Vermutungen derart, dass sich die Bildung des Vaters bei männlichen Studenten stärker auswirkt als die der Mutter und bei Studentinnen vice versa, konnten nicht gefunden werden.

Für die saarländische Herkunft zeigt sich, dass der Zusammenhang der Bildung der Mutter mit der Fakultätszugehörigkeit für Nicht-Saarländer stärker ausgeprägt ist, als für Saarländer, für den Bildungsgrad des Vaters zeigen sich für die Stärke des Zusammenhangs keine Unterscheide. Bei dieser Analyse wird jedoch in erster Linie der Unterschied im Bildungsgrad der Eltern der Saarländer, der erheblich niedriger ist, als der der Nicht-Saarländer deutlich. Dies soll daher im nächsten Abschnitt dieses Kapitels einer näheren Analyse unterzogen werden.

### 3.2. Saarländische Herkunft und die Bildung der Eltern

Bei der Betrachtung der tertiären Bildung der Bevölkerung nach Bundesländern, ist zu erkennen, dass das Saarland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt klar schlechter abschneidet. Lediglich 4 % der Saarländer haben einen Fachhochschulabschluss, im Bundesdurchschnitt sind es dagegen rund 5 %. Der Unterschied wird noch deutlicher beim Anteil der Personen mit einem Hochschulabschluss, der mit rund 6 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt

---

9 Dieses Ergebnis scheint auf den ersten Blick trivial. Ein Vergleich soll jedoch zeigen, dass die Ergebnisse der Zustrommobilität und der Abstrommobilität nicht immer miteinander übereinstimmen müssen. So haben beispielsweise die meisten Studierenden der Philosophischen Fakultät II eine Mutter mit einem mittleren Bildungsabschluss und auf der anderen Seite haben die meisten Mütter mit einem niedrigen Bildungsabschluss Kinder, die innerhalb der Philosophischen Fakultät II studieren.



liegt, nur in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gibt es weniger Hochschulabsolventen. Insgesamt rangiert das Saarland, was den Anteil an Akademikern anbelangt, auf dem vorletzten Platz mit 10 % Akademikern. Im Vergleich dazu gibt es in Gesamtdeutschland 13 % Akademiker. Die UdS hat somit u.a. die wichtige Aufgabe, diesen Rückstand zu verringern und der jungen saarländischen Bevölkerung Aufstiegsmöglichkeiten zur Anpassung an den bundesdeutschen Durchschnitt zu bieten.

**Tab. 2: Anteil an der Tertiären Bildung der Bevölkerung nach Bundesländern für das Jahr 2011**

Bundesländer	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss	Promotion	Akademiker insgesamt
Berlin	5,39 %	14,92 %	1,89 %	22,21 %
Hamburg	5,35 %	12,17 %	1,59 %	19,11 %
Hessen	5,43 %	8,33 %	1,22 %	14,98 %
Bremen	5,34 %	8,45 %	1,03 %	14,83 %
Baden-Württemberg	5,79 %	6,86 %	1,17 %	13,83 %
Bayern	4,78 %	7,54 %	1,26 %	13,57 %
Sachsen	4,97 %	7,28 %	0,98 %	13,23 %
<b>Bundesschnitt</b>	<b>4,90 %</b>	<b>7,24 %</b>	<b>1,06 %</b>	<b>13,20 %</b>
Brandenburg	5,14 %	6,35 %	0,81 %	12,30 %
Nordrhein-Westfalen	4,47 %	6,75 %	0,91 %	12,13 %
Schleswig-Holstein	4,73 %	6,15 %	0,98 %	11,86 %
Rheinland-Pfalz	4,89 %	5,64 %	0,98 %	11,50 %
Niedersachsen	4,52 %	6,11 %	0,79 %	11,42 %
Thüringen	4,58 %	5,79 %	0,81 %	11,17 %
Mecklenburg-Vorpommern	4,26 %	5,42 %	0,82 %	10,50 %
<b>Saarland</b>	<b>4,00 %</b>	<b>5,56 %</b>	<b>0,89 %</b>	<b>10,46 %</b>
Sachsen-Anhalt	4,42 %	5,00 %	0,58 %	10,00 %

Quelle: eigene Berechnung auf der Grundlage der GENESIS Online-Datenbank, Mikrozensusdaten

(Tabelle: 12211-0041).

Somit sind die Ergebnisse der Bildung, bezogen auf den Fach- oder Hochschulabschluss der Eltern der Studierenden der UdS, nicht verwunderlich. Lediglich rund 20 % der befragten Studierenden, die aus dem Saarland stammen, stammen von Müttern ab, die Akademikerinnen sind. Im Vergleich dazu liegt dieser Anteil bei Studierenden, die nicht aus dem Saarland kommen, bei 38 % und ist damit fast doppelt so hoch. Für den Einfluss der Bildung der Väter lassen sich ähnliche Ergebnisse finden. Lediglich 36 % der Väter der Studierenden, die aus dem Saarland stammen, verfügen über einen Fach- oder Hochschulabschluss, unter den nicht-saarländischen Studierenden liegt dieser Anteil bei 53 %.

**Tab. 3: Saarländische Herkunft und Fach- oder Hochschulabschluss der Mutter und des Vaters der Studierenden der Universität des Saarlandes ( $n=1.670$  bzw.  $n=1.659$ ).**

	Bildung der Mutter		Gesamt
	kein Fach- oder Hochschulabschluss (1, 2a, 2b, 3a, 3b, 4a, 5b)	Fach- oder Hochschulabschluss (5a, 6)	
Nicht-Saarländer	389	238	627
	62 %	38 %	100 %
Saarländer	837	206	1.043
	80 %	20 %	100 %
Gesamt	1.226	444	1.670
	73 %	27 %	100 %

Pearson  $\chi^2(1) = 66,5136$  Pr = 0,000 Cramer's V = -0,1996

	Bildung des Vaters		Gesamt
	kein Fach- oder Hochschulabschluss (1, 2a, 2b, 3a, 3b, 4a, 5b)	Fach- oder Hochschulabschluss (5a, 6)	
Nicht-Saarländer	292	326	618
	47 %	53 %	100 %
Saarländer	670	371	1.041
	64 %	36 %	100 %
Gesamt	962	697	1.659
	58 %	42 %	100 %

Pearson  $\chi^2(1) = 46,6100$  Pr = 0,000 Cramer's V = -0,1676

Dies deutet darauf hin, dass saarländische Studierende das Studium an der UdS für einen intergenerationalen Aufstieg nutzen. Dabei bleibt jedoch unklar, wie die Bildungslage jener Eltern aussieht, deren Kinder außerhalb des Saarlandes studieren, zumal auch hier aufgrund der höheren Kosten eines Studiums außerhalb des Saarlandes die ökonomische Lage wiederum Einfluss nehmen dürfte. Je nach Bildung der Eltern bedeutet das, dass 80 % (nach der Bildung der Mutter) bzw. 64 % (nach der Bildung des Vaters) der aus dem Saarland stammenden Studierenden durch ein erfolgreiches Studium die Möglichkeit für einen Bildungsaufstieg haben. Ob diese Aufstiegsmöglichkeiten auch noch für all diese Studierenden, die aus dem Saarland stammen, nach einer starken Verkleinerung der UdS bestehen würden, ist fraglich. Weiterhin ist anzunehmen, dass die Kosten für ein Studium für einen aus dem Saarland stammenden Studierenden in einem anderen Bundesland wahrscheinlich höher wären, als vergleichsweise für ein Studium im Saarland. Studierende, die aus dem Saarland stammen, haben zudem eher die Möglichkeit, auch während ihres Studiums bei ihren Eltern zu leben<sup>10</sup> und auch wenn Studierende selbst Wohnraum mieten, ist dieser im Vergleich nach den neuesten Zahlen der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Saarland deutlich günstiger zu bekommen ist als im Bundesdurchschnitt (Middendorff et al 2013: 264), das Saarland als das „älteste neue Bundesland“ ist bezogen auf die Wohnkosten für Studierende somit eher mit den neuen deutschen Bundesländern zu vergleichen. Das heißt, es ist anzunehmen, dass die gesamten Lebenshaltungskosten für Studierende im Durchschnitt in anderen Bundesländern erheblich höher wären, da Wohnkosten den höchsten Teil der Lebenshaltungskosten für Studierende ausmachen (ebda.: 258). Insofern bleibt zu bezweifeln, dass sich gerade die Studierenden aus Nicht-Akademikerfamilien ein Studium außerhalb des Saarlandes leisten können, da es mit hoher Wahrscheinlichkeit mit höheren Kosten verbunden wäre. Somit kann daraus die Vermutung geäußert werden, dass eine Verkleinerung der Universität somit primär zu Lasten der Studierenden aus nicht-akademischen Elternhäusern geht und dadurch die Reproduktion der sozialen Ungleichheit verstärkt wird, da sich Familien mit einem akademischen Hintergrund ein Studium außerhalb des Saarlandes, das höchstwahrscheinlich mit Mehrkosten verbunden ist, eher leisten können. Bei Wegfall oder Verkleinerung der Universität würde somit mit hoher Wahrscheinlichkeit der akademische Bildungsrückstand des Saarlandes verfestigt oder gar verstärkt werden.

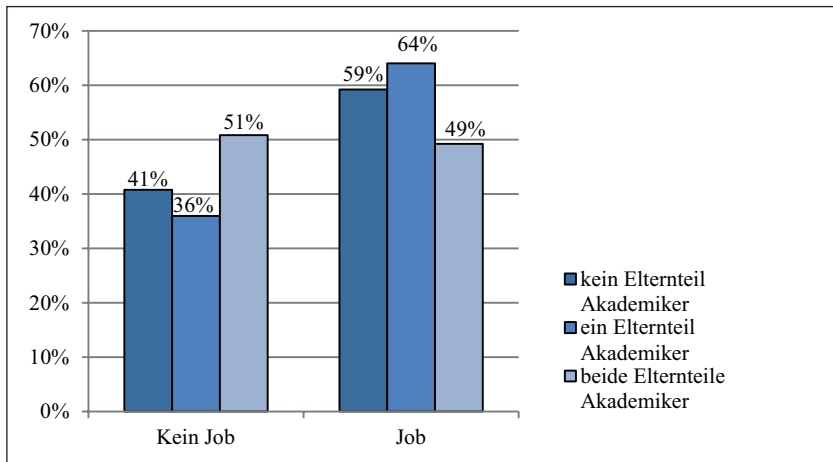
---

10 Bereits jetzt unterscheiden sich die saarländischen Studierenden in diesem Aspekt deutlich von allen anderen (siehe Kapitel IV)

### 3.3 Erwerbstätigkeit der Studierenden und die Bildung der Eltern

Die soziale Herkunft hat eine Bedeutung für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums: insgesamt arbeitet mehr als die Hälfte (58 %) der Studierenden neben dem Studium. Diese kommen vor allem aus Elternhäusern ohne Akademiker oder mit nur einem Akademiker<sup>11</sup>, anteilig kommen die wenigsten der arbeitenden Studierenden aus Elternhäusern, in denen beide Elternteile Akademiker sind (vgl. dazu auch Bargel und Bargel 2012: 131).

**Abb. 1: Erwerbstätigkeit der Studierenden und Fach- oder Hochschulabschluss der Eltern (n=1.736).**



Um die Gründe für die Erwerbstätigkeit zu erfahren, wurden die Studierenden gebeten, bestimmte Faktoren auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht wichtig“ bis 10 „sehr wichtig“ einzuschätzen. Signifikante Gruppenunterschiede finden sich für die Items „um Geld zu verdienen“ und „um etwas Neues zu lernen“. Grundsätzlich ist das Verdienen von Geld zunächst natürlich für alle Studierenden wichtig, allerdings schätzen Studierende mit einem oder zwei akademisch gebildeten Elternteilen die Wichtigkeit jedoch etwas geringer ein. Im Vergleich gaben 61 % der Studierenden ohne akademisches Elternhaus an, dass ihnen der Verdienst von Geld sehr wichtig ist, bei den Studierenden mit einem Elternteil

<sup>11</sup> Wenn nur ein Elternteil Akademiker ist, handelt sich dabei in den meisten Fällen um den Vater (21 %), lediglich bei 6 % der befragten Studierenden ist nur die Mutter Akademikerin. Bei etwas mehr als der Hälfte der Befragten (51 %) ist keines der Elternteile Akademiker und bei 21 % sind beide Elternteile Akademiker (Interpretation der Zellenprozenste).

und mit beiden Elternteilen sind es dagegen nur 50 % bzw. 51 %.

**Tab. 4a: Einschätzung der Wichtigkeit, Geld in einer beruflichen Tätigkeit zu verdienen, nach Fach- oder Hochschulabschluss der Eltern ( $n=1.009$ ).**

	kein Elternteil Akademiker	ein Elternteil Akademiker	beide Elternteile Akademiker	Gesamt
sehr wichtig (10)	61 %	50 %	51 %	56 %
9	9 %	9 %	8 %	9 %
8	13 %	17 %	11 %	14 %
7	6 %	8 %	10 %	8 %
6	3 %	6 %	6 %	4 %
5	2 %	4 %	7 %	3 %
4	2 %	2 %	1 %	2 %
3	2 %	1 %	3 %	2 %
2	1 %	1 %	2 %	1 %
1	0 %	1 %	0 %	0 %
gar nicht wichtig (0)	1 %	1 %	1 %	1 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

Pearson  $\chi^2(20) = 31,4294$  Pr = 0,050 Cramer's V = 0,1248

Bezogen auf die Wertung, „um etwas Neues zu lernen“, zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. Grundsätzlich ist den Studierenden der Verdienst von Geld im Vergleich wichtiger als das Erlernen von etwas Neuem, d.h. bei der Erwerbsaufnahme dominieren offensichtlich ökonomische Motive und weniger auf die Zukunft gerichtete Ausbildungsaspekte. Das Erlernen von etwas Neuem ist besonders häufig für die Kinder aus reinen Akademikerhaushalten ein sehr wichtiges Motiv (20 %) während die Anteile für Studierende mit einem akademischen Elternteil (13 %) und keinem akademische Elternteil (15 %) deutlich geringer sind. Auch am anderen Ende der Skala spiegelt sich diese Tendenz wider: Insgesamt haben unter den Studierenden etwa 19 % angegeben, dass ihnen das Erlernen von etwas Neuem eher nicht wichtig ist (Werte von 4 bis 0), bei den Studierenden mit einem akademischen Elternteil waren das 14 % und bei einem Studierenden mit zwei akademischen Elternteilen lediglich 8 %. Dies kann als ein weiteres Indiz für die größere Bildungsfreundlichkeit höherer Schichten angesehen werden, die bereits Dahrendorf (1965) aufgezeigt hatte. Es ist sicherlich wenig überraschend, dass für Studierende aus einem nicht-akademischen Elternhaus das Geldverdienen (vermutlich nicht zuletzt aufgrund ökonomischer Zwänge) eine größere Bedeutung hat und auch generell

materielle Motive bei der Erwerbsaufnahme für die Studierenden im Zentrum stehen. Finanzielle Unabhängigkeit und die Sicherung der Eigenständigkeit spielen hier sicher für alle eine besondere Rolle. Bei dem Bildungsmotiv sieht dies allerdings etwas anders aus: ein frühzeitiger Kontakt zur Praxis ist gerade für Universitätsstudierende von besonderer Bedeutung (vgl. Kapitel VI) und in dieser Hinsicht Erfahrungen zu sammeln erhöht die Chancen einer guten Einmündung ins Erwerbsleben nach Beendigung des Studiums. Generell sehen deshalb die meisten Studierenden eine Erwerbstätigkeit auch als Chance, etwas Neues zu lernen und sich besonders in praktischer Hinsicht zu qualifizieren. Dass sich in dieser Motivation aber weiterhin Unterschiede bezüglich der sozialen Herkunft finden lassen, deutet auf die Persistenz von zurückhaltenden Einstellungen gegenüber Bildung selbst in einem eher anwendungsbezogenen Bereich hin.

**Tab. 4b: Einschätzung der Wichtigkeit, etwas Neues in einer beruflichen Tätigkeit zu lernen, nach Fach- oder Hochschulabschluss der Eltern (n=1.005).**

	kein Elternteil Akademiker	ein Elternteil Akademiker	beide Elternteile Akademiker	Gesamt
sehr wichtig (10)	15 %	13 %	20 %	15 %
9	13 %	12 %	13 %	13 %
8	21 %	21 %	18 %	21 %
7	13 %	16 %	21 %	15 %
6	7 %	13 %	8 %	9 %
5	8 %	8 %	8 %	8 %
4	3 %	4 %	3 %	3 %
3	5 %	5 %	2 %	4 %
2	6 %	3 %	2 %	4 %
1	2 %	2 %	1 %	2 %
gar nicht wichtig (0)	7 %	4 %	4 %	5 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

Pearson  $\chi^2(20) = 31,4294$  Pr = 0,050 Cramer's V = 0,1248

### 3.4 Monetäre Investition in das Studium und die Bildung der Eltern

Die Kosten für ein Studium stellen sowohl für die Studierenden als auch ihre Eltern aus monetärer Sicht eine enorme Investition dar und die subjektive Bewertung dieser Investition ist sicherlich ein wichtiger Einflussfaktor z.B. auf die Studienmotivation und das Risiko eines Studienabbruchs, wodurch es bei Unterschieden in der Bildungsherkunft zu einer Reproduktion sozialer

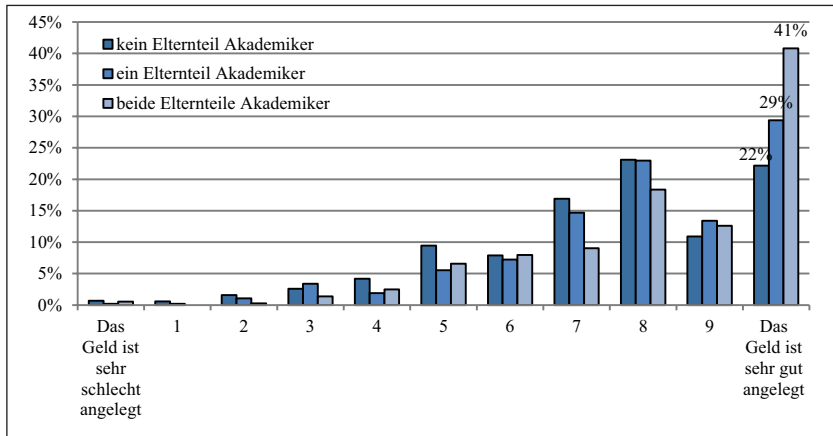
Ungleichheiten kommen kann. So nimmt Esser (1999: 266ff) in seinem theoretischen Grundmodell für Bildungsentscheidungen an, dass der Ertrag und die Kosten der Bildung von den unterschiedlichen Schichten gleich eingeschätzt werden, relativiert dies jedoch als konservative Annahme innerhalb seines Modells, die es empirisch zu überprüfen gilt. Erikson und Jonsson (1996) unterscheiden in ihren Ausführungen zum „Model of Educational Choice“ dagegen zwischen realen und wahrgenommenen Erträgen, Wahrscheinlichkeiten und Kosten (ebda.: 16)<sup>12</sup>. Sie gehen davon aus, dass Individuen bei der Nutzengewichtung der Alternativen jedoch nur die wahrgenommenen oder, anders ausgedrückt, die subjektiven Erträge, Wahrscheinlichkeiten und Kosten betrachten. Für die Beurteilung der Erträge spielen drei Faktoren, eine entscheidende Rolle: die Ressourcen der Familie, institutionelle Strukturen des Bildungssystems und Anreize für zusätzliche Bildung. Nach Erikson und Jonsson variieren so der Ertrag und die Kosten über die Schichten durch die unterschiedliche Ausstattung mit familiären Ressourcen (Erikson und Jonsson 1996: 17ff).<sup>13</sup>

Demnach überrascht es nicht, dass die meisten Studierenden grundsätzlich das Studium als gute und damit in der Langzeitperspektive renditestarke Investition bewerten, das Ausmaß jedoch signifikant nach der Herkunft des Studierenden variiert (vgl. Abbildung 2). Etwa 41 % der Studierenden aus einem Elternhaus, in dem sowohl die Mutter als auch der Vater einen akademischen Abschluss haben, halten das Geld, welches sie für ihr Studium aufbringen müssen, für eine sehr gute Investition. Bei den Studierenden mit einem akademischen Elternteil sind es dagegen nur 29 % und bei Studierenden aus einem nicht-akademischen Haushalt nur 22 %. Dieser Befund überrascht, stellen doch Bargel und Bargel (2012: 129 f.) fest, dass sich bei der Einschätzung, worin die Erträge des Studiums liegen, die Studierenden wenig nach der sozialen Herkunft unterscheiden würden. Wichtiger als die soziale Herkunft seien dafür die jeweiligen Fachrichtungen mit den unterschiedlichen Anforderungsstrukturen und Ausrichtungen sowie die Ausprägungen und Bedeutung von Studienqualität und Lehrdidaktik. Eine statistische Prüfung ergab allerdings interessanterweise, dass an der UdS die Fakultätszugehörigkeit des Befragten die Einschätzung der Investitionen nicht beeinflusst, der Effekt der sozialen Herkunft gilt jedoch auch bei Kontrolle dieses möglichen Einflusses über alle Fächer hinweg.

---

12 Dies wiederum stimmt mit den Überlegungen von Esser zur subjektiven Definition der Situation überein (Esser 1996: 17)

13 Die Überlegungen von Esser (1999) und Erikson und Jonsson (1996) beziehen sich zwar in erster Linie auf die Entscheidungen innerhalb der Phase der schulischen Bildungen, lassen sich jedoch auch auf Bildungsentscheidungen im tertiären Bereich übertragen.

**Abb. 2: Bewertung der monetären Investition in das Studium (n=1.723).**

Offensichtlich zeigt sich hier ein altes Muster der Deferred Gratification Patterns, wonach es schichtspezifische Unterschiede im Verhältnis von Investition und Konsum gibt. Je höher die Schicht, umso eher neigt man zu zukunftsgerichteten Investitionen, deren gewöhnlich etwas risikoreicherer Ertrag erst in späteren Perioden, dafür dann jedoch mit höherer Rendite zu erwarten ist. Dabei handelt es sich bei Bildungsinvestitionen um relativ risikoaversive Investitionsstrategien, da der Ertrag nach der öffentlich kommunizierten Meinung mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallen wird. Man strebt also nicht nach dem direkt verfügbaren Spatz in der Hand, sondern nach der langfristig erwartbaren Taube auf dem Dach, die man mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erhalten glaubt. Somit zeigen sich auch hier die schon vielfach beschriebenen Unterschiede in der Erfolgserwartung hinsichtlich der Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aus denen sich entsprechende Investitionsstrategien ableiten lassen und hinter denen ein entsprechend eingeschätzter Wert von Bildung und akademischer Qualifikation stehen, der in akademischen Elternhäusern in höherem Maß entwickelt wird und sich dadurch in der nächsten Generation reproduziert (vgl. zu Deferred Gratification Patterns Schneider & Lysgaard 1953: 142 ff.).

Nicht unterschätzt werden darf allerdings in diesem Zusammenhang im individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül des Studierenden das unterschiedliche verfügbare Maß an Sozialkapital beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, das tendenziell bei Arbeiterkindern in geringerem Maße verfügbar ist. Sie können nicht in gleichem Maße mit sozialer Unterstützung aus dem Herkunftsmilieu rechnen wie Studierende aus höheren Schichten (vgl. zur Wirkung des Sozialkapitals am Beispiel von Sportwissenschaftlern Nachtigall et al. 2008). Deshalb kann es zu Unsicherheiten, mangelnder Studienmotivation und Irritationen der akademischen Inte-



gration kommen. Inwieweit die von Bargel und Bargel angesprochenen Career Center an Universitäten tatsächlich dieses Problem der Transition in den Arbeitsmarkt für niedrigere Schichten kompensieren können, ist mehr als fraglich, steht doch zu vermuten, dass diese Beratungseinrichtungen eher von höheren Schichten in Anspruch genommen werden (vgl. Bargel & Bargel 2012: 130).

Völlig ungeklärt ist zudem das bereits von Dahrendorf angesprochene Problem der mangelnden Bildungsfreundlichkeit der Arbeiter und geeignete Wege zu ihrer Erhöhung, zumal in der Gegenwart eine erhebliche Paradoxie die Bearbeitung dieses Problems erschwert: Immer mehr Individuen erwerben politisch gewünscht höhere Schulabschlüsse, Studienberechtigungen und absolvieren ein Studium. Während sie somit ihr individuelles Humankapital erhöhen, verringert die erhöhte, fast inflationäre Zahl an insgesamt in der Bevölkerung erworbenen Bildungsabschlüssen deren Wert. Insofern liegt hier mittlerweile ein „Rattenrennen“ im Sinne Akerlofs vor, das systematisch von kommerziellen Bildungsanbietern genutzt wird (vgl. zu Fahrstuhleffekten im Bereich der Bildungspatente am Beispiel von Sportwissenschaftlern Emrich et al. 2010).

#### **4 Fazit**

Insgesamt zeigen sich deutliche Muster der kulturellen Reproduktion bestimmter Formen von Bildungskapital. Je höher der Bildungsstatus des Elternhauses, um so höher die Chance, dass die nachfolgende Generation ebenfalls eine akademische Qualifikation erwirbt, wobei vor allem akademische Elternhäuser in hohem Maße in Zusammenhang mit einer medizinischen Qualifikation der nachfolgenden Generation stehen.

Investitionen in Bildung werden abhängig von der sozialen Lage von den Befragten unterschiedlich gewichtet. Die Bildungsfreundlichkeit und damit die Bereitschaft in Bildung zu investieren, hängen in erstaunlichem Maße vom Elternhaus und seiner sozialen Lagerung ab. Offensichtlich reproduzieren akademische Elternhäuser in weitaus höherem Maße ein bildungsfreundliches Milieu, das die Bereitschaft zu zukunftssträchtiger Entwicklung des Humankapitals sozial vermittelt und fördert, sie gleichzeitig mit einer höher entwickelten Neugier paart, etwas Neues lernen zu wollen. Hier zeigt sich ein Nachwirken der verfestigten Haltung des deutschen Bildungsbürgertums mit dem Wert von Bildung an sich, die eine weitaus gelungenere akademische Integration erwarten lässt als vergleichsweise eine deutlich bildungsfernere Haltung. Hier ist zu überlegen, inwiefern die schon von Dahrendorf (1965) thematisierte Bildungsfreundlichkeit der Arbeiterkinder, die hier stellvertretend für nicht akademische Elternhäuser stehen, überhaupt entwickelt werden kann,

Saarländische Studierende haben in höherem Maße Elternhäuser, die im bundesdeutschen Vergleich insgesamt seltener eine akademische Qualifikation aufweisen. Während einige der neuen Bundesländer, man denke etwa an Sachsen, sich explizit als Bildungs- und Aufsteigerland verstehen, weist das Saarland als ältestes neues Bundesland erhebliche Defizite in der Akademikerquote auf, die noch drastisch erhöht würde, wenn die Möglichkeit, ein Studium an der Uds zu absolvieren, wegfielen, da ein Studium außerhalb des Saarlandes mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit höheren Kosten für den Studierenden und damit für seine Familie einherginge.

## Literatur

- Bargel, T. & Röhl, T. (2006). Wissenschaftlicher Nachwuchs unter den Studierenden. Wissenschaftliche Expertise auf der Grundlage des Studierendensurveys. Bonn und Berlin. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Online verfügbar unter: [http://www.bmbf.de/pub/wissenschaftlicher\\_nachwuchs\\_unter\\_den\\_studierenden.pdf](http://www.bmbf.de/pub/wissenschaftlicher_nachwuchs_unter_den_studierenden.pdf), (Zugriff am 10.08.2013).
- Bargel, H. & Bargel, T. (2012). Ungleichheiten und Benachteiligungen im Hochschulstudium auf-grund der sozialen Herkunft der Studierenden (S. 113-141). In Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.). Expertisen für die Hochschule der Zukunft. Demokratische und soziale Hochschule. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Blossfeld, H.-P. (1993). Changes in Educational Opportunities in the Federal Republic of Germany. A Longitudinal Study of Cohorts Born between 1916 and 1965. In: Persistent Inequality, von Hans-Peter Blossfeld und Yossi Shavit, 51-74. Boulder: Westview Press.
- Boudon, R. (1974). „Basic Mechanisms Generating Inequality of Educational Opportunity.“ In *Education, Opportunity and Social Inequality: Changing Prospects in Western Society*, von Roumond Boudon, 21-39. John Wiley & Sons Inc.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In Kreckel, R.: Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, 183-198.

- Bourdieu, P. (1988) *Homo academicus* (französ. 1984). Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M.
- Bourdieu, P. & Passeron, J.-C. (1971). *Die Illusion der Chancengleichheit: Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs*. Stuttgart: Klett.
- Carnap, R. von, und Edding, F. (1962). *Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952-1960*. Frankfurt am Main: Hochschule für Internationale Pädagogik.
- Dahrendorf, R. (1965). *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Esser, H. (1999). *Soziologie Spezielle Grundlagen. Band1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt / New York: Campus.
- Erikson, R. & Jonsson, Jan O. (1999). *Explaining Class Inequality: The Swedish Test Case*. In *Can Education Be Equalized? The Swedish Case in Comparative Perspective*, von Robert Erikson und Jan O. Jonsson, 1-63. Boulder: Westview Press.
- Fröhlich, D. (1974). *Arbeit, Beruf und Bildungsverhalten*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*. 7, 4, 315-329.
- Nachtigall, T.; Pitsch, W.; Fröhlich, M. & Emrich, E. (2008). *Sozialkapital als Determinante des Berufseinstieges – untersucht an Absolventen des Diplomstudienganges Sportwissenschaft der Universität des Saarlandes*. *Zeitschrift für Sozialmanagement* 6, 2, 60-78.
- Emrich, E.; Fröhlich, M.; Nachtigall, T.; Pitsch, W.; Schneider, Johann F. & Sprenger, M. (2010). *Determinanten des beruflichen Einstiegs in den Arbeitsmarkt – dargestellt an Absolventen des Saarbrücker Diplomstudienganges Sportwissenschaft*. In: *Leipziger Beiträge zur Sportwissenschaft* LI, 1, 10-34.
- Glocker, D. & Storck, J. (2012). *Uni, Fachhochschule oder Ausbildung – welche Fächer bringen die höchsten Löhne?* DIW Wochenbericht Nr. 13.2012
- Middendorff, E.; Apolinarski, B.; Poskowsky, J.; Kandulla, M. & Netz, N. (2013). *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012, 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*.

- Neumann, M.; Nagy, G. & Trautwein, U.; Lüdtke, O. (2013) Vergleichbarkeit von Abiturleistungen, Leistungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Hamburger und Baden-Württemberger Abiturienten und die Rolle zentraler Abiturprüfungen. In: „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft“, 12, 4, 691-714.
- Isserstedt, W.; Middendorf, E.; Kandulla, M.; Borchers, L. & Leszczeny, M. (2010). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom HIS Hochschulinformationssystem GmbH. Berlin.
- Schelsky, H. (1961): Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft, 3. Aufl., Würzburg.
- Schneider, L. & Lysgaard, S. (1953). The Deferred Gratification Pattern: A Preliminary Study. American Sociological Review Vol. 18, No. 2 (Apr., 1953), S. 142-149.
- Schroedter, Julia H.; Lechert, Y. & Lüttinger, P. (2006). Die Umsetzung der Bildungsskala ISCED-1997 für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensus 1976-2004. ZUMA-Methodenbericht 2006/08.
- Schülbe, D. (2013). Auch die OECD lobt die deutsche duale Ausbildung „Ein vortrefflich ausgebautes Berufsbildungssystem“ In RP Online vom 5.07.2013. Online verfügbar unter: <http://www.rp-online.de/wissen/bildung/ein-vortrefflich-ausgebautes-berufsbildungssystem-1.3516524>, Zugriff am 21.08.2013.
- UNESCO (2006). International Standard Classification of Education ISCED 1997. <http://www.uis.unesco.org/Library/Documents/isced97-en.pdf> (Zugriff am 01.08.2013).



**Wolfgang Meyer, Eike Emrich und Freya Gassmann**

## **X. Lohnen sich Universitäten? Zusammenfassung und Ausblick**

### **1 Einleitung**

Seit der Erwerb von Erkenntnis an sich unter erheblichen Rechtfertigungsdruck geraten ist und die in der Realität stets ergebnisunsichere „Produktion“ von Leistungswissen vermehrt unter der Perspektive der kurzfristigen Verwertbarkeit diskutiert wird, stehen Universitäten im Ganzen, insbesondere aber jene Fakultäten, deren technisch-wirtschaftlicher Impact als gering etikettiert wird, unter gesellschaftlichem Rechtfertigungsdruck.

Einerseits ist dieser Legitimationsdruck sicherlich angesichts der erheblichen staatlichen Aufwendungen für die Finanzierung von Universitäten gerechtfertigt. Nicht alles, was an Universitäten geschieht, ist per se gut und nicht alle Entscheidungen werden auf der Basis rationaler, wissenschaftlich fundierter Überlegungen getroffen. Ob es allerdings prinzipiell eine gute Entscheidung der deutschen Bundespolitik ist, Universitäten in einen Wettstreit untereinander zu schicken und vor allem „Eliten“ zu fördern, wird sich zeigen. In einem solchen Wettstreit wird es immer Gewinner und Verlierer geben und ob dies unter dem verfassungsgarantierten Anspruch gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands wirklich eine sinnvolle Strategie zur Steigerung der Leistungsfähigkeiten von Universitäten sein wird, mag bezweifelt werden. Eher scheint es so, dass externe Organisationen mittels der Wahl der Indikatoren zur Evaluation von Universitäten diese in einen Wettbewerb zwingen, dessen Regeln fast beliebig veränderbar sind und dessen Logik an die Bundesligatabelle erinnert (mit dem Unterschied, dass die Regeln im Fußball über die Zeit hinweg doch deutlich konstanter sind).

Trotz der Unmöglichkeit, Qualität von Universitäten an sich zu messen, führt die vorgegebene Indikatorenauswahl in jedem Fall zu einer Rangfolge vermeintlicher wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und damit immer wieder zu neuen Tabellenergebnissen von Auf- und Absteigern. So werden die Hochschulen beständig gezwungen, ihre Anstrengungen zu erhöhen, um stets erneut im Rahmen neuer Evaluationsrunden die Ergebnisse zu verbessern. Nach der Logik der Tabellenkonstruktion ergeben sich bei teilweise variierenden Indikatoren für das, was man Qualität nennt, immer wieder neue Rangreihen und

dies zwingt angesichts der öffentlichen Aufmerksamkeit dieser Tabellen (die im Übrigen medial in ihrer Wirkung auf Studenten als Entscheidungsgrundlage überschätzt wird, vgl. Kapitel VIII und Horstschräer 2011) kontinuierlich zu angepassten Leistungen. Dabei erweist sich dieses Vorgehen, das stark an zentralverwaltungswirtschaftliche Muster erinnert, als in hohem Maße anschlussfähig für die Bildungspolitik und als ertragreich für diejenigen, die solche Bewertungssysteme veranlassen. Der Druck nach besseren, öffentlich sichtbar gemachten Ergebnissen erfordert regelmäßig neue Interventionen und damit notwendigerweise Investitionen, die auf dem Hintergrund medialen Umweltrauschens legitimiert werden und dieses zugleich verstärken (s. zur Modellierung des rasenden Stillstandes und der Logik dieses Wettbewerbes Emrich & Pierdzioch 2012). Wie auch immer, je nach Zielfunktion der Universitäten, sprich Gewinnmaximierung oder Erfolgsmaximierung (Anzahl der Publikationen, der gewonnenen Superstars, der verpflichteten Hoffnungsträger, der eingeworbenen Drittmittel, Abbrecherquote, Zahl der Promotionen usw.) können Rankings sehr komplexe und damit vermutlich auch nicht-intendierte Effekte auf das wettbewerbliche Gleichgewicht und damit die Universitätslandschaft entfalten.

Nichtsdestotrotz kann sich auch die Universität des Saarlandes (UdS) diesem Wettbewerb nicht entziehen – und sie hat an diesem Wettbewerb bisher mit Erfolg teilgenommen. Sie hat unter den Rahmenbedingungen eines kleinen Bundeslandes mit enormen Haushalts- bzw. Budgetrestriktionen mit guten Ergebnissen daran teilgenommen und ist trotzdem wiederholt von relativen Haushaltskürzungen angesichts steigender Ausgaben getroffen worden. Dies ist umso problematischer als die UdS offensichtlich trotz der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten ihre gute Wettbewerbsposition nur durch hohes Commitment ihrer Forscher und sonstigen Mitarbeit erzielen und halten konnte. Im Gegenzug wurden dafür permanente Kürzungsdiskussionen nicht nur geführt, sondern am Ende auch ohne weiterführende strategische Zielsetzung vorgenommen (vgl. Kapitel IV). Angesichts des hohen, zur „Qualitätssicherung“ im oben beschriebenen Sinne dringend benötigten persönlichen Einsatzes der Mitarbeiter wirkt diese dem in der Politik gern beschworenen Grundsatz „Leistung muss sich wieder lohnen“ entgegenlaufende Praxis demotivierend und auf die Wettbewerbsfähigkeit der Universität kontraproduktiv.

Die Universität steht dabei nicht allein: die Reduktion der Hochschullandschaft hat mittlerweile im Saarland Tradition – die Schließung der Pädagogischen Hochschule 1978 und der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit 2008 sind ebenso wie die Abschaffung vieler sozialwissenschaftlicher Fachrichtungen bzw. der beschlossenen Abschaffung der Geographie an der UdS

nur besonders prominente Beispiele. Wobei die in den Kosten pro Kopf „billigen“ Fächer wie Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Geographie usw. in besonderem Maße zur Bruttowertschöpfung der Universität beitragen und auch im Arbeitsmarkt positive Effekte zeigen.

Die nächste Streichungswelle steht jetzt an – der Universitätspräsident kommt gar nicht umhin, die aktuellen Kürzungsabsichten zu diskutieren, so rechnet er derzeit mit einem Verlust von 1.500 Stellen zur Gewährleistung der enormen Sparlast bis 2020, welche die UdS nun zu schultern hat. Gerüchten zufolge (und dabei sollte man nicht vergessen, dass Gerüchte das älteste Massenmedium sind; vgl. zu Gerüchten und ihrer Funktion in Organisationen Emrich & Flatau 2004) wird es zur weiteren Schließung von Fachbereichen und eventuell sogar ganzer Fakultäten kommen. Damit besteht die Gefahr eines sich selbst verstärkenden Prozesses. Weil die UdS von dem persönlichen Engagement ihrer Mitarbeiter bezüglich ihrer Wettbewerbsfähigkeit stark abhängig ist, kann die Erfahrung der Nutzlosigkeit besonderer Anstrengungen und guter Ergebnisse vermehrt zu gelernter Hilflosigkeit und Fatalismus führen und in Dienst nach Vorschrift als eine Art passiver Renitenz<sup>1</sup> bei den Mitarbeitern münden. Hier wird in hohem Maße über die Jahre akkumuliertes Sozialkapital gefährdet – und zwar direkt durch die Streichung von Stellen wie indirekt durch zwangsläufig bedrohte Arbeitsmoral und Leistungswillen.

Diese vorliegende Studie wurde unabhängig von der gerade beschriebenen aktuellen Zuspitzung bereits 2011 in Auftrag gegeben. Da die UdS nicht zu den Auftraggebern zählt, entzieht sich die Studie damit auch dem Verdacht, von der Universität strategisch zur eigenen Legitimation beauftragt worden zu sein. Gleichwohl ist der hier vorgenommene Versuch, die wirtschaftliche Leistung der UdS monetär zu bewerten, nun von zentraler politischer Bedeutung geworden. Wie immer bei der Bewertung von Universitäten aus der Sicht der Landespolitik wird primär die Ausgabeseite und nicht der (bisher) im Saarland schwer zu fassende Nutzen der Hochschulinvestitionen betrachtet. Die rhetorische Figur, wonach „das Land sparen muss“, wird gerechtfertigt mit dem problematischen Folgeargument der ohne gegenwärtige Sparleistungen zu hohen Schuldenlasten kommender Generationen. Dieses Argument ist im Hinblick auf konsumtive Ausgaben des Landes sicherlich schlagend. Im Hinblick auf die UdS hingegen muss der Fokus nicht zuletzt auch auf den investiven Charakter von Bildungsausgaben gerichtet werden. Somit werden investive Finanzkürzungen wirksam, die im ersten Schritt dazu führen, dass die Bildungschancen

---

1 Der Begriff passive Renitenz stammt eigentlich von Robert Musil. Vgl. Bolterauer (2002). Erinnert sei auch die Modi subalternen Renitenz des braven Soldaten Schwejk im Roman von Jaroslav Hašek.



der aktuellen jungen Generation reduziert und die notwendige Infrastruktur an der Universität akut gefährdet und mittelfristig geschädigt wird. Im zweiten Schritt bzw. periodenübergreifend betrachtet, führen diese Einsparungen sogar zur steigenden Schuldenlast für die künftigen Generationen. Im Sinne einer generationenübergreifenden Betrachtung ist dies äußerst problematisch.<sup>2</sup>

Dabei sollte man bedenken, dass Fachbereiche an Universitäten sich weder von heute auf morgen aufbauen und schon gar nicht kurzfristig im internationalen Wettbewerb etablieren lassen, noch sind sie zwecks Realisierung von Einsparungen kurzfristig zu schließen. Die Schließung der Soziologie beispielsweise wurde vor mehr als 15 Jahren beschlossen (ähnlich wie die von einer Reihe anderer Fächer wie z.B. der Volkswirtschaftslehre) und es werden noch Jahre vergehen, bis – unter Budgetperspektive endlich – auch der letzte noch verbliebene Soziologe, Volkswirtschaftler oder Geograph in Ruhestand gegangen sein wird. Der Aufbau eines solchen Fachbereichs zu einer leistungsfähigen und im härter werdenden internationalen Wettbewerb schlagkräftigen Einheit dauert – wenn nicht unbegrenzt Mittel bereitgestellt werden – mindestens ebenso lang. Und: die Soziologie ebenso wie die Volkswirtschaftslehre oder Geographie sind „kostengünstige“ Fachbereiche mit vielen Studierenden und relativ geringen für Forschung und Lehre notwendigen Ressourcen<sup>3</sup>, für deren Absolventen durchaus ausreichende Nachfrage am Arbeitsmarkt der Zukunft vorhanden sein wird (siehe dazu z.B. die Studie von Zika u.a. 2012, in der allerdings aggregierte Daten zu verschiedenen Berufshauptfeldern betrachtet werden).

Dies sieht in den für die UdS von Hochschule und Land präferierten technischen und medizinischen Fachbereichen teilweise anders aus – bei entsprechend höheren finanziellen Anforderungen an deren laufenden Unterhalt. Dies ist kein Argument gegen die Produktion eines wichtigen öffentlichen Gutes, nämlich naturwissenschaftlichen Leistungswissens und Gesundheit der Bevölkerung, in diesen Fakultäten, das auch im nationalen Kontext wichtig ist, es ist jedoch ein Argument gegen eine in der Vergangenheit verkürzt geführte Diskussion (zum Konsolidierungspotential der medizinischen Fakultät insgesamt vgl. PWC (2011: 21-23). Generell ist die Diskussion, welche Fächer am ehesten verzichtbar sind und der daraus resultierende Verteilungskampf zwischen den

- 
- 2 Letzteres allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die saarländische Landesregierung nicht einen nutzenstiftenderen Ressourceneinsatz für die Summe der reduzierten Finanzmittel der UdS vorzuweisen hat. Übrigens müsste dann auch jeder kreditfinanzierte Ausgabenposten der Landesregierung in seinem jeweiligen Nutzen mit demjenigen von kreditfinanzierten Investitionen in die UdS abgeglichen werden.
  - 3 Man denke in diesem Zusammenhang auch an die Exportleistungen der genannten Fächer für Empfängerfächer wie z.B. die Betriebswirtschaftslehre.

Fachbereichen wenig hilfreich. Eine mit dem Rotstift geplante Universität, die ihre Vielfalt verliert und in der Breite des Angebots beschränkt ist, kann nicht durch einige „Leuchttürme“ allein gerettet werden – zumal wenn sie in einer Region einen alleinigen Versorgungsauftrag hat, was im Saarland zu einem bilateralen Monopol auf der Ebene der Institution und zu einer asymmetrischen Beziehung zwischen Saarland und UdS auf der Organisationsseite führt (vgl. Emrich & Fröhlich 2010).

Vielleicht hängt es auch schon bereits mit der Schließung der sozialwissenschaftlichen Fachbereiche zusammen, dass im Saarland tiefgreifende Entscheidungen über die UdS ohne Kenntnis der entsprechenden fachlichen volkswirtschaftlichen und soziologischen Grundlagen getroffen werden. Hier konnte das vorliegende Buch Abhilfe schaffen und zum ersten Mal in umfassender Form die verschiedenen Facetten des Nutzens von Universitäten beleuchten. Die zentralen Befunde sollen im zweiten Abschnitt dieses Kapitels nochmals zusammenfassend aufgezeigt werden.

Angesichts der vielen Sparwellen und dem nicht absehbaren Ende der Kürzungen stellt sich immer mehr die Grundsatzfrage: braucht das Saarland überhaupt eine Universität? Wäre es nicht viel besser, die in der Lehre kostengünstigeren (wenn auch in der Produktion neuen wissenschaftlichen Wissens für das Saarland ungleich weniger relevanten) Fachhochschulen auszubauen und die Versorgungsaufgabe mit Universitäten gänzlich dem pfälzischen Nachbarn (oder sogar dem auf den ersten Blick finanziell noch leistungsfähigeren Luxemburg) zu überlassen?<sup>4</sup> Und: wäre nicht ein Ende mit Schrecken viel besser und sollte vom Land die mutige Schließungsentscheidung jetzt eingefordert werden – also noch bevor die immer stärker finanziell in den Zuwendungen reduzierte UdS wirklich nicht mehr im nationalen wie internationalen Wettbewerb mithalten kann? Diesen Fragen widmet sich der dritte Abschnitt in diesem Kapitel, allerdings unter impliziter Einbeziehung der wie ein Damoklesschwert über dem Saarland schwebenden Frage, ob es überhaupt Sinn macht, ein so kleines – und bei Fortsetzung der bisherigen Politik immer kleiner werdendes – Bundesland als politische Einheit zu erhalten, welches seinen zentralen Aufgaben wie z.B. der Finanzierung von Hochschulen offensichtlich

---

4 Eine Alternative wäre die Abschaffung der Fachhochschulen im Saarland. Auch hier gibt es gut erreichbare Alternativen mit den Fachhochschulen in Trier, Birkenfeld, Zweibrücken und Kaiserslautern und die durch Fachhochschulen induzierte Wertschöpfung ist ungleich geringer. Selbst ein „und“ – also der vollständige Rückzug aus der tertiären Bildung – ist natürlich denkbar. Da unsere Analysen sich ausschließlich auf die Universität beziehen, konzentrieren sich auch die folgenden Zukunftsszenarien hierauf und schließen die anderen Hochschulen aus. Wie wir in Kapitel IV anhand der Aussagen von Unternehmern gezeigt haben, besitzen Universitäten und Fachhochschulen jeweils spezifische Vorzüge und ein gegeneinander „Auspielen“ der Hochschulen stellt ebenfalls keine Lösung für die Probleme des Landes dar.

ohne grundlegende Änderung der Politik nicht mehr gewachsen ist. Vielleicht wäre für die UdS eine Fusion von Rheinland-Pfalz und Saarland hochschulpolitisch die bessere Alternative.

Beide Optionen sind aber gegenwärtig (noch) nicht realistisch. Dementsprechend soll der letzte Abschnitt den diskutierten Varianten der anstehenden Kürzungswelle vorbehalten bleiben. Dabei werden hier keine überaus detaillierten Szenarien berechnet – dies ist Aufgabe des Wissenschaftsrates, der im Auftrag der Landesregierung bis Ende des Jahres seine Vorschläge zur Umgestaltung der UdS präsentieren wird. Lediglich ein paar Eckdaten aus unseren Befunden und ein sehr grobes Durchrechnen einiger weniger Aspekte sollen zur Illustrierung der dramatischen kurz-, mittel- und langfristigen Folgen als Beratungsgrundlage der saarländischen Politiker dienen, die bisher von in allen Bereichen kaum abzuwendenden „Sparsentscheidungen“ für die Region ausgehen. Und denen mitunter nicht immer bewusst scheint, dass Sparen eine enorm wichtige ökonomische Entscheidung ist, bei denen Opportunitätskosten bzw. auch Opportunitätsnutzen einer jeden Entscheidung sorgfältig reflektiert werden müssen, auch im Hinblick auf kreditfinanzierte Leistungen.

Dabei, so ist zu vermuten, prallen die Leitwerte des ökonomischen Systems unter volkswirtschaftlicher Perspektive und die Leitwerte der kulturellen Sphäre der Politik aufeinander. Einerseits nämlich die Frage nach dem Nutzen der UdS, welcher dem Saarland bei Einsparung dieser Mittel entgeht und dessen Relation zu dem Nutzen bei einem alternativen Ressourceneinsatz der für die UdS verwandten Mitteln, zu dem sowohl der Schuldenabbau als Entlastung zukünftiger Generationen gehört wie eben auch der Erhalt von Bildungschancen im Saarland, wobei die Bruttowertschöpfung durch die UdS eine wichtige zusätzliche, wenn nicht entscheidende Variable für das Saarland darstellt. Eine solche mit vielen Unbekannten versehene, langfristig angelegte rationale Kalkulation gerät quasi automatisch in Konflikt mit kurzfristig greifenden Überlegungen zur Sicherung der Wiederwahl – und damit populistischen Argumentationen zur Sicherung von Mehrheiten, öffentlicher Definition und Fixierung von „Alternativlosigkeiten“ eigener Entscheidungen und der Bedienung von für den Machterhalt wichtigen Klientelinteressen. Die erst langfristig wirkenden Universitäten und Hochschulen geraten hier schnell ins Hintertreffen.

## **2 Warum sich Universitäten lohnen – Zusammenfassung der zentralen Befunde des Buches**

Die Fachliteratur lässt keinen Zweifel daran, dass sich Investitionen in Universitäten lohnen. Insgesamt konnten 40 regionalökonomische Studien im deutschsprachigen Raum seit 1963 gefunden werden, die sich mit Hochschu-

len und deren ökonomischen Nutzen für unterschiedlich definierte Gebiete auseinandersetzen. Die Studien sind sehr unterschiedlich konzipiert und von Autoren unterschiedlicher Fachrichtungen (Betriebs- und Volkswirte, Soziologen und Sozialgeographen) durchgeführt worden. Bezugsräume sind zum Teil die Hochschulstädte, auf Kreisebene abgegrenzte Agglomerationszonen, Regierungsbezirke oder andere politisch definierte Gebiete und schließlich ganze Bundesländer. Auch für ganze Volkswirtschaften wurde der Beleg erbracht, dass sich Bildungsinvestitionen „rechnen“.

Die Definitionen des Nutzens und der zu berücksichtigenden direkten Effekte, der Bestimmung indirekter Effekte, die Behandlung von Kompensations- und Opportunitätskosten, des Umgangs mit Steuern und Transferleistungen etc. unterscheiden sich teilweise und dementsprechend sind die Resultate der Studien nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Letztlich ist eine absolut exakte Messung aufgrund der Datenlage unmöglich und es müssen Entscheidungen über Schätzverfahren getroffen werden, für die es bisher keine allgemein akzeptierten Standards gibt.

Je nach Wahl der Faktoren haben diese natürlich einen variierenden Einfluss auf die Höhe der berechneten Werte und die Ergebnisse hinsichtlich des erzielten ökonomischen Nutzens von Investitionen in Hochschulen schwanken dadurch. Dabei ist aber festzuhalten, dass keine der Studien zu einem negativen Befund kommt, d.h. in allen Fällen und auf allen unterschiedlichen Berechnungswegen ergibt sich unter dem Strich eine Rendite für jeden investierten Euro. Dabei fällt, wie das Beispiel Rheinland-Pfalz zeigt, die ökonomische Bilanz von Fachhochschulen ungleich schwächer aus. Hinzu kommen nicht-monetäre, immaterielle Effekte (sogenannte weiche Faktoren), die in einigen der Studien zumindest erwähnt werden: Innovationsförderung in der Region (insbesondere für die Wirtschaft), Imagegewinn durch attraktive Forschungseinrichtungen oder außergewöhnliche Studienangebote, Förderung von Aufstiegschancen für Landeskinder, Karrieremöglichkeiten und –einstiege, Beschäftigungspotentiale und kulturelle Aufwertung durch studentisches Leben usw. Gerade diese „weichen“ Faktoren einer Region werden künftig in der Konkurrenz um knapper werdende Arbeitskräfte unter sonst gleichen Bedingungen ein wesentliches Zugmittel für deren Anwerbung und Bindung sein.

Nicht eine der Studien zieht in Zweifel, dass die Investitionen in Universitäten sich rein ökonomisch gesehen rechnen und darüber hinaus ein zusätzlicher, nicht oder nur sehr schwer ökonomisch bewertbarer Surplus durch die Existenz von Universitäten für die sie beherbergenden Regionen entsteht. Die fachliche Ausrichtung spielt dabei weniger eine Rolle: gerade die beiden nächstgelegenen Universitäten – Trier und Kaiserslautern – verfolgen vollständig unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und kommen am Ende

zu vergleichbaren positiven Effekten für die Regionen. Beide Räume haben durch den Ausbau der Universitäten enorm profitiert und wirtschaftlich eine bemerkenswert positive Entwicklung vollzogen. Diese mag nicht allein auf die Universitäten und die weiteren Hochschulen in der Region zurückzuführen sein, sie haben aber offensichtlich einen erheblichen Anteil daran. Ohne die Technische Universität in Kaiserslautern wäre die wirtschaftliche Bedeutung der Region deutlich stärker zurückgegangen. Für Trier gilt ungeachtet des Luxemburg-Effektes das Gleiche.

Auch für die UdS fallen die hier vorgenommenen, grundsätzlich eher konservativ gehaltenen Schätzungen sehr positiv aus. Beschäftigte und Studierende konsumieren jährlich für etwa 250 Mio. EUR, was die Landeszuwendungen von rd. 192 Mio. EUR bereits deutlich übertrifft. Hinzu kommen noch einmal 40-50 Mio. EUR aus den Betriebsausgaben der Universität, die im Saarland bleiben. Im Endergebnis sind dies fast 300 Mio. EUR, die sich dann je nach verwendetem Multiplikator auf einen jährlichen, im Saarland wirtschaftswirksamen Betrag von 400 bis 475 Mio. EUR addieren. Nicht hinzugerechnet sind hier die Wirtschaftseffekte der universitätsnahen An-Institute, wobei gerade hier die UdS sehr erfolgreich gewesen ist. Für die drei größten Einrichtungen, die ohne Universität sicher nicht hier im Land angesiedelt wären, konnten die Daten ermittelt werden. Unter Zugrundelegung der Berechnungsannahmen für die Universität ergeben diese nochmals ca. 33 Mio. EUR direkten Effekt in der ersten Runde und bis zu 55 Mio. EUR Gesamteffekt. Hierdurch erhöhen sich die berechneten Beträge auf 430 bis 530 Mio. EUR. Angesichts der Tatsache, dass noch einige weitere Institute nicht in die Berechnungen eingegangen sind und generell eher niedrige Anteilswerte zur Schätzung des saarländischen Umsatzeffektes angenommen wurden, ist also ein Betrag von jährlich mindestens 500 Mio. EUR als regionalökonomischer Anstoß für das Saarland nicht zu hoch gegriffen.<sup>5</sup>

Es handelt sich hier um Umsatzeffekte, die den gesamten Warenverkehr, Dienstleistungen und Produktion betreffen, nicht jedoch um einen unmittelbaren Wertschöpfungseffekt. Unter Verwendung von Parametern aus Rheinland-Pfalz kommen wir zu einer Bruttowertschöpfung zwischen 300 und 350 Mio. EUR. Auch hier ist zu vermuten, dass die realen Beträge eher deutlich höher liegen. Anders ausgedrückt: jeder vom Saarland in die Universität des

---

5 Mit Blick auf die Großregion ist zu vermuten, dass ein Großteil der hier aus den Berechnungen für das Saarland herausgenommenen Umsätze im grenznahen Raum verausgabt wurden, wobei vermutlich vor allem die Westpfalz (und hier der Raum Zweibrücken) profitieren dürfte. Auch die internationalen Zahlungsströme dürften zu einem erheblichen Anteil die Großregion betreffen, vor allem Luxemburg und das Department Moselle. Hierzu liegen aber keine Daten vor, die eine begründete Schätzung ermöglichen würden.

Saarlandes investierte Euro führt zu einem Beitrag von mindestens 1,60 EUR für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes (der Schätzwert liegt zwischen 1,60 und 1,80 Euro je nach Berechnungsmodus). Es dürfte kaum einen anderen Sektor geben, in denen Steuergelder eine solch positive Rendite erbringen, wenn man alleine nur peridienübergreifend an die höheren Gehälter von Akademikern im Arbeitsmarkt über ihre Lebensarbeitsspanne und die daraus resultierenden Steuereinnahmen denkt.<sup>6</sup>

Wenn es von der wirtschaftlichen Seite aus keinen Grund gibt, die Universität in Frage zu stellen, so könnte von der Bedarfsseite gegen sie argumentiert werden. Im Vergleich zu anderen Einrichtungen des Landes können nur vergleichsweise wenige Personen die UdS und ihre Angebote direkt nutzen. Was wäre also verloren, wenn das Saarland auf seine Universität verzichtet und die saarländischen Schulabgänger mit Hochschulberechtigung in anderen Bundesländern ihren Abschluss tätigen würden? Auch die Antwort auf diese Frage ist vielschichtig und dementsprechend nicht einfach.

Zu unterscheiden sind Individualeffekte für die Studierenden und ihre Herkunftsfamilie von Kollektiveffekten für das Saarland, kurzfristige Wirkungen im Sinne eines Studienverzichts oder eines Umzugs in ein anderes Bundesland von langfristigen Auswirkungen wie verpassten Bildungs- und Karrierechancen oder der mangelnder Innovationsfähigkeit eines strukturschwachen Raums, direkte und unmittelbar der Existenz einer Universität zuschreibbare Ergebnisse von indirekten Resultaten, deren Zuordnung zumindest unklar bleibt.

Einige Antworten wurden hier mit Blick auf die finanzielle Situation der Studierenden und den regionalen Besonderheiten gegeben. Zunächst ist festzuhalten, dass die saarländischen Studierenden im Bundesdurchschnitt relativ wenig Geld zur Verfügung haben und in dieser Hinsicht am ehesten mit den fünf mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Bundesländern im Osten zu vergleichen sind. Der relativ geringe Mittelwert von 785,- EUR ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass etwa die Hälfte der im Saarland Studierenden noch zu Hause bei ihren Eltern wohnt und dieser Anteil fast doppelt so hoch wie in allen anderen Bundesländern ist. Auf hohe Mietkosten ist dies nicht zurückzuführen: hier liegt das Saarland deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und sehr nahe an den ostdeutschen Bundesländern.

---

6 Ein hier nur sehr krude berechnetes Beispiel: Schätzungen des DIW zufolge kostet der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan rund 2,5 bis 3 Mrd. EUR jährlich (Brück, de Groot & Schneider 2010). Anteilig bedeutet dies für den saarländischen Steuerzahler einen Betrag von ca. 36 Mio. EUR jährlich, dem sicher kein gleich hoher Wirtschaftseffekt im Saarland entgegensteht. Er entspricht in etwa den jährlich im Saarland getätigten Betriebsausgaben der UdS, die zu einem Umsatzeffekt (einschließlich des Multiplikatoreffektes) von ca. 60 Mio. EUR im Land führen.

Da es sich aufgrund der geographischen Lage bei den Studierenden, die bei ihren Eltern wohnen, fast ausschließlich um Saarländer handelt, liegt der Schluss nahe, dass gerade Studierende aus saarländischen Haushalten verhältnismäßig wenig Mittel zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass die Saarländer offenbar weniger bereit sind, sich für ihr Studium zu verschulden. Dies schlägt sich z.B. in einem sehr geringen Bafög-Anteil nieder, der ebenfalls deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Offensichtlich sind die Saarländer angesichts der relativ niedrigen Lohnzahlungen im Land und der in der Vergangenheit unsicheren Wirtschaftsentwicklung nicht bereit (und/oder in der Lage), in zukünftige Bildungsrenditen im selben Umfang wie in anderen Teilen der Republik zu investieren.

Dies muss nicht unbedingt an einer (von uns nicht abgefragten) prekären finanziellen Lage der Elternhaushalte liegen: das Saarland hat eine außergewöhnliche niedrige Akademikerquote im Lande und Nicht-Akademikerhaushalte ziehen generell weniger Humankapitalinvestitionen in Erwägung als Akademikerhaushalte. Das Saarland ist zumindest in dieser Hinsicht wirklich ein „Aufsteigerland“, weil der Anteil studierender Nicht-Akademiker Kinder an der UdS relativ hoch ist und somit viele Saarländer an der UdS einen intergenerativen Aufstieg suchen.

Angesichts der generell eher schlechten finanziellen Ausstattung ist es sehr fraglich, ob sich viele Landeskinder ein Studium in anderen Bundesländern überhaupt leisten könnten. Dies betrifft natürlich die finanziell schwächer gestellten Nicht-Akademikerkinder besonders stark und das Streichen von Studienplätzen ist für sie vermutlich gleichbedeutend mit einem Streichen oder zumindest Reduzieren sozialer Aufstiegschancen. Dies mag kein Massenphänomen sein, betrifft aber gerade diejenigen, die oft als Zielgruppe staatlicher Förderung ausgemacht werden. Eine Quantifizierung dieser Gruppe ist wegen der fehlenden Daten zu den Elterneinkommen an dieser Stelle nicht möglich.

Dies gilt aber nur bedingt für die Kosten: wenn man die realen Daten der zugewanderten Studierenden als Schätzer für eine „Was wäre, wenn es keine Universität des Saarlandes gäbe“ Rechnung verwendet, so müssten die bei ihren Eltern wohnenden Saarländer (knapp 60 % aller saarländischen Studierenden) sich eine eigene Wohnung am neuen Studienort anmieten. Unter Verwendung der Durchschnittswerte der Nichtsaarländer würde dies eine zusätzliche finanzielle Belastung von 320 EUR pro Monat bedeuten<sup>7</sup>. Auch diejenigen

---

7 Hierbei sind die regionalen Unterschiede in den Mieten und sonstigen Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt. Da sich das Saarland im Ländervergleich am unteren Ende der Preisskala befindet und ein Mietniveau wie etwa Bamberg oder Oldenburg hat, während das Mietniveau in weiten Teilen der Bundesländer West deutlich höher ist, dürfte abhängig vom Studienort auch vielfach die reale Belastung höher sein.



Saarländer, die bereits heute ihren eigenen Haushalt unterhalten, müssten mit höheren Kosten rechnen, zum einen bedingt durch die fast überall höheren Mietkosten und zum anderen durch die ggf. höheren anfallenden Fahrtkosten für Heimreisen zur Familie im Saarland. Summiert man diese Beträge entsprechend auf, so bedeutet bei einer extrem konservativen Schätzung der Wegfall eines Studienplatzes im Saarland für die betroffenen saarländischen Haushalte eine finanzielle Mehrbelastung von mindestens 8.000 – 10.000 EUR (insgesamt, unter Annahme einer fünfjährigen Studienzzeit, Variation je nach Zielregion). Die Schließung der Universität würde unter den gleichen Randbedingungen – also jeder Studierende der UdS nimmt ein Studium an einer anderen Universität auf – zu einem Betrag von ca. 65 Mio. EUR führen, den die betroffenen saarländischen Haushalte insgesamt zu tragen hätten, dieses Geld würde dem Saarland an Kaufkraft zusätzlich verloren gehen, da die Haushalte das Geld in ihre Kinder investieren, die es dann an einem anderen Studienort ausgeben. Denjenigen, die solche Mehrkosten nicht tragen können, bliebe dann der Zugang zur Universitätsbildung verwehrt, hier ist zu vermuten, dass dies vor allem für die Kinder aus „bildungsarmen“ Haushalten zutrifft. Es kommt also individuell für die Haushalte, die es sich leisten können, zu einer deutlichen Verteuerung der Bildungsinvestitionen in ihre Kinder und gesamtgesellschaftlich zu einer Verstärkung der sozialen Ungleichheit und der bildungsbezogene Rückstand des Saarlandes im Bundesvergleich würde sich vergrößern.

Hinzu kämen auch psycho-soziale Belastungen, für die hier das Beispiel des subjektiven Empfindens, gut mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen, herangezogen wurde. Aus den qualitativen Interviews war abzuleiten, dass sehr viele Studierende über sehr unterschiedliche und teilweise wenig stabile Einkommensquellen verfügen. So ist ein Teil der ausgeübten Jobs von der Saison, dem Wetter, dem Kundenaufkommen usw. oder auf Seiten der Studierenden von Prüfungen oder anderen Studienverpflichtungen abhängig und eine dementsprechend teilweise recht unsichere Einkommensquelle. In dieser Situation sind es zwei Dinge, die den Studierenden das Leben erleichtern: die eigene kontinuierliche Kontrolle von Einnahmen und Ausgaben (z.B. durch Führen von Haushaltsbüchern), welche eher auf den Wahrnehmungsaspekt des „Sich Sicherfühlers“ zielt, oder das Wohnen bei den eigenen Eltern (und damit vermutlich auch das Profitieren von nicht-monetären Transferleistungen). Hier werden die eigenen Kosten nicht nur unmittelbar reduziert, sondern auch mittelbar. Ein Wegzug aus dem Saarland zur Aufnahme eines Studiums in einem anderen Studienort würde diese Möglichkeit entfallen lassen.

Aber auch von anderer Seite werden die Notwendigkeit und der Nutzen der Universität des Saarlandes betont. Im Rahmen von qualitativen und quantitativen



Befragungen wurde eine Reihe von Unternehmern gefragt, die als Arbeitgeber oder als Anbieter von Waren und Dienstleistungen von Studierenden und allgemein vom Angebot der Universität des Saarlandes profitieren. Trotz verschiedentlicher Kritik, die auch an der UdS geäußert wurde, stellten die meisten klar, dass ein Saarland ohne Universität für sie undenkbar wäre und ihre Unternehmen zumindest vorübergehend in große Schwierigkeiten bringen würde. Insbesondere für die Innenstadtbetriebe stellen junge Leute eine wichtige Kundengruppe dar, die z.T. mit speziellen Angeboten umworben wird. Eine Einschätzung, welche Bedeutung Studierende in dieser Zielgruppe haben, ist den meisten Unternehmen nicht möglich. Allerdings haben viele die Erfahrung gemacht, dass sich gesonderte Angebote für Studierende (vermutlich aufgrund deren geringen Einkünften) zumeist nicht rechnen.

Etwas anders sieht dies bei den Studierenden als Arbeitskräfte aus: hier überwiegen die positiven Erfahrungen und insbesondere die Flexibilität und die Belastbarkeit, daneben werden die geringen Lohnkosten hervorgehoben. Insbesondere für größere Betriebe, die Akademiker beschäftigen, sind Aushilfstätigkeiten und Ferienjobs, Praktika und Beschäftigungen als Werkstudent bedeutende Chancen, bereits frühzeitig mit Universitätsstudierenden in Kontakt zu kommen und diese möglichst früh an das eigene Unternehmen zu binden. Diese Unternehmen sehen es als besonders wichtig an, dass Studierende der Universität den Kontakt zur Praxis suchen und sich durch diese Art von Tätigkeiten möglichst einen guten Einblick in ihr zukünftiges Tätigkeitsfeld verschaffen. Generell wird hier der tatsächlich in den Studiengängen der Universität bereits bestehende Praxisbezug unterschätzt und das alte Bild der Universität als weltfremder „Elfenbeinturm“ tradiert.

Dies bezieht sich allerdings weniger auf die Studierenden als auf die Professoren und ihre Mitarbeiter. Hier wird beklagt, dass nur wenige den Kontakt zur Wirtschaft suchen und kaum institutionalisierte Wege zur Anbahnung von Beziehungen von der UdS angeboten würden. Wo sie – wie im Falle des Starterzentrums – den Unternehmen bekannt sind, werden sie eher kritisch und als wenig nützlich bewertet. Es lässt sich festhalten, dass es an dieser Stelle trotz aller Bemühungen (die zudem kaum wahrgenommen werden) der UdS noch nicht gelungen ist, die Vorurteile zu überwinden und geeignete Institutionen zur Überbrückung von Distanzen zu etablieren. Dass die Beziehungen zwischen der Universität und der Wirtschaft durchaus funktionieren können, zeigen die positiven Rückmeldungen von denjenigen Unternehmen, die Kontakte zu Universitätsinstituten pflegen. Sie loben diese Beziehungen als äußerst fruchtbar und von hohem Nutzwert. Auffällig ist, dass diese Unternehmen sich deutlich häufiger aktiv um eine Kontaktaufnahme selbst bemühten und dabei insbesondere persönliche Netzwerke nutzten. Dass die öffentlich erkennbare

Diskussionen um den „Nutzen“ von Universitäten den Eindruck bei Unternehmen hervorgerufen haben, diese seien eine Art direkter „Dienstleister“ der Unternehmen, kann hier nur vermutet werden.

Die bisher vorgebrachten Argumente für die Universität haben einen gemeinsamen Nachteil: sie sind statisch, d.h. sie beziehen sich nur auf die derzeit Studierenden und die gegenwärtig im Saarland tätigen Unternehmen. Eine solche Sichtweise ist für eine Institution, die auf Forschung und Lehre konzentriert ist und primär die Entwicklung von Innovationen und innovativen Fähigkeiten junger Menschen im Blick hat, wenig angemessen. Der Blick in die Zukunft ist den Universitäten immanent: in der Forschung werden die Grundlagen dessen erarbeitet, was morgen zur Marktreife gebracht und übermorgen den Alltag aller beherrschen kann; in der Lehre werden die Führungskräfte von morgen ausgebildet, welche übermorgen die wesentlichen Entscheidungen in einer Gesellschaft treffen. Das heutige Saarland ist also eher das Produkt der Universität von vorgestern und weniger der von heute. Dieser Sachverhalt begründet sich allein aus der Tatsache, dass die Beantwortung jeder Forschungsfrage zugleich neue Fragen gebiert.

Mit Blick auf die Lehre stellt sich dabei zunächst die Frage, inwieweit die UdS tatsächlich der Aufgabe gerecht geworden ist, die Führungskräfte des Saarlandes bereitzustellen und adäquat auf ihr Arbeitsleben vorzubereiten. Hier gibt eine wichtige und in diesem Projekt zum ersten Mal zusammengeführte Datenbasis Aufschluss: durch die Verknüpfung von Absolventendaten der UdS mit den integrierten Erwerbsbiographien (IEB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lassen sich nun Erwerbsverläufe der UdS-Abgänger für die Abschlussjahre 1994 bis 2011 auf Grundlage prozessorientierter Daten untersuchen. Nach Bereinigung umfasst der Datensatz nun (ohne Promovierte und Lehramtskandidaten) knapp 18.000 Fälle. In dem Beitrag dieses Bandes wird diese Datenquelle zum ersten Mal empirisch ausgewertet, wobei der Fokus auf den Berufseinmündungsprozess gelegt wurde.

Etwa ein Drittel der UdS-Absolventen findet innerhalb der ersten drei Monate eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und für über 60 % ist dies eine Vollzeitbeschäftigung. Für ein weiteres Drittel dauerte der Einmündungsprozess bis zu einem Jahr und viele haben dazwischen geringfügige Beschäftigungen oder Teilzeitjobs angenommen. In ihrer ersten Vollzeitbeschäftigung verdienen Männer 40.227 EUR und Frauen mit 33.239 EUR deutlich weniger. Diese Beträge liegen weit unter den 41.308 EUR der Gehaltsstudie 2011, die das Saarland auf der Basis von Informationen aus weniger als 30 Betrieben als eines der Bundesländer mit den höchsten Einstiegsgehältern ausweist (Alma Mater 2011: 15). Die Realität sieht, wie unsere deutlich bessere Datenbasis zeigt, anders aus: im Saarland sind die tatsächlichen Einstiegsge-

hälter weit unter den Durchschnittswerten aller Absolventen (34.586,- EUR) und die bessere Bezahlung ist vermutlich einer der Hauptwanderungsgründe in Regionen außerhalb des Saarlandes. Immerhin mehr als 57 % der Absolventen aus dem Saarland finden ihre erste Vollbeschäftigung außerhalb des Saarlands. In den drei beliebtesten Zuwanderungsländern Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen erhielten die Absolventen (ca. ein Drittel) weit über 5.000 EUR mehr Gehalt als im Saarland. Die Nahwanderung nach Rheinland-Pfalz ist dagegen eher niedrig (8 %), was vermutlich auch am ähnlich niedrigen Lohnniveau liegt (35.533 EUR).

Natürlich ist ein Großteil dieser Einkommensunterschiede auch auf die unterschiedliche Entlohnung in den verschiedenen akademischen Berufen und nicht auf regionale Differenzen zurückzuführen. Darüber hinaus beeinflusst eine Vielzahl anderer Faktoren wie z.B. das Alter beim Berufseinstieg, die spezifischen Berufserfahrungen, die erreichten Examensnoten, das Geschlecht oder die Studiendauer sowohl die Höhe des erzielbaren Einkommens als auch die Wahl einer Region als Lebensmittelpunkt. Trotzdem ist das vergleichsweise niedrige Lohnniveau für die Region ein Problem, auch wenn manche Unternehmer auf die ebenfalls geringeren Lebenshaltungskosten hinweisen und damit das niedrigere Lohnniveau rechtfertigen (allerdings im bundesdeutschen Konkurrenzettbewerb sicherlich nicht adäquat niedrigere Preise für ihre Produkte fordern). Die Lage scheint generell eher ambivalent: auf der einen Seite sind die Gehälter vielfach sehr niedrig, auf der anderen aber müssen für bestimmte hochqualifizierte Experten extreme Anreize geboten werden, um sie zu einem Umzug in das doch eher abgelegene Saarland zu bewegen. Eine tiefer gehende Analyse dieser Situation konnte für dieses Buch noch nicht geleistet werden, hier sind aber weitere Forschungsarbeiten und die Erhebung zusätzlicher Daten in einem Nachfolgeprojekt notwendig.

Zumindest einige Hinweise über die Mobilitätsabsichten der Studierenden konnten hier jedoch zusammengestellt werden. Zunächst ist festzuhalten, dass während des Studiums noch etwa die Hälfte der Studierenden bezüglich ihres zukünftigen Lebensmittelpunktes unentschieden ist und weder Präferenzen für noch gegen das Saarland hat. Ein Fünftel der Studierenden möchte gerne im Saarland bleiben und hat hierfür zumeist persönliche Gründe. Von den restlichen 30 %, die lieber das Saarland verlassen würden, ließe sich die Hälfte durch ein im Durchschnitt 30 % höheres Gehalt zum Bleiben bewegen – dies wäre ein Betrag, der um etwa 10.000 EUR über dem derzeitigen Durchschnitt des saarländischen Einstiegsgehalt läge und etwa 5.000 EUR über den Einstiegsgehältern in den Hauptzuwanderungsländern Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Dieser Preis höherer Gehälter wäre für die Wirtschaft des Landes hoch, aber für das Saarland aus demographischen Gründen wichtig. Bisher verlassen etwa 57 % der jährlich ungefähr 1.500 bis 2.000 Universitätsabsolventen (inklusive Promovenden und Lehramtsabsolventen) das Saarland vermutlich aufgrund besserer Karrieremöglichkeiten. Angesichts der Tatsache, dass das Saarland jedes Jahr etwa 3.000 Personen im Alter von 25 bis unter 30 Jahre – und damit im für die demographische Entwicklung wichtigsten Alters – verliert, sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, den Anteil der verbleibenden Personen zu erhöhen. Die Hochschulabsolventen sind darunter aufgrund ihrer Qualifikationen und Führungspotential von besonderer Bedeutung.

Ähnliches gilt für die Zuwanderung: nur die Hälfte der Studienanfänger sind Personen, die ihre Hochschulzulassung im Saarland erworben haben, d.h. die UdS ist für etwa ein Viertel der Zuwanderungen von 20 bis unter 25-Jährigen verantwortlich. Unter demographischen Gesichtspunkten übernimmt also die UdS die wichtige Funktion, junge Menschen aus umliegenden Regionen (auch internationale<sup>8</sup>) in das Saarland zu bringen und dort möglichst zu halten. In den zuletzt angesprochenen Bereichen der Bindung von Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb des Saarlandes erworben haben, sowie in deren Anwerbung, können Fachhochschulen und Berufsakademien sowie andere Bildungsträger jenseits des tertiären Sektors aufgrund ihres kleineren Einzugsgebiets ungleich weniger leisten. Auch bei relativ gesehen geringeren Abwanderungszahlen der Studierenden der HTW ist trotzdem der Pulleffekt der UdS in das Saarland aufgrund der weitaus höheren Studierendenzahlen ungleich höher.

Die demographische Entwicklung ist es auch, die langfristig über die Zukunft der Universität, aber auch des Bundeslandes entscheiden wird. Dies soll im nächsten Abschnitt anhand langer Reihen erläutert werden.

### **3 Kann sich das Saarland eine Universität leisten oder auch: kann sich eine Universität das Saarland leisten? Ein Blick in die Zukunft**

Das Saarland ist durchaus bereit, seine Landesuniversität finanziell zu unterstützen, und es tut dieses auch bereits seit vielen Jahren. Allerdings ist festzu-

---

8 Hier liegt die UdS mit einem Anteil von fast 19 % deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von ca. 9 %. Keines der Bundesländer erreicht einen annähernd hohen Ausländeranteil. Dies ist natürlich primär der Grenzlage des Landes geschuldet, aber auch ein Indiz für die Wettbewerbsfähigkeit der UdS im internationalen Kontext. Auch zur Bedeutung der Hochschulmigranten sind noch weiterführende Analysen geplant.

halten, dass diese Förderung mittlerweile hinter den Aufwendungen in anderen Bundesländern erheblich zurückbleibt und sich zunehmend auf kostenintensive und hochangesehene Bereiche der Universität konzentriert. Allen voran sind hier natürlich das teure Universitätsklinikum und die damit verbundenen medizinische Ausbildungen zu erwähnen, wobei dort das Kollektivgut der Volksgesundheit bzw. Krankenversorgung von der UdS quersubventioniert wird. Die UdS übernimmt in diesem Feld somit anteilig eine wichtige und weit über die Landesgrenzen hinausgehende Servicefunktion für die gesamte Region. Die Gesundheitsversorgung und vor allem ihre Qualität wird für eine im demographischen Prozess alternde (und damit zunehmend „kränkere“) Gesellschaft immer wichtiger und lässt sich sicher nicht durch den Ausbau von Kindertagesstätten, Schulen und die Subvention von Unternehmen oder gar ganzen Wirtschaftsbereichen kompensieren. Durch die Ausbildung von jungen Menschen in der Region, die sich dann als Fachärzte auch wieder in der Region niederlassen, wird eine flächendeckende Versorgung selbst in weniger dichtbesiedelten Gebieten sichergestellt. Auch diese Problematik wird sich dank der schrumpfenden Bevölkerungszahlen eher verschärfen und das Saarland würde beim Wegfall auch nur einzelner Fachbereiche schnell vor unlösbaren Schwierigkeiten stehen. Wenn z.B. – was ebenfalls öfters diskutiert wurde (vgl. z.B. PWC 2011: 22, wo zur Haushaltskonsolidierung ein Einsparpotential für die UdS lediglich in der Medizin in Höhe von knapp 32 Mio. EUR durch Streichung von 849 Studienplätzen zur Anpassung an den Bundesdurchschnitt gesehen wird)<sup>9</sup> – die Zahnmedizinausbildung eingestellt würde, dann müssten junge Ärzte aus anderen Regionen (z.B. aus dem Rhein-Neckar-Raum) motiviert werden, sich im Saarland mit vergleichsweise geringen Einnahmemöglichkeiten niederzulassen. Ohne extreme Förderung und Subventionen zu Lasten der Steuerzahler im Saarland wird dies vermutlich nicht in ausreichendem Umfang geschehen – die langfristigen Kosten dürften so die kurzfristigen Einsparungen übersteigen. Insofern spricht vieles für den

---

9 Wörtlich heißt es im PWC-Bericht (2011: 22): „Die Betrachtung der Grundmittel für medizinische Einrichtungen an Universitäten im Verhältnis zur Einwohnerzahl zeigt jedoch einen klaren Ausgabenüberhang des Saarlandes. Bezogen auf ein Niveau von 92 % der alten Bundesländer ergibt sich hier ein Einsparpotenzial von 12 Mio. Euro. Auffällig sind hierbei die geringen Ausgaben pro Medizinstudent, deren Ursache noch zu klären ist. Der Anteil an Medizinstudierenden liegt mit 9,1 % jedoch weit über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (4,9 %). Die hohe Medizinstudierendenquote erklärt auch, warum die Ausgabenunterschreitung je Student im Hochschulbereich insgesamt trotz unterrepräsentierten technisch naturwissenschaftlichen Fächern nicht höher ausfällt. Da ein Studienplatz für Medizin das Land weitaus mehr kostet als in allen anderen Fächern, würde ein Absenken der Medizinstudierendenzahl um 849 Studierende auf den westdeutschen Schnitt rein rechnerisch Minderausgaben von 31,8 Mio. Euro bedeuten.“

Erhalt dieser Situation, nur sollte das Saarland unter Anerkennung der Haushaltsgrundsätze von Klarheit und Wahrheit die Gewährleistung hoch- und höchstwertiger saarländischer Krankenversorgung auch wirksam durchgängig von den Kosten der UdS abgrenzen.

In einem schrumpfenden Land werden die finanziellen Lasten für eine national wie international konkurrenzfähige Universität immer schwerer zu tragen sein. Dies sollen im Folgenden einige Beispielrechnungen demonstrieren:

Abbildung 1 zeigt drei Prognosen für den Zeitraum bis zum Wirksamwerden der letzten Stufe der Schuldenbremse im Jahre 2010.. Die erste Prognose geht von einem „Freeze“-Szenario aus, d.h. die Zuwendungen an die UdS werden über die Jahre fortgeschrieben. Das Land „friert“ also seine Zuwendungen an die UdS bei rund 201 Mio. ein.

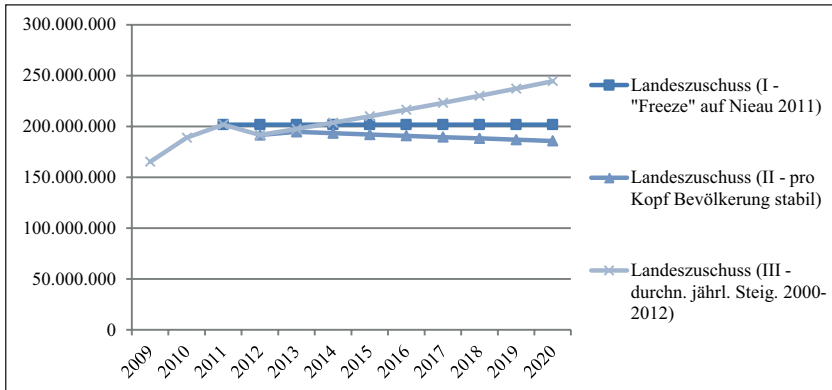
Die zweite Variante sieht einen pro Kopf der Bevölkerung stabil bleibenden Zuschuss vor, d.h. die Belastungen blieben für den saarländischen Steuerzahler über die Zeit gleich. Rückblickend hat es hier in den letzten 12 Jahren eine leichte Erhöhung der Pro-Kopf-Aufwendungen gegeben (s. Kapitel IV). Mit den nun immer stärker zurückgehenden Bevölkerungszahlen wird dieser Anteil entweder dramatisch steigen müssen oder – wie in dem hier verwendeten Szenario – die UdS wird kontinuierlich mit immer stärker zurückgehenden Landeszuwendungen konfrontiert. In dem hier betrachteten Zeitraum bleibt der Effekt noch relativ gering.<sup>10</sup> Dieses Szenario entspricht im Übrigen sehr stark der in der aktuellen Diskussion von der UdS eingeforderten Sparlast.

Das dritte hier betrachtete Szenario geht von durchschnittlich analog zu den letzten Jahren steigenden Zuwendungen aus. Angesichts der stetigen Kostensteigerung ist dies unter Gesichtspunkten einer Sicherstellung der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit der UdS das realistische Szenario eines einfachen „Weiter so“ ohne Kürzungen, aber auch ohne Expansion der Universität.

---

10 Die weiter unten noch etwas weitergehend beleuchtete Dramatik der langfristigen Bevölkerungsentwicklung lässt sich an ein paar wenigen Eckdaten erläutern: gegenwärtig hat das Saarland zum ersten Mal seit Mitte der 50er Jahre weniger als eine Mio. Einwohner. Am Ende des hier beobachteten Prognosezeitraums 2020 wird in etwa der Allzeittiefstand von unter 950 Tausend erreicht sein. Zehn Jahre später wird die 900 Tausend Marke unterschritten, weitere zwanzig Jahre später die 800 Tausend Marke und in einigen Prognosevarianten schließlich 2060 bereits die 700 Tausend Grenze. Nach 50 Jahren vergleichsweise großer Stabilität der Bevölkerung droht nun ein rapider und sich immer stärker beschleunigender Rückgang, der sich vermutlich erst in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts (ab etwa 2060) wieder auf niedrigem Niveau stabilisieren wird.

**Abb.1: Entwicklung der Zuwendungen des Saarlandes an die Universität des Saarlandes von 2009 bis 2020 nach verschiedenen Annahmen.**



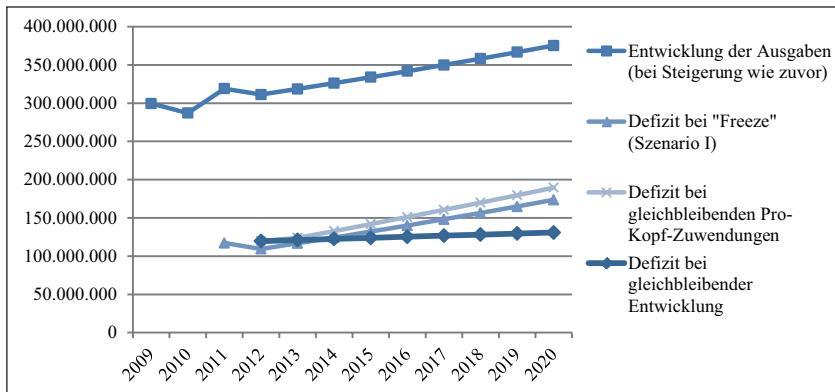
Quelle: eigene Berechnungen

Die Differenz zwischen fortgeschriebenen Ausgaben und konstanten Landeszuwendungen erreicht innerhalb kürzester Zeit erstaunliche Deckungslücken (Abbildung 2). In jedem der drei Szenarien würde sich die durch andere Mittel zu deckende Finanzierungslücke vergrößern, wobei das Ausmaß bei der Fortschreibung von Kosten und Zuwendungen natürlich am geringsten und am ehesten von der Universität zu bewerkstelligen wäre. Die beiden angesichts der gegenwärtigen Diskussionen deutlich wahrscheinlicheren Varianten bedeuten für die UdS fast eine Verdoppelung der Deckungslücke, die realistischer Weise nicht durch die Einwerbung zusätzlicher Drittmittel oder durch Generierung eigener Einnahmen (Studiengebühren sind dabei aufgrund politischer Vorgaben ausgeschlossen) zu füllen sein wird. Bei der Einwerbung von Drittmitteln war die UdS in den vergangenen Jahren zudem sehr erfolgreich und, da nicht mit dramatischen Steigerungen der Forschungsförderung zu rechnen ist, sich die Konkurrenz um diese Mittel aber weiter gleichzeitig weiter verschärft (vgl. zur Entwicklung der Forschungsförderung DfG 2012), ist eher eine Stagnation oder ein Rückgang zu befürchten als Hoffnung auf einen dramatischen Zuwachs im erforderlichen Maß.

Außer durch Kürzungen wäre die Deckungslücke noch durch einen Bundeszuschuss oder einen massiven Einstieg der Saarlwirtschaft in die Finanzierung der UdS zu schließen. Angesichts der weiteren demographischen Entwicklung im Saarland würde dieser Weg aber nach 2020 unweigerlich entweder zu einer Privatuniversität oder zu einer mehrheitlich vom Bund finanzierten Universität führen – mit entsprechenden Konsequenzen für das Land, falls Bund und/oder Privatwirtschaft überhaupt zu einer solchen Investition im Saarland bereit

wären. Dazu wäre allerdings eine Änderung der Verfassungslage notwendig. Entsprechende politische Vorstöße in eine solche Richtung sind allerdings gegenwärtig nicht erkennbar, so dass die Universität nur über Kostenreduktion die Unterdeckung reduzieren könnte – jedoch ohne viel Hoffnung dafür, dass sich bedingt durch eine solche Kraftleistung und weitere schmerzliche Einschnitte nach 2020 die Lage besser darstellen und nicht schon wieder neue Kürzungen drohen würden.

**Abb. 2: Differenz zwischen Ausgaben der Universität des Saarlandes und Landeszuwendungen von 2011/12 bis 2020 bei verschiedenen Annahmen.**



Quelle: eigene Berechnungen

Damit wird klar, dass sich über die Zeit bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen eine finanziell unhaltbare Situation ergibt und dass sämtliche derzeit bekannten Überlegungen der Landesregierung das Problem nicht lösen, sondern nur eine mittelfristig ohnehin anstehende Grundsatzentscheidung vermeiden. Wenn sich die Landesregierung – wie in ihren Koalitionsvereinbarungen geschehen – zu einer leistungsfähigen Landesuniversität bekennt, dann muss sie einen langfristig realistischen und tragfähigen Weg zur Gewährleistung der Finanzierung dieser Landesuniversität weisen. Sollte sich das Land angesichts der eigenen Haushaltslage, der hohen Verschuldung und der demographischen Entwicklung nicht zur Finanzierung einer solchen für die Region als notwendig angesehenen Universität in der Lage sehen, so hat sie bereits jetzt Vorschläge für eine Überführung entweder in eine teilprivatisierte Hochschule oder in ein Bund-Länder-Finanzierungskonzept zu entwickeln. Alle anderen Wege führen unweigerlich, wie gezeigt, zum Niedergang der UdS und vermutlich letztendlich zu ihrer Schließung.



Die Landesregierung hat zurzeit durchaus noch Handlungsspielräume zur Gestaltung ihrer Hochschulpolitik, sie werden allerdings zunehmend enger. Wesentliche Entlastungen könnten sich nur durch die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland ergeben. Wenn man trotz leicht zurückgehender Bevölkerungszahl eine 2 % betragende jährliche Steigerungsrate des BIP des Saarlandes annimmt (was angesichts der sinkenden Bevölkerungszahl eine optimistische, aber angesichts der Entwicklung in der Vergangenheit realistische Annahme darstellt), stehen der Fortschreibung der bisherigen Kostenentwicklung der UdS von 2000 bis 2012 auch zusätzliche Einnahmen auf Seiten des Landes entgegen, die anteilig in die UdS investiert werden könnten. Dagegen spricht allerdings derzeit die Wirkung der Schuldenbremse, die zu einer strikten Präferenzierung von Ausgabepositionen zwingt, wenn sie bestehen bleibt. Auf der Kostenseite ergibt die Projektion eine erhebliche Steigerung der Ausgaben der UdS von 2012 rd. 311 Mio. EUR. über rd. 350. Mio. EUR im Jahre 2017 auf rd. 393 Mio. EUR im Jahre 2022.<sup>11</sup> Demgegenüber werden allerdings bei dieser Prognose die Einnahmen des Saarlandes unter den oben angesprochenen Prämissen ebenfalls von 3.945.706.400 Milliarden auf 4.356.258.840 Milliarden im Jahre 2017 bis auf 4.809.661.758,93 Milliarden im Jahre 2022 steigen (Abbildung 3).

Das Saarland hat somit durchaus eine hohe Chance, bei einem entsprechenden Anteil an den Gesamt-Landeseinnahmen des Landes die finanziellen Probleme der UdS zumindest zu mildern, zumal der Wertschöpfungseffekt dies sowieso uneingeschränkt rechtfertigt. Insofern wäre die anteilige prozentuale Zuweisung an die UdS, berechnet auf Basis der Gesamteinnahmen, ein gangbarer Weg. In diesem Falle erhielte die UdS einen festen Anteil der Landeseinnahmen als Zuwendung und wäre ähnlich wie die Landesregierung selbst von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abhängig. Um möglich konjunkturell bedingte Schwankungen dieser prozentualen Zuweisung z.B. durch weiter exogene Schocks (Euro-Krise etc.) kompensieren zu können, müsste man der UdS gleichzeitig die Möglichkeit zur (begrenzten) Bildung von Rücklagen eröffnen.

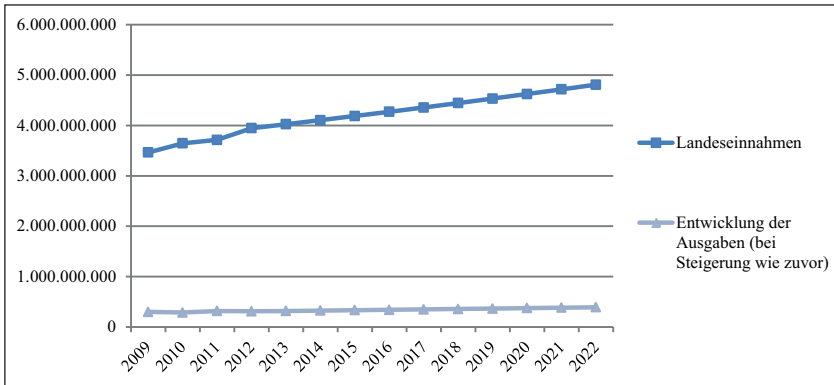
Im Beispiel würde dies ein zweiprozentiges Wachstum der Zuwendungen im Zeitraum bis 2020 bedeuten und käme dem Szenario eines „Weiter so“ sehr nahe (im letzten Jahrzehnt betrug das durchschnittliche Wachstum der Zuwendungen 3 %). Die 2 % würden auch zur Deckung der hier projizierten Kostensteigerung reichen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Landesregierung gegenwärtig plant, in den folgenden zehn Jahren einen gehörigen

---

11 Die Zeiträume wurden hier entsprechend der fünfjährigen Wahlperioden der Landesregierung gewählt.

Anteil der von der UdS erwirtschafteten Wertschöpfung z.B. zur Verringerung der Neuverschuldung des Landes zu nutzen und die UdS aufgrund der dann fehlenden Investitionsmittel zu Kürzungen und Einschränkungen verpflichtet. Man verkleinert das Kapital, weil man nicht bereit ist, einen Teil der erwirtschafteten Zinsen zu reinvestieren und verzehrt sich gewissermaßen langsam, aber kontinuierlich selbst.

**Abb. 3: Differenz zwischen geschätzten Landeseinnahmen und Ausgaben der Universität 2009 bis 2022.**

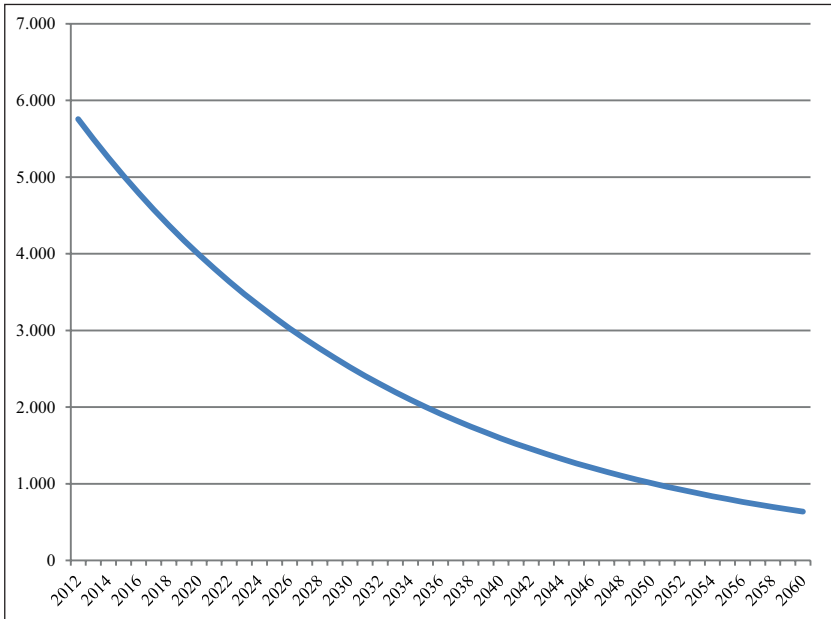


Quelle: eigene Berechnungen (Annahmen: Jährliche Steigerung der Landeseinnahmen von 2 % und Entwicklung der Ausgaben der Universität des Saarlandes von 2013 bis 2022 wie im Mittel von 2000 bis 2012).

Bleibe man bei der bisherigen Politik, würde zudem nochmals der schon diskutierte Befund bestätigt, dass die hochschulbezogenen Ausgaben des Saarlandes, die schon von 2000 bis 2012 im nationalen und europäischen Vergleich sehr niedrig waren, sich mit hoher Wahrscheinlichkeit noch weiter verringern werden. Ein weiteres „Abrutschen“ in den Rankingtabellen wäre unvermeidbar.

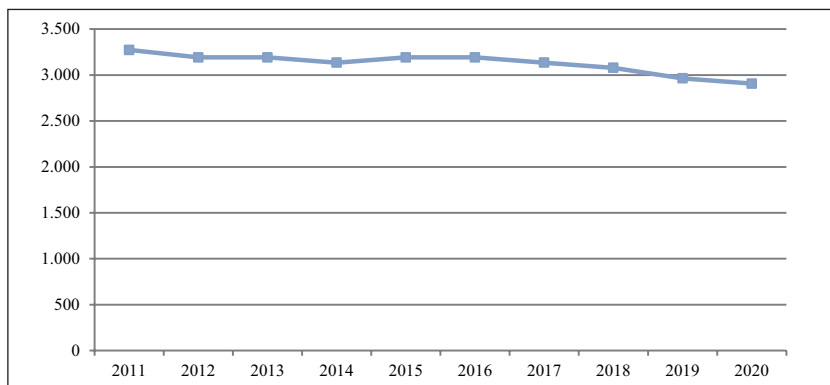
Entschließt sich die Landesregierung nicht zu einer angemessenen Erhöhung der Zuwendungen an die UdS und geht man davon aus, dass der heute pro Einwohner für die Universität ausgegebene Betrag dauerhaft gleich bleiben würde und berechnet daraus die dann für die Universität zur Verfügung stehenden Mittel, reduziert sich unter der Annahme einer gleichbleibenden Kostenstruktur aufgrund des dann zur Kosteneinsparung notwendigen Personalabbaus die Zahl der Mitarbeiterzahlen wie in Abbildung 4 dargestellt dramatisch.

**Abb. 4: Personalentwicklung der Universität des Saarlandes bei festgeschriebenem Kostenfaktor pro Kopf der saarländischen Bevölkerung.**



Quelle: eigene Berechnungen

Damit ist klar, dass innerhalb weniger Jahre kein geordneter Lehrbetrieb mehr möglich wäre, zumal die Prognosen bezüglich der Studierendenzahl, hier konservativ gerechnet mit einer Studierendenzahl von 57 % pro Jahrgang im Jahr 2010, vom Jahr 2011 bis 2020 sich keineswegs analog verhalten und, je nach Berechnungsmodus, entweder relativ konstant bleiben oder nur leicht sinken.

**Abb. 5: Prognostizierte Zahl der Studienanfänger an der UdS von 2011 bis 2020.**

Quelle: eigene Berechnungen (Annahme: Studienanfängerquote pro Jahrgang von 57 %)

Die Zahl von 3.272 Studienanfängern im Jahr 2011 an der UdS sinkt aufgrund der demographischen Faktoren bis zum Jahr 2020 auf 2.907. Hier sei erwähnt, dass die Schätzung der Kultusministerkonferenz (KMK) optimistischer aussieht. Bis zum Jahr 2020 würde sich nach deren Schätzung ein kumulierter Effekt zusätzlicher Studierender von 517 Studienanfängern ergeben.<sup>12</sup> Dieser Schätzung folgen wir nicht, weil wir eine dauerhafte Ausweitung der Studienanfängerquote über den von uns mittelfristig angenommenen Wert von 57 % eines Altersjahrganges hinaus nicht für realistisch halten, zumal sich künftig erhebliche Optionen für<sup>13</sup> junge Menschen auch im Bereich der dualen Ausbildung eröffnen werden und die Inflationierung der Bildungspatente die Entscheidungen für und gegen ein Studium beeinflussen werden.

Die Zahl der Personen, die eine saarländische Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, gibt die KMK (2012)<sup>14</sup> mit 5.287 Personen im Jahre

12 Eine solche Steigerung könnte auch durch erhebliche Steigerungen der Zuwanderung erreicht werden. Dies wäre angesichts der bundesweiten Nachfrageentwicklung möglich, erscheint uns aber angesichts der Kürzungsentscheidungen und der dadurch eher abnehmenden Attraktivität der Saaruniversität gewagt. Allerdings ist festzuhalten, dass im Wettbewerb der Regionen um junge Menschen durchaus noch Potential für das Saarland zu sehen ist, welches gerade verschenkt zu werden droht.

13 Im OECD-Durchschnitt nahmen im Jahr 2008 etwa 56 Prozent eines Altersjahrganges ein Studium auf (OECD 2010).

14 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Tabellenanhang zur Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012 – 2025. Berlin 2012

2011 an und prognostiziert 4.073 Personen für das Jahr 2020 und 3.676 für das Jahr 2025. Nimmt man eine Studienanfängerquote pro Jahrgang über die Zeit von 57 % an, bedeutet dies, dass insgesamt im Jahre 2011 insgesamt 3.014 Saarländerinnen und Saarländer ein Studium aufgenommen haben bzw. in den Jahren 2020 und 2025 entsprechend dann 2.322 und 2095 Personen ein solches aufnehmen werden.

Ein Anteil von 59 % dieser Studienanfänger mit saarländischer Hochschulzugangsberechtigung dürfte dann bei Fortschreibung der bisherigen Situation (vgl. Kapitel VIII) ihr Studium an der UdS beginnen. Dies bedeutet, dass in den Jahren 2020 und 2025 entsprechend 1.370 und 1.236 Personen mit saarländischer Hochschulzugangsberechtigung an der UdS studieren werden.<sup>15</sup>

Mit der langfristig zurückgehenden Nachfrage wird gerne der Abbau von Studienplätzen gerechtfertigt. Dies geschah in der Geschichte der Bundesrepublik sogar schon im „vorausseilenden Gehorsam“: angesichts drohender „Studentenberge“ wurde den Universitäten Ende der 1970er Jahre eine (damals als „kurzfristig“ begründete) „Überlast“ zugemutet, die dann stillschweigend auf Dauer gestellt wurde und faktisch zu relativen Kürzungen führte (vgl. zu den damaligen Entwicklungen und zur weiteren, wenig rühmlichen Geschichte deutscher Hochschulpolitik: HRK 1977; Nida-Rümelin 2006; Turner 2013). Aus regionaler Sicht ist eine solche Art der Planung noch riskanter: das Saarland ist kein hermetisch abgeriegeltes Gebiet und gerade junge Menschen sind ausgesprochen mobil. Die Entscheidung für ein Studium fällt immer auch mit einer Ortswahl zusammen. Zwar sind die meisten Menschen ortsgebunden – und es ist dementsprechend einfacher, junge Menschen im Land zu halten als sie zu einem Zuzug zu bewegen – aber Migrationen sind hier generell möglich.

Für das Saarland bedeutet dies – wenn es nicht seinen schleichenden demographischen Verfall einfach hinnehmen möchte – regionalpolitisch die Notwendigkeit, möglichst viele jungen Menschen im Saarland zu halten, neue hinzuzugewinnen und diese langfristig im Land ansässig werden zu lassen. Die Universität kann hier, wie bereits beschrieben, angesichts ihrer Attraktivität und Ausstrahlungskraft nach außen und ihrer Angebote an die Schulabgänger des Landes auch nach innen eine bedeutende Rolle spielen.

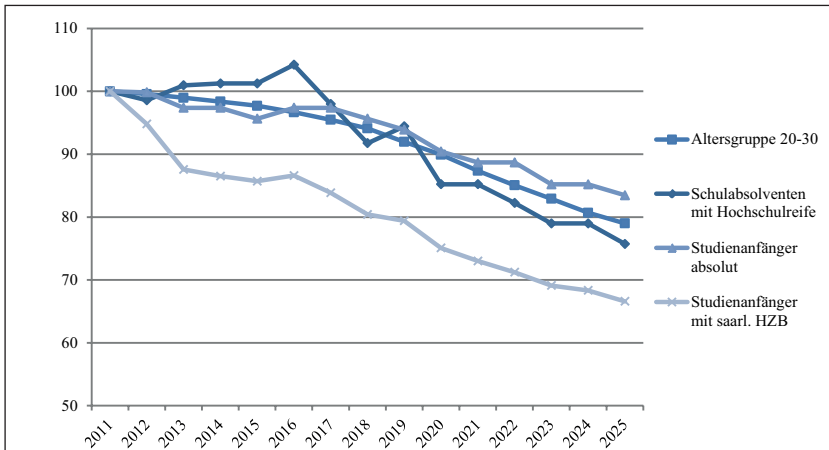
Dies kann die folgende Projektion der demographischen Bedeutung des Verbleibs der Schulabgänger im Saarland verdeutlichen. Wenn entsprechend der eben geschilderten Entwicklung die hochschulberechtigten Saarländer im

---

15 Ein weiteres, aus demographischer Sicht wichtiges Potential ist in der Steigerung des Anteils der jungen Saarländer, die im Saarland ein Studium beginnen, zu sehen. Durch die Schließung von Fachbereichen und Reduzierung des Angebots an Studienplätzen wird allerdings dieser Anteil eher gesenkt, d.h. Kürzungen an der UdS wirken demographisch gesehen eher kontraproduktiv (oder durch die Verhinderung von Studienaufnahmen unsozial).

Land verbleiben, so kumuliert sich in zehn Jahren die Zahl auf fast 30.000 Menschen im Alter von 20 bis 35 Jahren, die vermutlich zum größten Teil ohne die Universität das Land verlassen hätten. Hinzukommen nochmals fast ebenso viele Zuwanderer, die von der Universität und deren Angebot hierher gebracht wurden und zumindest für mehrere Jahre im Saarland leben. Etwa die Hälfte dieser Menschen bleibt nach dem Studium im Lande und die meisten gründen eine Familie. In der langfristigen Wirkung bedeutet dies bezogen auf die saarländische Bevölkerung unter der Annahme einer Geburt pro vier Personen der im Saarland bleibenden Studierenden der UdS eine Erhöhung der Bevölkerung um 4.979 Personen, womit die erhebliche Schrumpfung der saarländischen Wohnbevölkerung vor allem im wirtschaftsrelevanten Alterssegmenten und bei Kindern und Jugendlichen deutlich reduziert würde. Was allein dieser Effekte monetär bedeutet, ist wohl selbsterklärend, zumal es sich dabei um hochqualifizierte Personen und deren Kinder handelt. Im Jahr 2025 beträgt der durch die UdS induzierte Zugewinn in der saarländischen Wohnbevölkerung insgesamt schon 11.901 Personen (zusätzlich zu den Hochschulabsolventen der UdS, die dauerhaft im Land leben und den Studierenden, für die das zumindest vorübergehend gilt). Es ist klar, dass die Effekte der UdS allein durch die im Land weiter existierenden Fachhochschulen aufgrund der weit aus geringeren Studierendenzahlen selbst bei intensivstem Ausbau mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht kompensiert werden könnten und sich der Schrumpfungsprozess des Saarlandes so erheblich beschleunigen würde.

Dass es sich auch angesichts dieses demographischen Effektes lohnt, die UdS in vollem Umfang zu erhalten, wird deutlich bei einem Blick auf Abbildung 5. Die Zahlen der Altersgruppe der 20 bis 39-Jährigen können überhaupt nur mit einer engagierten Bildungspolitik im Saarland gehalten werden, um so die generellen Rückgänge sowie die im Fall ungenügender Bildungsangebote durch Abwanderung drohenden zusätzlichen Defizite zu kompensieren. Demgegenüber kann wohl fast nur durch die UdS überhaupt ein Zustrom dieser Altersgruppe in das Saarland organisiert werden (s. auch Kapitel VIII). Unter der Perspektive der demographischen und ökonomischen Rendite der UdS wäre sogar die Wiedereinführung intensiv nachgefragter Studiengänge zu überlegen.

**Abb. 6: Demographische Trends im Saarland.**

Quelle: eigene Berechnungen nach <http://www.kmk.org/statistik/hochschule/statistische-veroeffentlichungen.html>

Insofern reicht es nicht, lediglich Kosten und Ausgaben mit einer gegebenen demographischen Entwicklung in Beziehung zu setzen, sondern es müssen auch die demographischen Effekte der Kürzungsentscheidung an der UdS in der Mittel- und Langzeitperspektive mit berücksichtigt werden. Entschließt sich die Landesregierung nicht zu einer angemessenen Erhöhung der Zuwendungen an die UdS und geht man davon aus, dass die Mittel analog zum eingangs skizzierten „Freeze“ Szenario bei rund 202 Mio. festgefroren werden und berechnet daraus die dann künftig für die UdS zur Verfügung stehenden Mittel, reduziert dies unter der Annahme einer gleichbleibenden Personalkostenentwicklung die Zahl der Mitarbeiter von 5.497 im Jahre 2013 auf 3.987 Mitarbeiter im Jahre 2020. Die Zahl der Studienanfänger läge nach den KMK-Berechnungen 2020 immer noch auf dem Niveau von 2013, nämlich bei knapp 3.500, nach unseren eigenen, konservativeren Berechnungen immer noch bei über 2.900. Während die Zahl der Studierenden bis 2020 nach extrem konservativer Schätzung noch rd. 83 % des Wertes von 2013 betrüge, fiel der Wert der Mitarbeiter auf rd. 73 %, was notwendigerweise den Druck zur Überkompensation auf Mitarbeiterseite weiter erhöht. Auf die hieraus resultierenden Wertschöpfungsverluste für das Land braucht an dieser Stelle nicht nochmals ausführlich hingewiesen werden.

#### 4 Die Kosten des Kostensparens: Hochschulpolitik zwischen demographischen und ökonomischen Notwendigkeiten

Im alten Koalitionsvertrag der „Jamaika Koalition“ des Saarlandes<sup>16</sup> von 2009 „wird angestrebt, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft am Landeshaushalt schrittweise auf 30 % zu erhöhen. Diese politische Sollensaussage impliziert, dass der Bereich der Bildungsausgaben bei eventuellen generellen Sparquoten ausgenommen sein würde (zumindest werden keinerlei Sparmaßnahmen erwähnt). Damit zeigte man sich offensichtlich der hohen Bedeutung von Investitionen in Bildung im weiteren Sinn durchaus bewusst (zumindest auf der Ebene des Talks) und wollte auch entsprechende Anteile des Landeshaushaltes für Bildungsaufgaben investieren. Diese Investitionen sind allerdings nicht in den Kontext des demographischen Wandels und der mit Bildungsinvestitionen verbundenen Bruttowertschöpfungsaspekte eingebunden.

Im Vertrag der aktuellen Landesregierung der Koalition CDU/SPD (2012): „Chancen nutzen. Zusammenhalt bewahren. Eigenständigkeit sichern. – Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland – Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012 – 2017)“ hat sich ein erstaunlicher Wandel vollzogen, obwohl die zugrundeliegenden finanziellen Parameter im Prinzip seit der Jamaika-Koalition bekannt und unverändert sind. In einer neuen Situationsbewertung werden jetzt Haushaltskürzungen als unabwendbar angesehen. Damit wird die Frage der Investitionen in Bildung und Wissenschaft von einem investiv ausgerichteten Programmpunkt zu einem haushaltsbezogen rein an der Verringerung konsumtiver Ausgaben orientierten Punkt.

Von der Universität werden grundsätzlich nur drei Wege zur Umsetzung dieser Vorgaben gesehen:

- „(1) Reduktion der Zahl Studierender und/oder angebotener Lehranteile (bei hochschulübergreifenden Programmen),
- (2) Aufgabe ganzer Fächer,
- (3) Konzentration auf preiswerte Studienprogramme (UdS 2013: 3).“

Dabei ist sich die UdS darüber im Klaren, dass wegen der Remanenzkosten (durch vertragliche Verpflichtungen in unterschiedlicher Länge bei Einstellen von Studiengängen weiter bestehende Vorhaltekosten durch Personal usw., die Verf.) alle Wege wenig effizient seien (UdS 2013: 3). Zudem würde die Reduzierung der Zahl von Studienplätzen notwendigerweise zu einer Verschärfung

---

16 Neue Wege für ein modernes Saarland. Den Fortschritt nachhaltig gestalten. Koalitionsvertrag für die 14. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2009 – 2014), Online verfügbar unter: <http://www.edu-saar.de/media/downloads/88782.pdf>, Zugriff am 30.08.2013.



des Numerus Clausus führen, wobei offensichtlich vom Land übersehen oder sogar aus Kostengründen bewusst in Kauf genommen wird, dass Studierwillige aus dem Saarland dann eben auch vermehrt in andere Bundesländer abwandern. Aus Sicht der Universität ist eine Reduzierung von Studienplätzen keine geeignete Lösung zum Abbau von Kosten, da sie dem Wegfall von Stellen vorlaufen müsse und erst hierdurch direkte Spareffekte ermöglicht würden: „Einsparungen sind daher grundsätzlich nur dann sinnvoll umsetzbar, wenn sie im langfristigen Maßstab geplant und mit einer entsprechenden Reduzierung der Leistungserwartung verbunden sind. Nur wenn den Hochschulen die relevanten Rahmenbedingungen zuverlässig bekannt und diese nicht an den Umsetzungsmöglichkeiten vorbei ermittelt sind, ist es ihnen möglich, ihre (ggf. auch rückbauende) Planung quantitativ und qualitativ auf diese Rahmenbedingungen einzustellen.“ (UdS 2013: 4).

Aus den Ausführungen des Koalitionsvertrags geht klar hervor, dass die Landesregierung angesichts der prekären Haushaltslage von der Prämisse der Sparnotwendigkeiten ausgeht, und zwar unabhängig von den positiven ökonomischen, demographischen und sozialen Effekten der UdS, die entweder im Einzelnen nicht bekannt sind oder (bisher) ignoriert werden. So wird der positive Bruttowertschöpfungseffekt der UdS oder gar ihr substantieller Beitrag für die demographische Entwicklung des Landes oder auch ihr Beitrag zur Vermeidung sozialer Ungleichheit für die jungen Saarländer mit Hochschulzugangsberechtigung und ihre Familien an keiner Stelle erwähnt und die damit verbundenen Risiken bei investiver Zurückhaltung nicht diskutiert. Stattdessen fordert man mit dem Argument der Planungssicherheit, also der sicheren Vorhersehbarkeit kommender finanzieller Deckungslücken, Vorschläge seitens der UdS ein, wie diese Mangelverwaltung zu gestalten sei, kurzum, die UdS soll die Umsetzungsmöglichkeiten von Sparbeschlüssen zur Grundlage ihrer Überlegungen machen.

Eine wirkliche Diskussion von Umsetzungsmöglichkeiten gewinnt so Ritualcharakter, weil Haushaltskürzungen als nicht diskutierbar betrachtet werden. Es ist zudem eine politisch interessante Situation, dass man die Erstellung strategischer Optionen zur Umsetzung der Sparpläne im Hochschulbereich dem Wissenschaftsrat als externem Gutachter überträgt und bestenfalls rudimentär einen hochschulpolitischen Gestaltungswillen erkennen lässt. Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag: „Für die neue Periode der Globalhaushalte kann angesichts der Haushaltsnotlage des Landes mit einem Aufwachsen der Landesmittel für die gesamte Hochschullandschaft nicht gerechnet werden. Auf Grundlage einer externen Begutachtung sowie im intensiven Dialog mit den Hochschulen werden wir strukturelle Veränderungen prüfen, um Qualitätseinbußen aufgrund stagnierender Landesmittelzuweisungen möglichst zu ver-

meiden.“ (Koalitionsvertrag 2012, S. 32). Angesichts tarifvertraglich bedingt steigender Personalkosten und den zu erwartenden Preissteigerungen geht aus dieser Passage klar hervor, dass finanzielle Kürzungen für die Hochschulen unvermeidlich sind.<sup>17</sup> Die bewusst sehr schwammig gehaltene Formulierung, dass Qualitätseinbußen „möglichst zu vermeiden“ sind, stellt die Prioritäten klar – die Kürzungen sind unabdingbar, hierfür sind im Zweifel auch Qualitätseinbußen in Kauf zu nehmen und von Wissenschaftsrat und Hochschulen werden Vorschläge erwartet, wie dieser Verlust möglichst gering zu halten ist.

Für die Umsetzung dieser hochschulpolitischen Strategieentwicklung mit dem Vorzeichen kontinuierlich zurückgehender Finanzmittel werden im Koalitionsvertrag nur wenige Vorgaben gemacht. Nach den Vorstellungen der Landesregierung sollen die Hochschulen „bei der Planung ihrer Weiterentwicklung Prioritäten setzen“ und dabei jedoch ihre „unterschiedlichen, in den jeweiligen Leitbildern umschriebenen Profile und Leistungsschwerpunkte“ beibehalten und schärfen. Wobei aber vor allem laut der Koalition darauf zu achten ist, dass es „angesichts der Haushaltslage des Landes ... einer Überprüfung aller Angebote“ bedarf. (Koalitionsvertrag 2012, S. 33). Die zukünftigen Aufgaben der Hochschulen werden wie folgt skizziert: „In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird es besonders darauf ankommen, dass die Hochschulen des Landes ihre Bemühungen um die Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses weiterentwickeln. Die zielgenauere Beratung von Studieninteressierten, die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger, die Zugangserleichterung für Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulreife, die Beteiligung am Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung“, die Schaffung familiengerechter Angebote, die Einrichtung des kooperativen Studiums und dualer Studiengänge sowie das Angebot von Brückenkursen beim Studienbeginn sind dafür unverzichtbare Maßnahmen.“ (Koalitionsvertrag 2012, S. 36).

Die aufgezählten Maßnahmen lassen sich dabei in zwei Kategorien einordnen, zum einen soll der Einstieg in das Studium erleichtert werden bzw. Fehler bei der Wahl vermieden werden und zum anderen soll die Aufnahme eines Studiums potentiellen Bewerbern, für die bislang die Aufnahme aufgrund einer fehlenden Hochschulzugangsberechtigungen oder familiärer Bedingungen nicht möglich wäre, erleichtert werden. Bei einer erfolgreichen Umsetzung hätte dies eine Erhöhung der Studierendenzahl zu Folge, die allerdings kostenneutral zu bewältigen ist. Auch die eingeforderten neuen Maßnahmen lassen

---

17 An anderer Stelle wird allerdings ein gewisser Ausgleich der hier genannten Kostensteigerungen zugesagt: „Das Land ist weiterhin bereit, unabwendbare Mehrkosten der Hochschulen, wie z.B. Tarif- und Energiekostensteigerungen, auch ab 2014 anteilig mitzufinanzieren.“ (Koalitionsvertrag 2012, S. 32). Inwieweit dieses in dem stagnierenden Haushalt bereits eingepreist ist oder nicht, bleibt unklar.

sich offensichtlich nach Auffassung der Landesregierung ohne Investitionen des Landes umsetzen, d.h. zum Beispiel, dass die Einführung dualer Studiengänge allein von der saarländischen Wirtschaft finanziert werden muss weil sich das Land daran –trotz aller Willenserklärungen – nicht beteiligen kann.

Inhaltlich zielen die Maßnahmen vorrangig auf eine Reduzierung von Barrieren beim Zugang zum Hochschulstudium und dies ist angesichts der demographischen Entwicklung sowie dem hiermit verbundenen zukünftigen Fachkräftebedarf sicherlich verständlich. Unter der Prämisse gleichbleibender Studierendenzahlen (und dies impliziert die Stabilisierung der Mittelzuwendung) bedeutet dies, dass die aufgezählten Maßnahmen erst gegen Ende des Jahrzehnts greifen dürfen und dann sukzessive die rückläufigen Studienanfängerzahlen durch Erweiterung der Hochschulberechtigten aufgefangen werden. Diese mittelfristig unter demographischen Gesichtspunkten überlegenswerte Strategie muss allerdings zum einen hinsichtlich ihres Potentials (können durch die erwähnten Maßnahmen tatsächlich ausreichend neue Studienanfänger gewonnen werden) und ihrer (Neben-)Wirkungen (inwieweit wird hierdurch eventuell der Fachkräftemangel auf mittlerem Niveau erhöht und gleichzeitig die Qualität der Hochschulabsolventen verringert) sorgfältig geprüft werden. Zu bezweifeln ist außerdem, ob so ein Umbau der Hochschullandschaft tatsächlich mittelfristig kostenneutral zu bewerkstelligen sein wird und nicht gleichzeitig hierfür auch ein Zurückbleiben im nationalen wie internationalen Wettbewerb der Hochschulen (mit entsprechenden Einnahmeverlusten bei der Einwerbung von Drittmitteln) in Kauf genommen werden muss.

Für die UdS könnte im Kontext der Umsetzungsbedingungen (bei politisch erzwungenen Sparleistungen) eine mögliche Variante der Grundfinanzierung die Orientierung der Mittelzuweisung an der politikseitig für notwendig erachteten bzw. festgelegten Ausbildungskapazität sein. Die damit verknüpfte Grundfinanzierung, könnte Planungssicherheit bieten, obwohl diese Formen von Zentralverwaltungswirtschaft die reale Nachfrage erfahrungsgemäß nicht vorhersehen können. Grundlage der an der festgelegten Ausbildungskapazität ausgerichteten Bedarfszuweisung könnten dabei hochschultypspezifische Bundesmittelwerte (Grundmittel je Studierender p. a.; ggf. differenziert nach Fächergruppen) darstellen. Der auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamts ermittelte universitäre Bundes-Mittelwert (inkl. Medizin) liegt bei 10.994 EUR je Studierendem (32,017 Mrd. EUR universitäre Gesamtausgaben (inkl. Investitionsausgaben) – 745 Mio. EUR Studierendenbeiträge – 11,711 Mrd. EUR Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen – 4,544 Mrd. € Drittmittel bezogen auf 1,366 Mio. Studierende).

Für die UdS sähe die Berechnung (hier exemplarisch schon innerhalb der ZLV III-Periode umgesetzt) bei einer gleich bleibenden Studierendenzahl folgendermaßen aus (Annahmen: Steigerung des Bundesmittelwertes um 2 % p. a.; Inflationsausgleich für 4 Jahre insgesamt 7,5 %, also weniger als 2 % p. a.):“ (S.4, s. Tabelle 1).

**Tab. 1: Studienplatzabhängiger Finanzbedarf der UdS**

Zuweisungsjahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Studienplätze	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000
Berechnungs- jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bundesmittel- wert in Euro	10.994	11.214	11.438	11.667	11.900	12.138	12.381	12.629	12.881
Kumulierter Inflationsaus- gleich	7,5 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %	7,5 %
Zuweisung in Mio. Euro	212,7	217,0	221,3	225,8	230,3	234,9	239,6	244,4	249,3

Quelle: UdS (2013)

Hier bestätigt sich erneut der schon in Kapitel IV diskutierte Befund, wonach die UdS relative Einsparungen angesichts der Kostenentwicklung bisher durch Überkompensation angesichts steigender Personalkosten bei zurückgehenden Landesmitteln bewältigte. Auch eine bedarfsabhängige Finanzierung pro Studienplatz würde nach dieser vom Statistischen Bundesamt angewandten Rechenmethode zu deutlich erhöhtem Finanzbedarf führen. Zumindest die von der Kultusministerkonferenz für die saarländischen Hochschulen festgelegten Größen für die Ausbildungsleistung wären somit unter der Bedingung eines Einfrierens der Landeszuwendungen (unter der Prämisse, dass diese nicht durch andere Mittel kompensiert werden könnten) nicht zu gewährleisten.

Unter den oben errechneten Szenarien kommt das „Freeze“-Szenario den im Koalitionsvertrag geäußerten Vorstellungen der Landesregierung am nächsten. Die Zuwendungen an die UdS wurden in unseren Berechnungen bei rd. 202 Mio. eingefroren und blieben in dieser Größenordnung bis zum Ende des Jahrzehnts stabil. Diese für den saarländischen Landeshaushalt akzeptable Annahme ist allerdings für die Hochschulen höchst unrealistisch und würde zu einem permanenten Spardruck führen, der sich mittel- und langfristig in unvermeidbaren Mitarbeiterrückgängen, verringertem Studienangebot und verschlechternder Lehr- und Forschungsleistung niederschlagen müsste.

Trotzdem würden die Kosten der UdS pro Einwohner des Saarlandes steigen, weil die Bevölkerung bereits in dieser Phase – bei noch wenige schrumpfenden Studierenden und Hochschulzugänglerzahlen – weiter schrumpft. Insgesamt würde der in Kapitel IV aufgezeigte Trend, wonach die UdS bezogen auf die Pro-Kopf-Zuwendungen seit 2008 schneller sparen muss als das Saarland schrumpft, noch intensiviert.

Wenn jetzt die saarländischen Hochschulen insgesamt weniger Studienplätze anbieten können, so hätte dies weitreichende Auswirkungen auf die demographische Entwicklung im Land und die bereits kaum aufzuhaltende Abwärtsbewegung würde spätestens nach 2020 weiter beschleunigt. Weniger Studienplätze im Land sind gleichbedeutend mit einer Abwanderung von Personen im Alter von ca. 20 Jahren. Zwar mag ein Teil dieser Studienmigranten zurückkehren, aber angesichts der sich verschärfenden Konkurrenz um junge, hochqualifizierte Arbeitskräfte wird dies vermutlich eher seltener als häufiger geschehen. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass für Hochschulabsolventen Karriereoptionen zunächst am Studienort entstehen und häufig wahrgenommen werden. Dementsprechend folgt aus einem Rückgang der Studienplätze ein dauerhafter Verlust von Menschen, die aus demographischer Sicht für die Region besonders wichtig sind – und dies gilt für ein stark schrumpfendes Land in besonderem Maße. Die vom Saarland kurzfristig angestrebte Sanierung des Landeshaushalts mag den zukünftigen Generationen dienen – wenn diesen aber durch Sparmaßnahmen jetzt die Möglichkeiten entzogen werden, in dieser Region ihre Ausbildung zu tätigen, hier eine Arbeit zu finden, ihre Familie zu gründen und sich langfristig niederzulassen, so werden sie kaum davon profitieren können.

Generell fehlt eine solche langfristige und zukunftsweisende Perspektive weitgehend im Programm und wo sie tatsächlich erscheint, bleibt sie merkwürdig rückwärtsgewandt: „Das Saarland ist ein Industrie- und Energieland – das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb wird die Landesregierung eine nachhaltige Wirtschaftspolitik betreiben. Das Saarland ist dafür mit seiner Industrie, seinem Handwerk und industrienahen Dienstleistungen sowie seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen gut gerüstet. Wir werden keine Instrumente und Maßnahmen unterstützen, die die Deindustrialisierung unseres Landes zur Folge hätten. Ebenso bekennt sich die Landesregierung eindeutig zu den kleinen und mittleren Unternehmen und werden diese deshalb fördern.“ (Koalitionsvertrag 2012, S. 8). Etwas überpointiert könnte man hier schlussfolgernd sagen, dass sich das Saarland durch einseitige Fixierung auf den Erhalt der Industrialisierung dem Fortschritt mit aller Kraft entgegenstemmt. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in der Dienstleistungsbranche dürften doch in der Zukunft von den Wirkungen der UdS auf den Arbeitsmarkt im Land profitieren, ebenso profitieren sie von den Nachfrageeffekten durch die UdS-Mitarbeiter.

Dazu kommt, dass Innovationen durch Absolventen der UdS keineswegs auf den technischen, industrialisierten Bereich begrenzt sind. Eine clevere Vermarktungsidee, ein Reiseunternehmen für Archäologiefreaks, eine neue Rechtschreibhilfe für das Internet, ein neues Design – alles innovative Ideen, die mit technischen Fächern, über deren innovative Kraft man nicht diskutieren muss, kaum etwas zu tun haben. Alle innovativen Ideen wirken vorrangig langfristig, wenn etwa Unternehmen entstehen, deren Geschäftsidee direkt oder indirekt auf diesen Ideen aufbaut. Es ist somit nicht nur ausschließlich der industrialisierte Bereich, indem die Zukunft des Saarlandes liegt.

Dies belegen u.a. auch die vom IAB veröffentlichten regionalen Beschäftigungsprojektionen, die „weitere Rückgänge der Beschäftigung in den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Energie, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe“ erwarten. „Im Dienstleistungssektor weist das Modell vor allem für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr einen hohen Arbeitsplatzzuwachs im Projektionszeitraum aus. Das Wachstum in diesem Dienstleistungsbereich wird entsprechend der Modellspezifikation für das Saarland von der Branche Handelsvermittlung und Großhandel getragen. Deren wirtschaftliche Entwicklung hängt wiederum von derjenigen der Metallindustrie ab und profitiert damit von deren Wachstumsdynamik und der daraus entstehenden Dienstleistungsnachfrage. In den öffentlichen und privaten Dienstleistungen und in den Unternehmensdienstleistungen findet jeweils nur ein leichter Arbeitsplatzaufbau statt.“ (Distelkamp u.a. 2008: 15). Es ist also unumstritten, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes sehr stark von der Metallindustrie und deren Wohlergehen abhängt. Die Zukunft der Arbeitsplätze – so zeigen diese Prognosen – liegt aber eher in den Dienstleistungssektoren und es täte dem Saarland sehr gut, wenn es sich von der einseitigen Abhängigkeit von der Metallindustrie mittelfristig lösen und neue wirtschaftliche Standbeine herausbilden könnte. Dies ist eine Aufgabe, die nur mit einer gut ausgestatteten Landesuniversität und ihren in ausreichender Zahl hochqualifizierten Absolventen zu bewältigen sein wird.

Die Landesregierung will in diesem Zusammenhang mit den Mitteln des „rationalen Planers“ „die Innovationskraft des Mittelstandes näher an die Industrie und die Forschungseinrichtungen und Hochschulen näher an den Mittelstand bringen. Dazu sind technische Maßnahmen, wie z.B. der Aufbau einer hochmodernen Telekommunikationsinfrastruktur, erforderlich. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werden wir auf die Bereiche fokussieren, von denen unser Mittelstand auch wirklich profitieren kann. Deshalb wollen wir die Kontakte zwischen der Wirtschaft und den Hochschulen intensivieren.“ (Koalitionsvertrag 2012, S. 9). Dies illustriert nochmals nachdrücklich das technikgläubige und auf die Gegenwart fixierte Denken der saarländischen

Landesregierung. Sie versteht sich offenbar eher als Interessenvertreter der heutigen Unternehmen denn als Gestalter einer unter den Randbedingungen schrumpfender Bevölkerungszahlen schwierigen Zukunft des Landes. Gerade hier steht aber die gegenwärtige Landesregierung in besonderer Verantwortung, weil heute die Weichen zu stellen sind wenn dieses Bundesland seine Existenzberechtigung nicht in naher Zukunft verlieren will.

Zurzeit immunisiert man sich aber eher gegen künftige Kritik an den angekündigten Sparmaßnahmen und verweist die gestalterische Aufgabe an den Bund: „Investitionen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Wissenschaft sind eine gesamtstaatliche Aufgabe. Daher setzen wir uns gemeinsam auf Bundesebene für die Öffnung des sogenannten Kooperationsverbotes ein, ohne auf die langjährige Forderung nach einem höheren Anteil der Länder an der Umsatzsteuer für Bildungsausgaben (Forderung des Bildungsgipfels) zu verzichten. Wir fordern eine neue Kooperationskultur zwischen Bund und Ländern in der Bildungsfinanzierung unter Wahrung des Bildungsföderalismus als Kernbestandteil der grundgesetzlichen Ordnung.“ (S. 24/25). Zusammenfassend kann man das auch so interpretieren, dass man die Verantwortung für notwendige Sparbeschlüsse an die nächst höhere Ebene, nämlich den Bund, delegiert, der doch bitte in höherem Maß sich finanziell an den Kosten der Bildung beteiligen möge. Dabei bleibt völlig undiskutiert, welche Rechte man dafür an den Bund abzugeben bereit wäre und inwieweit hierdurch die spezifischen Landesinteressen – auch die oben skizzierten Vorstellungen einer Hochschulentwicklung im Saarland – zu gewährleisten wären. Außerdem kaschiert es die Tatsache, dass in der Bildungspolitik durch die Kultusministerkonferenz bereits eine gemeinsame, koordinierte Gestaltung von Bund und Ländern erfolgt und es wohl eher um die Verteilung finanzieller Lasten denn um Kooperation geht.

Es ist keineswegs so, dass die Landesregierung keine Vorstellungen über die Hochschullandschaft im Saarland hätte und diese nicht durch eigenes Handeln unterstützen möchte. So heißt es im Koalitionsvertrag, dass die Landesregierung „das Saarland auch künftig als attraktiven und profilierten Hochschul- und Wissenschaftsstandort erhalten [will, die Verf.]). In diesem Zusammenhang sehen wir die Universität des Saarlandes (UdS) als forschungsstarke, mittelgroße Universität mit einem breitgefächerten Studienangebot, die sowohl auf wissenschaftliche Profilierung und Schwerpunktbildung als auch auf ihre regionale Verantwortung als einzige Universität des Landes achtet.“ Weiter wird dann formuliert, dass „die in besonderem Maße in der Region verankerte Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW), die in den letzten Jahren erfolgreich die Steigerung der Attraktivität des Studienangebotes mit einer Zunahme der Forschungsaktivitäten eingeleitet hat“ auch



künftig intensiv unterstützt würde, um dann festzustellen, dass „die jeweiligen Profile der beiden Hochschulen ungeachtet der Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation geschärft werden [sollen, die Verf.].“ (Koalitionsvertrag 2012, S. 31). Schließlich heißt es: „Diese Hochschullandschaft korrespondiert mit außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung und wird ergänzt um eine Fachhochschule sowie eine Berufsakademie in privater Trägerschaft. Wir werden dafür sorgen, dass unser Land im Hinblick auf Forschungs- und Studienbedingungen auch künftig national und international konkurrenzfähig ist. Unser Leitbild ist dabei das wettbewerbliche Hochschul- und Wissenschaftssystem, das Exzellenz in der Spitze von Forschung und Lehre ebenso ermöglicht wie eine qualitativ hochwertige Hochschulausbildung in der Breite. Wir wollen moderne Hochschulen, die die Freiheit von Forschung und Lehre mit einer effizienten Verwaltung und einer leistungsorientierten Mittelverwendung verbinden“ (ebd.).

Diese Hochschullandschaft ist allerdings hochgradig von der UdS und deren Entwicklung abhängig und die Leistungen der UdS können nicht von Fachhochschulen, Berufsakademien und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen übernommen werden. Drittmittelbezogen wurden von der UdS ohne jede Berücksichtigung von An-Instituten pro Studierendem 374 Euro eingeworben, von der HTW rd. 102 Euro. Der Drittmittelanteil der HTW betrug dabei im Jahre 2012 summiert 5,7 Mio. einschließlich des Forschungsinstitutes FITT<sup>18</sup>, bei der UdS ohne An-Institute rd. 69,6 Mio. Pro Professor warb die HTW (127 Professoren im Jahr 2011) 44.882 Euro ein. Bei der UdS betrug dieser Wert im Jahr 2012 rd. 245.000 EUR. Damit liegt der HTW-Wert der Drittmittel pro Professor im Vergleich zur UdS bei rd. 18,3 %. Ähnlich verhält es sich mit landesbezogenen Bruttowertschöpfung durch die UdS, die zwischen minimal 300 und maximal 350 Mio. Euro liegt. Für die HTW wurde er nicht ermittelt. In den Studien im angrenzenden Rheinland-Pfalz erreichten die Fachhochschulen jedoch nur etwa ein Fünftel der universitären Bruttowertschöpfung. Kurzum: die UdS bildet das Rückgrat der Forschungslandschaft und trägt in erheblichem Maße zur wirtschaftlichen Entwicklung im Lande bei. Die Fachhochschulen können dieses durch ein stärker auf die Praxis der gegenwärtigen Wirtschaft ausgerichtete Ausbildung und lokale Forschungsleistungen sinnvoll flankieren, jedoch in keiner Weise ersetzen. Inwieweit eine verschiedentlich diskutierte Zusammenlegung von UdS und HTW sich hier positiv auswirken würde, kann nur spekuliert werden. Vermutlich aber würde eine Verwässerung der Funktionen erfolgen mit der Folge einer insgesamt verschlechterten Leistungsbilanz.

---

18 Quelle: HTW: <http://www.htw-saarland.de/service/pressestelle/newsarchiv/2013/5-7-millionen-euro-fur-forschung/>.



Völlig verkannt wird allerdings die besondere Bedeutung einer Universität in demographischer Hinsicht: als überregional – und im Falle der UdS auch im besonderen Maße international – wirksamer Pull-Faktor. Dieser Faktor ist bei Fachhochschulen in dieser Form nicht gegeben und eine Verlagerung von Ausbildungskapazitäten an die Fachhochschulen bedeutet, auf diese Funktion zu verzichten. Nur eine hinsichtlich ihrer Forschungs- und Lehrleistungen über die Landesgrenzen hinaus angesehene Universität ist für Hochschulabsolventen anderer Regionen so attraktiv, dass sie eine Verlagerung ihres Lebensmittelpunktes in Erwägung ziehen. Hierin besteht für das Saarland eine Chance, die nur mit Hilfe der Universität genutzt werden kann. Gleichzeitig bedeutet die Reduzierung von Quantität und Qualität in Forschung und Lehre an der Universität auch, diese Chance zu verspielen und eventuell sogar den negativen demographischen Trend zu verstärken. Nicht jeder saarländische Schulabgänger wird dem Saarland zuliebe auf ein Universitätsstudium zugunsten der hiesigen Fachhochschule verzichten und wird – wenn er denn das Saarland verlassen musste – aus lokaler Verbundenheit in jedem Fall zurückkommen.

Das Bekenntnis, auch zukünftig dafür zu sorgen, dass das Saarland bezogen auf Forschungs- und Studienbedingungen national und international konkurrenzfähig bleibt, ist deshalb für das Saarland eine Notwendigkeit. Mit Blick auf die Vergangenheit wie auf die gegenwärtigen Sparprioritäten erweisen sich allerdings politische Aussagen in diese Richtung eher als Lippenbekenntnisse und somit als Talk denn als ernsthafte Gestaltungsbemühung. Im sich verschärfenden Wettbewerb der Region um leistungsfähige Universitäten und ihre hochqualifizierten Absolventen – darüber muss sich die Landesregierung im Klaren sein – wird es auch Verlierer geben müssen. Ob das Saarland dazu gehören wird, liegt an den Weichenstellungen, die jetzt und in naher Zukunft getroffen werden.

## **5 Fazit**

Zusammenfassend kann man sagen, dass die politische Rhetorik der Landesregierung einen höchst ambivalenten Charakter hat, der einer pragmatischen Paradoxie sehr nahe kommt, wenn man die empirischen Befunde dieses Buches zugrunde legt. Künftig steigenden Anforderungen an die UdS stehen in allen Aussagen des Koalitionspapiers mehr oder weniger sinkende Mittel entgegen und es findet auch keine Diskussion über eine angemessene Finanzierungsstrategie des Saarlandes gegenüber der UdS statt. Wenn das Saarland seinen Bildungsrückstand verringern, seine künftigen Chancen auf qualifizierte Arbeitskräfte erhalten, sozialer Ungleichheit entgegenwirken und seine Innovationskraft erhalten will, kommt es nicht umhin, den Umgang mit seiner

auch volkswirtschaftlich (hier bezogen auf das Saarland) höchst rentablen Landesuniversität zu ändern und langfristige Finanzierungsstrategien zu diskutieren. Als Regierung eines Bundeslandes hat sie jetzt noch die Möglichkeiten, die Entwicklung der Hochschullandschaft in der Region zu gestalten, muss dieses aber nicht nur gegenüber der jetzigen, sondern auch gegenüber den zukünftigen Generationen verantworten. Angesichts der demographischen Entwicklung und der mittlerweile häufiger geäußerten Zweifel am Erhalt des Bundesland Status ist dies vielleicht eine der letzten Gelegenheiten.

### **Literatur:**

- Alma Mater (2011): Gehaltsstudie 2011. Einstiegsgehälter von Hochschulabsolventen und Vergütungen für Praktika und Abschlussarbeiten, Stuttgart: Almar Mater.
- Bolterauer, A. (2002). Katzen beißen nicht. Über die passive Renitenz der bildhaften Entwürfe des Josef Fürpaß. *Schriftzeichen. Zeitschrift für Literatur [Kunst] Religion [Wien]*, 3, 27-31.
- Brück, T.; de Groot, O. & Schneider, F. (2010): Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. In: *DIW-Wochenbericht* 21/2010, 2-11.
- CDU-Saar (2009). Neue Wege für ein modernes Saarland. Den Fortschritt nachhaltig gestalten. Koalitionsvertrag für die 14. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2009 – 2014), online verfügbar unter: <http://www.cdu-saar.de/media/downloads/88782.pdf>, Zugriff am 30.08.2013.
- Distelkamp, M.; Drosdowski, T.; Ludewig, O. & Otto, A. (2008): Beschäftigungsprojektion Rheinland-Pfalz und Saarland. In: *IAB-Regional* 01/2008.
- Emrich, E., & Fröhlich, M. (2010). Universität in Deutschland zwischen Institution und Organisation – Reflexionen zur Idee der Universität und ihrer betrieblichen Ausgestaltung. *sozialersinn Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung*, 11 (1), 125-144.
- Emrich, E. & Flatau, J. (2004). Kaffeetrinken in Organisationen. Zur sozialen Bedeutung von Alltagsroutinen in formalisierten Arbeitsverhältnissen. In: *sozialersinn* 5, 3, S.507-522.
- Emrich, E. & Pierdzioch, C. (2012) *Das Vademecum der Evaluologie. Neue Arten im Biotop der Wissenschaft*. Saarbrücken (online verfügbar, universaar-verlag)

- Hochschulrektorenkonferenz (1977). Qualität und Quantität - Die Hochschule im Schatten des Studentenberges. Referate und Ergebnisberichte der Jahresversammlung 1976, Trier, 10./11. Mai 1976. Bonn-Bad Godesberg: HRK (Dokumente zur Hochschulreform XXX/1977).
- Horstschräer, J. (2011). University Rankings in Action? The Importance of Rankings and an Excellence Competition for University Choice of High-Ability Students. In: ZEW Discussion Paper No. 11-061.
- Nida-Rümelin, J. (2006). Hochschulpolitik und die Zukunft der Geisteswissenschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) 48/2006, S. 3-7.
- OECD, 2010: Bildung auf einen Blick 2010: OECD-Indikatoren.
- PWC (2011): Analyseergebnisse aus der Haushaltsstrukturkommission des Saarlandes, Saarbrücken: PWC
- Turner, G. (2013): Von der Universität zur university. Sackgassen und Umwege der Hochschulpolitik seit 1945. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- UdS (2013) Positionspapier des Präsidiums der Universität des Saarlandes. Landeshochschulentwicklung: Hochschulen erwarten Entscheidungen zu Rahmenbedingungen; Saarbrücken: UdS
- Zika, G.; Helmrich, R.; Kalinowski, M.; Wolter, M.I.; Hummel, M.; Maier, T.; Hänisch, C. & Drosdowski, T. (2012): Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030: In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial, IAB-Kurzbericht 18/2012.

## Die Autorinnen / die Autoren

Eike Emrich, Univ.-Prof. Dr., Studium der Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Sportwissenschaft, Lehrstuhl für Sportökonomie und Sportsoziologie an der Universität des Saarlandes, e.emrich@mx.uni-saarland.de

Freya Gassmann, M. A., Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Evaluation (CEval) der Universität des Saarlandes, f.gassmann@ceval.de

Marcus Hagedorn, Prof. Dr., Full Professor of Economics, Universität of Oslo

Konstantin Herrmann, B.A., Sportwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sportwissenschaftlichen Institut der Universität des Saarlandes, konstantin.herrmann@mx.uni-saarland.de

Adrian Kalb, B.A. Sportwissenschaft, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sportökonomie und Sportsoziologie, a.kalb@mx.uni-saarland.de

Ashok Kaul, Univ.-Prof. Dr., Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik der Universität des Saarlandes, ashok.kaul@mx.uni-saarland.de

Jessica Knoll, Dipl.-Hdl., Dr., Geschäftsführerin des Instituts für Banken und Mittelstandsfinanzierung e.V. (IfBM) der Universität des Saarlandes, Akademische Rätin am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Bankbetriebslehre an der Universität des Saarlandes, jessica.knoll@bank.uni-saarland.de

Wolfgang Meyer, PD Dr., Soziologe, stellvertretender Leiter des Centrums für Evaluation (CEval) der Universität des Saarlandes und Bereichskoordinator Umwelt und Arbeitsmarkt, w.meyer@mx.uni-saarland.de

Adrian Müller, Bachelor Wirtschaftswissenschaften, derzeit Masterstudent im Studiengang Economics, Finance and Philosophy an der Universität des Saarlandes

Luitpold Rampeltshammer, Dr., Leiter der Koooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) der Universität des Saarlandes, l.rampeltshammer@mx.uni-saarland.de

Manuel Schieler, Dipl.-Kfm., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität des Saarlandes, [m.schieler@mx.uni-saarland.de](mailto:m.schieler@mx.uni-saarland.de)

Nadine Staub-Ney, Dr., Dipl.-Kauffrau, Geschäftsführerin des Instituts für Banken und Mittelstandsfinanzierung e.V. (IfBM) mit Sitz in Saarbrücken sowie seit November 2012 Leiterin des Referats für Gründungs- und Mittelstandspolitik im saarländischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr. Zuvor war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre an der Universität des Saarlandes, [n.staub@wirtschaft.saarland.de](mailto:n.staub@wirtschaft.saarland.de)

Universitäten werden von der öffentlichen Hand primär als Kostenfaktor, weniger als zukunftsweisendes Investment betrachtet. Dies begründet sich unter anderem durch fehlende Informationen über die soziale und wirtschaftliche Bedeutung von Universitäten für eine Region. Die vorliegende Studie zur Universität des Saarlandes schließt diese Lücke und rückt die für das Saarland befürchteten Folgen eines weiteren Rückbaus der Universität in den Blickpunkt von Politik und Öffentlichkeit.